

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

XV. JAHRGANG 1938

11.

HEFT / NOVEMBER

Aus dem Nahen Osten

H. Rabl: Über das Kalifat

von Caucig: Verkehrsentwicklung im Vorderen Orient

Schusser: Die Bagdadbahn

März: Zwei Jahrzehnte südslawischer Gesamtstaat

Nowak: Die Zukunft der Karpatenukraine

Lustig-Leignitz: Die SchiffsstraÙe Donau—Ägäis

STAATEN-WIRTSCHAFT

**Karl C. Thalheim: Volk und Staat in der Wirtschaftslenkung — Konrad Kutschera: Die
Formung der nationalspanischen Wirtschaft — Arnold Seifert: Staatenwirtschaftliche
Länderschau — Materialien**

Postvertrieb ab Leipzig

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

DR. KARL HAUSHOFER

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität,
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480 444

SCHRIFTFÜHRUNG:

Kurt Vowinkel, Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36
Fernsprecher: Heidelberg 3742

Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten

XV. JAHRGANG / HEFT 11 / NOVEMBER 1938

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

J. März: Zwei Jahrzehnte südslawischer Gesamtstaat	845
H. Rabl: Über das Kalifat	848
F. von Caucig: Die Verkehrsentwicklung im Vorderen Orient	858
F. A. Schusser: Die Bagdadbahn	869
R. Lustig-Leignitz: Die Schifffahrtsstraße Donau—Ägäis	873

BERICHTE

A. Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt	876
K. Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum	880
K. Haushofer: Eurafrika?	888
R. Nowak: Die Zukunft der Karpatenukraine	889
H. Hummel: Kurznachrichten	899

SPÄNE der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik	902
--	-----

SCHRIFTTUM

R. von Schumacher: Büchertafel	904
E. Wunderlich: Neue Karten und Atlanten	906

BEILAGE: STAATENWIRTSCHAFT

K. C. Thalheim: Volk und Staat in der Wirtschaftslenkung	909
K. Kutschera: Die Formung der nationalspanischen Wirtschaft	918
A. Seifert: Staatenwirtschaftliche Länderschau	923
Materialien	934

Preis: Vierteljahr RM 5.50 / Studenten u. Mitglieder d. AfG. RM 4.40 / Einzelne RM 2.— / Jahrg. m. Inhaltsv. RM 22.—

Ausland: Vierteljahr RM 4.13, bei Zahlung in fremder Währung

Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM —.90 / Inhaltsverzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—

Postcheckkonten: Kurt Vowinkel Verlag / LUDWIGSHAFEN 124 61 / WIEN 559 18 / PRAG: Kreditanstalt der Deutschen, 627 30

VOWINCKEL VERLAG / HEIDELBERG / WOLFSBRUNNENWEG 36

s sind zwei Gebiete, die das Heft sich im Hauptteil vornimmt: der Südosten und der Nahe Osten.

Josef März erinnert in einem kurzen Überblick an die Tatsache eines jetzt vierzigjährigen Bestehens von Jugoslawien, zeigt die Etappen, die der junge Staat gegangen, und weist auf die Aufgaben hin, in denen er heute steht.

Der Schiedsspruch von Wien hat die unmittelbaren Meinungsverschiedenheiten zwischen Prag und Budapest beseitigt. Geblieben ist die Frage, wie nunmehr die neuere Entwicklung in diesem so bedeutungsvoll gewordenen Übergangsgebiet zwischen Europa und dem bolschewistischen Asien weitergehen soll. Der Beitrag von R. Nowak, einem unserer gründlichsten Landeskenner, würdigt unter diesem Gesichtspunkt die Karpaten-Ukraine.

Man kühnen, aber durchdachten Zukunftsgedanken für die Entwicklung der Beziehung des mittleren zum südosteuropäischen Raum stellt Lustige Gelegenheit zur Erörterung: die Schaffung einer Großschiffahrtsstraße Donau-Saloniki.

Die Frage des Kalifats scheint fernzuliegen, nachdem der letzte Träger verschwunden ist. Und doch: welche große geopolitische Energien liegen in diesem Gedanken des Islams auch heute noch verborgen! Darum haben wir unserem Mitarbeiter H. Rahl das Wort gegeben, um Wesen und Geschichte dieses islamischen Kernbegriffes darzulegen.

Leichtfalls ein ständiger Mitarbeiter, F. von Caucig, umreißt die Verkehrsentwicklung im vorderen Orient. Durch seine Ausführungen wird deutlich, welche völlig neue geopolitische Entwicklung mit der Fertigstellung der großen Bahnlagen für die Staaten des Nahen Ostens geschaffen wurden. F. A. Schusser erweitert diese Ausführungen insbesondere in Richtung auf die Bagdad-Bahn.

Die Beilage

STAATENWIRTSCHAFT

enthält diesmal einen Beitrag des Leipziger Professors für Volkswirtschaftslehre Karl E. Thalheim, der als einer der besten Kenner der Wirtschaft des Grenz- und Auslandsdeutschum gilt und neuerdings durch Arbeiten über einen „staatlichen“ Strukturbegriff der Volkswirtschaft hervorgetreten ist. Er untersucht die brennende Weltfrage „Volk und Staat in der Wirtschaftsentwicklung“. Die staatenwirtschaftliche Länderschau Arnold Seiferts nimmt Mahlen in zwei autoritär geführten Staaten verschiedenster Prägung, nämlich Portugal und Neuseeland, zum Anlaß der Schilderung kolonialpolitischer und empirepolitischer Probleme. Sie wird ergänzt durch den Abschnitt Materialien abgedruckten Wortlaut des Angola-Planes der portugiesischen Regierung. Im Abschnitt „Die Personenfrage in der deutschen Wirtschaftsentwicklung“ wird eine hochaktuelle Frage angeschnitten. Schließlich berichtet Konrad Rutschera über „Die Formung der nationalspanischen Wirtschaft“.

Die Schriftleitung

Anschriften der Mitarbeiter dieses Heftes:

Franz von Caucig, Istanbul-Eihangir, Anathar Eck 21 — Dr. Albrecht Haushofer (AfG), Berlin SW 68, Wilhelmstr. 23 — Dr. Karl Haushofer (AfG), München O 27, Kolberger Str. 18 — Hans Hummel (AfG), Wusterhausen (Dosse), Seestr. 16 — Dr. Rudolf Lustig, Leignitz, Wien IV, Gusshausstr. 3/3 — Dr. Josef März (AfG), Berlin-Halensee, Seefener Str. 54 — Dr. Robert Nowak (AfG), Wien 19, Agnesgasse 15a — Dr. Hans Rabl, Berlin-Wilmersdorf, Sächsische Str. 61 — Rupert von Schumacher (AfG), Berlin-Lankwitz, Melanchthonstr. 8a — F. A. Schusser, zur Zeit Köln, Gilsbachstr. 18 — Professor Dr. E. Wunderlich (AfG), Stuttgart, Haus des Deutschtums.

Die Bezeichnung (AfG) hinter dem Namen bezeichnet die Mitgliedschaft des Verfassers in der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

Verzeichnis der Karten dieses Heftes:

1. Die Verkehrslinien im Vorderen Orient	868
2. Linienführung der Bagdad-Bahn	869
3. Der Schiffahrtsweg Donau-Saloniki	872
4. Spottzeichnungen: Vor München — München — Nach München ..	902

Aus dem Inhalt des letzten Heftes:

K. Haushofer: Geopolitischer Erntedank 1938!

E. Gochler-Hauke: Gebirge als Grenzen und als Siedlungsraum

K. Nowak: Die Zukunft der Sowjet

H. Lustig: Schwedens Wehrwirtschaft als raumpolitisches Problem

H. Rüpper: Schwedens Kolonialversuche

H. Lautensach: Die geographischen Grundlagen der geschichtlichen Bewegung auf der Iberischen Halbinsel

A. Haushofer: Berichterrstattung aus der atlantischen Welt

K. Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum

H. Hummel: Kurznachrichten

Deutscher und slawischer Volksboden in den Südostländern

Späne der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

A. Haushofer: Britische Gestalten

Einzelbesprechungen

K. Roepke: Biographie der Geopolitik

JOSEF MÄRZ:

Zwei Jahrzehnte südslawischer Gesamtstaat

Die fünf Wochen zwischen dem 29. Oktober und dem 1. Dezember 1918 schlossen das Werden eines Staatswesens in sich, das zunächst den Namen eines Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen annahm, seit den Reformen Alexanders I. aber kurz „Königreich Jugoslawien“ heißt. Dieser Staat ist nicht die Schöpfung von Einzelpersönlichkeiten, und er trägt auch nicht die Merkmale eines künstlichen Staates, noch ist er belastet durch Hereinnahme einer unnötig großen Zahl fremder Volksangehöriger. Denn wo solche im Staatsgebiet leben, sind sie entweder ohne jeden räumlichen Zusammenhang mit ihrem geschlossenen Volksgebiet, wie die Deutschen im Banat, der Batschka, Syrmien und Slawonien, oder sie wohnen in Gemengelage mit dem Staatsvolk, wie die sich zum Bulgarentum rechnenden Teile der Makedonier, die Albaner in Südserbien und die Magyaren in der Wojwodina. Den Deutschen in Slowenien aber entsprechen die Slowenen in Kärnten, den Slowenen und Kroaten im „Julischen Venetien“ Italiens die freilich nur ein Fünftel so zahlreichen Italiener Dalmatiens. Jugoslawien ist also, wenn man seine drei slawischen Stämme zusammenrechnet, ein echter Nationalstaat, der sogar ansehnliche Volksteile außerhalb seiner Grenzen lassen mußte.

Am 6. Oktober 1918 waren Vertreter, meist Landtagsabgeordnete südslawischen Volkstums, aus allen südslawischen Teilen der österreichisch-ungarischen Monarchie, also Krain, Kroatien, Slawonien, Bosnien, der Herzegowina, Dalmatien, Fiume und Triest nebst Istrien, zusammengekommen und bildeten einen „Nationalrat der Slowenen, Kroaten und Serben“ mit dem Sitz in Zagreb. Auf je 100 000 Einwohner traf ein Vertreter¹⁾. Verstärkt wurde die Versammlung durch je 5 Abgeordnete aus dem bosnischen Landtag in Sarajewo, dem kroatischen Landtag (Sabor; diese Körperschaft bestand im Rahmen der Autonomie, die der ungarisch-kroatische Ausgleich von 1868 für Kroatien-Slawonien geschaffen hatte, und hatte über bestimmte Angelegenheiten Beschlußrecht), dem Südslawischen Klub, den in Wien die vereinigten Abgeordneten südslawischer Herkunft im österreichischen Reichsrat bildeten, und durch je einen Vertreter von Fiume und Triest. Fiume war damals der Bevölkerung nach eine überwiegend kroatische Stadt und politisch lediglich aus dem Königreich Kroatien herausgeschnitten, um Ungarn als eigener Seehafen zu dienen; Triest besaß einen italienischen Stadtkern, aber Vorstädte von rein slowenischem Charakter.

Dieser Nationalrat wurde am 29. Oktober zu einer souveränen Regierung. Der kroatische Landtag beschloß an diesem Tage, alle „staatsrechtlichen Bande und Beziehungen zwischen dem Königreich Kroatien, Slawonien und Dalmatien einerseits, dem Königreich Ungarn und dem Kaiserreich Österreich andererseits“ für aufgelöst zu erklären. Er verkündete gleichzeitig das genannte „Dreieinige Königreich“

1) Angaben u. a. nach: Erwin Holzer, „Die Entstehung des jugoslawischen Staates“, Berlin 1929.

mit Hinzunahme von Fiume zum unabhängigen Staat. Unmittelbar anschließend folgte die Erklärung des Zusammenschlusses mit den übrigen, außerhalb der Monarchie lebenden Südslawen zu dem „Vereinigten souveränen Nationalstaat der Serben, Kroaten und Slowenen“, soweit die Verbreitung des Volkstums ein Recht dazu gab, und die Anerkennung des Zagreber Nationalrates als Regierung, der sich einige andere Nationalräte, so der Sloweniens in Laibach, der Dalmatiens in Split, der Bosniens in Sarajewo und der der Wojwodina in Neusatz, alsbald unterordneten. Noch hatte ein Schatten von österreichisch-ungarischer Regierungsgewalt bestanden, jedoch vollkommen ausgehöhlt. Aber es bestand staatsrechtlich ohnehin noch eine „Königlich kroatische Regierung“, da der österreichische Kaiser auch König von Kroatien war und seine Regierungsgewalt durch den Banus für Kroatien ausüben ließ. Der bisherige Banus, als Vizekönig, konnte daher auch formell den Übergang zum neuen Zustand herbeiführen, indem er die vollziehende Gewalt dem Nationalrat übergab; dieser rief sofort die südslawischen Truppen von den Fronten zurück, da er die Befehlsgewalt über sie übernommen hatte, und ließ sich die österreichisch-ungarische Kriegsflotte überliefern, die er jedoch nur vier Tage lang behalten konnte, da sie den Ententemächten im Waffenstillstand auszuliefern war.

Kroatien, Slawonien und Dalmatien waren nach altem kroatischen Staatsrecht ein zusammengehörender Begriff. Kroatien hatte sich niemals damit abgefunden, daß bei der Auseinandersetzung zwischen Österreich und Ungarn 1867, der dem nach ähnlichem Muster abgeschlossene ungarisch-kroatische Ausgleich 1868 folgte, ohne viel Befragen Dalmatien weggewonnen und der österreichischen Reichshälfte zugeschlagen wurde. Dem kroatischen Volksbewußtsein war die alte Zusammengehörigkeit Dalmatiens mit Kroatien niemals verschwunden, während das übrige Europa sich weder klarmachte, daß vor der venezianischen Ausbreitung auf den Ostküste der Adria das älteste kroatische Königreich überhaupt im Küstenland bestanden hatte, noch viel davon wußte, daß im 19. Jahrhundert das kroatische Volksbewußtsein am entschiedensten in Dalmatien erwacht war. Für den kroatischen Landtag war es 1918 aber selbstverständlich, daß der alte Anspruch auf Zusammengehörigkeit des „Dreieinigten Königreiches“ sofort in einem staatsrechtlichen Akt bekundet wurde. Dalmatien und Istrien wurden allerdings bereits am 3. November durch italienische Truppen besetzt, die erst 1922 die letzten Inseln räumten, als der Gebietsstand endgültig festgesetzt worden war und sich ergab, daß die englisch-französischen Versprechungen an Italien aus dem Geheimvertrag vom St. Jean de Maurienne aus dem April 1915 nicht erfüllt werden konnten. Am 1. Dezember 1918 übertrug, nach manchem Zwischenspiel, das sich um völkerrechtliche Anerkennung des Zagreber Nationalrates, Vertretungsvollmachten und andere Fragen drehte, der Nationalrat seine Regierungsgewalt, die sich auf das bisherige südslawische Gebiet auf dem Boden Österreich-Ungarns erstreckt hatte, dem serbischen König, indem Erklärungen über die Vereinigung ausgetauscht wurden, womit die Staatsgründung des „einzigen Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen“ vollzogen war. Montenegro hatte sich bereits am 26. November durch Beschluß einer Nationalversammlung in Podgorica an Serbien angeschlossen.

Das Staatsgebiet stand Ende 1918 noch nicht fest. Sicher war lediglich der Besitz von Serbien, Südserbien und Montenegro einerseits, Kroatien, Slawonien,

Bosnien und der Herzegowina andererseits. Auf dem Boden der Wojwodina blieb die genaue Abgrenzung noch vorbehalten — noch 1924 ging Hatzfeld (Jimbolia) an Rumänien über; mit Albanien erfolgte zuletzt eine Grenzverständigung ebenfalls 1924 über das Kloster Sveti Naum am Ochrida-See; Bulgarien mußte 1919 an Südslawien kleine Grenzstreifen am Timok, bei Caribrod und an der Bregalnica abtreten; über Dalmatien einigte man sich mit Italien erst 1922 in Rapallo, wobei Italien im Besitz von Zara und der Insel Lagosta verblieb; Fiume ging 1924, nachdem ein Handstreich vollendete Tatsachen geschaffen hatte, an Italien über; die Hoffnungen der Slowenen auf Kärnten wurden durch das Ergebnis der Volksabstimmung von 1920 zuschanden.

Im Innern blieben die „Historischen Länder“ im Volksbewußtsein lange bestehen und ließen sich jedenfalls durch die neue Verwaltungseinteilung in 33 Bezirke nicht verdrängen. Die Gebietsreform von 1931, die neun große Banschaften schuf, scheint sich mehr einzubürgern. Doch soll nicht übersehen werden, daß eine der Hauptbeschwerden der Kroaten dahin geht, ihr altes Stammesgebiet sei unter zwei Banschaften (Save- und Küstenland-Banschaft) und einige Nachbarbanschaften aufgeteilt und dadurch auseinandergerissen. Die Slowenen dagegen haben ihr Stammesgebiet unverändert beisammen behalten; es bildet die jetzige Drau-Banschaft, in der sie praktisch, wenn auch ohne schriftliche Festlegung, weitgehende Selbstverwaltung besitzen. Ihre Autonomiewünsche sind deshalb nicht so lebhaft wie die der Kroaten, die aus der Entstehungsgeschichte des Staates einen Anspruch auf ein föderalistisches Gefüge an Stelle des Belgrader Zentralismus herleiten.

Das Zusammenwachsen der einzelnen Staatsteile brachte naturgemäß manche Probleme¹⁾. Die jahrhundertelange politische Trennung und verschiedene kulturelle Entwicklung, die durch Unterschiede im religiösen Bekenntnis noch vertieft war, hatte große Abstände in der politischen und sozialen Struktur und in der Auffassung über das Wesen der Politik geschaffen. Wirtschaftsverfassung, Wohlstand und Kaufkraft, Besitzverteilung, Versorgungs- und Absatzorganisation waren ebenso wenig einheitlich wie die Rechtszustände und Gesetzgebungen. Das Verkehrsnetz wies Lücken auf, die deutlich erkennen ließen, daß die früheren Landesteile nach rein örtlichen Gesichtspunkten erschlossen worden waren; so liefen durch Slowenien Strecken von Wien nach Triest, durch Kroatien jene von Budapest nach Fiume, durch Serbien die Orientbahn, während Querverbindungen ziemlich fehlten. Erst seit etwa fünf Jahren werden diese Lücken planmäßig ausgefüllt. Das beschleunigt die Verschmelzung der Staatsteile, und sie wird ebenso gefördert werden durch die Erschließung von Bodenschätzen und Verteilung von neuen Industrien über das Land; die Maschen des Wirtschaftsnetzes werden enger werden. Es ist bereits jetzt, nach 20 Jahren, nicht mehr zu verkennen, daß Jugoslawien sich seine Zukunft nach eigenem Bedürfnis einrichten wird und dazu auch aus eigener Kraft imstande ist.

1) Im einzelnen sind sie behandelt in meinem Buch „Jugoslawien. Probleme aus Raum, Volk und Wirtschaft“, Berlin 1938.

HANS RABL: Über das Kalifat

When the Khilafet was perverted Islam was corrupted and the Moslems were ruined. And when the Khilafet will be reformed Islam will be purified and the Faithful will prosper.

Abdullah Yusuf Ali.

Seit das ägyptische Königreich nicht mehr in einem Abhängigkeitsverhältnis zum Empire steht, mehren sich die Anzeichen dafür, daß die mächtigen Kräfte der Ahzar-Moschee in Kairo für den jungen, in der letzten Zeit so stark hervorgetretenen König Faruk die Kalifatswürde erstreben. El Maraghi, der Scheik der Ahzar, hat Faruk bereits auf nicht mißzuverstehende Weise im Freitagsgebet als Kalifatskandidaten herausgestellt; Schüler der Ahzar haben ihn in einer großen Demonstration als Emir al Mumenin, Herrn aller Gläubigen, begrüßt. Dies allein bedeutet selbstverständlich noch lange nicht, daß Faruk in näherer Zeit sich mit der Kalifatswürde bekleiden kann; dazu würde, sollte das Kalifat nicht wieder, wie zur Zeit Husseins von Mekka, eine Farce werden, die übereinstimmende Anerkennung des gesamten Islam gehören. Doch es zeigt an, daß die Kalifatsbewegung, um die es einige Zeit sehr still geworden war, sich wieder in Marsch gesetzt hat. Man sagt, der Aga Khan habe in Kairo als Vertreter des indischen Islam über diese Frage mit El Maraghi verhandelt; daß die Ahzar nach Nordafrika und den arabischen Staaten beständig die besten Verbindungen unterhält, ist bekannt. Was sie tut, ist sicherlich fundiert. Ob sie Faruk als Kalif durchzusetzen vermag, ist unsicher; doch selbst die bloße Möglichkeit muß alle Beteiligten aufmerken lassen.

Man darf annehmen, daß die Ahzar im Namen ganz Ägyptens spricht; hier würden kaum Fragen auftauchen. Anders sieht es schon in den arabischen Staaten aus. Man weiß, daß Ibn Saud es zwar bisher vermieden hat, sich selbst um das Kalifat zu bewerben, was zumindest im Augenblick von Husseins Vertreibung aus Mekka für ihn recht nahegelegen wäre. Man weiß aber auch, daß er durchaus nicht ehrgeizlos in diesem Punkte ist. Doch er hat gezeigt, daß er überhaupt und im ganzen das Aufwerfen der Kalifatsfrage in diesem Augenblick nicht billigt; sein Verbot im vergangenen Jahr, den panislamischen Kongreß (der dann in der Nähe von Damaskus tagte) auf dem Boden des Hedschas abzuhalten, war damit motiviert, er wünsche keine panislamischen Fragen behandelt zu sehen, solange die Palästinafrage nicht geklärt sei; dort ständen islamische und christliche Araber in einer Front gegen das Judentum, und es sei durchaus inopportun, durch panislamische Querellen die Christen unter ihnen zu verärgern. Hier wächst also für die Ahzar Widerstand heran, zumal Ibn Saud auch als Oberhaupt der puritanischen Wahabiten ein Kalifat in Kairo, der stark verwestlichten Stadt, ebensowenig begrüßen kann.

Zweiter Hauptbeteiligter ist die Türkei. Daß die Kalifatsidee bei der gleichen Regierung, die das Kalifat seinerzeit abgeschafft hat, auf Gegenliebe stoßen könnte, ist kaum zu glauben. Um so weniger, als es unter der Ägide der Ahzar unzweifelhaft arabisch betont sein würde, während in der Türkei alles Arabertum ausgemerzt ist, selbst der Koran nur noch in türkischer Übersetzung gelesen wird und im übrigen die einst beherrschende Stellung der Geistlichkeit so weit herabgedrückt wurde, daß

sogar das öffentliche Tragen der Amtstracht verboten ist. Die andere nördliche islamische Macht, Iran, distanziert sich von allen Kalifatsfragen von selbst; die herrschende Staatsreligion schiitischer Färbung lehnt ja die gesamte Kalifatsidee in Bausch und Bogen ab. Doch ist immerhin seit der Verlobung der Prinzessin Fawzia, König Faruks ältester Schwester, mit Mohammed Riza Pehlwi, dem Kronprinzen des Iran, und der Bekleidung des Bräutigams mit dem Kollier Fuads I. (der höchsten ägyptischen Auszeichnung, die bisher noch nie einem Ausländer verliehen wurde) mit einem gewissen Wohlwollen Teherans allen möglichen Plänen Faruks gegenüber noch stärker zu rechnen als vorher.

Die übrigen Hauptbeteiligten aber sind die drei europäischen Mächte, deren Untertanen Moslems sind: das Empire, das Imperium und Frankreich. Es scheint, daß am ehesten das Imperium einen *modus vivendi* mit einem Kalifat finden könnte; die ungemein kluge und verständnisvolle Haltung Mussolinis in allen solchen Fragen hat ja allmählich dazu geführt, daß er von weiten islamischen Kreisen fast als Schutzherr des Islam angesehen wird. Das ist so in Südarabien, es beginnt in Palästina und Syrien so zu werden, und die Moslems italienischer Herrschaft haben ihn gar vor einem Jahr in Tripolis feierlich mit dem Schwert des Islam umgürtet. Und Ägypten selbst ist heute schon so stark von der friedlichen Durchdringung Italiens ergriffen, daß man, Rom als Gegengewicht gegen London betrachtend, wenigstens für geraume Zeit sehr gut zusammen auskommen könnte. Das Empire freilich wird aus demselben Grund ein Kalifat Faruks kaum sehr begrüßen — so wenig wie ein Kalifat Ibn Sauds. Ein Kalif, der in London bzw. Bombay willkommen sein sollte, müßte etwa so wie Hussein aussehen; indessen hat man mit der Kalifatspropaganda der Brüder Ali in Indien teilweise so herbe Erfahrungen gemacht, daß man wohl allen diesen Ideen nur unangenehm berührt gegenübersteht. Und, *mutatis mutandis*, gilt das gleiche für Frankreich; alles, was geeignet sein kann, ein Gegenelement wider die französischwestliche Durchdringung Marokkos und Algiers zu bilden, muß unwillkommen sein und beargwöhnt werden.

So kann man sagen, daß nicht allein für die 240 Millionen Mohammedaner der Erde die Kalifatsfrage von außerordentlicher Bedeutung ist, ihre Lösung oder Nichtlösung äußerst schwer wiegt, sondern daß auch rund 120 Millionen Europäer unmittelbar und eigentlich ganz Europa mittelbar davon betroffen wird. Und es lohnt sich zu fragen, wie denn bisher das Wesen des Kalifats ausgesehen habe und wie wohl ein künftiges sich präsentieren werde.

*

Die Institution des Kalifats geht auf Mohammed selbst zurück. Es war sein Andenken, in dem 632 Abu Bekr zum ersten Kalifen ausgerufen wurde. Die beiden Kalifen nach ihm, Omar ibn al Chattab und Othman, herrschten ebenso legitim durch die Wahl des Volkes von Medina. Um die Person des vierten Kalifen, Ali ibn Ali Talib, entspann sich Streit und Empörung, nachdem schon Omar und Othman durch Mord geendet hatten. Es war nicht ungeschickt von der Gegenpartei, die von dem syrischen Statthalter Moawija geführt wurde und zu der sich, eine starke Kraft, auch Aïscha, die Witwe Mohammeds, geschlagen hatte, Ali der Ermordung Othmans zu bezichtigen. Als 661 Ali ebenfalls ermordet wurde, erklärte sich Moawija zum Kalifen und legte damit den Grundstein zum Haus der Omajjaden in Damaskus.

An der Ermordung Alis ist die Einheit des Islam zerbrochen. Seine Anhänger, die sich nach seinem Tode nicht verließen, hielten für seine Erben den Anspruch auf das Kalifat aufrecht. Da diese Partei in der schiitischen Sekte noch heute besteht — als iranische Staatsreligion vertritt sie das Dogma, der zwölfte Deszendente Alis, Muhammed, habe sich im Jahre 873 in eine Zisterne bei Hille in der Gegend von Bagdad vor den Verfolgungen der abassidischen Kalifen zurückgezogen und lebe hier in Verborgenheit, um, wenn die Zeit erfüllt sei, wiederzukehren und als Mahdi den Islam zu erlösen und zu reinigen —, ist es damit deutlich, daß Iran und die Schia sich für das Kalifat irgendwelcher Provenienz heute nicht interessieren, das eben ihrer Lehrmeinung nach nur und ausschließlich einem Abkommen Alis zukommt. Alle Kalifen von Moawija an sind nach der Meinung der Schia nichts als Usurpatoren.

Es ist hier nicht der Raum, auch nur in Umrissen eine Geschichte der Kalifen abzuzeichnen. Den Omajjaden folgten in Bagdad die Abassiden. Vertrieben durch die nach Westen vorstoßenden Mongolen, die nicht nur das Land, auch die Würde beanspruchten, zogen sie sich im 13. Jahrhundert nach Ägypten zurück, nur noch Scheinkalifen ohne Macht. Wie ihnen erging es den übrigen; die Kalifate von Córdoba, Chorassan, Delhi, Persien (wo die Schia nicht immer Staatsreligion gewesen ist) stürzten, wie sie gekommen waren. Erst den osmanischen Sultanen gelang die Anknüpfung an die große machtpolitische Tradition des von den Pyrenäen bis nach Turkestan reichenden arabischen Kalifats; und es ist begreiflich, daß sie sich auf die Dauer nicht damit zu begnügen wünschten, riesige Gebiete wiederum machtmäßig zu beherrschen, sondern sich auch in der religiös-geistigen Sphäre die Kalifenstellung zu sichern trachteten.

Es ist ungemein bedeutungsvoll, daß die Osmanen das zunächst nicht erwirkten, indem sie, wie alle Kalifen vor ihnen, sich auf die Nachfolge Mohammeds beriefen und irgendeine legitime Brücke herzustellen suchten, sondern daß sie ein eigenes Gottesgnadentum konstruierten durch das sie herrschten. Der Titel Sultan, den sie führten, war ursprünglich von arabischen Kalifen ihren Satrapen verliehen worden. Nun kehrte sich das Spiel um, die Sultane, an der Macht, ernannten sich selbst zu Kalifen. Den erkorenen Kalifen des Schöpfers, den Schatzen Gottes auf Erden nannte sich Murad I., während noch in Kairo ein abassidischer Kalif kärglich Hof hielt. Suleiman, der Sohn Selims, berief sich in dem Schreiben, in dem er seinen Untertanen seinen Herrschaftsantritt anzeigte, durchaus nicht auf die Würde des Vaters, sondern legte sie sich von neuem aus eigener Machtvollkommenheit zu. Sie bezogen sich beständig auf zwei Stellen des Korans, in denen Allah (durchaus nicht Mohammed) spricht: „Wir haben dich zum Kalifen der Erde gemacht“ (XXXVIII, 25), und „Er hat euch zu Kalifen der Erde gemacht“ (VI, 165). Die Untertanen gingen, ohne zu murren, diesen Kurs mit. Klarer als bei dem Historiker Hafiz Abu kann dieses Gottesgnadentum kaum ausgesprochen werden: „Es steht völlig fest, daß dem großen Gesetz zufolge (der Scheria, dem kanonischen Recht des Islam, Verf.) es keinen Stand und keinen Rang gibt, der größer sei als das Sultanat, und welcher könnte das auch, da doch Gott (groß ist Seine Majestät und erhaben Sein Wort) in Seinem ewigen Befehl Könige zu Kalifen und zu Seinen Stellvertretern gemacht hat, und Er hat in ihre Hände und ihren Willen die Zügel der Arbeit und der Tat gelegt, indem Er sagt, daß Er es ist, der die Kalifen der Erde bestellt und etliche im Range über die übrigen erhebt, und der Prophet (der Segen des Gnädigen ruhe auf ihm) ist Zeuge der Wahrheit dieser Lehre und der Unverletzlichkeit dieses Rechts.“

Und mindestens eine Legitimation hatten die Osmanensultane, sich als Kalifen Gottes zu betrachten und zu bezeichnen. Sie als erste nahmen die große Tradition der Kalifate von Damaskus und Bagdad wieder auf; sie kämpften gegen die Ungläubigen, ersiegten sich immer mehr Land und immer mehr Macht. Jeder Zuwachs an Macht für sie war zugleich ein Zuwachs an moslemischen Gläubigen. Zwar erreichten sie die Pyrenäen nicht mehr, doch dafür die Tore Wiens. Durch sie, die Abkömmlinge des seldschukischen Hordenführers Ertogrul, breitete sich der Islam wieder machtvoll aus. Durch das Haus Osman war der Islam zwischen 1300 und 1600 wiederum Weltmacht geworden und das Kalifat keine Schattenwürde mehr.

Im christlichen Okzident ist von jeher eine Meinung weit, allzu weit verbreitet, die Kalifat und Papsttum gleichsetzt und glaubt, ein Kalif sei nichts anderes als der Papst der Mohammedaner. Der früheste Vertreter dieser Ansicht, der sie vielleicht erst nach Europa eingeschleppt hat, ist Jacques de Vitry, von 1216 bis 1226 Bischof von Akkon. Bei ihm fragte Innozenz III. nach den führenden Personen des Sarazenentums an, wie ja die Kirche stets bemüht ist, einen guten Informationsdienst zu unterhalten. Leider aber muß der würdige Bischof von Akkon es damit etwas leicht genommen haben. Denn er antwortete in einem Absatz seines langen Schreibens:

„Sextus filius est nomine Machomet, qui tenet regnum de Baudas (i. e. Bagdad, Verf.), ubi est Papa Saracenorum, qui vocatur Kabatus sive Caliphas; qui colitur, adoratur, et tenetur in lege eorum tamquam Romanus episcopus apud nos, qui non potest videri nisi bis in mense, quando hic cum suis vadit ad Machomet Deum Saracenorum. Et inclinato capite et facta oratione in lege eorum antequam exeunt de templo splendide comedunt et bibunt, et sic reverentur Caliphas coronatus ad palatium suum. Iste Deus Machomet visitatur quotidie et adoratur, sicut visitatur et adoratur dominus Papa. In ista civitate de Baudas iste Machomet est Deus, et Caliphas est Papa, quae civitas est caput totius gentis et legis Saracenorum, ut Roma est in populo Christiano.“

Und es ist kein Wunder, daß diese Nachricht verzerrt wieder in den Orient zurückeilte und Ibn al Jawsī um die Wende des 13. Jahrhunderts seinen Lesern kündete, jener Papst in Rom sei nichts anderes als der Kalif der Ungläubigen — was in der Umkehrung noch absurder wirkt.

Tatsächlich aber haben Papst und Kalif so gut wie nichts miteinander gemein. Der Papst vollzieht das tägliche Wunder der Messe; er kann Sünden vergeben, und es gibt welche, die von allen Priestern der Kirche er allein zu vergeben vermag; er kann, wenn er ex cathedra spricht, neue Dogmen aufstellen; er kann die Liturgie ändern; er kann Gesetze des kanonischen Rechts erlassen und die der Vorgänger umgestalten. Nichts von alledem steht in der Macht des Kalifen. Der Kalif ist kein Priester, hat keinerlei priesterlichen Rang noch Charakter. Das Dogma des Islam ist allein von Propheten aufgestellt worden, und kein Sterblicher vermag es um ein Jota zu ändern; die Liturgie und das gesamte Gebiet der Scheria ist ausschließlich Angelegenheit des hohen Klerus, nicht des Kalifen. Der Kalif ist nichts anderes als Protoktor der Religion des Islam, seine erste Aufgabe ist der Krieg gegen die Ungläubigen. Und wenn er noch eine hat, so die, die Ketzer zu bestrafen — welche Aufgabe die Kirche bekanntlich in ihrer großen Milde stets dem Arm der weltlichen Macht überlassen hat. Doch der Irrtum des Bischofs von Akkon hat bis auf den heutigen Tag bei der Mehrzahl selbst der am Orient interessierten Europäer seine Geltung behalten; ja, wir werden das Paradoxon beobachten können, daß es in der Gegenwart sogar Orientalen, Mohammedaner gibt, die ihm und seinen Folgerungen verfallen sind.

Fast genau so viele Irrtümer sind auch über die Bedingungen verbreitet, die ein Moslem erfüllen muß, um Kalif sein zu können. Vor allen Dingen glaubt man häufig, das Kalifat sei an den Besitz der heiligen Stätten Mekka und Medina gebunden; aus diesem Irrtum erklärt es sich, daß im Okzident teilweise die Handlungsweise des Scherifs Hussein von Mekka, sich drei Tage nach der Abschaffung des Kalifats durch die Nationalversammlung von Angora selbst zum Kalifen ausrufen zu lassen, für selbstverständlich gehalten wurde — da der Scherif ja nach der Abdankung Mehmeds VI. eigenständiger Herrscher des Hedschas geworden war; und darum wurde die ungeheure Empörung der islamischen, insbesondere der arabischen Welt, zu deren Wortführer sich Ibn Saud machte, über Husseins Usurpation stellenweise kaum begriffen.

Der Mann, der den Islam als Kalif politisch führen soll, muß nach der Scheria die Staatsgeschäfte leiten, auf die Innehaltung der von Mohammed gesetzten Verbote und Gebote

achten, das islamische Gebiet gegen Angriffe schützen und durch Kampf erweitern. Er muß frei von körperlichen Gebrechen sein und nicht nur die geistige, sondern auch die machtmäßige Kapazität besitzen, diese Aufgaben zu erfüllen. Manche Rechtsschulen meinen, er müsse überdies vom Stamm Mohammeds sein — was die Osmanen zweifellos nicht waren, während alle anderen Kalifen irgendwelche Stammbäume zum Vorschein brachten, die ihre Abstammung mehr oder weniger legitimierten. Nachfolge durch Erbgang gibt es rechtens nicht, vielmehr entweder Wahl durch Huldigung mehrerer angesehenen Gläubigen oder durch die Einsetzung des Nachfolgers durch den regierenden Kalifen. Auch das Recht, der Kaaba jährlich die Decke schicken zu dürfen, das seit langer Zeit vom ägyptischen König ausgeübt wird, beweist nicht, daß der Sender der Kalif sei, höchstens, daß er unter eventuellen Anwärtern seinen Platz habe.

Erst im 18. Jahrhundert, als die Macht der Osmanensultane bzw. -kalifen nicht mehr auf der Höhe war, entsann man sich am Goldenen Horn dieser Forderungen der Scheria, die man, solange man in Wahrheit der mächtigste Mann des Islam gewesen war, zugunsten des Gottesgnadentums früherer Epochen geruhig hatte vernachlässigen dürfen. Sowohl für das mohammedanische Volk wie auch für den Okzident sollte eine starke Legitimation gefunden werden. Wenn dem Hause Osman ein Mangel anhaftete, so dieser, daß es weder von Mohammeds Blut war noch sich darauf berufen konnte, der erste Kalif des Stammes sei entweder gewählt oder vom letzten abassidischen Kalifen eingesetzt worden; über die Frage des automatischen Erbanges, den die Scheria untersagte und der trotzdem fortgesetzt geherrscht hatte, hoffte man leichter hinwegzukommen — konnte nicht jeder sterbende Ahn den künftigen Nachfolger ausdrücklich zum Kalifen eingesetzt haben? Und wenn auch Erbgang im Kalifat nicht statthaft war, war doch andererseits nirgends ausdrücklich verboten, den Erben des Sultanats zum künftigen Kalifen zu bestimmen.

Um 1780 herum ist nun eine Legende hergestellt worden, die — nachdem zweihundert Jahre lang davon nirgendwo die Rede war — behauptete, Sultan Selim I., der im Mameluckenkrieg 1516 Ägypten eroberte, sei von dem damals in Kairo lebenden letzten abassidischen Kalifen Mutawakkil mit dem Kalifat belehnt worden. Kein Araber und kein Türke, sondern ein Armenier war es, der diese Legende in gültige Form brachte, Constantine Mouradgea d'Ohsson in seinem *Tableau Général de l'Empire Othoman*. Da ist zu lesen:

„La maison Othomane n'a pas l'avantage d'être du même sang, comme l'exige la loi canonique pour avoir droit à l'Imameth (gleichbedeutend mit Kalifat, Verf.). Cependant, selon l'opinion unanime des juristes modernes, ce droit acquit aux Sultans Othomans, par la renonciation formelle qu'en fit, l'an 923 (1517), en faveur de cette maison souveraine, dans la personne de Selim I, Mohammed XII Ebu-Djeafar, dit Mutewekil al'allah. C'est le dernier des Khaliphes abbassides, dont le sacerdoce fut détruit du même coup qui renversa la puissance des Memlouks Circasses en Egypte. Selim I reçut encore dans la même année les hommages du Schérife de la Mecque, Mohammed Eb'ul Berekeath, qui lui fit présenter dans un plat d'argent les clefs du keabé par Ebu-Normy son fils. Cette cession plaine et entière des droits de l'Imameth faite d'un côté par un Khaliphe Abbasside, et de l'autre par un Schérife de la Mecque, tout deux descendants des Coureyschs (i. e. der Stamm Mohammeds, Verf.), l'un par la branche de Haschim, l'autre par celle d'Ali, supplée, dans les Sultans Othomans, en défaut de la naissance ou de l'extraction qu'exige la loi pour exercer d'une manière légitime les fonctions du sacerdoce.“

Mit dieser hübschen Legende, an der kein Wort wahr ist, legitimierte sich also inskünftig der Sultan-Kalif von Konstantinopel vor der gläubigen und ungläubigen Welt. Und die ungläubige Welt nahm sie ebenso gläubig auf wie die gläubige — und ebenso gern wie seinerzeit den irrtümlichen Bericht des Monseigneur de Vitry.

So ausgerüstet, stand der Sultan-Kalif tatsächlich dem Okzident als eine Art Papst des Islam gegenüber, und es hat sich bald gezeigt, daß diese Politik des Hauses Osman von jenem Raffinement war, das alle Diplomaten stets an den Handlungen der Pforte bestaunt haben.

Mit damals — nicht mehr uns — überraschender Plötzlichkeit trat diese Wendung der Dinge in Erscheinung, als 1774 der Friede von Kütschük Kainardsche zwischen der Türkei und Rußland geschlossen wurde, der den Chan der Krim von der Türkei für unabhängig, d. h. seinen Übergang in russische Oberherrschaft, erklären sollte. Unwidersprochen von aller Welt wurde dem § 3 dieses Vertrags die folgende Klausel angefügt: „In religiösen Bräuchen müssen sie (die nun russische Untertanen gewordenen Tataren der Krim. Verf.) sich als eines Glaubens mit den Muslimen in bezug auf Seine Majestät den Sultan als den Oberkalifen der Mohammedaner nach den Regeln richten, die ihr Gesetz ihnen vorschreibt, jedoch ohne den geringsten Abbruch für ihre politische und bürgerliche Freiheit.“ Der Chan der Krim war gehalten, trotz seiner russischen Untertanenschaft den Sultan als Oberkalifen des Islam bei seinem, des Chans, Regierungsantritt feierlich anzuerkennen und um seinen Segen zu bitten — um den Segen also des Sultans der Türkei bat mit Billigung der russischen Regierung fortan ein russischer Untertan, und Rußland, die Sache solcherart aufs religiöse Gleis verschoben, willigte ein. Und damit hatte der Okzident diese Papststellung des Kalifen, von der Abu Bekr sich nichts hätte träumen lassen, in Rußlands Gestalt feierlich anerkannt. Die Pforte hatte erreicht, was sie erstrebt hatte.

*

Von dieser Anerkennung aus war künftig die Politik der Pforte bestimmt. Bald nach seinem Regierungsantritt verkündete Abdul Hamid II. 1876 eine Verfassung, deren Artikel 3 und 4 lauten: „The Sublime Ottoman Sultanate, which possesses the Supreme Islamic Caliphate, will appertain to the eldest of the descendents of the house. — H. M. the Sultan, as Caliph, is the protector of the Muslim religion.“ Noch einmal die Verkündung des Kalifats als oberstes Organ des Islam und erstmalig die offizielle Verkündung des Erbgangs auch für das Kalifat, nicht allein das Sultanat. Beides nicht so sehr für das türkische Volk berechnet wie für das Ausland, das sich danach richtete. Und da in diesen Jahrzehnten die politisch-militärische Kraft des Sultanats immer stärker zurückging, ergaben sich hier Möglichkeiten, selbst das militärisch bereits Verlorene noch geistig-religiös zu behaupten. Noch nach 1908, dem Jahr der bosnischen Annektion, wurde erst im Freitagsgebet des Sultan-Kalifen gedacht, während der ungläubige Kaiser nicht genannt ward. Der Ra'is el-Ulema Bosniens wurde in Konstantinopel ernannt, keineswegs in Wien. Als 1912 Lybien, 1913 die Reste Bulgariens und Griechenlands verloren gingen, wurden diese Klauseln gleichfalls übernommen; überall erkannte die muslimische Bevölkerung den Sultan-Kalifen als ihr geistiges Oberhaupt, und was mehr war, auch die siegreichen Staaten richteten sich danach, gestatteten diesen „ultramontanen“ Eingriff in das geistige Leben ihrer Untertanen ganz selbstverständlich, als bestehe die Pforte auf einem ihr seit Mohammed verbrieften Recht. Es ist nicht leicht vorstellbar, was geschehen wäre, hätte eine der betroffenen Regierungen sich, jener Fälschungen und Verdrehungen kundig, geweigert, so zu handeln; doch keiner fiel es ein — da ja

eine jede von den christlichen Verhältnissen her gewohnt war, religiösen Minderheiten solche Sonderrechte zuzugestehen.

Erst im Weltkrieg hat es sich gezeigt, um wie vieles seinerzeit von den christlichen Mächten die Stellung des Sultans als Kalif überschätzt worden ist. Wenn der Kalif wirklich auch für jene Mohammedaner eine Macht war, die nicht unter dem Szepter des Sultans lebten, mußte nicht die Verkündigung des Dschihad, des Heiligen Krieges, unerhörte Folgen zeitigen? Weder Suleiman noch Selim hatten einst gewagt, diese letzte Formel auszusprechen — erst Mehmed V. unternahm das auf den Rat des grundatheistischen Enver Pascha hin. Und was bei Selim und Suleiman Wunder gewirkt hätte, weil es berechtigt war, versagte bei Mehmed vollständig. Die Mohammedaner Indiens, auf die in allererster Linie die Ausrufung des Dschihad berechnet war, dachten nicht daran, diesen Ruf zu hören. Jene *levée en masse*, die man sich in Verblendung am Goldenen Horn erhofft hatte, blieb aus; erst dann erhob sie sich, als ein anderer, Kemal Pascha, sie im Namen der Nation, nicht des Islam, von seinem ausgebluteten Volk forderte, um das Diktat von Sèvres zu zerreißen. Das Nationalgefühl erwies sich als unendlich viel stärker denn das religiöse — kein Wunder am Ende nach dem jahrhundertelangen Mißbrauch, der mit diesem religiösen Gefühl getrieben worden war.

Dennoch hat 1920 der Ghazi unzweifelhaft sehr weise gehandelt, dies nicht noch einmal durch eine brutale Abschaffung des Kalifats zu erproben; niemand weiß, wie damals der Islam auf eine solche Tat der Nationalversammlung von Angora reagiert hätte. Es ist meisterhaft, wie er statt dessen Schritt für Schritt, jeweils den geeigneten psychologischen Moment abpassend, das Kalifat abgebaut hat.

Mehmed VI. sandte gegen ihn nicht nur eine klägliche Armee aus, die den Frondeur in Anatoliens Bergen schlagen und vernichten sollte, sondern schleuderte wider ihn den großen Bann. Um diesen Bann kümmerte sich niemand, und die Armee Mehmeds verlief sich. Im April 1920 ließ Kemal durch die Nationalversammlung erklären, der Sultan-Kalif befinde sich in der Gewalt des Feindes und seine unter Feindesdiktat erpreßten weltlichen wie geistlichen Befehle seien daher nichtig — eine Mäßigung sondergleichen, wenn man dagegen Mehmeds Bann ansieht. Im August unterschrieb Mehmed dennoch das Diktat von Sèvres. Kemal regte gegen ihn keine Hand. Erst im Januar 1921, nach der gewonnenen Schlacht von İnönü geschah wieder etwas: die Nationalversammlung verkündete die Souveränität der Nation; das heißt, daß der persönlichen Souveränität des Sultan-Kalifen das Volk gegenübergestellt wurde als größeres, herrschendes Prinzip. Doch wiederum wurde daraus noch nichts gefolgert. Erst am 1. November 1922, nach gewonnenem Krieg, unterstellte sich die Nationalversammlung das gesamte türkische Gebiet und sprach damit mittelbar die Absetzung des Hauses Osman aus. Am 3. November löste sich die Regierung Mehmeds in Konstantinopel auf.

Doch immer noch existierte, wenn auch das Sultanat aufgehört hatte zu bestehen, das Kalifat, das nicht angetastet war. Und es ist interessant zu sehen, wie auch der Ghazi für kurze Zeit die Fiktion der rein geistlichen Herrschaft des Kalifen aufnahm, sich zunutze mache. Im gleichen Gesetz wurde erklärt, das Kalifat stehe auch weiterhin dem Hause Osman zu, und der türkische Staat bilde die Stütze des Kalifen. Damit war mit dem Grundsatz gebrochen, daß der Kalif selbst stark genug sein müsse, den Islam zu verteidigen und kriegerisch auszubreiten; der christliche Grundsatz des geistlichen Regimes mit dem weltlichen Arm, den die Scheria durchaus ablehnt, schien sich durchgesetzt zu haben. Doch von Kemal aus gesehen war es nur ein augenblicklicher Notbehelf, verursacht durch die ständigen Forderungen der indischen Mohammedaner in London, dem Kalifat dürfe von seiten der Entente

aus kein Leid geschehen; Kemal sah sehr richtig, daß er sich selbst in den Rücken falle, schaffe er in diesem Augenblick das Kalifat völlig ab. General Harrington, der Chef der Ententetruppen in Konstantinopel, hatte Mehmed in seiner Eigenschaft als Kalif einen Abschiedsbesuch gemacht; der Aga Khan und Ameer Ali, die indischen Moslemführer, hatten an den Ministerpräsidenten Ismet Pascha Briefe mit der Aufforderung gerichtet, das Kalifat nicht zu zerstören; für die kommenden Verhandlungen von Lausanne wäre es äußerst störend gewesen, dem allen entgegenzuhandeln. Es war genug, daß das Sultanat verschwunden war und nicht, wie vorher, der Entente zwei türkische Unterhändler, einer aus Angora, einer aus Konstantinopel, gegenüberstanden und einander konterkarrierten.

In einem Verwandten Mehmeds, Abdul Aziz, wurde also der Schattenkalif gefunden und inthronisiert, dessen Kemal vorderhand bedurfte. Selbst über die Verkündung der türkischen Republik mit Kemal als Staatsoberhaupt hinweg dauerte Abdul Aziz' Scheinkalifat, das zumindest offiziell von dem Islam der Erde anerkannt worden war. Und erst als sich um Aziz' Thron alle reaktionären Elemente der jungen Türkei zusammenfanden, als zugleich die Stabilität des jungen Staates einigermaßen gesichert schien, wurde das Kalifat, „das seinem Wesen nach im Begriff der Republik enthalten ist“, für abgeschafft erklärt.

So geschehen am 23. April 1924. Am 26. April bereits sah die Welt mit Stauen einen neuen Kalifen: den bisherigen Scherif Hussein von Mekka. Und es ist zu fragen, wie der Scherif das unfreundliche Echo, das ihm allenthalben entgegenklang, verdient habe. Hatte denn nicht der ganze Islam schweigend seine Billigung zu des landlosen Abdul Aziz' Inthronisation gegeben? Hussein war zwar kein großer, doch immerhin ein Herrscher. Er war zudem im Besitz der heiligen Stätten Mekka und Medina. Er hatte zwar nicht den allerbesten Ruf — doch hatte es Kalifen gegeben, deren Ruf bei weitem schlechter war als Husseins. Warum also der Aufschrei der Empörung, der erscholl und zu dessen Wortführer sich der Wahabitenfürst Ibn Saud in Er'riad machte? Es gibt kaum eine andere Erklärung dafür als die, daß, was einem Angehörigen des Hauses Osman recht, einem Haschimiden keineswegs billig war. Die Kontinuität des Kalifats überdies, die das Haus Osman mühselig durch die Fiktion der Inthronisation Selims I. durch Mutawakkil hergestellt hatte, war von der Nationalversammlung von Angora zerrissen worden. Hussein war ohne Legitimation; weder war er vom letzten Kalifen benannt noch von Vertretern des Islam gewählt worden — und einen Kalifen von eigenen Gnaden, der nicht zugleich, wie das Haus Osman, auf den sichtbaren Segen Allahs und das Gottesgnadentum hinweisen konnte, ertrug der Islam nicht. Hinzu kam noch eines: Hussein hatte es unternommen, den Koran auszulegen; er hatte sich damit priesterliche Funktionen angemaßt, die einem Kalifen sowenig wie einem Scherif zukommen. Hussein hatte sich in jeder Beziehung überschätzt. Bereits vor seiner Ausrufung zum Kalifen nicht mehr vom Empire geschützt, das er durch seine immerwährenden Querellen, ihn zum Oberherrn aller Araber zu machen, vergrämt hatte — Oberst Lawrence war das Jahr zuvor in Dschidda gewesen, um Hussein zur Vernunft zu bringen, und sagte darüber: „Der alte Mann war auf seine Art eine tragische Gessalt; rechtschaffen, halsstarrig, hoffnungslos rückständig — mit einem Wort, zum Verzweifeln!“ —, mochte Hussein geglaubt haben, durch den Gewaltakt der Ausrufung die Stämme Arabiens mit religiös-

moralischer Gewalt trotz allem Widerstreben unter sein Szepter zu zwingen. Er hatte sich verrechnet. Sein Ende, die Verjagung durch Ibn Saud aus dem Kalifat und dem Scherifat, ist bekannt.

Wieder war der Islam ohne Kalifen — nachdem er schon Hussein nicht hatte anerkennen mögen. Die arabischen Staaten ließen die Kalifatsfrage für Jahre ruhen. Sie war zu heiß, angefaßt zu werden. Ibn Saud, der neue Herr der heiligen Stätten, hoffte die Zeit für sich arbeiten zu sehen; es war ja weit und breit kein Konkurrent auf dem Plan; König Fuad von Ägypten, der Hörige des Empire, war sicherlich keiner; ebensowenig Imam Jahya vom Jemen; das schiitische Iran zählte nicht mit; die haschimidischen Herrscher des Irak und Transjordanien kamen nach dem Sturz des Vaters nicht mehr in Betracht; sich in Kabul ein Kalifat vorzustellen, war unmöglich. Und damit war die Reihe der islamischen Staaten erschöpft. Das Kalifat mußte Ibn Saud in die Hand wachsen, ließ er es nur reifen. Darauf, daß Fuad so früh sterben und unter dem jungen Faruk das Geschick Ägyptens eine auch für die Kalifatsfrage bestimmende neue Wendung nehmen werde, konnte selbst ein so vorzüglicher Rechner wie er nicht zählen.

*

Während so in den arabischen Staaten das Interesse für die Kalifatsfrage mehr oder weniger erloschen schien, tat sich in Indien eine Kalifatsbewegung auf. Nicht so sehr der Aga Khan war es, der hier führte, als die Brüder Ali, die seit mehr als zehn Jahren die Unabhängigkeitsbewegung der indischen Mohammedaner in enger Fühlung mit Gandhi zusammen vortrieben. Und man muß zugeben, daß diese indische Bewegung, nach dem englischen Wort als Khilafetbewegung bekannt, zeitweise nicht ohne Belang war.

Die Inder hatten den Fall des osmanischen Kalifats nur mit Bedauern gesehen. Hussein hatten sie sowenig wie alle anderen Moslems ernst genommen; um so weniger, als die indischen Pilger stets das zahlreichste Kontingent der Hadsch stellen und daher der indische Islam am meisten unter der Mißwirtschaft Husseins gelitten hatte. Daß ihre Intervention zugunsten der Osmanen vergeblich geblieben war, schrieben sie weniger Kemal zu als der Untreue der britischen Regierung den Versprechungen gegenüber, die in der Kalifatsfrage den Indern gemacht worden waren. So trieb die Entwicklung sie geradeswegs an die Seite von Gandhi und seiner Noncooperation-Bewegung. Die Erinnerung an die islamischen Großmogule Indiens wurden wieder lebendig; hatte Delhi nicht schon einmal ein Kalifat gesehen? Aber diese Zusammenarbeit mit den Hindus währte nicht lange. Wenn auch nicht augenblicks, so zerbrach doch auf die Dauer alles an dem Aufstand der Moplahs im August 1921; damals erhoben sich die Moplahs, landlose unwissende Moslems, gegen ihre hinduistischen Grundbesitzer, verübten zahlreiche Greuel und selbst — das schlimmste — Zwangsbekehrungen. Diese Untaten, wenn sie auch von seiten der Khilafetisten mit der niederen Artung der Moplahs zu entschuldigen versucht wurden, trieben einen starken Keil zwischen Moslems und Hindus, der je länger je breiter das Holz auseinanderspaltete. Immer neue Unruhen, immer neue Kämpfe zwischen Hindus und Moslems schlossen sich allen Bemühungen zum Trotz an. Die Zusammenarbeit war vorüber, ehe sie recht begonnen hatte, und die Brüder Ali mußten einsehen, daß im Augenblick und in der Zukunft an ein indisches Kalifat nicht zu denken sei.

Dennoch haben die Khilafetists ihre Arbeit nicht ganz aufgegeben. Die machtpolitischen Träume zerronnen, besannen sie sich auf andere, geistigere. Auch bei ihnen tauchte die Idee des Kalifats als rein geistige Macht auf. Bei einigen gar, und nicht den einflußlosesten, wandte sie sich bis zu einer völligen Verurteilung aller Kalifen von Moawija an, die gerade durch ihre Machtpolitik die Kalifatsidee verfälscht hätten — als ob der Prophet je von etwas anderem als Machtpolitik geträumt hätte. Und indem sie alle Kalifen seit Moawija verurteilten, näherten sie sich in hohem Grade der Schia, die das gleiche tut. Indem sie erklärten, von Ali ab sei das Kalifat beständig in den Händen von Usurpatoren gewesen, und indem sie die kämpferischen Kalifen von Abu Bekr bis Ali zu sanften Heiligen stempelten, begannen sie gleichzeitig einer Verschmelzung von Sunna und Schia und einem neuen, nur mehr geistig-geistlich orientierten Kalifat das Wort zu reden. Sie propagierten Kairo als den gegebenen Sitz eines solchen Kalifen, der nach altem Brauch von den besten Moslems der Erde zu erwählen sei — und man darf daraus schließen, daß die Ahzar-Kreise diesen Gedanken damals nicht fern standen. Ein solcher Kalif mußte zweifelsohne entweder aus ihrer Gruppe stammen oder doch sehr rasch unter ihren Einfluß geraten. Wenn sich heute die Ahzar von diesen Gedanken distanziert, indem sie Faruk in den Vordergrund schiebt, ist das ein Anzeichen dafür, daß die Khilafetists unendlich an Einfluß verloren haben, zumal ja auch der Aga Khan sich nun der Ahzar genähert hat. Und damit ist nach verschiedenem Hin und Her die Frage wieder ganz in den Umkreis der arabischen Welt zurückgekehrt, wo allein sie, wenn überhaupt, entschieden werden dürfte.

*

Zu fragen bleibt, welchen Verlust der Islam mit dem Fall des Kalifats erlitten hat, und ob er ohne Kalifat weiterzubestehen vermag. Und anders, als es bei der römischen Kirche der Fall wäre, muß geantwortet werden, daß er sehr wohl ohne Kalifen leben kann. Verloren hat er ja in Mehmed VI., dem letzten Kalifen mit weltlicher Macht, nicht allzuviel. Mehmed war längst nicht mehr imstande, wahrhaft und tatkräftig ein Protektor des Islams zu sein — und auch ohne Protektor hat der Islam nicht nur weitergelebt, sondern sich in Afrika und Innerasien sogar bedeutend entwickelt. Da der Kalif nach der Lehre der Scheria durchaus kein geistliches Oberhaupt war oder ist, ist hier ein Verlust ebensowenig fühlbar — denn die Imame der Ahzar und der anderen islamischen Universitäten und Moscheen sind weiter im Amt. Koran und Scheria bestehen als absolute Werte fort, auch ohne Kalifen. Ein Priestertum, sakramentale Werte, die verwaist sein könnten, kennt der Islam nicht. Auch ohne Kalifen bleiben die ethischen und religiösen Kräfte des Islams, was sie sind, wie umgekehrt kein Kalif sie zu steigern vermöchte. Wenn daher heute wiederum die Kalifatsfrage aufgeworfen wird, ist es sicher, daß ausschließlich machtpolitische, durchaus keine religiösen Gründe dahinterstehen. Und in welcher Richtung diese machtpolitischen Pläne, von Kairo ausgehend, sich zu entwickeln trachten, wurde bereits früher an dieser Stelle (XIII, 293 ff.) zu zeigen versucht.

FRANZ VON CAUCIG: Die Verkehrsentwicklung im Vorderen Orient

Aus der Erkenntnis heraus, daß es ratsam sei, sich von fremden Einflüssen möglichst frei zu machen, haben die Staaten des Nahen Ostens ihre eigenen Verkehrsmöglichkeiten so auszugestalten begonnen, daß der Handel untereinander und der Handel mit Europa eine Ausweitung erfährt. Die Türkei hat dazu den Anstoß gegeben. Sie ist rein geographisch jenes Land des Vorderen Orients, das Europa am nächsten liegt. Durch die türkischen Bahnbauten wurde nun der alte deutsche Gedanke einer Bahn nach dem iranischen Golf — als Bagdadbahn bekannt — neuerlich in Erwägung gezogen. Die Bahn nach Bagdad, die 1903 begonnen wurde und als Ergänzung zur Anatolischen Bahn gedacht war, hätte, wenn sie fertiggestellt worden wäre, Berlin mit Bagdad verbunden. An der Tatsache, daß heute vor allem Deutschland an der Entwicklung des Nahen Ostens wieder stark interessiert ist, konnten die dazwischenliegenden Jahre nichts ändern. Im Gegenteil, die deutsche Industrie ist wieder in maßgebender Weise an dem Aufbau der Nah-Ost-Staaten beteiligt. Allerdings trifft das auf jene Gebiete teilweise nicht zu, die ehemals unter fremdem Mandat standen oder heute noch stehen; denn es ist nur zu begreiflich, daß sich die Mandatsmächte diese Absatzgebiete zu wahren verstehen. Trotzdem steigt der deutsche Handel mit dem Nahen Osten seit Jahren.

Die Staaten des Vorderen Orients sind im Begriff, sich eine eigene Industrie zu schaffen. Am weitesten vorgeschritten ist die Türkei, es folgen Iran und die übrigen Staaten. Überall sind deutsche Erzeugnisse, ob es sich nun um Schwerindustrie, Maschinenteknik, Rundfunkwesen usw. handelt, bestens bekannt; es liegt also auch in unserem Interesse, wenn uns diese Länder durch weiteren Ausbau der Verkehrsmöglichkeiten näherkommen.

Da ist es vor allem erforderlich, sich darüber klar zu werden, welche Größenverhältnisse — dem Raume nach, aber auch bevölkerungsmäßig — vorliegen, um sich ein Bild der Notwendigkeiten zu machen, mit denen gerechnet werden muß. Als Vergleichszahl sei daran erinnert, daß das neue Deutsche Reich (ohne die sudetendeutschen Gebiete) rund 554 000 qkm Bodenfläche und rund 75 Mill. Einwohner hat. Nachstehende Übersicht gibt die bezüglichen Daten der Staaten des Nahen Ostens an:

Land	Bodenfläche in qkm	Einwohner
Afghanistan	730 000	10 000 000
Irak (Mesopotamien)	370 000	2 850 000
Iran	1 643 550	15 055 000
Saudisch-Arabien	1 580 000	5 000 000
Türkei	762 700	15 000 000
Palästina	23 300	1 050 000
Transjordanien	42 000	260 000
Syrien	150 000	2 273 000
zusammen:	5 302 450	52 488 000

Man hat also, wenn man den Nahen Osten als geschlossenes Gebiet betrachtet, mit einer Bodenfläche zu rechnen, die nahezu zehnmal so groß ist wie Deutschland, und mit einer Bevölkerung, die um rund 23 Mill. geringer ist als die des Reiches.

So groß dieses Gebiet ist, so groß sind auch die Probleme, die hier gelöst werden müssen. Man muß — besonders wenn es sich um Verkehrserschließung handelt — mit Entfernungen rechnen, die nicht zu unterschätzen sind. In diesem Gebiet ist bis heute erst ein verschwindend kleiner Teil jener Aufgaben durchgeführt worden, die die Länder zu Wohlstand und Ansehen kommen lassen. Wenn man nun aus Einzelmeldungen der Presse hört, daß da oder dort eine Bahnstrecke eröffnet wurde, da oder dort eine neue Planung gemacht wird, so ist das die Auswirkung der Tatsache, daß die Staaten des Nahen Ostens fühlen, wie sehr sie abseits liegen. Dem Bedürfnis der Länder entgegenzukommen, ist Aufgabe der europäischen Industriestaaten. Geopolitisch am günstigsten liegt hierfür Deutschland, und es ist nicht zu verkennen, daß diese Gegebenheit und die bisher gemachten Erfahrungen die Länder auch dazu bringen, größere Geschäfte mit Deutschland abzuschließen.

Wenn man die Lage verkehrstechnisch überblickt, so weiß man, daß die Türkei das wichtigste Zwischenglied zwischen Europa ist. Man hat gesagt, daß der Bosphorus die Brücke zwischen Asien und Europa darstellt. Für das Gebiet des Nahen Ostens betrachtet, ist der Bosphorus noch viel mehr: die einzige wirtschaftlich wirklich gangbare und wertvolle Landverbindung. Aus dieser Stellung der Türkei heraus läßt es sich erklären, wieso sie es war, die als erste an die Wichtigkeit der Verkehrserweiterung dachte.

*

Als der neue nationale türkische Staat erstand, zeigte es sich, daß für ein Gebiet, das nahezu eineinhalbmal so groß ist wie Deutschland, insgesamt nur 3350 km Eisenbahnlinien vorhanden waren¹⁾. Dies konnte weder in militärischer noch in wirtschaftlicher oder in sozialer Hinsicht genügen, um so mehr, als diese Linien alle nur Teilstücke ohne zweckmäßigen Anfang oder begründetes Ende waren.

Bei der Plangestaltung der neuen Bahnlinien mußte mit dem Gegebenen gerechnet werden. Gegeben war als einziges die „Taurus“-Bahn, die von Istanbul über Eskischehir, Afyon, Konya nach Adana — nahe der syrischen Grenze — führt und eine Abzweigung von Eskischehir nach Ankara aufwies. Erst im äußersten Osten, von Erzurum nach der nahe der russischen Grenze gelegenen Stadt Kars, lief wieder eine Eisenbahnlinie. Der Gedanke lag nahe, das fehlende Stück zwischen Ankara und Erzurum zu bauen. Diese Bahn ist heute schon bis über Siwas hinaus fertiggestellt. Von dieser Hauptstrecke aus [Izmir (Smyrna) nach Kars], die man die „Trans-Anatolische Bahn“ nennt, wurden im Laufe der Jahre verschiedene Abzweigungen gebaut: nach dem Schwarzmeerhafen Zonguldak, in dessen Nähe sich die großen türkischen Kohlenlager befinden, die Bahn, die Siwas mit dem Schwarzmeerhafen Samsun verbindet, die Strecke, die die „Taurus-Bahnlinie“ mit der „Trans-Anatolischen Bahn“ (Kaysri—Ulu Kischla) verbindet, die Bahn von Fewzi Pascha östlich von Adana nach El Aziz, Ergani und Dyarbekir (Kupferbecken) usw.

Wie die Karte zeigt, führt die Taurusbahn in ihrer weiteren Fortsetzung nach Aleppo in Syrien. Von dort aus gabelt sich eine Linie nach dem Osten, die längs der syrisch-türkischen Grenze bis nach Nisibin führt. Diese Linie, die heute nur eine Seitenlinie darstellt, war die von Deutschland geplante Bagdadbahn, die in

1) Siehe Geopolitik, XII. Jahrgang 1935, Heft 7. v. Caucig: Verkehrserschließung Anatoliens.

einem weiten Bogen nach Süden über Mossul und Bagdad zum Persischen Golf verstoßen sollte. Inzwischen hat die Türkei zwei große Bahnstrecken, von Dyarbekir aus, in Angriff genommen, und zwar die eine zur iranischen und die andere zur irakischen Grenze hin. Dieser beiden Bahnlinien wird im nachfolgenden noch öfters Erwähnung getan.

Bis zum Jahre 1933, da das erste Bauprogramm der türkischen Staatseisenbahnen beendet war, haben die Bauten dem Staate rund 500 Mill. RM. gekostet. Daneben aber wurde noch der größte Teil der Konzessionsgesellschaften um einen Betrag von rund 310 Mill. RM. aufgekauft, so daß die Türkei zu diesem Zeitpunkt über insgesamt 5100 km Eisenbahnlinien verfügte. Heute beträgt das Gesamtstreckennetz der türkischen Staatseisenbahnen rund 7000 km, nachdem alle ausländischen Konzessionen auf den Staat übergingen. Die Gesamteinnahmen der Verwaltung beliefen sich in den letzten Jahren auf folgende Ziffern:

1930—31.....	14,0 Mill. Tpf.	1933—34.....	14,9 Mill. Tpf.
1931—32.....	15,1 „ „	1934—35.....	21,3 „ „
1932—33.....	12,5 „ „	1935—36.....	21,6 „ „
		1936—37.....	26,4 „ „

Diesen Einnahmen standen, um nur einige Daten herauszugreifen, im Jahre 1930—31 Ausgaben in Höhe von 11 700 000 Tpf., im Jahre 1935—36 von 17 Mill. Tpf. gegenüber. Über die Zahl der zwischen 1927 und 1935 beförderten Personen und Güter sowie über die zurückgelegte Gesamtanzahl der Kilometer gibt nachstehende Aufstellung Auskunft:

Jahr	Länge der Staatseisenbahn in km	Beförderte Personen	Beförderte Güter in Tonnen
1927—28	2 215	4 834 967	947 118
1930—31	2 968	5 453 040	1 973 012
1934—35	4 728	7 720 786	2 822 889

Die Fortsetzung der „Taurusbahn“ ist in der Linie von der türkisch-syrischen Grenze nach Aleppo, dann weiter nach Hama, Homs und Damaskus zu suchen. Dadurch ist der wichtigste Teil Syriens an das große türkische Bahnnetz angegliedert. Dieses Westsyrien gehört geopolitisch jedoch zu dem Gebiet, dessen Einfallstor das Mittelmeer ist. Es darf nicht übersehen werden, daß die genannte Bahnstrecke zwar die einzige Hauptbahn ist, die in Syrien verkehrt, aber zwei Nebenstrecken, und zwar nach den Mittelmeerhäfen Tripolis und Beirut, besitzt.

Man fragt sich, warum die französische Verwaltung in all den Jahren, da sie das Mandat über Syrien ausübte, nicht für eine bessere Erschließung des Landes gesorgt hat. Die Gründe sind mannigfaltiger Natur. Vor allem muß gesagt werden, daß Syrien an sich ein Transitland ist, dem die Aufgabe zufällt, den Verkehr zwischen dem Mittelmeer und den Staaten Irak und Iran zu vermitteln. In dieser Richtung hin sind wiederholt Bahnbaupläne begonnen worden, niemals aber zur Durchführung gelangt. Man dachte zuerst an Alexandrette im gleichnamigen Sandschak als Kopfstation einer Ostbahn, denn der Hafen liegt außerordentlich günstig und geschützt. Vor allem aber stellt er ein ideales Einfallstor nach dem Süden der Türkei und nach dem ganzen Norden Syriens dar. Daß dieser Hafen systematisch vernachlässigt wurde, liegt an der ungeklärten politischen Lage. Ferner wurde der Plan erwogen, eine Bahnlinie quer durch Syrien, nach dem Osten hin, von Hama aus nach der irakischen Grenze zu legen. Da aber gleichzeitig geplant wurde, eine Ölleitung von Mossul nach Tripolis zu bauen, wurde von dem Bahnbauprojekt Abstand genommen, um eine Bahnstrecke parallel zur Ölleitung und dann weiter quer durch Nordirak und Nordinan bis nach Täbris zu führen. Bis heute ist diese Bahn nicht gebaut. Man dachte weiterhin auch an den Ausbau der Schmalspurbahn Beirut—Damaskus. In der Zwischenzeit hat sich aber von Damaskus aus quer durch die Wüste ein regelmäßiger Autobusverkehr nach Bagdad (Irak) eingespielt, der den Bedürfnissen entspricht. Es befahren diese Strecke heute vierzigstizige Personenwagen, die, um nur ein Beispiel zu nennen, schon im Jahre 1935 rund 26 000 Personen beförderten.

Syrien besitzt ferner teilweise die bereits obengenannte Bahnstrecke, die längs der türkisch-syrischen Grenze nach Nisibin und Tel-Kotschek führt und nicht weniger als vier Grenzübergänge aufweist. Wenn man durch Jahre hindurch diese Bahnstrecke — eben wegen ihrer Lage an der Grenze — vollständig vernachlässigt hat, so wohl auch aus der Erwägung heraus, daß man sich zur weiteren Fortsetzung der Linie (es ist die der geplanten deutschen Bagdadbahn) im Irak nicht entschließen konnte. Seit Mitte 1937 hat sich dies jedoch geändert. Jedenfalls wird aber dieser Bahnstrecke in nächster Zeit ein mächtiger Konkurrent erwachsen, und zwar durch die auf türkischem Gebiet im Bau befindliche Bahn von Dyarbekir nach der irakischen Grenze. Sowie das fehlende Zwischenglied gelegt sein wird, wird Istanbul bzw. Samsun, nicht aber ein syrischer Hafen, den Vorteil davon haben.

*

Über Damaskus hinaus nach dem Süden führt die Bahnlinie quer durch den westlichen Teil Transjordanien und berührt auch die Hauptstadt Amman. Es ist jene Bahnstrecke, die unter dem Namen „Hedschasbahn“ bekannt ist. In ihrer weiteren Verlängerung stieß sie, bevor der große Teil südlich der Grenzstation Maan infolge völliger Vernachlässigung unbefahrbar geworden war, bis zur heiligen Stadt Medina vor. In ihrer jetzigen Gestalt ist die Hedschasbahn wertlos. Hätte sie nicht von Haifa aus eine Zufahrtslinie, die durch das nördlichste Palästina führt, wäre sie wohl, zur Gänze überflüssig, dem gleichen Schicksal anheimgefallen wie ihre südliche Verlängerung. Man hat sich in Transjordanien bis heute noch mit keinem Bahnbauprojekt befaßt, denn der Plan, die Strecke von Haifa nach Bagdad quer durch Transjordanien zu führen, scheiterte an der Überlegung, daß diese Strecke mit ihrer Länge von rund 1100 km niemals gegenüber einer ausgebauten Linie Aleppo—Mossul — also nur 600 km durch das nördliche Syrien — konkurrieren könnte. Irak hätte außerdem an einer derartigen Linie nach dem Westen wenig Interesse, denn der Warenverkehr spielt sich auf viel billigerer Grundlage mittels Schiff um Arabien und tigrisaufwärts ab.

Man hat in Palästina verschiedentlich darauf hingewiesen, daß die Bahn, die von Haifa-Tel Awiw (Jaffa) nach Jerusalem und dem Süden, also nach Ägypten, führt, wohl als wirtschaftliche Verbindung eine gewisse Rolle spielt, die wichtigsten Orte aber, wie etwa Nazareth, Tiberias, Jericho, Bethlehem, Nablus usw. nicht berührt. Aus diesem Mangel heraus hat sich in Palästina das Straßenbauwesen stark entwickelt und der Autobusverkehr einen mächtigen Aufschwung erfahren. Im Jahre 1922 verkehrten nur 400, im Jahre 1933 aber bereits 6200 Überlandautobusse.

Trotzdem Palästina nur über wenige Bahnstrecken verfügt, stellten sie bis 1937 keinen Defizitposten dar. Die Zahl der beförderten Personen stieg von 2 Mill. im Jahre 1934 auf 2,7 Mill. im Jahre 1936. Im selben Zeitraum stiegen auch die Einnahmen um 22,4%. Im vergangenen Jahre gingen die Einnahmen der Hedschasbahn und der übrigen palästinischen Eisenbahnen um rund 28% zurück, wohl wegen Aufhörens der Materialtransporte für die Erdölleitung von Kirkuk (Irak) nach Haifa und als Folge der zahlreichen Streiks. Es bleibt zu beachten, daß die Beträge für die Anleihen tilgung u. dgl. mehr durch einen Zuschuß des Staatshaushaltes gedeckt werden. Eine rationelle Linienführung könnte das Bild allerdings gänzlich ändern.

*

Im Jahre 1935 wurde auf Veranlassung des arabischen Königs Ibn-el-Saud die Hedschasbahn-Konferenz einberufen, an der England, Frankreich und Transjordanien durch Delegationen vertreten waren. Ibn-el-Saud dachte daran, die Bahnlinie von der Grenzstation Maan bis Medina neu herstellen zu lassen. Es war auch bereits ein Fond von 200 000 £ hierfür bereitgestellt. Die Konferenz endete aber ergebnislos, da dem Verlangen Ibn-el-Sauds, ihm die Städte Akaba am östlichen Arm des Roten Meeres und Maan an der transjordanischen Grenze zuzusprechen, nicht willfahren wurde. Die Hedschasbahn, die als Verkehrsmittel besonders während der alljährlichen Pilgerzeit von größter Bedeutung wäre, endet auch heute noch im Wüstensand.

Nun geht auch das junge Königreich Irak daran, eine überaus wichtige Bahnverbindung auszubauen. Irak besitzt eine Linie, die vom Persischen Golf (Basra) zur Hauptstadt Bagdad führt und sich dort in zwei Arme gabelt. Der eine strebt gegen Mossul im Norden, ist aber nur bis Beydschi gebaut, die andere Linie führt von Bagdad nach dem irakischen Ölzentrum Kirkuk, von wo aus bekanntlich die große Erdölleitung bis nach Haifa in Palästina gelegt ist. Auch diese Linie gabelt sich noch einmal, und zwar bei Deliabas, und führt gegen die iranische Grenze. Man hat wiederholt daran gedacht, einen dieser beiden nördlichen Arme, entweder den nach Beydschi oder den nach Kirkuk, mit Mossul zu verbinden. Die nach Mossul verlängerte Strecke hätte nur einer kurzen Ergänzung zur syrischen Nordgrenze nach Tel-Kotschek bedurft, um an den schon erwähnten Arm der Bagdadbahn längs der syrisch-türkischen Grenze angeschlossen zu werden. Eine derartige Bahnführung lag jedoch durchaus nicht im Interesse Englands, das immer von der sogenannten all-britischen Bahn quer durch Palästina und Transjordanien nach Bagdad träumte. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen der britischen Regierung als Konzessionärin aller Irakbahnen und dem irakischen Staat kam es am 31. März 1936 zur Unterzeichnung eines Vertrages, laut dem diese Bahnen in den Besitz Iraks übergingen. Die irakischen Bahnen haben eine Gesamtlänge von 1211 km, auf ihnen wurden in den letzten Jahren rund 2,1 Mill. Menschen und 600 000 t Waren befördert.

Nach Übernahme der Bahnen durch den Staat sind manche früher gefaßten Projekte der Verwirklichung nähergerückt. Vor allem wurde der Bau einer großen Stahlbrücke über den Tigris im nördlichen Stadtgebiet von Bagdad bewilligt, die die beiden Bahnhöfe Bagdad-Nord (Linie nach Beydschi) und Bagdad-West (Linie nach Kirkuk) verbinden soll. Zur gleichen Zeit trat eine Ermäßigung der Frachtsätze in Kraft. Weiter aber — und das ist wohl das Einschneidendste — hat die irakische Regierung bereits am 20. November 1936 den Beschluß gefaßt, die Bahn von Bagdad über Beydschi nach Mossul und Tel-Totschek an der syrisch-irakischen Grenze auszubauen. Im Beisein des Ministerpräsidenten und des englischen Generaldirektors der irakischen Staatsbahnen legte der Wirtschafts- und Verkehrsminister die erste Schiene nach dem Norden. Die neue Linie wird von verschiedenen Punkten gleichzeitig gebaut und dürfte Anfang 1939 fertig sein. Von Beydschi nach Mossul sind es rund 112 Meilen und von dort bis Tel-Kotschek noch weitere 68. Damit wird das alte deutsche Bauvorhaben der Berlin-Bagdadbahn vollendet sein. Diese Bahn wird also nicht nur über Tel-Kotschek quer durch das äußerste Eck Syriens nach Nisibin und von dort aus Anschluß nach Aleppo und damit über Hama und

Homs nach Tripolis in Syrien haben, sondern vor allem nach Fertigstellung des kurzen Zwischengliedes auf türkischem Boden, das von Diarbekir nach der irakischen Grenze führt, unmittelbar nach Samsun und Istanbul leiten.

*

Außer der Transanatolischen Bahn und der Irakischen Nordbahn ist wohl die Transiranische Bahn die wichtigste Strecke, an der jetzt im Nahen Osten gebaut wird. Man weiß, daß sich der Schah-in-Schah trotz großer Gegnerschaft entschlossen hat, dieses Werk zu schaffen, nicht nur aus rein wirtschaftlichen Gründen, sondern auch aus politischen Erwägungen heraus. Für Iran selbst wird die Bahn vor allem den Vorteil haben, die überaus reichen Nordgebiete mit der Hauptstadt zu verbinden und eine Austauschmöglichkeit mit den Erzeugnissen des Südens zu schaffen. Die gewaltigen Kosten dieses Bahnbaues werden vor allem vom neu eingeführten Tee- und Zuckermonopol gedeckt.

Geplant ist die Strecke von deutschen Technikern. Die Ausführung der Nordstrecke, also des Stückes zwischen Teheran und Bender-Schah am Kaspischen Meer, wurde dem Kampsax-Konsortium (Schwedengruppe) übertragen.

Die feierliche Eröffnung der Nordstrecke ist bereits vor Monaten erfolgt. Sie ist eine der großartigsten Bahnlinien, die die Welt besitzt. Man hat sie einmal mit der Albulabahn in Graubünden verglichen, doch ist sie an Kühnheit der Projektierung und Schwierigkeit des Befahrens mit jener kaum zu vergleichen. So mußte z. B. auf einer Strecke von nur 60 km Luftlinie bis zum Scheiteltunnel in Gaduk ein Höhenunterschied von rund 1750 m überwunden werden, was eine Gleislänge von nahezu 100 km, 51 Tunnels (davon 11 Kehrtunnels) und zahlreiche andere Kunstbauten erforderte.

Man rechnet damit, daß im Jahre 1939 auch die Südstrecke, die von mehreren Stellen aus gleichzeitig in Angriff genommen wurde, fertiggestellt sein wird.

Was die Lieferung des Baumaterials dieser Strecke betrifft, seien nur einige Zahlen willkürlich herausgegriffen:

Anfang Dezember 1936 sind von Rußland 2500 t Eisenbahnschienen mittels griechischer Dampfer von Odessa nach dem Südiran verfrachtet worden. Es handelte sich hierbei nur um eine Teilsendung. Die russischen Schienenlieferungen nach dem Iran sind der größte Teil der sowjetrussischen Eisenbahnschienausfuhr. Weiter hat die sowjetrussische Ausfuhrvereinigung „Technoexport“ einen Auftrag auf geschlossene und offene Güterwaggons sowie auch von Lokomotiven übernommen. Es war dies der erste Posten Waggons und Lokomotiven, die Rußland an das Ausland lieferte.

Auch die polnische Eisen-Ausfuhr-Gesellschaft m. b. H. in Kattowitz lieferte 20 000 t Eisenbahnschienen und Oberbaumaterial.

Aus Deutschland wird vor allem das rollende Material, also Lokomotiven und Personenwagen, bezogen.

*

Außer dieser bedeutsamen und großangelegten Bahn verfügt Iran noch über einige Linien, die jedoch wirtschaftlich bisher kaum etwas zu bedeuten hatten. Es handelt sich um eine Strecke, die, von Britisch-Indien kommend, unmittelbar an der iranisch-afghanisch-indischen Grenze bis zur Stadt Zehedan führt. Weiter läuft eine Linie von Täbris, im äußersten Nordosten des Landes, über die russisch-iranische Grenze nach Tiflis und hat somit an das russische Bahnnetz Anschluß. Diese Strecke soll jetzt einer grundlegenden Ausbesserung unterzogen werden. Außerdem

führt aber eine kurze Linie von Choi, unmittelbar in der Nähe von Täbris, nach der türkischen Grenze bis nach Beyazit. Diese Bahn wird derzeit über Van mit Dyarbekir verbunden, wodurch diese Stadt zum Knotenpunkt der iranischen, irakischen und türkischen Bahnen wird, die alle nach Samsun, Izmir oder Istanbul leiten.

Die iranische Regierung hat nun den Plan gefaßt, unmittelbar nach Beendigung des Hauptteiles der „Transiranischen Bahn“, an den Ausbau einer Ostwest-Verbindung zu schreiten. Man denkt daran, Zehedan an der indischen Grenze mit der großen Stadt Meschhed im Norden Irans zu verbinden, man plant aber vor allem den Bau der Eisenbahn von Teheran nach Täbris. Diese Verbindung wird zuerst in Angriff genommen, denn sie wird mit einem Schlage — über die indessen auch fertiggestellte obengenannte türkische Ostbahn — Iran mit Europa verbinden.

*

Aus all dem geht hervor, daß sich im Nahen Osten neue Kraftquellen eröffnen, daß in kurzer Zeit bereits alle Staaten mit der Bahn zu erreichen sein werden.

Zusammenfassend kann man, vom Süden beginnend (laut beiliegender Kartenskizze) drei wichtige Hauptstränge feststellen, die sich nach Norden ziehen.

1. Die Bahn von Arabien durch Transjordanien, Syrien und die Türkei zum Bosphorus (Hedschas- und Taurusbahn) und weiter nach Europa.
2. Die Bahn vom Persischen Meerbusen über Bagdad nach Beydschi — Fortsetzung nach Dyarbekir im Bau — quer durch die Türkei zum Bosphorus.
3. Die im Bau befindliche Transiranische Bahn zum Kaspischen Meer bzw. deren geplante Abzweigung ab Teheran mit Anschluß über Täbris, Van, Dyarbekir zum türkischen Bahnnetz und zum Bosphorus.

Man erkennt aus dieser Zusammenfassung, daß der Handel des Nahen Ostens in Istanbul bzw. Samsun ein großes Sammelbecken zu finden beginnt. Im Vergleich hierzu werden die Häfen längs der syrischen oder palästinensischen Küste immer nur lokalen Charakter tragen. Von Bagdad oder von Täbris werden große Warensendungen immer billiger nach Samsun gebracht werden, als etwa nach Beirut oder Tel-Aviv. Diese neuen Linien, die hier im Vorderen Orient ausgebaut werden, haben durchaus den Charakter von Weltlinien, vereinen sie doch, um die entferntesten Ziele zu nennen, Ostende mit dem Persischen Golf und Indien. Es ist daher durchaus zweckmäßig, wenn man heute in maßgebenden türkischen Kreisen die Möglichkeit einer Freihafenzone in Istanbul erwägt. Dies würde für den Gesamthandel des Nahen Ostens einen großen Anreiz bieten und die Häfen der Türkei — die allerdings einer neuzeitlichen Ausgestaltung unterzogen werden müßten — in den Mittelpunkt dieses Handels stellen. Jedenfalls sind die Voraussetzungen hierfür gegeben.

Bei alledem darf der Straßenbau nicht übersehen werden. Wichtig sind die Straßen von Bagdad nach Beirut, von Täbris nach Trabzon, die Nordsüd-Straßen im Iran. Für Massentransporte können sie mit der Bahn allerdings nicht konkurrieren, und gerade die Ausfuhrsgüter der Nahost-Staaten sind Massengüter (Getreide, Erze, Früchte).

*

Im Nachstehenden noch einige Zahlen über den Handel Deutschlands mit den Staaten des Nahen Ostens, aus denen man ersehen kann, daß schon bisher eine Auswertung möglich war, sich aber noch ganz andere Möglichkeiten für alle Teile ergeben werden, wenn durchgehende Verbindungen bestehen:

Deutschland führte aus dem Vorderen Orient ein (Türkei, Ägypten, Iran, Irak, Syrien, Libanon, Palästina):

1932	1933	1934	1935	1936	1937
		in Millionen Reichsmark			
116,7	107,3	148,4	159,4	182,3	183,6

Deutschland führte nach dem Vorderen Orient aus:

73,0	81,5	107,1	146,6	176,2	250
------	------	-------	-------	-------	-----

Wenn alle diese Bahnbauten der letzten Zeit und diese Planungen der Zukunft auch ganz bedeutende wirtschaftliche Verbesserungen mit sich bringen werden, so darf man aber darüber doch nicht vergessen, daß sie auch politisch nicht unwesentlich sind. Der ganze Nahe Osten ist politisch in vieler Hinsicht als ein erst zum Leben erwachter gewaltiger Block anzusehen, der aber vorbestimmt scheint, eine gewaltige Rolle zu spielen. In letzter Zeit ist im Zusammenhang mit der Frage von Palästina, mit der einstweiligen Teilbefreiung von Ägypten und mit der so brennend gewesenen Regelung im Gebiet des Sandschak von Alexandrette, eine reiche Literatur um den Nahen Osten veröffentlicht worden, die nicht umhin konnte, von ganz großen weltpolitischen Fragen, wie etwa der Mossulfrage, der Frage der Armenier usw., ihren Ausgang zu nehmen. Immer aber wurde darauf hingewiesen, daß das arabische Element in Bewegung zu geraten scheint, daß der einst geplante Gedanke „Panarabien“ unter einer einzigen Herrschergewalt sich dahingehend gewandelt hat, daß all diese Staaten, ohne ihre nationale Unabhängigkeit aufzugeben, dahin streben, sich zusammenzuschließen, ein geschlossenes Ganzes zu bilden, das sich frei zu machen gedenkt von europäischen, politischen oder wirtschaftlichen Einflußnahmen. Tatsache ist, daß die Entwicklung nach dieser Richtung hinstrebt, daß aber alles ganz vergebens ist, solange es den Staaten nicht vergönnt ist, ihre Kräfte zu sammeln. Zu dieser Sammlung wird das gewaltige Bahnnetzprogramm nicht unwesentlich beitragen.

Bisher war es so, daß die wirtschaftliche Bindung zu Europa dadurch allein schon gegeben war, daß man auf Ausfahren in größtem Stile angewiesen war, um selbst an einen Aufbau — Geldbeschaffung! — denken zu können. Die neuen Bahnlinien werden aber in naher Zukunft dazu führen, daß man sich die Ausfuhrartikel frei aussuchen, hingegen lebenswichtige Artikel zu guter Verteilung im eignen Lande bringen wird. Dies Problem wird vorerst in der Türkei und im Iran zur Lösung gelangen können. Die wichtigen Milcherzeugnisse aus Ost-Anatolien werden in die Städte nach dem Westen gelangen, die fruchtbaren Gebiete Nord-irans werden ihre Erzeugnisse nicht mehr nach Rußland, sondern nach dem eigenen Süden schaffen. Es wird den Staaten möglich werden, eine gewisse wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen, sie werden Kohle, Kupfer, Chrom, Erdöl usw. exportieren, aber die eigene Baumwolle selbst verarbeiten und in solche Gebiete schaffen können, die bisher verwaist und verödet dalagen. Dasselbe geschieht bereits vielfach mit dem Zucker, der, im eigenen Lande erzeugt, auch über das ganze Land zur Verteilung gelangen wird.

Diese wirtschaftliche Selbständigkeit oder wenigstens Auflockerung muß unbedingt nach einem politischen Ventil Ausschau halten. Durch die Bahnverbindungen ist dies gegeben. Es besteht kein Zweifel, daß die Türkei erst in jenem Augenblicke anfang, politisch wiederum eine Rolle zu spielen, als ihr die Bahnlinien erlaubten, ihre militärische Kraft auf das ganze Land zu verteilen, an einzelnen Punkten zu sammeln usw. Etwas ganz Ähnliches steht im Iran bevor. Die Transiranische Eisenbahn ist das typische Beispiel einer politischen Anlage. Es wäre sicher wirtschaftlich richtiger gewesen, die Nordstrecke zum Kaspischen Meer nach dem Westen dieses Meeres zu verlegen. Politische Überlegungen erzwangen aber die Verlegung nach dem

Ostufers. Einmal ist die Bahn dort weitaus geschützter, zum zweiten hat sie in jenem Gebiete einen strategisch weitaus besseren Endpunkt: Sie beherrscht das ganze Ostgebiet des Staates. Man darf niemals vergessen, daß gerade diese Nordbezirke Irans einmal zu einer Einflußsphäre Rußlands zählten, während der Süden eine ebensolche Einflußsphäre Englands darstellte. Dieser Zustand ist beendet. Der Iran hat durch die geniale Tat dieser Bahn ein wehrgeopolitisches Machtmittel in der Hand, das ihm jederzeit erlaubt, große und größte Truppenverschiebungen nach allen bedrohten Gebieten zu entsenden, die Notwendigkeit, durch fremde Staaten „geschützt“ zu werden, ist weggefallen.

Die Verbindung des iranischen Bahnnetzes mit dem türkischen tut ihr übriges dazu. Ein geschlossenes Netz von Verbindungsmöglichkeiten ist geschaffen. Man kann, wenn man die neuen Planungen des Irak betrachtet, nicht umhin, auch dort eine ganz gleiche Gedankenfolge festzustellen. Die Nordbahn über Mossul nach der türkischen Grenze eröffnet eines der wichtigsten Gebiete des Landes. Hier liegt sein Reichtum, sein Erdöl. Bisher war es so, daß dieses Gebiet der Gnade oder der Ungnade anderer ausgeliefert war. Heute ist das Gebiet dem eigenen Staate erschlossen. Daß dieser Erdwinkel voll Spannungen war — was die Zukunft bringt, ist nicht vorauszusehen! —, wird niemand bezweifeln, der die Geschichte der letzten 20—25 Jahre kennt. Gerade hier, wo sich drei Staaten treffen, wo eine wichtige Bahnlinie (Aleppo, längs der syrisch-türkischen Grenze) unter den ungünstigsten strategischen und wirtschaftlichen Bedingungen als ein greifbar gewordener Fluch der Friedensdiktate und willkürlichen Grenzziehungen nach dem Weltkriege dahingevegetiert, unter fremder Verwaltung (Frankreich) bleiben muß, weil sie für die beiden Grenzstaaten an sich keinerlei Interesse in der jetzigen Form besitzt, gibt es stets Spannungsmöglichkeiten. Man hat aus türkischem Munde oft gehört, daß die Südgrenze der Türkei einen Gefahrenherd darstellt. Vielleicht wollte man nur auf die Sandschakfrage hinweisen, vielleicht meinte man aber auch die Bahnlinie. Jedenfalls ist es sicher, daß diese Bahnlinie, wenn sie heute auch durch die Neubauten von Dyarbekir weg sehr an Wert verloren hat, immerhin eine Ostverbindung darstellt, die von größter Wichtigkeit werden könnte, wenn sie in Syrien über Aleppo hinaus bis zum Meere verlängert werden würde. Hier scheinen sich Konkurrenzfragen für die Zukunft zu ergeben.

Wenn die nun genannten vier Staaten (Türkei, Irak, Iran, Syrien) in eine große Schicksalsgemeinschaft zusammengeschweißt zu sein scheinen, so haben doch die neuen Bahnen im Norden auch den Wert der Bahnen im Süden, in Transjordanien, in Palästina erhöht. Diese Länder haben schon jetzt eine weitaus größere Bewegungsfreiheit, in Zukunft aber werden sie nicht nur mehr im Sande verlaufende Bahnkörper nach dem Süden hin oder schlechte Verbindungen gegen das Meer, sie werden auch ganz wichtige Ausläufer nach dem Norden besitzen. Die Bahnen werden Leben eingehaucht bekommen, wenn sie unmittelbare Verbindungen nach Europa, über Istanbul, darstellen. Wie lange wird es wohl dauern, bis man wird von Europa aus bis nach Indien, bis nach Kairo, bis nach Amman und Medina reisen können, ohne das Abteil zu wechseln? Und wie lange wird es dauern, so werden die Staaten ihre eigenen Machtmittel nach eigenem Gutdünken nach Grenzen und anderen Landesteilen verteilen können, ja, jetzt erst werden jene Pakte, die schon vor Jahren geschlossen wurden, an Wert gewinnen, wenn Kriegsmaterial

aller Art von einem Lande ins andere wird geschafft werden können. Man kann sagen, daß dieser ganze große Block des Nahen Ostens erst dann wirklich seine politische Macht zeigen wird, wenn dieser Bogen geschlossen ist: Er wird bald geschlossen sein! Sehr gegen den Willen Englands, das mit allen Mitteln den Bau der Nordirakbahn zu verhindern suchte, sehr gegen den Willen Rußlands, das seine Interessen im Nordiran verschwinden sah und — Schicksalsfügung! — selbst Material für den Bahnbau liefern mußte. Heute ist der Nahe Osten so weit, daß alle Staaten an Lieferungen aller Art — Maschinen, Fabriken, Eisenbahnmateriale usw. — interessiert sind, und zwar des Geschäftes wegen. Sogar England, das lange genug zurückgehalten hat, hat sich jetzt zu Lieferungen von Stahlwerken an die Türkei und indirekt durch Kreditgewährung zur Schaffung anderer Objekte entschlossen. Man trägt zwar zur Stärkung dieser Gebiete bei, muß aber wohl klar erkennen, daß man diese Staaten dadurch aus dem bisherigen Vasallenverhältnis zu entlassen gezwungen ist. Der Wille dieser Länder ist so stark, daß die Entwicklung nicht aufzuhalten war. Wäre es nicht England gewesen, so wäre es vielleicht aus Gründen der Rivalität Rußland gewesen. Vielleicht hätte sich auch Frankreich eingeschaltet, um hier selbständige Politik treiben zu können. So bedingte das Erwachen dieser Völker nach dem Weltkriege, daß sie der lenkenden und leitenden Hand ihrer Schutzherrn von früher entgleiten. Sie finden dadurch unwiderstehlich zu sich selbst, zu ihren Nachbarn — so diese es gut und ehrlich meinen — und schaffen eine gesammelte Kraft, die sich heute oder morgen von Europa gänzlich lösen wird.

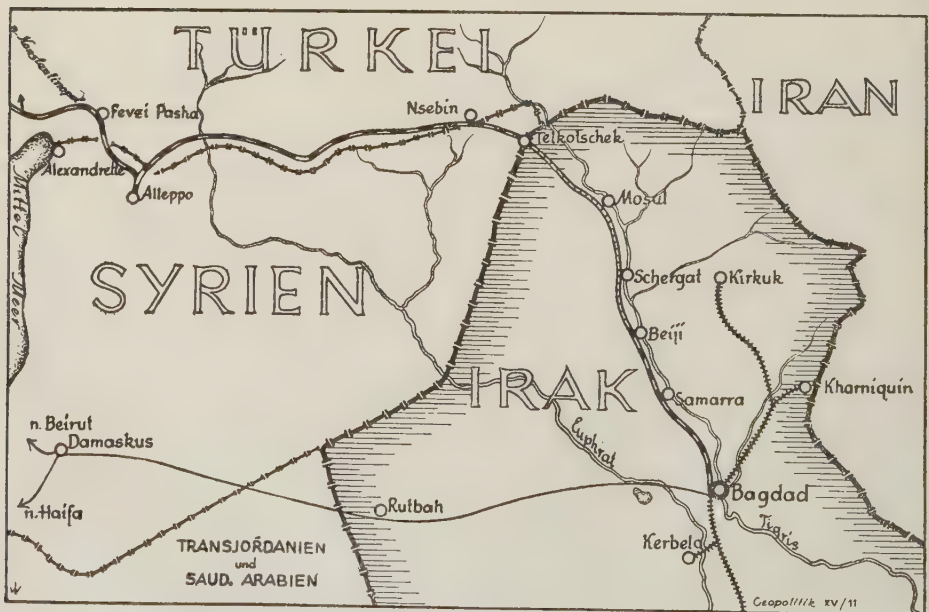
Diese politischen Belange, wie sie für Rußland, England und vielleicht auch Frankreich gelten, haben auf Deutschland keinerlei Beziehung. Deutschland, das durch den Anschluß Österreichs die alte Tradition des Orientgeschäftes neu verstärkt sieht, ist einzig und allein als Geschäftsmann in diesen Breiten zu betrachten. Es hat hier nicht etwa politischen Einfluß zu verlieren oder zu gewinnen. Deutschland will nur die ausgezeichneten Beziehungen zu diesen Ländern wahren, ohne aber danach zu trachten, sie etwa in Abhängigkeit zu bringen oder gar ihre Abhängigkeit zu verlängern. Der Nahe Osten hat erfahren, daß man mit Deutschland einen ausgezeichneten Handel treiben kann, und wenn Wirtschaft und Politik Hand in Hand arbeiten, dann muß man sagen, daß diese Staaten — wenigstens in der Hauptsache — daran interessiert sind, daß Deutschland stark sei, daß Deutschland in der Lage sei, hier viel zu kaufen und viel hierher zu verkaufen. Das wirtschaftliche und das politische Interesse zwischen Deutschland und dem Nahen Osten ist ausgezeichnet ausbalanciert. Man trachtet auf beiden Seiten, es noch weiter zu festigen und zu steigern. Immer wieder muß aber erwähnt werden, daß Deutschland wirtschaftlich nicht etwa von hier abhängt, sondern eher der Nahe Osten von Deutschland, das ihm die Materialien zum Aufbau liefert. Die Statistik zeigte schon, daß Deutschland der beste Kunde der nördlichen Länder des Nahen Ostens ist.

Die Erweiterung des Bahnnetzes wird also nicht nur die Politik der Nahoststaaten verfestigen, sie wird auch dazu beitragen, daß sich der Handel innerhalb der Länder und der Handel nach dem Auslande kräftige. Die Verbindung Istanbul—Wien ist rasch und gut. Das darf man, wenn man heute vom Außenhandel Deutschlands mit dem Nahen Osten spricht, nicht übersehen und in Betracht ziehen, daß diese Verbindung bald zu allen Hauptstädten und Haupterzeugungsgebieten des ganzen Nahen Ostens hinleiten wird.



Bahnen
 Bahnen im Bau
 Straßen
 Landesgrenzen

Zum Aufsatz Caucig: Die Verkehrslinien im Vorderen Orient



Normalspur : fertig
 im Bau
 1 m Spur

Zum Aufsatz Schusser: Linienführung der Bagdad-Bahn

F. A. SCHUSSER:**Die Bagdadbahn****Der deutsche Vorkriegsplan geht seiner Vollendung entgegen**

Bagdad, Februar 1938

Die Bagdadbahn verdankt ihre Entstehung der deutschen Politik der Vorkriegsjahre. Ihr geplanter Bau war ein genialer Gedanke im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Erschließung des Ostens für den aufstrebenden deutschen Handel. Die Bagdadbahn sollte die Vollendung des direkten Landweges vom Herzen Europas bis nach Indien werden, ein Weg, der bedeutend kürzer und schneller zu bewältigen war als der lange Seeweg. Wie unerwünscht England zu jener Zeit das deutsche Bahnprojekt war, zeigten die vielen Störungsversuche und politischen Schwierigkeiten, die britischerseits während der Verhandlungen mit den an diesem Landweg interessierten Staaten gemacht wurden. Trotz aller anfänglichen Ablehnungen stimmte England schließlich zu, und das große Werk wurde begonnen.

Kurz vor Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 war schon von einem österreichischen Konsortium mit dem Bau des Landweges in Europa begonnen worden. Die 1. Etappe war der Bau der „Transbalkanbahn“ auf europäischem Gebiet, die Mitteleuropa mit Konstantinopel verbinden sollte. 1888 war diese Strecke bereits fertiggestellt, der Anschluß Europa—Konstantinopel auf dem Schienenwege Tatsache geworden. Als 2. Abschnitt baute zur selben Zeit die türkische Regierung die „Transanatolische Bahn“, die von Konstantinopel bis Aleppo führen sollte. (Bei Ausbruch des Weltkrieges war auch diese Linie fast betriebsfähig, nur das Meisterstück dieses Baues, der 3795 m lange Taurustunnel, wurde erst im Laufe des Krieges befahrbar.)

Die Bagdadbahn, die von einem deutschen Konsortium unter Führung der Deutschen Bank (auch französisches Kapital war daran interessiert) gebaut werden sollte, sollte die restliche Verbindung, den 3. Abschnitt bis zum Persischen Golf, herstellen. Mit dem Bau wurde im Jahre 1899 begonnen. Die Linienführung war so vorgesehen, daß die Bahn in Aleppo an die „Transanatolische Bahn“ angeschlossen, von dort in nordöstlicher Richtung nach Nisibin weitergeführt und hier in einem Knick nach Süden über Mosul nach Bagdad und Basra am Persischen Golf geführt werden sollte. An zwei Stellen gleichzeitig wurde mit dem Bahnbau begonnen. Man baute von Bagdad einen Strang in nördlicher Richtung nach Mosul und von Aleppo her auf Nisibin zu. Die sich entgegenkommenden Schienenstränge sollten sich ungefähr bei Mosul vereinigen. August 1914 war die Bagdadbahn, von Aleppo kommend, fast bis Nisibin fertiggestellt. Auch die andere Strecke von Bagdad nach Mosul war bereits bis Samarra (135 km nördlich von Bagdad) gelegt und wurde befahren. Der Krieg machte der Fertigstellung der Bahn ein plötzliches Ende. Das gesamte Material für den Bau, ferner Lokomotiven und rollendes Material wurden von Deutschland eingeführt und kamen auf dem Seewege nach Basra. Durch die Kriegshandlungen war die weitere Zufuhr jeglichen Materials auf dem Seeweg unterbunden. Trotz dieser Umstände wurde im ersten Kriegsjahr an dem Abschnitt Bagdad—Mosul die Strecke bis Beiji über Samarra hinaus weitergebaut. Der Bahnkörper war bester Unterbau, geschottert und mit Eisenschwellen belegt. Die Stationsgebäude und Wohnhäuser der Beamten errichtete man aus festem Material. Sie wurden mit Steinmauern, die mit Schießscharten versehen waren, umgeben, um gegen etwaige räuberische Überfälle nomadisierender Beduinen gesichert zu sein. Diese bauliche Vorsichtsmaßnahme erwies sich allerdings als unnötig, denn diese

Bahnstrecke wurde weder von Beduinen noch von englischen Truppen in späterer Zeit angegriffen. Während des Krieges verwandte man die Bahn ausschließlich für Heerestransporte. Die Verbindung mit Europa wurde durch Lastkraftwagen-Pendelverkehr zwischen den beiden Eisenbahnenden Nisibin und Beiji aufrechterhalten.

Drei Jahre widerstand die türkische Armee in Mesopotamien allen feindlichen Angriffen. Erst im Frühjahr 1918 mußte sie der starken englischen Landungsarmee weichen. Beim Rückzug wurden fast alle Stationen der Bagdadbahn von den Türken gesprengt, die Lokomotiven, ausschließlich deutscher Herkunft, unbrauchbar gemacht. Die Schienenstränge und der Unterbau wurden soweit wie möglich ebenfalls zerstört. 1918 schien das Schicksal der Bagdadbahn endgültig besiegelt zu sein. Bald nach der Eroberung Mesopotamiens durch die Engländer begannen diese, die zerstörten Stellen der Bahn wieder herzustellen. England glaubte nun doch die Notwendigkeit und Existenzberechtigung der Bagdadbahn erkannt zu haben. Die Linie von Bagdad nach Norden über Beiji, die bereits bis Shergat vortrassiert war, wurde weitergebaut. So entstand eine Verlängerung der Strecke um weitere 175 km, so daß rund 300 km Bagdadbahn in nördlicher Richtung nach und nach fertig wurden.

Von Basra, der Lande- und Operationsbasis des englischen Heeres in Mesopotamien, wurde von diesem ebenfalls eine Bahn in Richtung auf Bagdad in Angriff genommen. Die Linienführung war die gleiche, wie im deutschen Projekt vorgesehen. Die noch in Basra lagernden deutschen Materialbestände wurden zum Bahnbau benutzt und später aus Indien ergänzt. Überraschenderweise bauten die Engländer diese Bahn nur 1-m-spurig. Welche Gründe dafür vorhanden waren, die Bahn nur auf 1-m-Spur zu bauen, ist heute schwer festzustellen, wahrscheinlich konnten der für Normalspur übliche solide Unterbau und die dazugehörigen schweren Brücken nicht so schnell hergestellt werden, wie die Bahn fertig werden sollte. Außerdem spielte vielleicht auch die schwierige Materialbeschaffung aus Europa wegen des Krieges eine Rolle. Auf diese Weise kam der Bau der Bagdadbahn, wenn auch unter gänzlich veränderten Umständen, wieder in Fluß. Er schien erneut der Vollendung entgegenzusehen, denn — — — zur Überraschung Englands begann auch Frankreich, das sich inzwischen in Syrien festgesetzt hatte, auf syrischem Gebiet ein Verlängerungsstück der Bagdadbahn von Nisibin nach Tel Kotschek (heute irakisch-syrische Grenze) zu bauen. Durch die Weiterführung der Bahn betonte ebenfalls Frankreich erneut die Wichtigkeit derselben und deutete seine Wünsche an, die nach dem Besitz der Ölfelder von Mosul zielten. (Es bestanden derzeit große Differenzen zwischen England und Frankreich wegen der Ölgebiete von Mosul und der Gebietsverteilung der eroberten türkischen Provinzen.) Das sich durch Englands Vorgehen in Mesopotamien betrogen fühlende Frankreich machte durch die Wiederaufnahme des Bahnbaues auf syrischem Gebiet einen politischen Schachzug, der die englischen Pläne in Mesopotamien außerordentlich stören konnte. Der französische Bahnbau war kaum voll in Fluß, da ließ auch der englische Gegenzug nicht lange auf sich warten. Um den Bahnbau der Franzosen illusorisch zu machen, rissen die Engländer nun ihrerseits einfach 100 km Bahn von Norden in Richtung auf Bagdad bis Beiji wieder ab. Der französische Bahnbau wurde daraufhin wieder eingestellt. Die Bagdadbahn blieb wieder unvollendet. Mit dem abgetragenen Material bauten die Engländer die von ihnen neugeschaffene 1-m-spurige Bahn Bagdad—Kirkuk gegen die persische Grenze hin aus.

Bis 1924 verwaltete die englische Mandatsregierung alle Bahnen Mesopotamiens selbst und übergab sie dann verwaltungsgemäß der inzwischen entstandenen arabisch-irakischen Regierung. Das Eigentumsrecht an den Bahnen hatte England sich jedoch vorbehalten. Das Bestreben der irakischen Regierung, als der eines selbständigen Staates, ging aber bald dahin, das gesamte Eisenbahnwesen auch eigentumsmäßig zu erhalten. Schwierige Verhandlungen wurden zwischen den beteiligten Regierungen geführt, England wollte anscheinend aus strategischen Gründen das Eigentumsrecht an den Bahnen nicht aufgeben. Die irakische Regierung vertrat den Standpunkt, daß durch den inzwischen abgeschlossenen britisch-irakischen Bündnisvertrag (der England Aufmarschrecht im Irak zubilligt) im Kriegsfall die Bahnen sowieso England zur Verfügung ständen. Jahrelang wurde erfolglos verhandelt. Erst 1936 (durch den englisch-irakischen Eisenbahnvertrag vom 31. März) ging die Bahn einschließlich des zugehörigen Landbesitzes endgültig gegen Zahlung von 400 000 Pfd. St. in den Besitz des irakischen Staates über. Da bei der Besitzübergabe aber auch die Finanzreserve der Eisenbahn von etwa 350 000 Pfd. St. mit übergeben wurde, betrug die effektive Kaufsumme, die der irakische Staat zahlte, 50 000 Pfd. St. Ein billiger Preis für das gesamte Eisenbahnnetz des heutigen Iraks, einschließlich rollenden Materials.

Zu diesem Zeitpunkt existierte von der alten, von den Deutschen erbauten Bagdadbahn die Strecke Aleppo—Nisibin (heute Eigentum der türkischen Regierung), die entlang der türkisch-syrischen Grenze auf türkischem Gebiet liegt, mit Ausnahme eines kleinen Winkels nach Aleppo. (Syrien ist französisches Mandat.) Um nicht syrisches Gebiet befahren zu müssen, haben die Türken vor Jahren ein kurzes Umgehungs-Verbindungsstück von der Station Fevzi Pascha aus auf eigenem Gebiet gebaut (siehe Karte), außerdem das von den Franzosen auf syrischem Gebiet gebaute Verlängerungsstück von Nisibin bis Tel Kotschek und auf irakischem Gebiet die nach Norden führende Strecke des Südarms der ursprünglichen Bagdadbahn von Bagdad bis Beiji.

Die Gesamtlänge der Schienenstränge auf irakischem Gebiet beträgt heute 1211 km. Hier- von in Normalspur der Abschnitt Bagdad—Beiji, und ferner 998 km 1-m-spurige Bahn der von den Engländern gelegten Strecken Basra—Bagdad und Bagdad—Kirkuk mit einigen Abzweigen. Nach Vollendung des Anschlusses Beiji—Mosul—Tel Kotschek wird der Irak dann über mehr als etwa 660 km Normalspurbahn verfügen. (Während der Besetzungszeit und Mandatszeit hatten die Engländer fast 1200 km 1-m-spurige Bahnen gebaut, einen Teil aber davon wieder abgerissen.)

Seit Übernahme der Bahn durch die irakische Regierung ist diese aus wirtschafts- politischen Erwägungen heraus bestrebt, den ursprünglich deutschen Bagdadbahn- Plan nun zu verwirklichen. Im vergangenen Jahr wurde von der irakischen Regierung eine Anleihe von 1 Million Pfd. St. in England aufgenommen, deren Mittel fast ausschließlich für den Ausbau der Bahn verwandt werden sollen, um sobald wie möglich Bagdad an das Bahnnetz der Türkei und somit auch Europas anzuschließen. Auch heute wird wieder wie damals von zwei Seiten aus am Bahnbau gearbeitet. Von Beiji, dem letzten nördlichen Endpunkt der Bagdadbahn, wird in Richtung auf Mosul zur Zeit die etwa 100 km lange Strecke bis Shergat, die 1921 von den Engländern abgerissen worden war, wieder hergestellt. Auch von Tel Kotschek aus in Richtung auf Mosul ist der Bahnbau jetzt in vollem Gange, ausgehend von der Stelle, wo die Franzosen 1921 ihren Bahnbau eingestellt hatten.

Als Arbeitskräfte werden fast ausschließlich die in der dortigen Gegend ansässigen Shammur-Beduinen unter Leitung ausländischer Ingenieure beschäftigt. Nach einer kürzlich im irakischen Parlament abgegebenen Erklärung des Verkehrsministers soll noch im Laufe dieses Jahres die Strecke Mosul—Tel Kotschek fertig und dem Verkehr übergeben werden. Falls nicht besondere Umstände eintreten, besteht auch die Möglichkeit, daß das restliche Verbindungsstück Shergat—Mosul bald dem Verkehr übergeben werden kann. Jedenfalls kann man heute schon damit rechnen, daß im Laufe eines Jahres Bagdad mit sämtlichen Ländern Europas über die Türkei auf der Normalspurbahn verbunden sein wird. Damit wäre der deutsche Vorkriegsgedanke, der Landweg von Europa bis zum Persischen Golf, dann Tatsache geworden.

Das vorhandene rollende Material der irakischen Eisenbahnen ist für den augenblicklichen Verkehr innerhalb des Iraks völlig ausreichend. Auf der Normalspurstrecke versehen heute noch 12 deutsche Henschel-Lokomotiven ihren Dienst. (Zu Beginn des Bahnbaues waren es 15, von denen 4 im Laufe der Jahre unbrauchbar wurden, 7 ständig im Dienst sind und 4 in Reparatur.) Um die Einheitlichkeit des Lokomotivparkes der Bagdadbahn für den zukünftigen Verkehr vorsorglich zu sichern, hat die „Iraqi State Railways“, wie die Staatsbahn heute heißt, sich bereits entschlossen, 4 neue Henschel-Lokomotiven in Auftrag zu geben. An rollendem Material sind ferner 1 Salonwagen, 9 Wagen 1. und 2. Klasse sowie 52 Wagen 3. Klasse und 14 Gepäckwagen vorhanden. Darunter 6 Großwagen mit Drehgestell. Etwa 600 offene und geschlossene Güterwagen, 12 Wassertank-, 8 Heizöl- und einige Petroleumtankwagen sowie Kranwagen für Reparaturzwecke.

Auf der 1-m-spurigen Bahn liefen ursprünglich 97 Lokomotiven, von denen noch 57 betriebsfähig sind. Auch für die 1-m-spurigen Bahnen soll das Material verbessert werden. Da auf der Strecke Bagdad—Basra für Lokomotivkessel verwendbares Wasser nicht vorhanden ist, muß dasselbe in großen Wasserwagen zurzeit mitgeführt werden. (Auf dieser Strecke laufen insgesamt 132 Wassertankwagen.) Das ist natürlich mit erheblichen Kosten verbunden durch den Verlust an verfügbarer Zugkraft. Nun sollen auf dieser Strecke Lokomotiven mit Kondensatoren nach Henschelpatenten eingestellt werden; auch beabsichtigt man, die vorhandenen Lokomotiven dementsprechend umzubauen. Der Wasserverbrauch solcher Henschel-Kondenslokomotiven beträgt nämlich nur 5 v. H. des Wasserbedarfs einer normalen Lokomotive. Die Absicht, die Wasserverbrauchsfrage durch Verwendung von dieselektrischen oder dieselmechanischen Lokomotiven zu lösen, hat man fallen lassen müssen, nachdem sich herausgestellt hat, daß die klimatischen Verhältnisse, insbesondere die häufigen Sandstürme, die Verwendung von Diesellokomotiven unmöglich machten. Da der Irak ein Petroleumland ist, werden sämtliche vorhandenen Lokomotiven mit Öl geheizt. Auf den 1-m-spurigen Bahnen laufen zurzeit 10 Salonwagen, 40 Wagen 1. und 2. Klasse, 5 Speisewagen, 130 Wagen 3. Klasse, 41 Gepäck- und über 2600 Güter- und sonstige Transportwagen, ferner 80 Heizöltanker und 25 Petroleumwagen.

Die irakische Staatseisenbahn ist ein blühendes und gut geführtes Unternehmen. Sie beschäftigt heute 6500 Angestellte, darunter 60 leitende englische Beamte und Ingenieure. (Die irakischen Staatsbahnen sind nach dem Bahnvertrag mit England verpflichtet, für eine gewisse Anzahl von Jahren Engländer als leitendes Personal anzustellen.) Das Geschäftsertragnis der Irak-Bahnen zeigt steigende Tendenz.

Im Verkehrsjahr 1934/35 betrugen die Einnahmen 572 000 Pfd. St.

„	„	1935/36	„	„	„	508 000	„	„
„	„	1936/37	„	„	„	606 000	„	„

Bei einer Betriebsausgabe von 512 000 Pfd. St. schloß das Verkehrsjahr 1936/37 mit einem Überschuß von 94 000 Pfd. St. ab. Die fast 1 Million RM. betragende Mehreinnahme bei fast gleichgebliebenem Passagierverkehr erklärt sich durch die großen Getreidetransporte, die um 200 000 Tonnen gestiegen sind. 1935/36 wurden nur 40 000 Tonnen Getreide verfrachtet, 1936/37 waren es bereits rund 240 000 Tonnen. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr ergaben 188 000 Pfd. St., aus Frachtverkehr einschließlich Paketpost 418 000 Pfd. St. Wenn der Anschluß der irakischen Bahnen durch die „Bagdadbahn“ an das türkisch-europäische Bahnnetz vollzogen sein wird, wird sich der Inlands- und Transitverkehr ganz bedeutend steigern.

RUDOLF LUSTIG-LEIGNITZ

Die Schifffahrtsstraße Donau-Ägäis

Wir stellen einen großräumigen, aus Österreich entsprungenen Gedanken zur Aussprache, auch für wissenschaftliche Einrichtungen des Südens, wie das Belgrader Balkaninstitut, weil uns darin eine europäische Möglichkeit auf weite Sicht zu liegen scheint.

Herausgeber und Schriftleitung.

Je stärker der Verkehr auf der Rhein-Donau-Straße nach Vollendung des Rhein-Main-Donau-Kanals werden wird, und wir dürfen mit gutem Recht darauf rechnen, desto gebieterischer wird das Verlangen werden, auch am anderen Wegende Anschluß an freies Meer zu gewinnen. Der Umweg ins Mittelländische Meer — über Konstantinopel — wird immer lästiger und die Enge zwischen Pontus und Ägäis schließlich wie ein „Griff an die Gurgel“ empfunden werden, der Druck zu nehmen, je durchlaufender das ausgedehnte, engmaschige, gesamtmitteleuropäische Kanalnetz ausgestaltet wird.

Schon jetzt mag es daher an der Zeit sein und nicht verfrüht erscheinen, auch an einen unmittelbaren Anschluß der Rhein-Donau-Straße an die Hochstraßen des Seeverkehrs zu denken, die das Mittelländische Meer durchziehen.

Da gibt es immer wieder einmal die gewagte Idee, Wien und Triest kanalmäßig zu verbinden; der einstige „Wiener-Neustädter-Kanal“ war bekanntlich ihr totgeborenes Kind. Abgesehen von den unverhältnismäßigen Schwierigkeiten, über oder durch das Massiv der Alpen zu kommen, wäre mit einem derartigen Werk nicht einmal sehr viel gewonnen: Der wichtige europäische Südosten bliebe von ihm unerfaßt, und die Meeresmündung läge doch auch wieder nur in einem Nebenbecken. Beide Mängel könnte selbst ein Kanal Preßburg—Fiume oder irgendein Kanal Save—Adria, von denen die Rede geht, nicht beheben.

Der Anschluß muß vielmehr hinreichend ostwärts liegen, um verbindungsmäßig dem Seewege Donaumündung—Ägäis voll zu entsprechen, und — darüber noch hinaus — ihm gegenüber eine namhafte Verbesserung bedeuten. Zu diesem Behufe muß er möglichst unmittelbar in offenes Seebereich führen.

Der Grundstrich, der für eine derartige Lösung einzig in Betracht kommt, ist die berühmte Linie Belgrad—Saloniki.

Dieser Gedanke wurde zuletzt vom Verfasser grundsätzlich und erstmalig bereits vor einem halben Jahrzehnte verfochten¹⁾. Weitere Befassung mit dem Gegenstande fand den verschollenen Gedanken bereits, wenn auch wesentlich anders projiziert, während des Weltkrieges einmal gebracht²⁾. Die deutsche Handelspolitik hat schon seit mehr denn fünf Jahren einen ihrer Schwerpunkte naturgegebenenmaßen ohnehin merklich und zusehends nach dem Südosten verlegt.

Die Bauvollendung Rhein-Main-Donau erheischt jedenfalls und um so mehr, sich rechtzeitig der Entwürfe für solch einen Levantekanal zu erinnern, als einer zwangsläufigen Vervollständigung des großen Werkes, daran gearbeitet wird.

Nichts sei vorgebracht gegen die Bedeutung des Warenverkehrs mit der Korn-

1) Dr. Rudolf Lustig-Leignitz, 1933, im „Neuen Wiener Journal“.

2) Kapitän C. V. Suppán, „Deutschlands Seeweg nach Indien“, Wien 1916.



kammer Ukraina und den kaukasischen Ölfeldern, welcher sich doch über kurz oder lang wieder einmal ergeben muß und den dann die Donau wieder aufzunehmen haben wird; nichts aber auch gegen die Bedeutung des Hafens von Saloniki, die sich aus der Antike herüber in unsere Zeit erhalten und weiterentwickelt hat. Die Verkehrspolitik sämtlicher Balkanstaaten ist eindeutig und entschieden auf dieses erprobte Gelenkstück abgestellt, der Wardarhafen ist nach wie vor Europas Ausfallstor in den Nahen Orient. Auch der Drang, den mitteleuropäischen Raum mit diesem griechischen Handelsemporium in engere Verkehrsverbindung zu bringen, mit der Seelinie Saloniki—Suez, ist nicht erst neuen Datums: Die Buchstaben „WS“ auf den Kilometersteinen einer einst k. k. priv. Eisenbahn, die dann in der Strecke Wien—Aspang steckenblieb (!), sind letzte Zeugen eines solchen Versuches. Dank des gesamtdeutschen Wasserstraßennetzes wäre der Kanal Donau—Ägäis eine Verlängerung des Binnenschiffweges Hamburg—Belgrad auf Hamburg—Saloniki und damit die Vollendung Nordsee—Mittelmeer, ein Wasserstraßennetz, in das auch Ostsee wie Schwarzes Meer einbezogen sein werden. Das Großdeutschland Adolf Hitlers wird auch diesen Traum Wirklichkeit werden lassen!

Zu einem Bauvorschlag gesehen, steht für die südliche Hälfte einer solchen Kanalstraße, der von Saloniki landauf, die Benutzung des Flußbettes des Wardar ab Skoplje [Üsküb]¹⁾ nach wie vor außer jeden Streit.

1) Auch ein Entwurf, den in der unmittelbaren Nachkriegszeit ein französischer Ingenieur für die jugoslawische Regierung ausarbeitete, ging nicht davon ab.

Für die nördliche Hälfte, von Belgrad südwärts, sehen die bisherigen Entwürfe regelmäßig das Morawatal vor. Der Entwurf von 1936¹⁾ beschreitet einen neuen Weg: Er will 1. den Aufwand für die Kanalisierung des Morawatales lieber zur Gänze der ohnehin unerläßlichen und kostspieligen Ausgestaltung der schiffsahrts-hemmenden Stromenge des „Eisernen Tores“ zuführen und 2. alle drei Uferstaaten der Unteren Donau zu Anrainern der neuen Schiffsahrtsstraße machen; sie soll dort beginnen, wo die Staatsgrenzen zusammenstoßen: an der Timokmündung.

Der Timok ist ein rechtsseitiger Nebenfluß des Donaustromes, entspringt in den westbalkanischen Bergen östlich von Nisch (Altserbien) und mündet gerade an der Dreiländerecke, 80 km unterhalb des „Eisernen Tores“, in die Donau. Die Einmündungsstelle liegt 870 km oberhalb der Sulinamündung der Donau in das Schwarze Meer.

Im einzelnen käme, zunächst timokaufwärts, ab Zaječar, wo sich die beiden Quellflüsse, der Schwarze und der Weiße Timok, vereinigen, das Flußbett des Weißen Timok in Betracht. Von Svrljig an hätte die Trasse den durch das Pravačka- und, über Gramada, durch das Malčatal nach Nisch, an der Nischewa, zu verlaufen und, von deren Einmündung in die östliche Morawa an, das Tal dieser bergwärts zu benützen.

Das 60 km lange Mittelstück zwischen Morawa und Wardar wäre in die Tälerkette von Kumanowo zu legen und empfinde den erforderlichen Wasserzuschuß aus den sumpfreichen Ebenen östlich von Skoplje und aus dem nahen Katlanowosee.

Der Kanalscheitel läge bei Prešowo nordwestlich von Kumanowo, 450 m über dem Meeresspiegel. Der Abstieg zum Ägäischen Meere verlief mit dem natürlichen Flußgefälle des Wardar.

Die Länge dieser Kanalstraße beträgt 550 km; Schleuseneinbau erhöht sie auf 900 km. Timok-Sulina (870 km) und Sulina-Dardanellen-Saloniki (1100 km) bedeuten: 1970 km Fahrt. Das ist in Fahrzeiten, sowohl für die Kanalstrecke wie als Mittel der tal- und bergwärtigen Donaufahrt 8 km je Stunde, für den Seeweg 20 km je Stunde gerechnet (109 plus 55): 164 zu 113 Stunden.

Von den anderen Vorteilen einer regulierten Fahrt abgesehen, brächte der mazedonische Binnenschiffweg schon allein an Fahrtkürzung 1070 km Fahrt ein, das sind 51 Stunden!

Unter Zugrundelegung des Normalprofils für das typische 1000-Tonnen-Frachtboot der Großschiffsahrtsstraße Rhein—Main—Donau, 87,5 Quadratmeter, wäre eine Erdbewegung von 50 000 000 Raummeter zu bewältigen, das ist für Einmalhunderttausend Beschäftigung auf ein halbes Jahrzehnt. Aus sich selbst heraus, ohne fremde Hilfe, bringt der Balkan solch ein Werk wohl überhaupt nicht zustande. Die Kosten können roh mit 400 Millionen Reichsmark veranschlagt werden. Die Amortisation könnte auf 15 Jahre verteilt werden.

Was aber bedeuten nüchterne Ziffern, so geboten es ist, sie zu bedenken und so sehr nur an ihnen die Schwierigkeit, wohl aber auch die Größe des Gegenstandes zu ermessen ist, letztlich gegen das fruchtbare Einandernaherücken des volks-deutschen Großraumes und des ihm freundnachbarlichen ungarischen Beckens zu dem gesamten weitverzweigten Nahen Osten.

Wien, am Tage des Großdeutschen Reiches, 10. April 1938.

1) Dr. Rudolf Lustig-Leignitz, in der „Wiener Wirtschaftswoche“ vom 22. Juli 1936, besprochen u. a. in der Zeitschrift „Die Donau“ im Augustheft 1936.

ALBRECHT HAUSHOFER:**Berichterstattung aus der atlantischen Welt**

Einen Monat nach der Münchener Entscheidung über die westliche Hälfte der Tschechoslowakei ist in Wien der Schiedsspruch über die östliche gefällt worden. Die Tatsache, daß in Wien die beiden westlichen Mächte nicht vertreten waren, daß die neue Nordgrenze Ungarns allein durch den deutschen und den italienischen Außenminister gezogen wurde, kennzeichnet die Veränderung der europäischen Lage, die durch den Münchener Frieden eingetreten ist. Hing an dem Schicksal Böhmens und Mährens die Möglichkeit, in den letzten Septembertagen sogar die Erwartung eines Weltkrieges, so war die Entscheidung über Preßburg und Kaschau eine mitteleuropäische Frage, deren Lösung allein den beherrschenden Kräften Mitteleuropas zustand. Das Prinzip, nach dem die neue Grenze Ungarns gezogen werden mußte, war allerdings durch die Münchener Entscheidungen gegeben: das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung. Das Deutsche Reich hat sich — ohne Rücksicht auf geographische Gegebenheiten, auf wirtschaftliche und verkehrsmäßige Zweckmäßigkeit bei der Bestimmung seiner eigenen neuen Grenze im Godesberger Memorandum streng an die völkische Grenze gehalten. Die Botschafterkonferenz ist auf Grund des Münchener Abkommens dieser Linie gefolgt. Und wenn es auch in keiner Weise ausgeschlossen ist, daß die provisorische Grenze noch diese oder jene lokale Veränderung erfährt, so wird doch nicht daran gerüttelt werden, daß geschlossener deutscher Volksboden zum Deutschen Reich, geschlossener tschechischer Volksboden zum tschechischen Staat gehört. Die strenge Durchführung dieses Prinzips bringt schon in Böhmen, Mähren und Schlesien manche räumliche und verkehrsmäßige Schwierigkeit mit sich. Unüberwindbar ist keine dieser Schwierigkeiten — aber die Überwindung erfordert ein beträchtliches Maß von wirtschaftlicher und technischer Neuordnung, von Straßen- und Bahnbau auf beiden Seiten. Das Deutsche Reich wird diese Aufgaben im Sudetenland ohne Mühe bewältigen; dem tschechischen Reststaat wird es nicht ganz leicht werden; so erhebt sich schon aus dieser wirtschaftlich-technischen Zone die Frage nach engerer Zusammenarbeit innerhalb des böhmisch-mährischen Raumes. Was dabei möglich ist, zeichnet sich schon ab in Gestalt des beiderseitigen Korridorverkehrs, der zwischen den Eisenbahnverwaltungen eingerichtet worden ist. Darüber hinaus ist die Frage nach dem Schicksal der beiderseits der Grenze bleibenden Volksgruppen gestellt; auch sie wird in deutsch-tschechischen Verhandlungen ihre Antwort zu finden haben.

War die deutsch-tschechische Auseinandersetzung auf der einen Seite zum internationalen Problem geworden, auf der anderen Seite aber doch verhältnismäßig einfach lösbar, sobald einmal ein bestimmtes politisches Prinzip zur Anwendung gebracht wurde, so läßt sich das gleiche von der ungarischen Nordgrenze nicht sagen. Erstens war die Grenze des magyarischen Volksbodens von jeher weniger geschlossen als die des deutschen; zweitens standen die Schiedsrichter der schwierigen Tatsache gegenüber, daß die geographischen Ergebnisse einer ethnographischen Grenzziehung wesentlich problematischer werden mußten als in Böhmen und Mähren; drittens handelte es sich ja nicht um eine glatte Auseinandersetzung zwischen zwei Völkern, den Slowaken und den Magyaren, sondern außerdem um den Volkssplitter der Karpatenukrainer; viertens ergab sich der seltsame Tatbe-

stand, daß größere Gruppen von Ostjuden an mehreren wichtigen Stellen zahlenmäßig den Ausschlag gaben. Zum Verständnis dieser Schwierigkeiten — und damit zum Verständnis der neuen Grenze östlich von Preßburg — muß gerade in geopolitischer Berichterstattung noch einiges gesagt werden.

Der geschlossene magyarische Volksboden in der bisherigen Tschechoslowakei beschränkte sich im großen und ganzen auf die größeren Ebenen an Donau, Waag und Theiß. Er reicht nirgends wesentlich in das Gebirgsland hinein. Die Abtretung dieses wirklich geschlossenen magyarischen Bereichs ist weder von den Slowaken noch von den Ukrainern bestritten worden. Auch in diesen Gebieten hat es seit 1918 eine gewisse Abwanderung von Magyaren, eine gewisse Zuwanderung von Slowaken und Ukrainern gegeben, hierin liegt eine gewisse Parallele zu den Vorgängen in Sudetendeutschland. In einem Punkt aber besteht keine Parallele: während die Volkszählung von 1910 in der österreichischen Reichshälfte im großen und ganzen dem wirklichen Zustand der Bevölkerungsverteilung entsprach, fand die Zählung von 1910 im Bereich der Stephanskronen unter dem Druck schärfster Magyarisierung statt. Das Zählungsbild von 1910 tut also den Slowaken und Ukrainern erheblich stärkeres Unrecht an, als die tschechische Zählung von 1930 den Magyaren. Insbesondere aber waren im Rahmen der Zählung von 1910 die in den slowakischen und ukrainischen Städten reichlich vertretenen Juden samt und sonders als Magyaren gezählt worden. Vor allem in Ungvár-Uzhorod und in Munkacs geben die Juden den Ausschlag zwischen den etwa gleich starken ukrainischen und magyarischen Gruppen. Diese Städte aber bilden in ihrer besonderen Verkehrslage naturgemäß einen Hauptgegenstand der völkischen und staatlichen Auseinandersetzung. Die natürliche Lage für die Entwicklung von Städten ist am Südrand der Karpaten genau wie bei anderen Gebirgen der Gebirgsrand: im besonderen sind es die jeweiligen Austritte größerer Täler aus dem Gebirge. Zwischen dem Gebirge und den Flußniederungen zieht sich die Zone des Querverkehrs entlang. Ohne diese randlichen Verkehrsknoten ist das Gebirgsland unwegsam und ohne inneren Zusammenhang. So ging der Kampf zwischen Slowaken und Ruthenen auf der einen, Magyaren auf der anderen Seite im wesentlichen um sieben Städte: Preßburg, Neutra, Léva, Losonc, Kaschau, Ungvár und Munkacs. Nur in drei dieser Städte ergab sich die Entscheidung auf ethnographischer Grundlage von selbst: Neutra mußte slowakisch bleiben, Léva und Losonc mußten (wie das gar nicht mehr umstrittene Komorn) ungarisch werden. Die bedeutendsten Gegenstände der Auseinandersetzung nach wirtschaftlichem Wert und geschichtlicher Bedeutung waren Preßburg und Kaschau. In beiden Fällen handelt es sich um Städte, die niemals magyarisch waren, obwohl sie in der ungarischen Geschichte eine sehr bedeutende Rolle gespielt haben. Preßburg war eine deutsche Stadt, die zuerst teilweise magyarisiert, dann teilweise slowakisiert worden ist. Auch heute noch hat sie einen starken deutschen Bevölkerungsanteil. Wenn hier ein Verzicht zugunsten der Slowakei erfolgt ist, so ist es im völkischen Sinn viel eher ein Verzicht des Deutschen Reiches als ein Verzicht Ungarns. Wenn Ungarn zur Entschädigung für den Verlust Preßburgs seinen Anspruch auf Kaschau erfolgreich durchsetzen konnte, obwohl die slowakische Bevölkerung dort stärker ist als die magyarische, so liegt darin ein ebenso weites Entgegenkommen gegenüber ungarischen Wünschen wie in der Zuteilung der beiden einzigen größeren Städte der Karpatenukraine:

Ungvar und Munkacs. Wir sind nun gespannt, wie freudig die Magyaren ihre wiedergewonnenen jüdischen Zahlungsfreunde von 1910 an ihr Herz schließen werden... Trotz diesen Abweichungen im einzelnen — die dadurch verständlich werden, daß jene äußerste Gewissenhaftigkeit in der Achtung völkischer Grenzen, die der Nationalsozialismus sich selbst und anderen als Bindung auferlegt, den Erben des Kapitols ein wenig ferner liegt — hat sich das ethnographische Prinzip auch im Osten der bisherigen Tschechoslowakei durchgesetzt: entgegen starken Hemmungen der Geographie; entgegen noch stärkeren, wenn auch versteckten imperialistischen Wünschen der nördlichen und der südlichen Nachbarn. So schmerzlich einzelne territoriale Verluste die Slowaken und die Ukrainer treffen mögen, die eigentlichen Besiegten von Wien sind die Tradition der Stephanskronen und der Anspruch einer großpolnischen Herrschaft über die Ukraine. Wir betonen ausdrücklich, daß wir damit weder das madjarische noch das polnische Volk meinen. Die Herrschenden beider Staaten aber werden — über kurz oder lang — durch die Wiener Entscheidung genötigt werden, gewisse Grundlagen ihrer bisherigen Außen- und Innenpolitik zu überprüfen. Das Polen von heute ist — wenn auch in etwas geringerem Maße als die bisherige Tschechoslowakei — ein Vielvölkerstaat; das Ungarn von 1918 ist ein solcher gewesen. Das politische Ziel Ungarns (zum mindesten eines großen Teiles seiner jetzigen Führerschicht) ist die integrale Wiederherstellung des alten Großungarn gewesen. Die Entscheidung von Wien bedeutet für Ungarn eine Selbstbescheidung; sie bedeutet, daß alle Hoffnungen auf Revisionen größeren Stiles begraben werden müssen. Denn auf völkischer Grundlage hätte Ungarn sowohl im Süden wie im Osten nur geringfügige Veränderungen zu beanspruchen, wenn man von der Frage der Selbstverwaltung größerer und kleinerer Volksinseln absieht. Der ungarische Staat, wie er nach der Wiener Entscheidung gestaltet ist, zeigt in seinen Grenzen ein gewisses Gleichgewicht: es gibt Bereiche, in denen die Staatsgrenze hinter der Volksgrenze zurückbleibt, es gibt aber auch Bereiche, in denen sie Streifen eines geschlossenen Volksbodens fremder Völker umfaßt. Das Ungarn von heute ist im Rahmen Südosteuropas nunmehr ein Mittelstaat von etwa 10 Millionen Einwohnern (er ist in Wien um etwa 12 000 qkm und 1 Million Einwohner vergrößert worden), aber die Großmachtträume der Vorkriegszeit sind ausgeträumt; an Bedeutung für die europäische Politik wird Ungarn auch weiterhin hinter Südslawien und Rumänien zurückstehen.

Wieviel die Wiener Entscheidung für Polen bedeutet, wird von der Weisheit und Einsicht seiner Staatsmänner abhängen. Die Reise nach Galatz ist vergeblich gewesen; so hat sich Polen damit abfinden müssen, daß eine gemeinsame Grenze zwischen Ungarn und Polen nicht zustande kam, und daß ein kleiner Splitter des viel mißhandelten ukrainischen Volkes — des zweiten großen Leidtragenden von 1918/19 unter den Völkern — im Rahmen des förderativen Aufbaus des Reststaates von Prag zur Bildung einer eigenen Staatlichkeit und damit zur Ausübung völkischer Selbstbestimmung gelangt. Es handelt sich um wenig mehr als eine halbe Million Menschen, zumeist um arme Gebirgler. In der Idee vertreten sie mehr. Hätte man sie der Unterdrückung durch ein fremdes Volkstum ausliefern dürfen, bloß um zu verhindern, daß die ukrainischen Bewohner Ostgaliziens und Wolhyniens, aber auch der weiten sowjet-ukrainischen Gebiete nach jener gewiß ärmlichen Freiheit der Berge Ausschau halten, die wirtschaftlich sicher nicht

verlockend ist, aber jenen Berghirten und Holzfällern ein anderes Lebensgefühl gibt als dasjenige ist, das 50 Millionen Ukrainern von ihren polnischen und sowjet-russischen Beherrschern bewilligt wird?

Dem Deutschen Reich aber ist jenseits eines Gebietszuwachses von rund 28 000 qkm und mehr als 31½ Millionen Menschen eine ordnende und führende Rolle in Mitteleuropa zugefallen, die auch von den Westmächten nicht mehr bestritten wird. Auswirkungen dieser Tatsache im einzelnen festzustellen, ist noch zu früh. Nur ein Beispiel für viele: es ist nicht gerade wahrscheinlich, daß die Aufhebung des Kriegechts in Memel (nach zwölfjährigem Bestehen) in diesen Tagen erfolgt wäre, wenn nicht die Münchener Entscheidung auch in Kowno ein gewisses Nachdenken verursacht hätte. Das völlige „Versagen“ der Sowjetunion als eines Machtfaktors im Westen wie im Osten, das in den letzten Wochen sichtbar geworden ist, macht sich in vieler Hinsicht bemerkbar. Das lange Rätseln darüber, ob die Rote Armee erheblich in ihrer Schlagkraft gelitten habe, ist wohl beendet im Sinne derer, die von der schweren Störung ihres Gefüges überzeugt waren. Stalin selbst hat allen Zweifeln an sowjetrussischer Wirksamkeit recht gegeben. Eine schärfere Anklagerede gegen die Unfähigkeit einer Verwaltung, gegen die Zerstörung einer Wirtschaft, als Stalin sie vor kurzem gehalten hat, kann man sich kaum denken. So ist das russische Gewicht auf der politischen Waage Europas heute geringer als jemals seit der Zeit Peters des Großen; was sich am Ebro vollzieht, ist nunmehr ein Rückzugsgefecht.

Damit ist nicht gesagt, daß wir ein plötzliches Ende des spanischen Bürgerkrieges als einer innerspanischen Angelegenheit erwarten. Wir haben die großen Schäden der sozialen Struktur Spaniens und die Schwierigkeiten seiner völkischen Zusammensetzung in bezug auf Katalonien und Baskenland hier sooft behandelt, daß wir sie nicht noch einmal klarzulegen brauchen. Auch wenn der internationale Anteil an den Streitkräften auf beiden Seiten sich mindert oder verschwindet, bleibt genug innerspanischer Brandstoff übrig, um lange Monate des Kampfes zu nähren. Aber mit der vorsorglichen Neutralitätserklärung Francos, mit der Zurückziehung von 10 000 italienischen Kämpfern und mit dem Inkrafttreten des englisch-italienischen Vertrages ist die spanische Frage im internationalen Sinn bis zu einem gewissen Grad entgiftet. Freilich unter einer Voraussetzung: daß die Angriffe der kriegswilligen Linken auf Chamberlain und Daladier so erfolglos bleiben wie bisher.

Daß Chamberlain alle Angriffe gegen seine Politik im Unterhaus zurückschlagen würde, war zu erwarten. Er hat sein Kabinett durch die Hereinnahme zweier wirklicher Staatsmänner verstärkt, von denen der eine, Lord Runciman, eine Vergangenheit von weiter Erfahrung und ein nütliches Maß von mitteleuropäischer Erkenntnis mitbringt; der andere, Sir John Anderson, ist eine der kräftigsten Verwaltungsbegabungen Englands. Er hat noch in jedem seiner bisherigen Ämter in erstaunlich kurzer Zeit den dort vorgefundenen „muddle“ in blitzende Ordnung verwandelt; er hat zuletzt als Gouverneur von Bengalen sich hervorragend bewährt. Er hat alles Zeug, um in England der starke Mann zu werden, den England zur Organisation seiner Aufrüstung offenbar braucht. Seine Hereinnahme ins Kabinett bedeutet eine Absage an Churchill, wie die Hereinnahme Runcimans eine Absage an Eden ist. Die Übergabe des Dominionministeriums an den Kolonialminister MacDonald mag eine Verlegenheitslösung sein. Sie kann aber auch mehr bedeuten:

kennzeichnet sie doch vielleicht den Wunsch, die gesamte Vertretung der überseeischen Interessen in einer Hand zu haben, wenn es einmal zu gründlichen Gesprächen über die Zukunft Afrikas kommen sollte. Freilich haben wir darüber nur Vermutungen, keine Sicherheit. Worüber wir Sicherheit haben, ist eine andere Beanspruchung des Kolonialministers: Palästina. Hier soll nun mit energischer Hand durchgegriffen werden, um die sogenannte Ordnung wiederherzustellen. Noch immer gibt es maßgebende Persönlichkeiten in London, die auch für Palästina die Meinung vertreten: Zeit gewonnen ist alles gewonnen. Chamberlain selbst täuscht sich wohl nicht. Er dürfte wissen, daß eine Lösung, die den Arabern gerecht wird, unvermeidlich ist, wenn die Sicherheit des Empire rund um den Indischen Ozean gewahrt werden soll. Um so unangenehmer mag er die Aufpeitschung der amerikanischen öffentlichen Meinung durch Unberufene empfinden. Es wäre vielleicht nicht schlecht, wenn der höhrende Vorschlag, daß doch Amerika das Palästina-Mandat übernehmen möchte, in Wirklichkeit gemacht würde. Dann würde sich herausstellen, daß die Außenpolitik der Vereinigten Staaten auch heute mit der gleichen Unverantwortlichkeit geführt wird, mit der sie seit vielen Jahren geführt worden ist. Wir wollen in diesem Bericht nicht versuchen, jenes ganze Hin und Her lateinamerikanischer Innenpolitik zu schildern, das von den Vereinigten Staaten zum Anlaß einer Hetze gegen Deutschland und Italien, vor allem aber gegen Deutschland, genommen wird; es geht uns in Europa wenig an, ob in Chile Señor Aguirre Cerda oder Señor Gustavo Ross Präsident wird (mit ganz knapper Mehrheit ist Señor Aguirre Cerda gewählt worden); es kann uns verhältnismäßig gleichgültig sein, mit wie vielen Staatsstreichen sich Getulio Vargas als Präsident Brasiliens behauptet; aber wenn eine bössartige, von nordamerikanischen Juden wie Bernard Baruch getragene Propaganda dazu übergeht, den legitimen deutschen Handel in Südamerika zu verdächtigen und die südamerikanischen Staaten zur Unterdrückung eingesessenen Deutschtums zu ermuntern, dann hat die Gelassenheit gegenüber den Vereinigten Staaten einmal ein Ende. Man kehre doch zunächst vor der eigenen Tür und im eigenen Haus! Niemand bedroht die Vereinigten Staaten. Aber diese Vereinigten Staaten, die über den größten Rohstoffreichtum der Welt verfügen, hätten allen Grund, die Arbeitslosigkeit im eigenen Bereich zu beseitigen, eine weithin korrupte Wirtschafts- und Staatsverwaltung zu säubern, und jene Probleme zu behandeln, deren Behandlung darüber entscheiden wird, ob die Vereinigten Staaten einmal ein Volk bilden werden oder nicht. Dazu gehören freilich auch Neger- und Judenfrage. Und nun wird uns der alttestamentarische Zorn des Herrn Baruch in seinen wahren Zusammenhängen sichtbar.

KARL HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Wehrgeopolitisch hat der Zeitabschnitt zwischen Sonnenwende und Herbst-, Tag- und Nachtgleiche vom Fernen Osten her den Erfahrungsschatz und die Kunstsprache der Weltpolitik vielseitig bereichert. Europa ist es nur nicht im nötigen Umfang inne geworden, um die Vorgänge für das eigene Kräftespiel auszuwerten. Wie lehrreich ist es z. B. für das kleinräumige Kultureuropa, daß bei dem Vorwärtsschreiten von Anking über Kiukiang, den Poyang-See nach Hankau yangtseaufwärts

1200 km landeinwärts von der Küste die japanische Marine und das Landheer sich darüber streiten können, wer zuerst Kiukiang in japanischen Besitz gebracht hat.

Das ist — brutal raummäßig gerechnet —, wie wenn bei einer Operation rhein-aufwärts von Rotterdam her leichte Kreuzer und irgend Jemands Garde um ihre Verdienste bei der Einnahme von Konstanz rechteten, oder donauaufwärts um das erste Eindringen in Wien.

Das wird nur grob aufgezeigt, um Kleineuropäern die Weiträumigkeit des ostasiatischen Kriegsgebiets und die Länge der Etappenlinien zum Bewußtsein zu bringen, ganz abgesehen von der Bereicherung an Spielarten des Stromgefechts an Amur, Tjumen, Hwangho, Yangtse, Perflußmündung. Aber es ist ja immer noch kein Krieg-Dank Kellogg! (Anh. 1), und zwischen Japanern und Russen ist das Kennwort vom unterirdischen „Borderline-War“ (Grenzmarken-Krieg) aufgesprungen, der ja in Europa sichtbar genug in Gestalt der künstlichen Grenzwüstung der Sowjets, des Ausbaus ihrer Nordmarken, längs dem Gesamtumzug der Tschechoslowakei und zwischen Maginotlinie und ihrem Widerpart auch besteht. Das gegenseitige Anfauchen von Seemächten als ozeanische Variante wurde von der gleichen Quelle „exchange of acerbities“ (Austausch von Herbheiten), auch wohl „semi-official slanging match (halbamtlicher Schimpfwettstreit) genannt. Beiden Geplänkeln war ein mehr verhaltenes amerikanisch-britisches Begleitgeräusch zum pazifischen Inselraub vorausgegangen, Frankreich hatte sich rasch in Torschlußpanik die Paracel-Inseln angeeignet, dann aber gegenüber Hainan durchgeföhlt, daß es dort auf Granit beißen und Seewehr-Zähne dabei verlieren könnte. Uns lag daran, auf das Bestehen solcher Zwitterzustände als Welterscheinung auch im Indo-Pazifischen Bereich, nicht nur in Europa hinzuweisen.

Aber im Indo-Pazifischen Bereich tritt zu den an sich schon schwerwiegenden wirtschaftlichen (2), bevölkerungspolitischen und machtpolitischen Gründen der Verschärfung zunächst im Pazifischen Teilgebiet noch mit furchtbarer Wucht die Auseinandersetzung einer uralten kulturpolitischen Eifersucht (Anh. 3) zwischen China und Japan, die durch neuerliche Verbitterungen (Ressentiments) gewiß nicht entgiftet wird. Dabei hat die Kulturwelt im ganzen das größte Interesse, ein Herüberschlagen der davon unzertrennlichen Rassenbrände in das Gebiet des Indischen Ozeans zu verhindern, wo sie bis Afrika weitergehen könnten.

Denn selbstverständlich hat die Gewalt der geistigen Auseinandersetzung zwischen den beiden großen Fernostvölkern neben dem lauten Geräusch der Waffen nicht aufgehört; es ist ein großartiger Anblick, zu sehen, wie im Bewußtsein der massenhaften Übersteigerung der Bewegungswucht des „Zwischenfalls“ nun jedes Volk zu seinen geistigen und seelischen Quellen steigt, um sich Seelenstärkung zu holen.

Diesen letzten nationalen Stärken steht die sonst so gewandte Sowjetpropaganda hilflos gegenüber. Daher ihr Haß gegen alle nationalen Erneuerungen, ob sie nun in China, Deutschland, Italien oder Japan sich wie neugehobenes Urgebirg über die Zerbröckelung und Zersetzung erheben, in der die Stärke der reinen Internationale um ihrer selbst willen und aller Wurzellosen liegt. Wir glauben nicht, daß von dieser Seite her eine ernstliche Dauergefahr für die Ostkulturen kommen könnte, wenn es auch gewiß wertvoll ist, die Unterwühlungsarbeit von Moskau her für einen bestimmten Erdraum, z. B. die Mandschurei (Anh. 5) in einem nach Raum und Zeit klar umrissenen Einflußbereich vorgeführt zu erhalten. Wie sehr die raumpolitische

und ideologische Unehrllichkeit der einstigen Siegermächte überall die Grundlagen für erfolgreiche Kominternvorstöße schuf, könnte nicht deutlicher belegt werden.

Auf diesem Gebiet hat nur ein kleiner Teil ihrer Staatsmänner gelernt, der größere Teil nichts, oder das Wenige vergessen — wie Lloyd Georges „Erinnerungen“ bezeugen. Aber nicht nur dem Staatsmann, sondern jedem politischen Soldaten ist mindestens das Zur-Hand-Legen einer guten Übersichtskarte aller Wirrengebiete bei jedem Rundfunkbericht, jedem Zeitungslesen unerlässlich, wie etwa das Bibliographische Institut eine für nur 1,50 RM. vom „Fernen Osten“ hergestellt hat.

Wie nützlich weltüber vergleichende geopolitische Studien für eine vernünftige Auffassung schwebender Fragen sein können, bewies aus Indien in der sonst aufgeregten und deutschfeindlichen Haltung vieler indischer Zeitungen ein Aufsatz: „Boundaries Commission“ der „Amrita Bazar Patrika“ (Anh. 6). Den Unsinn ost-mittleuropäischer Grenzföhrung durch die Siegermächte von Versailles, namentlich des Zusammenpferchens grundverschiedener Rassen, Kulturen und Völker in dem künstlichen Staat der Tschechoslowakei spürt nämlich Indien am eigenen Leibe. Sofort ist das Verständnis da, genau so wie es aufdämmerte, als man leitenden britischen Persönlichkeiten am Vorbild der Kulturfranzosen in Kanada, der Schweizer Verfassung im Spiegel von Schriften von Masaryk und Benesch, dann des Verhältnisses von Eire zu Ulster klar machte, was denn eigentlich Sudetendeutsche, Slowaken, Ungarn, Polen, Ukrainer, Rumänen, nach der Zahl geordnet, von Prag wollten. Da erst erkannte man im Britenreich, daß es selbst in schwierigen Verhältnissen (Anh. 7) längst die Zugeständnisse gemacht hatte, die der Starrsinn der Tschechen verweigerte und fing an, aufzumerken und ernsthaft auf Abhilfe zu sinnen.

Ebenso geht es nun den Indern, die in Orissa und Sind, zwischen Bengalen, Bihar und Assam, zwischen Madras einerseits und Andhra und Carnatic andererseits, vor allem in den Fürstenstaaten mit ähnlichen Komplexen zu tun haben. Mit Recht rufen sie nach einer Flurbereinigungskommission (die schon der Simon-Bericht angeregt hatte), und sie sprechen nun ganz ungescheut vom Unsinn der mitteleuropäischen Grenzföhrungen durch die Verbündeten und mit viel jäh aufkeimendem Verständnis von der sudetendeutschen Frage.

Wollte nur auch Jawaharlal Nehru die sonst so stark von ihm beeinflussten Papiere lesen, wenn sie aus schmerzhaften eigenen Zuständen heraus die Mitteleuropa angetane Unbill zu begreifen anfangen, in der es sich doch zunächst um die Wiedergewinnung der so arg mißhandelten Selbstbestimmung, nicht auf altdeutschem Volks- und Kulturboden um „Aggression“ handelt! Denn dann wäre Indiens Ringen um Selbstbestimmung in einem groß-indischen Lebensraum für Hüter des status quo auch „Aggression“ und „Imperialismus“! Sicher sein Afrika-Griff!

Welches in seiner Art geniale Verwechlungsspiel gerade mit den Begriffen Imperialismus und Selbstbestimmung nebenher getrieben werden kann, wie dabei die Demokratie der Vorspann zum Bolschewismus und Kommunismus ist, das enthüllt nicht nur die an sich kartographisch bemerkenswerte und für die Kenntnis der Sowjetbünde unentbehrliche Leistung des „Bolshoi Sovetskii Atlas Mira“ (Großer Sowjet-Atlas der Welt), Moskau 1937 Bd. I (Anh. 8) (der ganz unkomunistisch 40 \$ oder 200 Rubel kostet, also nur für Wohlhabende erschwingbar ist), sondern auch seine Besprechung durch Owen Lattimore in dem höchst aufschlußreichen Septemberheft der „Pacific Affairs“ (Anh. 9):

Kaum bedurfte es noch eines Beweises dafür, daß weitaussehende Kräfte am Werk sind, USA. und SSSR. zu gemeinsamem weltpolitischen Handeln vorzubereiten und den Bolschewismus in Amerika salonfähig zu machen (so absurd die Verbindung der Arrivierten von Wallstreet und der Arrivisten von Moskau trotz allen Rassenverbindungen ist). Jedenfalls aber tritt er aus den Gedankengängen faßbar entgegen, worin Haldane Hanson die Wirkungsweise der chinesischen Guerillakriegführung hinter der japanischen Front behandelt (Anh. 10) und aus dem Interview des chinesischen Kommunisten-Generalsekretärs Lo Fu durch Nym Wales (Anh. 11), wie aus der Art, wie ein britischer Beobachter in „To have and to hold“ Japans Fehlschlag als Wunschziel vorwegnimmt. (In Kanton und Hankau!)

Die ganze Haltung dieses Heftes der „Pacific Affairs“ ist so aufschlußreich, daß wir es allen nur dringend empfehlen können, die ihre Rechnung dabei finden, die Auflösungstaktik des Kommunismus gegenüber gesunden und kranken Volkskörpern gründlich kennenzulernen. Daß China selbst alles zu seiner Selbstverteidigung tut, ohne in der Not des Augenblicks in der Wahl der Mittel wählerisch zu sein, ist begreiflich. Nicht immer freilich gleitet ihm ein solcher Windfall in den Schoß, wie mit dem Tagebuch des gestürzten japanischen Fliegerleutnants Saburo Kobayashi und seinem düsteren Schluß: „Die schreckliche Idee, daß es unmöglich sei, China zu erobern, hat unsere Armee ergriffen — besonders steht die Luftwaffe unter dem Druck dieses gefährlichen Gedankens.“ (Anh. 12: Das Neue China Nr. 42.)

Nebenbei liegt darin eine Warnung für Flieger aller Völker, nicht ihre Tagebücher auf gefährliche Ausflüge mitzunehmen.

Verständlich ist auch, wenn die chinesische Propaganda und die der Chinafreunde in Mitteleuropa die Aufmerksamkeit jetzt auf die Stärken der zwei wichtigsten südwestlichen Hinterland-Provinzen Szetschuan (Anh. 13) und Yünnan (Anh. 14) lenkt, obwohl das letztere Land sich vorsorglich allerlei Rückversicherungen hat geben lassen, ehe es seine früher den Briten und Franzosen geschenkte, mißtrauische Aufmerksamkeit den bisher ihm weit abgelegenen Japanern zuwandte und Chiang Kai Shek einen Teil seiner Hilfsmittel — durchaus nicht alle und vorbehaltlos — erschloß.

Wie gerade in Yünnan die französische Wissenschaft der kulturpolitischen Durchdringung vorarbeitet, das bezeugt J. Sigurets musterhafte Leistung über die Grenzmarken von Yünnan an Hand chinesischer Quellen (Anh. 15). Freilich erhoffen wir uns von Wissmanns Yünnan-Reisen von Nanking aus, nun er wieder in Tübingen heimatfest geworden ist, wohl nicht umsonst ein Seitenstück dazu! Ähnliches hat vor Jahren für Szechuan Sir Alexander Hosie geleistet, noch zuletzt 1922 mit seiner „Commercial Map of China“. An sich würden die beiden südwestlichen Landblöcke, denen sich ja die seit 1928 abgetrennten Marken doch wieder anschließen müßten, mit zusammen 918300 qkm und wohl 68—70 Millionen Einwohnern mit ihren Gebirgsmauern allein einen Widerstandskern bilden, von dem aus sich Reiche erneuern ließen, auch wenn die ganze übrige eigentliche „gelbe“ Erde ganz unter Fremdgewalt läge, wovon sie weit entfernt ist.

Freilich galt die alte etwas über 200000 Mann betragende Provinzialtruppe von Szechuan gerade nicht als Heldensammlung, während Yünnan, rassisch durchaus noch nicht chinesisch eingeschmolzen, mindestens im Muhamedaneraufstand von 1856—1873 gezeigt hat, daß seine Bergassen zu kämpfen verstehen, wenn sie die

rechten Führer haben. In diesem Fall würde also alles auf die volks- und rassenpolitische Erweckung ankommen, deren propagandistische Antriebe auf dem Festlandboden die Chinesen nach allen Augenzeugen besser zu meistern scheinen, als die Japaner, die damit kaum über das von ihnen beherrschte Bahnnetz und die großen Städte daran hinaus in die Tiefe wirken. Daher die fast unwahrscheinlichen Erfolge der chinesischen Roten in Nordchina.

Angesichts der steigenden chinesischen Widerstandsaufgliederung wird wohl ein Fragezeichen hinter die in „Asia Press“ Nr. 32 breit wiedergegebenen Hoffnungen auf eine „Beendigung des Krieges in nicht zu ferner Zeit“ gesetzt werden müssen; auch der Gedanke einer Aufrechterhaltung der Ordnung in dem weiten besetzten Gebiete Nordchinas durch nur sieben, aus dem Lande durch Seezölle, Salzsteuer und Eisenbahneinnahmen zu ernährende japanische Divisionen (Myake in Bunggeishundjyu“) dürfte sich als Illusion erweisen. Rechnung auf längere Zeitfristen, größere Menschenforderungen des Raums und mehr Wirtschaftsaufwand wird sich als notwendig zeigen — auch nach dem Fall von Kanton und Hankau.

Der Hinweis auf den Aufwand von jährlich etwa 38 Millionen £, gleich rund 42% der Einnahmen, Britisch-Indiens für die dortige Truppenmacht aus indischen Mitteln entbehrt — namentlich mit indischen Augen gesehen — der Vergleichbarkeit; in diesem Falle hat die Geschichte die Schlußabrechnung noch nicht herausgeschrieben.

Tatsache ist allerdings, daß die große weltpolitische Erfahrung und richtige Auswahl geopolitischer Sperrpunkte vom Seemachtstandpunkt dem britischen Weltreich ermöglicht, weite Randmeere, selbst Mittelmeere, wie gut zugebundene Säcke mit verhältnismäßig geringen Kräften in Kontrolle zu halten, so die allerdings von Italien aus angefochtene Mittelmeerstrecke und das Dreieck Alexandria—Haifa—Zypern, das Rote, Arabische und das Persische Randmeer. Nicht gleich sicher ist der kontinentale Wehrinstinkt des seemächtigen „Empire“.

Wie sich gegen die Schlagader des Suezkanals die arabische Bewegung als festländische Zukunftsdrohung auszugestalten beginnt, im Zusammenwirken mit der Unhaltbarkeit der Verhältnisse in Palästina, so bilden sich doch auch am Persischen Golf trotz der Schlüsselstellung von Kuweit und der Flugstreckensicherung längs der arabischen Ostküste vom Festland her an der Schatt-el-Arabmündung vom arabischen Irak aus und durch die nun vollendete Trans-Iran-Bahn von Bender Schah am Kaspi-See nach Bender Schapur am Perser Golf in Iran eigenständige Wachstumspitzen mit wachsendem Hinterlanddruck heraus. Sie werden sich vielleicht später einmal gerade wegen ihrer Einpressung durch ozeanische Mächte und Ölkapital bekämpfen müssen, vielleicht aber auch zusammentun und sind jedenfalls vorläufig durch den Nah-Ost-Bund geeint. Mindestens ist die Vollendung der Trans-Iran-Bahn in sieben Jahren aus iranischen Landesmitteln, mit Überwindung der Berge von Mazenderan und Luristan, eine Probe starken Lebenswillens — nebenbei auch des technischen Könnens der klug gegeneinander ausgespielten europäischen Arbeitsgruppen.

Wie umstellungsfähig britische Reichsverbindungen zum Mittleren und Fernen Osten sind, geht aus den Versuchen hervor, die atlantisch-indo-pazifische Luftverbindung von Lissabon über die Kanarischen Inseln, Bathurst, Lagos, Bomaj Mombassa, Sansibar, Seychellen, Diego Garcia (mit Abzweigung nach Ceylon und Indien), die Cocos I. (Zweig nach Batavia und Singapore), Onslow oder Port

Darwin in Australien vorzubereiten. Dabei geht es über die volle Breite des Indischen Ozeans mit rund 7200 km; aber die größten Zwischenstrecken sind nur je 1320, 1600, 2300, 1900 km, die Abzweigung zur Sundawelt rund 1300 km, lauter Entfernungen, die im transpazifischen Verkehr regelmäßig beflogen werden. Der Vorteil dieser Linienführung wäre, daß sie sich arabischer, wie italienischer Einwirkung vollkommen entzöge. (Daily Tel. 26. 8. 38 u. a.) Mit Aden und Singapore vor den Flügeln zeichnet sich, wenn Schlimmstes zu Schlimmem kommen sollte, eine ozeanische Luftbasis auch gegen Indien ab, bei der See- und Luftstreitkräfte unter Ausübung größter Wirkungen mit kleinsten Zahlen nach Art weit zurückliegender Normannen- und Malaio-Polynesier-Wanderzüge zusammenarbeiten können.

Je mehr sich die Führung Jung-Indiens im Kielwasser bolschewistischer Phraseologie unfreundlich gegen alle autoritären Mächte anderer Ordnung einstellt, um so größer wird deren Interesse an der Aufrechterhaltung der Kultur- und Wirtschaftsführung aller dazu befähigten Mächte der weißen Rasse in einer gemeinsamen Abwehr. Das gilt, ob nun die so mühsam durch Leistung und Arbeit gewonnene deutsche Stellung in Iran von Sowjet-Eifersucht unterminiert wird und Jawaharlal Nehru mit den extremen Kräften der Tschechoslowakei konspiriert (Amrita Bazar Patrika, 31. 8. 38), oder das Britenreich sich gegen Überraschungen vorsieht und wieder Wege des Zusammenspiels mit Japan und Mitteleuropa findet und seine Salonkommunisten zu zügeln versucht. Selbstbestimmungsrecht für Indien fordern und für die Sudetendeutschen aus Liebedienerei gegen die leitenden Tschechenkreise und Moskau verweigern und, falls Englands gesunder Menschenverstand die Gerechtigkeit der sudetendeutschen Forderung begreift, mit Indiens Mißstimmung drohen, ist ein sicherer Weg, Indien Sympathien von zahlenstarken Völkern zu entfremden, die es vielleicht sehr nötig hätte.

Es heißt einfach falsches Zeugnis geben. Wenn man sich in einer großen indischen Tageszeitung mit fetten Schlagzeilen-Buchstaben bei Beginn der tschechischen Wirren aus Berlin melden läßt: „Der Alarm über die Tschechoslowakei hat der öffentlichen Meinung einen bösen Nervenschock verursacht. Die Mehrheit ist vollkommen ohne Anteil an der Zukunft der Sudetendeutschen und fürchtet die leiseste Kriegsmöglichkeit.“ Ebenso: „Die Ruhe der Tschechoslowakei ist in höchstem Grad eindrucksvoll.“ Ist etwa die Mordhetze vom 22. 9. eine Probe dieser Ruhe gewesen?

Inzwischen hat der Herbst große Bach-Auskehr gebracht.

Solcher Einstellung gegenüber wird alle Sentimentalität eines Yone Noguchi in seinen Briefen an Gandhi und Rabindranath Tagore zugunsten Japans nichts ändern; gegenüber dem Reklamebesuch Jawaharlal Nehrus in Mitteleuropa wäre eisige Zurückhaltung aller Deutschen besser als hysterisches Nachlaufen gewesen.

Lehrreich in diesem Zusammenhang ist es, wie energisch sich anlässlich der Tagung von Evian Dr. Rammanchar Lohia, d. Ausw. Abtlg. d. Kongress Kom. die Einwanderung von Juden zu den 18000 Weißen gegenüber 41000 Indern und 3000000 Afrikanern in Kenya als Geschäftstörung verbat. In diesem Fall siegte der Sinn für mögliche Geschäftstörung sofort über „die Sympathie“ mit den so arg „Verfolgten“, und nur mit einer bedenklichen Volte konnte der „Imperialismus“ als schuldig für den Protest von Indien aus gegen Juden-Zulassung nach „Indiens Amerika“ hingestellt werden. Ist es aber nicht gerade so berechtigt, wenn sich Birma gegen den indischen Zustrom wehrt? — Auch in diesem Fall täuschen

papierene Sympathien für „riots“ nicht über den Hintergrund von „business as usual“ hinweg, der in diesem Fall an den Rockschoßen der Vorkämpfer des von ihnen selbst durchaus nicht allgemein eingeräumten Rechtes auf Freiheit, Selbstbestimmung usw. hängt. Auch indischer und russischer Imperialismus ist eben „Imperialismus“, und „Fesseln“ sind dasselbe für Inder, wie Sudendentendeutsche, Magyaren, Polen, Ukrainer, Slowaken, Rumänen: man kann nicht willkürlich für das gleiche Tun die einen in schwarze und die andern in weiße Farben tauchen, am wenigsten, wenn sie in der Wolle rot gefärbt sind, wie die Sowjetklüngel im Hratschin und ihr indischer Gast.

Anhang zum Geopolitischen Bericht XI über den indopazifischen Raum

1. Bereicherungen jenes, im Englischen so hoch entwickelten Sprachgebrauchs zwischen Krieg und Frieden, dem auch die folgenschweren Worte „grave consequences“ und „unfriendly act“ entstammen, durch die Aufsätze des „Transpacific“, Tokyo, 11. 8. 1938: „Borderline war“ — mit Beleuchtung des Tjumenzwischenfalls von Changkufeng im Kellogg-Pact-Lichte, und „Anglo-Japanese Exchanges“ ebenda, mit Erwähnung von Chamberlains Hohnwort über die „bloodthirsty pacifists“ (blutdürstige Pazifisten), die Weltfriedensgrundsätze zunächst einmal durch einen weiteren Weltkrieg zu verbreiten wünschten.

2. Gute Sammlung der Gründe, aus denen heraus die Explosion der überpreßten und überladenen japanischen Bombe in der Richtung des noch am ehesten überwindbaren Widerstandes erfolgen mußte, von gewiß unparteiischer USA.-Seite in „Far Eastern Survey“ d. American Council d. Institute of Pacific Relations, New York City, Russell G. Shiman, 129 East 52 Street Band VII No. 16 „Closing doors against Japan“ mit dem Leitsatz: „Japan ist überfüllt. Es kann seine Bevölkerung nur durch Industrialisierung erhalten. Ohne Rohstoffe, muß es sie durch Außenhandel erwerben. Japan muß Ausfuhr haben, um leben zu können. Aber seine Ausfuhr ist an jeder Ecke gehemmt durch steigende Handelsschranken in andern Ländern und deren Kolonien. Daher hat es keinen andern Ausweg als eigene Kolonien mit Märkten und Rohstoffen unter seiner eigenen politischen Kontrolle zu suchen.“

So wird in „Tabloidform“ die Begründung für Japans China-Einmarsch angesehen und die Einbannung im einzelnen nachgewiesen, aus der der Ausbruch erfolgte.

Ebenda: „Brazilian legislation and japanese immigrants“ — das Mißverhältnis zwischen den rund 48 Millionen Brasiliens (1934!) und den 200 000 Japanern darunter beleuchtend, von denen allerdings 90% in Sao Paulo mit seinen 8 Millionen sitzen, das 1937 mindestens 200 000 Arbeitskräfte mehr brauchte, als es hatte!

„Japan profits from new Nanking tariff rates“ zeigt, wie Japan seine Aufwendungen durch gefügige China-Regierungen seiner Mache aus dem China-Markt herauszuholen hofft: wie seinerzeit in der Mandschurei „offene Tür, und gleiche Gelegenheit für alle“ — aber der Japaner steht zuerst drin in der offenen Tür, und vorbei kommt, was er vorbei läßt!

3. Über den geistigen Kampf, der über dem wirtschaftlichen mit entscheidender Macht steht, gibt ein Vergleich der Sommernummer von Bd. VI 2 „Cultural Nippon“ und der laufenden Nummern der „The People's Tribune“, z. B. Bd. XXI, No. 5 u. 6 tiefe Einblicke. W. P. Chên: „My views on japanese culture“ in „Cultural Nippon“ S. 25—34 verrät, wie schwer es auch den japanfreundlichen Chinesen wird, auch nur die Gleichberechtigung der beiden großen Fernostkulturen anzuerkennen, und welches Riesenausmaß von Verbitterung (Ressentiment) sich unvermeidlich zwischen beide hineinlegt, auch da, wo sie sich anerkennen wollen, wie viel mehr, wo sie sich hassen!

Immerhin ist bemerkenswert, wie in dem Wechsel von „Wakon-Kansai“ zu „Wakon-yôsai“, Japan-Geist-China-Talent zu Japan-Geist-West-Talent, die raschere japanische Bewältigung der Kultursynthese auf dem Wege der Kulturwanderungen anerkannt wird. Im gleichen Heft versucht Kôichi Hoshino den Sturmanker des japanischen Kaisergedankens (Tennô State) dem Ausland klar zu machen, zu dem ein Seitenstück dem chinesischen Staatsfahrzeug so brennend not täte.

4. Wertvolle sachliche Ergänzungen dazu bringt in der hochwertigen Zeitschrift der Sophia University, Tokyo, 1938: „Monumenta Japonica“, Bd. I, No. 2, z. B. Genchi Kato in „Shinto Studies“ über die Shinto-Erneuerung durch Motoori Norinaga und seinen Zeit-

genossen Jiun Sonja (Onko) oder Hermann Bohners „Hanazono Tenno“ mit ihrer ganzen völkerpsychologischen Feinheit, die auch voll geopolitischer Erfahrungen eines der besten deutschen Beobachter im Fernen Osten steckt. In scharfem Gegensatz dazu zeigt

5. „Contemporary Manchuria“, Bd. 2, No. 3, Dairen, 1938, die materielle Seite, namentlich den russischen Druck und Einfluß.

6. „Amrita Bazar Patrika“ v. 3. 8. 1938, S. 8: „Boundaries Commission“, im grellen Gegensatz zu ebenda „Futile negotiations“ und „Indias spirit of peace“ — worin Jawaharlal Nehru sich ziemlich unverblümt den „bloodthirsty pacifists“ Chamberlains einreicht und alle vor den Kopf stößt, die es in Mitteleuropa seit vielen Jahren ehrlich mit der Selbstbestimmung Indiens meinen. Unter solchen Händen wird „ein freies Indien kein Turm der Stärke des Friedens sein“; gerade, wer es ernst mit dem Weltfrieden meint, wird eher zugestehen müssen, daß er besser bewahrt ist, wenn Indien fest im Rahmen des Weltreichs bleibt, bis es reif zur Freiheit ist, als wenn es durch die Stimmungen und Moskauer Einwirkungen auf einen genialen, aber verstiegenen Führer den Bluttausch in Spanien und China um einen Brandherd von 5 Mill. qkm vermehrt.

7. Walter Schneefuß: Gefahrenzonen des Britischen Weltreiches. Die Zukunft Englands: Aufstieg oder Abstieg? Goldmann, Leipzig 1938. 120 S., 6 Kt. RM. 2.50. Suggestiv!

8. „Bolshoi Sovetskii Atlas Mira“. Bd. I: herausgegeben v. A. F. Gorkin, O. Y. Schmidt, V. E. Motylew, M. V. Nikitin, B. M. Schaposchnikow. Moskau 1937. R. 200, \$ 40.

9. Bespr. dazu in „Pacific Affairs“, Bd. XI, No. 3, September 1938. Inst. of Pacific Relations, Camden N. Y. (USA.) von Owen Lattimore.

10. Ebenda gibt Haldore Hanson unter „The people behind the Chinese guerillas“ ein Bild von seltener Vollständigkeit der Wirkungsweise der chinesischen Volkskriegsorganisation, vor allem durch die Kommunisten in Hopei, wie sie aber ähnlich in den acht Ländern Hopei, Chahar, Suiyian, Shansi, Shantung, Kiangsu, Chekiang und Anhui auf mindestens einem Drittel des besetzten Gebiets bestehen und etwa 75 Millionen umfassen soll.

Die Wegnahme von 75% der chinesischen Hochschulen scheint dieser Organisation entsprechende Zahlen heißblütiger Propagandaträger gestellt zu haben; eine eigene Guerilla-Bank in Hopei gab, gestützt auf einen Stock von 20 Mill. \$, 20 Mill. Ch. \$ an Noten aus! (S. 287.)

11. Ebenda Lo Fu, Generalsekretär der Comm. P. China über „Why the Chinese Communists support the united front“ — mit der Absicht, sie zu beerben! (S. 311.)

12. „Das Neue China“: Informationsblätter der Sektion der Kuomintang in Deutschland. Berlin, Kurfürstendamm 218, No. 42: „Das Tagebuch eines japanischen Fliegers“, eine ziemlich Hiobspost, die mit dem angezogenen Satz schließt.

13. „Das Land der vier Ströme“ (Szechuan), gute Zusammenfassung, allerdings ohne Berücksichtigung der Fehlernten v. 1936 u. 1937 (Geopolitik, 1938, H. 8, S. 649, Karte) in Reichsausgabe der Frankfurter Zeitung v. 11. 9. 1938, No. 463/64, S. 5.

14. „Die ökonomische Entwicklung von Yünnan“, in „Das Neue China“. Inf. Blätter, herausgegeben v. d. Sektion der Kuomintang in Deutschland, No. 43, v. 6. 9. 1938. Darin wird eine Beschleunigung der Entwicklung der rund 320 000 qkm großen, von rund 12 Mill. Menschen bewohnten erzeichen Landschaft um mindestens 20 Jahre behauptet, die u. a. sieben Zehntel des chinesischen Zinns liefert und sonst Kupfer, Eisen, Blei, Zink, Kohle, Arsen und Schwefel besitzt, also eine Wehrmetallreserve von Rang ist. Auch Wolfram und Antimon kommen vor. Die auf älteren Karten als Yünnanfu bezeichnete Hauptstadt heißt Kunming: Mittelpunkt eines Straßennetzes von z. Zt. über 5000 km und werdender Industrie, mit weiten Ödflächen, von denen 23 000 000 Morgen vorerst nutzbar gemacht werden sollen, um die bisher nur selbstgenügende Getreidewirtschaft zu Ausfuhr zu befähigen. Alles freilich reichlich spät, wenn bereits der Nachbar brennt, „proximus ardet“!

15. J. Siguret: Territoires et populations des confins du Yünnan. Traduit du Chinois. Peiping, Editions Henri Vetch. Gedruckt in der North China Daily News, Shanghai 1937. 307 S., 4 schöne Karten — ein Muster jener Arbeitsweise, die verständlich macht, warum China als Kultur- und Volksboden vier Jahrtausende überdauert hat, aber auch warum die französische Kulturpolitik immer wieder Achtung für wissenschaftliche Pionierleistungen erzwingt, wo sie dem Staatswunsch vorarbeiten können, in diesem Fall mit einer französischen Kulturhypothek auf Yünnan im Gefolge der Eisenbahnerschließung — mit der freilich England von Birma aus im Wettbewerb steht.

KARL HAUSHOFER:

Eurafrika?

Die „Afrika“-Tagung des Convegno Volta der K. Akademie von Italien in Rom, 3.—12. X. 38

„Wie sich Geschick und Glück verketteten — das fällt den Toren niemals ein...“ Diesmal aber mußte es sich den schlimmsten kleineuropäischen Toren, den Anbetern des ewigen Gestern in der Weltpolitik aufdrängen, mit welcher großartigen geopolitischen Zwangsläufigkeit Möglichkeiten europäischer Armfreiheit und Kooperation entsprangen aus dem Ausgleich der ewigen politischen Unruhe Mitteleuropas im Sudetenraum mit seinem nun entgifteten „künstlichen Staat“.

Niemals wäre ohne den 29. September 1938 — in Rom bereits allgemein der Friede von München genannt und als Anzeichen einer Wiedergeburt Europas erfreut mit dem Namen einer sichtlich beliebten Stadt verbunden — eine solche Zusammenarbeit in diesem freundschaftlichen, echt großeuropäischen Geist großer Gruppen erlesener „Afrikaner“ der Forschung, Kultur- und Machtpolitik, Wirtschaft und Wissenschaft aus ganz Kultureuropa unter der geistvollen, gastfreien und ausgleichenden Führung Orestanos möglich gewesen. Nun fand sie sich einig in dem großen Ziel der Entwicklung Afrikas unter europäischer, weißer Führung, unter Fernhaltung schädlicher Einflüsse aus Ost und West und Verhinderung des Zurücksinkens in Rassenvermischung und „Rebarbarisierung“: eine Gefahr, die einige weitblickende Italiener und die hervorragende Persönlichkeit des polnischen Fürsten Sapieha klar und scharf zum Ausdruck brachten. Wohl hatten die vier Großvölker mit 60—14 Köpfen die Masse der Geladenen gestellt; aber der Widerhall hing nicht ab von der Weite des Volksbodens: das bewiesen Vertreter des Vatikans, der Schweiz, Skandinaviens, des Balkans. Wenn es noch eines Beweises für den Zusammenhang einer glücklichen geopolitischen und ethnopolitischen Lösung der Sudetenfrage mit der Gesundung der Weltpolitik durch Verjüngungsvorgänge im britischen Weltreich, französisch-italienische Entspannung, ganze Maßregeln im Nahen und Fernen Osten, Abahnung gerechter Koloniallösungen bedurft hätte, wäre er in den Prachträumen der Farnesina erbracht worden. Gewiß: wenige Akademien der Erde können als ihre Hausmaler Raffael, Sebastiano del Piombo, Giulia Romano, Peruzzi und andere Leuchten der Kunst nennen, ihre glänzenden Empfänge auf dem Kapitol, in der Mostra Augustea und im Palazzo Barberini abhalten, und viel tut der Zauber der Ewigen Stadt. Aber alle diese Kräfte hätten Europa nicht für Eurafrika zusammengeführt, wäre die Afrikatagung nicht im Zeichen des „Münchener Friedens“, des Regenbogens, sondern unter dem Gewitterhimmel eines aufziehenden Weltkriegs gestanden, dessen Gewölk trotz allem Ränkespiel die großen Vier zerbliesen: dank ihrem Verantwortungsmut und der volkspolitischen Festigkeit ihrer Führerstellung gegenüber allen Ränkeschmieden.

Mächtig fiel der Schatten ihrer Einigung auch auf alle, die in Afrika alte Zwietracht erhalten, neue säen wollten, nicht zuletzt auch in Verkehr und Wirtschaft und in der Inderfrage, dann gegenüber der kommunistischen Propaganda. Denn Moskaus Felle schwammen auch in Afrika fort, auch soweit sie von Indien her ausgebreitet wurden. Europäische Einigkeit, weiße Gemeinschaftsverantwortung zu fördern, Zwietracht auszuschalten: das schien der innerste Seelenzug einer Tagung voll reicher Zukunftssaat, die unter der Gunst einer seltenen Sternenstunde stand.

Es war Geopolitik in großem Stil.

ROBERT NOWAK: Die Zukunft der Karpatenukraine

Der Sieg des Selbstbestimmungsrechtes der Sudetendeutschen, verbunden mit der schwersten Erschütterung der Tschechoslowakei seit ihrer Gründung, mußte selbstverständlich auf die andern nichttschechischen Volksgruppen des Staates eine gewaltige Wirkung ausüben. Alle diese Nationen haben denn auch sofort ihre Forderungen angemeldet und z. T. schon durchgesetzt. Am einfachsten lagen die Verhältnisse dort, wo ein benachbarter Nationalstaat seine Volksgenossen heimholen konnte, wie das bei Polen und Ungarn der Fall war. Daran konnte auch das vorhergehende Scheitern der tschechoslowakisch-ungarischen Verhandlungen in Komorn nichts ändern. Diese Frage, die aufs innigste mit der tschechisch slowakischen verknüpft ist, soll an dieser Stelle nicht untersucht werden. Hier nur soviel: die Slowaken, oder vielmehr ihre 1935 in das Prager Parlament gewählten Vertreter, haben sich am 6. Oktober 1938 entschlossen, mit den Tschechen in einem Staatsverband zu bleiben. Man ist versucht, hier das Wörtchen „vorläufig“ einzuschieben — doch davon später.

Was geschieht nun mit dem äußersten östlichen Anhängsel des Staates, dem bisher Karpatenrußland (Podkarpatská Rus) und nun meist „Karpatenukraine“ genannten Teil?

Mit dieser Erwerbung hatten die Tschechen 1918 bekanntlich gar nicht gerechnet. Masaryk betrachtete dieses Gebiet (12 639 qkm mit rund 710 000 Einwohnern) als ein russisches Pfand, das er bei der ersten sich bietenden Gelegenheit der Sowjetunion zurückzugeben bereit war. Auch die Vertreter der Karpatenukraine haben sich nun, kurz nach den Slowaken, entschlossen, mit der Tschechoslowakei in einem Staatsverband zu bleiben. Allerdings mußte, das war Bedingung, die seit zwanzig Jahren versprochene und sogar in der Verfassung des Staates verankerte Autonomie der Karpatenukraine Wirklichkeit werden¹⁾. So wie in den vergangenen zwanzig Jahren konnte es nicht weitergehen, das war allen Beteiligten klar. Der Zusammenbruch des tschechischen Zentralismus in den Sudetenländern wirkte sich auch in den Karpatenländern des Staates aus; das vorläufige Ergebnis ist die föderative Umgestaltung, der Trialismus. Also drei weitgehend selbständige Länder (Tschechei, Slowakei und Karpatenukraine), jedes mit seiner eigenen Regierung. Gemeinsam sind das Staatsoberhaupt, die Vertretung nach außen, die Finanzen und das Heer. Was letzteres betrifft, werden freilich die Sonderwünsche der Slowakei und der Karpatenukraine nach eigenen slowakischen und ukrainischen Regimentern irgendwie Berücksichtigung finden müssen. Diesen Wünschen wird man aber in Prag nicht gerne nachkommen wollen. Vorbild dieses Staatsumbaus war unverkennbar der alte österreichisch-ungarische Dualismus! Jene Staatsform also, von der die Tschechen durch zwanzig Jahre nichts wissen wollten, an welche sich auch nur entfernt anzunähern man seit 1918 ängstlich vermied. Grimmiger Hohn der Geschichte,

1) An dem Verfassungswerk hatten gewählte Vertreter der Karpatenukraine nicht mitgewirkt; die Verfassung wurde von der sogenannten revolutionären Nationalversammlung in Prag beschlossen. Die Bestimmung über die Autonomie Karpatenrußlands war schon im Friedensvertrag von St.-Germain enthalten und wurde, freilich in etwas abgeänderter und abgeschwächter Form, in die Verfassung aufgenommen.

daß die Tschechen nun gezwungen sind, fast Schritt für Schritt denselben Weg zu gehen, den die alte Doppelmonarchie gegangen war, jenes seltsame Gebilde, das zu zertrümmern die kleinen slawischen Völker wohl den geringsten Grund hatten.

Was nun die Karpatenukraine anlangt, so fragt es sich nun, ob mit dieser Selbständigkeit im Rahmen der tschechoslowakischen Republik die Voraussetzungen für eine befriedigende und möglichst dauerhafte Lösung aller Probleme dieses Landes gegeben sind oder nicht. Diese Probleme sind recht vielgestaltig und verwickelt, ihre Lösung würde auch unter den günstigsten Umständen viele Jahre dauern. Sie sind, um mit dem augenblicklich vordringlichsten zu beginnen, in erster Linie nationaler Art. Kaum minder wichtig ist das wirtschaftliche Moment, das wieder innigst mit Verkehrsfragen verknüpft ist, die in diesem abgelegenen, an natürlichen Verkehrsschwierigkeiten reichen Land immer eine große Rolle spielten und heute noch brennender sind als je. Daneben gibt es kulturelle und konfessionelle Fragen, weiter ein hier besonders akutes Judenproblem und endlich die mit den schon genannten nationalen Fragen zusammenhängenden außenpolitischen Schwierigkeiten, die nicht weniger als fünf Staaten berühren und kraft des Lagenwertes dieses kleinen Gebirgslandes einmal Kreise ziehen könnten, die in ihren Auswirkungen auch das Deutsche Reich beeinflussen müßten.

Was nun die nationalen Fragen betrifft, so wird es zweckmäßig sein, sich bei deren Untersuchung zunächst auf die Grenzen der heutigen Karpatenukraine zu beschränken. Ausgangspunkt der Betrachtungen kann hier nur die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung sein, wie sie das amtliche Ergebnis der letzten tschechoslowakischen Volkszählung vom Jahre 1930 ausweist. Gegen die tschechoslowakischen Volkszählungen ist gewiß mancherlei einzuwenden, aber diese amtlichen Zahlen sind die einzigen, die zur Verfügung stehen, weshalb auf sie nicht verzichtet werden kann. Die von einigen ukrainischen Autoren angewendete Methode, die Volkszählungsergebnisse durch Schätzungen zu „berichtigen“, muß, weil noch ungenauer, abgelehnt werden.

Die Bevölkerung der Verwaltungseinheit „Karpatenrußland“ belief sich 1930 auf insgesamt 725 357 Köpfe; davon waren 709 129 Staatsangehörige und 16 228 Ausländer. Die Staatsangehörigen gliedern sich nach der Nationalität folgendermaßen:

Russen	446 916	Tschechen	20 719	Polen	159
Ungarn	109 472	Slowaken	13 242	Sonstige	14 117
Juden	91 255	Deutsche	13 249	Zusammen	709 129

Hierzu ist zu bemerken, daß unter der absichtlich ungenauen Bezeichnung „Russen“ die tschechoslowakische Statistik „alle Großrussen, Kleinrussen oder Ukrainer, Weißrussen und die einheimische Bevölkerung Karpatenrußlands zu einem Ganzen vereinigt“. Ein Vorgehen also, das jeder Einteilung nach ethnographischen Gesichtspunkten geradezu Hohn spricht. — Die „Sonstigen“ in dieser Aufstellung sind größtenteils Rumänen.

Die bis zum heutigen Tag bestehende Verwaltungseinheit „Karpatenrußland“ umfaßt nicht das ganze Siedlungsgebiet der Karpatenukrainer des ehemaligen Königreiches Ungarn. Dieses reicht über die Landesgrenze im Westen bis 150 km weit in die Slowakei hinein, also noch über den Duklapaß. Der von Ukrainern besiedelte Gebietsstreifen der Slowakei, der, anfangs etwa 40 km breit, sich allmählich nach Westen bis auf etwa 10 km verjüngt, erstreckt sich über die ehemaligen Komitate

Zemplin, Saris, Zips und den westlichen Teil des Komitates Ungvar. Die amtliche Volkszählung (1930) gibt die Zahl der „Russen“ in der Slowakei mit 95 359 an (davon 4280 Ausländer). Die Richtigkeit dieser Ziffer wird von den national gesinnten Ukrainern angefochten, die behaupten, daß in der Slowakei über 250 000 Ukrainer leben. Daraus ist zu ersehen, wie weit die Ansichten auseinandergehen. Die willkürliche Abgrenzung Karpatenrußlands gegen die Slowakei wurde von den Karpatenukrainern von Anfang an bekämpft; eine der ersten Forderungen der neuen karpatenukrainischen Regierung war auch eine „Grenzberichtigung“ gegenüber der Slowakei, also Angliederung des ukrainisch besiedelten Teils der Ostslowakei. Mit der Führung der diesbezüglichen Verhandlungen wurde von der karpatenukrainischen Regierung der Abgeordnete Fencik, unter gleichzeitiger Verleihung des Titels eines bevollmächtigten Ministers, betraut. Hält man sich vor Augen, daß die Bestimmung der Volksgrenzen zwischen Slowaken und Ukrainern auch dem Fachmann die größten Schwierigkeiten bereitet (was ein Blick auf die Sprachenkarte genügend erklärt), daß es infolge des geringen Bildungsgrades der Bevölkerung, der zahlreichen Übergangsdialekte und des vielfach wenig entwickelten Nationalgefühls kaum möglich sein dürfte, eine halbwegs gerechte und beide Teile befriedigende Lösung zu finden, dann wird man ermessen können, wie weit man hier noch von einer endgültigen Klärung entfernt ist. Eine nicht geringe Schwierigkeit ist darin zu sehen, daß der von den Ukrainern beanspruchte Gebietsstreifen der Slowakei wenig gangbares Gebirgsland ist, dessen verwaltungsmäßige Trennung von der bisherigen Einheit zwar ethnographischen Grundsätzen entsprechen mag, keinesfalls aber mit den primitivsten geographischen, wirtschaftlichen und verkehrstechnischen in Einklang zu bringen ist. Auch hier wird man, wenn auch in kleinerem Maßstab, dieselben Erfahrungen machen wie schon 1918: Werden innerhalb eines von der Natur zu einer Einheit geschaffenen Raumes, wie ihn das Karpatenbecken darstellt, die Volkstumsgrenzen zu Staats- und Landesgrenzen, ohne Berücksichtigung der geographischen Gegebenheiten, dann muß sich dieser Fehler unweigerlich rächen — und die Leidtragenden sind alle beteiligten Völker, die zeitweiligen „Sieger“ ebenso wie die Unterlegenen.

In vorliegendem Fall war schon der Auftakt nicht sehr günstig: die Führung der Verhandlungen wurde von seiten der karpatenukrainischen Regierung anfangs in die Hände eines Mannes gelegt (des oben genannten bevollmächtigten Ministers Fencik), der von den nationalen Ukrainern aus mehreren Gründen abgelehnt wurde. Fencik ist auch bereits sang- und klanglos zu Fall gebracht worden.

Das brennendste nationale Problem der Karpatenukraine war die Begrenzung des an Ungarn abzutretenden Gebietsteiles. Grundsätzlich wurde das diesbezügliche Recht der Ungarn anerkannt; es wäre heutzutage, auch wenn man von den eindeutigen Bestimmungen der Münchner Vereinbarung absieht, nicht mehr möglich, für sich das Selbstbestimmungsrecht zu beanspruchen und es gleichzeitig der ungarischen Volksgruppe vorzuenthalten. — Nach der amtlichen tschechoslowakischen Volkszählung leben, wie oben angeführt, in „Karpatenrußland“ fast 110 000 Ungarn. Sie besiedeln hauptsächlich den Anteil des Landes an der Ebene. Die Staatsgrenzen wurden 1919 mit Absicht über die ukrainischen Volksgrenzen hinausverlegt, und zwar aus strategischen und verkehrspolitischen Gründen. Die Karpatenukraine ist zu 90% Gebirgsland; vom Hauptkamm der Karpaten, der

die Nord- und Nordostgrenze bildet, ziehen mächtige Gebirgsriegel nach Süden, die fast das ganze Land erfüllen. Die Verkehrswege in westöstlicher Richtung verlaufen daher alle am Fuß dieser Gebirgsausläufer, in der Ebene. Und diese Ebene ist ungarisch und fiel daher durch den Schiedsspruch Deutschlands und Italiens in der Konferenz von Wien am 2. November 1938 an Ungarn. Damit wurde aber die Karpatenukraine auf eine Strecke von rund 80 km, von Čop bis Sevljuš, ihrer einzigen westöstlich verlaufenden Bahnlinie beraubt; wichtige Straßenzüge fallen auch an das abzutretende Gebiet. Man sieht, wie die verschiedenen Probleme ineinandergreifen. Diese Frage war übrigens in gewissem Sinne bereits zu Beginn der Verhandlungen entschieden, denn als den Ungarn aus den bekannten symbolischen Gründen zwei Städte, Ipolyság und Satoralja-Ujhély, abgetreten wurden, fiel ihnen mit letzterem ein wichtiger Bahnhof der einzigen durchgehenden westöstlichen Bahnlinie der Republik in die Hände. Damit war aber die einzige Bahnverbindung der Karpatenukraine mit dem Westen des Staates schon unterbrochen. Die Stadt Satoralja-Ujhély hatten die Ungarn 1919 noch gerettet, nur deren Bahnhof, von den Tschechen „Slovenské Nové Město“ genannt, kam aus verkehrspolitischen Gründen an die Tschechoslowakei. Nebenbei bemerkt, führt die Fortsetzung dieser Bahnlinie weiter im Osten, von Dragos Voda bis Valea Visaului (das sind 37 km), über rumänisches Staatsgebiet. Die Karpatenukraine hängt also, drastisch ausgedrückt, sozusagen in der Luft und kann vom Westen des Staates nur auf dem Umweg über das Ausland erreicht werden. Diese Verkehrsschwierigkeiten betreffen nicht bloß die Verbindung mit dem übrigen Staatsgebiet, sondern auch die innerhalb dieses kleinen Landes selbst. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß jeder Weg in westöstlicher Richtung außerhalb des ungarischen Sprachgebietes zu einer Bergpartie wird. Ein Neubau von Straßen und Bahnen dürfte vorläufig wohl nicht in Angriff genommen werden können, da die großen Geländeschwierigkeiten eine gewaltige Erhöhung der Baukosten (Brücken, Tunnels, starke Steigungen) bedingen. Das Land wird kaum imstande sein, die Kosten dieser Investitionen aus eigenen Mitteln aufzubringen. Ein Beschluß der Regierungen von Prag, Preßburg und der Karpatenukraine sieht allerdings die Schaffung einer großen Autobahn von über 1000 km Länge vor, die sich von West nach Ost quer durch den ganzen Staat erstrecken soll.

Die Abgrenzung des an Ungarn abzutretenden Gebietes war also keine bloß nationale, sondern auch eine sehr wichtige wirtschaftliche und verkehrspolitische Frage. Auch wenn die ungarischen Ansprüche nicht zur Gänze durchgedrungen wären (bez. der Städte Ungvár und Munkacs z. B.), hätte doch auch die teilweise Befriedigung der Ungarn genügt, das ohnehin schon daniederliegende Land wirtschaftlich in eine äußerst mißliche Lage zu bringen. Die amtliche tschechoslowakische Volkszählung von 1930, die dem Ungartum gewiß nicht günstig war, weist in Karpatenrußland 80 Gemeinden mit absoluter ungarischer Mehrheit aus. Alle diese Gemeinden liegen aber in dem schmalen Streifen der fruchtbaren ungarischen Tiefebene, der zu Karpatenrußland gehörte. Selbst in der nationalukrainischen Propagandaliteratur muß zugegeben werden, daß z. B. die Stadt Berehovo (ung. Beregszász) ungarisch ist. Mit diesem Gebiet ging aber dem ukrainisch besiedelten Gebirgsgebirgsland sein Hinterland verloren! Und die bisherige Hauptstadt Ungvár (Užhorod).

In jüngster Zeit ist noch eine nationale Frage aufgetaucht, an die man wohl am wenigsten dachte, nämlich die rumänische. Die Anzahl der Rumänen in Kar-

patenrußland betrug bei der letzten Volkszählung etwa 14 000 (sie erscheinen nur in der Rubrik „Sonstige“). Bei keiner Minderheit sind die Zahlenangaben so verschieden wie bei der rumänischen. Die tschechische Regierung hat in mehreren an den Völkerbund gerichteten Denkschriften die verschiedensten Zahlen angeführt. Zuerst (1921) waren es 53 515, im nächsten Jahr 18 595 und gegen Ende desselben Jahres nur 15 387, während der amtliche statistische Nachweis von 1928 die Zahl der Rumänen in der Tschechoslowakei mit 10 810 beziffert.

Die rumänische Minderheit ist nie besonders hervorgetreten und gab nie Anlaß zu Streitigkeiten. In der Presse Rumäniens wurde sie zwar mitunter erwähnt, man nannte die Grenzziehung gegen Karpatenrußland „seltsam und willkürlich“, weil sie alte wirtschaftliche Bindungen zerriß, von einer Grenzberichtigung zugunsten Rumäniens verlautete aber nichts. Übrigens bezeugen alle Autoren das geringe Nationalgefühl der Rumänen Karpatenrußlands — durchaus natürlich bei einer Bevölkerung, von der noch vor kurzem mehr als 50% Analphabeten waren und vielleicht heute noch sind.

Nun trat plötzlich Rumänien auf den Plan und forderte den Grenzbezirk mit rumänischer Mehrheit, nämlich das Gebiet von Solotvina, das tatsächlich rumänisch besiedelt ist. Freilich dürfte Rumänien weniger an den 14 000 Rumänen etwas gelegen sein als vielmehr an den staatlichen Salzbergwerken von Solotvina. Bei der Konferenz von Wien kamen die rumänischen Forderungen nicht zur Sprache. Sie waren vermutlich auch nicht ernst gemeint, denn Rumänien dürfte nun, nachdem sich die ethnographischen Grenzen Ungarns im Norden durchgesetzt haben, auf absehbare Zeit die heikle Frage der Grenzen nicht berühren. Die Forderung nach Anschluß des von Rumänen besiedelten Gebietes der Karpatenukraine wurde allerdings erst kürzlich von dem bekannten Professor Jorga in der „Liga für die kulturelle Einheit aller Rumänen“ erhoben. Wenige Tage vorher erschien eine mehrköpfige Abordnung der in der Karpatenukraine lebenden Rumänen bei dem rumänischen Außenminister Comnen in Bukarest und teilte ihm mit, daß die Rumänen mit der Behandlung in der Karpatenukraine zufrieden seien und deshalb bei der Tschechoslowakei bleiben wollten. Der Umstand, daß diese Abordnung von dem tschechischen Gesandten in Bukarest begleitet wurde, läßt ihren Schritt freilich in einem besonderen Licht erscheinen.

Eine einzige nationale Frage scheint einer allseits befriedigenden Lösung nahe zu sein, nämlich die der Deutschen in der Karpatenukraine. Die Zusage der Regierung, allen Forderungen der deutschen Volksgruppe zu entsprechen, wird wohl eingelöst werden. Die Schaffung eines Staatssekretariats für die deutsche Volksgruppe (nach slowakischem Muster) ist ein vielversprechender Anfang, das gesamte deutsche Kultur- und Schulwesen wurde deutscher Verwaltung unterstellt, kurzum, die Frage der Karpatendeutschen dürfte der Regierung die geringsten Schwierigkeiten bereiten. Sie ist auch am leichtesten und mit den geringsten Opfern zu lösen, außerdem mit keinen Gebietsabtretungen verbunden, was die Sache wesentlich vereinfacht.

Ein besonders wichtiges innenpolitisches Problem ist die Judenfrage. Die Juden machen in Karpatenrußland 14% der Bevölkerung aus; natürlich sammeln sie sich meist in den Städten, wo ihr Bevölkerungsanteil weit über dem Landesdurchschnitt liegt (Ungvár 18,88%, Beregszasz 21,31%, Munkacs 41,67%). Der Handel ist gänzlich in ihrer Hand, sie beherrschen fast das ganze Wirtschaftsleben, ein großer Teil

der meist stark verschuldeten Landbevölkerung ist den Juden geradezu hörig. Mit einem starken Anwachsen des Antisemitismus ist in allernächster Zeit zu rechnen; dieser wird möglicherweise die landesübliche Form des Progroms annehmen. Damit ist aber die Frage nicht gelöst! Bei dem kulturellen Tiefstand der Bevölkerung wird eine Arisierung nicht leicht durchzuführen sein.

Die 20 000 Tschechen, die 1930 auf dem Gebiet Karpatenrußlands gezählt wurden (in Wirklichkeit dürfte ihre Zahl erheblich größer gewesen sein, nach Angaben von ukrainischnationaler Seite etwa 60 000), sind heute kaum mehr ein Problem. Die Tschechen, zum weitaus größten Teil Beamte und Angestellte des Staates, haben in ihrer Mehrzahl Karpatenrußland wahrscheinlich bereits verlassen. Wie die Slowaken in der Slowakei, so wollen auch die Ukrainer in ihrem Land die Herren sein und lehnen die tschechische Vorherrschaft, die in den tschechischen Staatsbeamten ihren sichtbarsten Ausdruck findet, entschieden ab. Was sich jetzt in diesen Gebieten abspielt, ist ja in gewissem Sinne als eine nationale Revolution der eingesessenen Bevölkerung zu bezeichnen. Bis 1918 gab es überhaupt keine Tschechen im Land; sie sind jetzt vermutlich genau so schnell verschwunden, wie sie einst kamen. Damit ist aber das Problem nur in einer Hinsicht gelöst. Die Karpatenukrainer werden kaum genügend eigene qualifizierte Kräfte haben, um die durch den Abgang der Tschechen frei gewordenen Stellen in der Zivil- und Militärverwaltung, im Bahn-, Post- und Telegraphendienst, bei der Gendarmerie und Finanzwache usw. besetzen zu können. Das ist zum großen Teil die Schuld der Tschechen, die, um ihre eigene hypertrophisch wuchernde Intelligenz und Halbintelligenz unterzubringen, die Angehörigen der andern Volksgruppen des Staates von der Staatskrippe nach Möglichkeit ausschlossen. Es ist anzunehmen, daß, bei strikter Durchführung des von den ukrainischen Nationalen geforderten Reinigungsprozesses, zahlreiche Stellen und Ämter von Ukrainern besetzt werden, die nicht die nötige Qualifikation besitzen und daher ihren Aufgaben nicht in vollem Umfang gerecht werden können. Aufschlußreich ist hier der Ausspruch eines Slowaken, den man sinngemäß auch auf die Karpatenukrainer anwenden kann. „Ihr Deutschen“, sagte er, „seid ein großes Volk; wenn einer ausfällt, ist sofort ein anderer da, der den leeren Platz einnimmt. Wir Slowaken aber sind ein kleines Volk, und unsere Intelligenzschicht ist gering an Zahl — uns fehlt jeder einzelne.“ Vermutlich werden die Karpatenukrainer versuchen, diesem Mangel durch Zuziehung ukrainischer Emigranten (aus Polen und dem Gebiet der Sowjetukraine) abzuhelpen.

Noch eine Frage dürfte jetzt ihre endgültige Erledigung erfahren haben: die großrussischen Tendenzen, die von den Tschechen so tatkräftig gefördert wurden. Zwei russophile Tageszeitungen wurden von der karpatenukrainischen Regierung eingestellt, der „russische Nationalrat“ wurde kurzerhand aufgelöst. Das bedeutet praktisch das Ende der Russifizierung. Diese Bestrebungen, wie z. B. der Versuch, das Großrussische als alleinige Unterrichtssprache einzuführen, hatten den schärfsten Widerstand der Ukrainer hervorgerufen, ebenso wie der schon früher gescheiterte Versuch der Tschechen, das Ukrainische dem Tschechischen „anzugleichen“ und aus der Bevölkerung einen „Zweig der tschechoslowakischen Nation“ zu machen. Ähnliches wurde ja auch in der Slowakei probiert — mit demselben Mißerfolg. Dieses Unterfangen der Tschechen, die andern Völker und Volksgruppen des Staates sozusagen einzuschmelzen und ein einheitliches Staatsvolk zu schaffen — hierher gehört

auch der Versuch, in den Sudetenländern die Volksgrenze bis an die Staatsgrenze vorzuschieben —, mutet heute schon geradezu paradox an, wurde aber, besonders in den ersten Jahren nach 1918, auch von der tschechischen Intelligenz durchaus ernst genommen.

Das wären in groben Umrissen die hauptsächlichsten inneren Probleme der Karpatenukraine¹⁾ — weitaus wichtiger aber sind hier, wie überall, die äußeren. Auch dieses abgelegene Gebirgsland ist ja keine Insel — was bekanntlich Benesch einmal von der gesamten Tschechoslowakei behauptet hatte —, sondern muß sich mit seinen Nachbarn auseinandersetzen. Mit den Nachbarn und mit den jenseits der Grenzen wirksamen Ideen, die die innere Entwicklung maßgebend beeinflussen.

Wie an dieser Stelle schon einmal erwähnt wurde, bedeutet der Weltkrieg für manche Völker Osteuropas den Beginn des nationalen Erwachens oder einer nationalen Wiedergeburt. Das gilt in besonders hohem Maß für die Ukrainer, deren Nationalbewußtsein durch das allerdings nur kurze Bestehen eines selbständigen ukrainischen Staates nach dem Krieg einen mächtigen Aufschwung nahm. Das ukrainische Volk hatte sich, nach jahrhundertelanger Unterdrückung, endlich wieder zur Selbständigkeit durchgerungen — und zwar, wie von nationaler Seite betont wird, allein, mit den eigenen nationalrevolutionären Kräften. Es war ein kurzer Traum; der bewaffnete Kampf des ukrainischen Volkes für seinen nationalen Staat dauerte bis 1922 und endete mit einer Niederlage. Vorher schon war im Friedensvertrag von Riga (März 1921) das westliche Gebiet des ukrainischen Staates an Polen verlorengegangen; das Kernland war gezwungen, in die Sowjetunion einzutreten, Rumänien erhielt Teile ukrainischen Volksbodens in der Bukowina und in Bessarabien. An die Tschechoslowakei kam die Karpatenukraine, jenes früher zu Ungarn gehörige Gebiet, das von Ukrainern besiedelt ist, die man in Österreich Ruthenen nannte, in Ungarn „Russinen“ oder Uhrorussen und bei den Slowaken als „Rusnjaken“ bezeichnete. Diese Bevölkerung, kulturell zurückgeblieben und mit sehr geringer eigener Intelligenzschicht, hatte bis 1918 mit ihren Stammesbrüdern jenseits der ungarischen Grenzen (im damaligen Galizien und der Bukowina) nur wenig Berührung. Das Nationalempfinden war so wenig entwickelt, daß es kaum eine Rolle spielte. Solche Regungen wurden, soweit vorhanden, von der ungarischen Regierung auch nichts weniger als gefördert; die Tschechen, die nach 1918 die Ungarn in der Herrschaft ablösten, verfahren genau so, wie oben schon angedeutet wurde.

Auf sprachliche und sonstige — wirkliche oder angebliche — Unterschiede zwischen der ukrainischen Bevölkerung diesseits und jenseits des Karpatenwalls soll hier nicht eingegangen werden. Diesbezügliche Untersuchungen von Fachgelehrten liegen zwar vor, sind aber so weitgehend von der politischen Einstellung des jeweiligen Autors beeinflußt, daß sie kaum als Grundlage eines Urteils dienen können. Schließlich ist das auch für die politische Einwirkung der Zukunft von nebensächlicher Bedeutung. Eine solche hat lediglich die Tatsache, daß von 1918 angefangen das Nationalbewußtsein in der Karpatenukraine immer stärker wird, daß die Bevölkerung in steigendem Maß ukrainisch denkt und sich mit den Ukrainern jenseits der Staatsgrenzen, die zu Polen, Rumänien und Rußland gehören, innig verbunden fühlt. Mit dieser Tatsache wird man überall rechnen müssen, mag sie nun angenehm empfunden werden oder nicht. Auch in der Sowjetunion führt das ukrainische Volk seit Jahren mit größter Hartnäckigkeit (gegen das Großrussentum) einen erbitterten nationalen Kampf. Dessen Bedingungen sind

1) Auf die konfessionellen Gegensätze innerhalb des Landes, die augenblicklich nicht so im Vordergrund zu stehen scheinen, wurde mit Absicht nicht eingegangen; hier wird erst eine gewisse Klärung abgewartet werden müssen.

allerdings äußerst schwer, die Verhältnisse von den europäischen so verschieden, daß an diesen Kampf und seine bescheidenen Erfolge andere Maßstäbe angelegt werden müssen. Bei dem fast hermetischen Abschluß der Sowjetgrenzen kann von einem unmittelbaren Einfluß dieses nationalen Kampfes auf die Karpatenukraine kaum die Rede sein. Immerhin: die großukrainische Idee lebt und erfaßt bereits alle Zweige des Volkes, das heute auf vier Staaten aufgeteilt ist. Billigerweise muß zugegeben werden, daß die Ukrainer, eine große Nation von zusammen fast 45 Millionen Menschen, genau so ein Anrecht auf ihren Nationalstaat haben wie jedes andere Volk. Der Kampf um dieses Recht muß natürlich bei jedem der vier erwähnten Staaten auf Widerstand stoßen — und tatsächlich wird denn auch der ukrainische Nationalismus von Russen, Polen, Rumänen und Tschechen bekämpft. Auch Ungarn wäre hier zu erwähnen, das ja niemals den Gedanken an die Wiederherstellung des Stephansreiches aufgegeben hat, was in dem Fall den Anschluß der Karpatenukraine bedeutet.

Auf den nationalen Kampf der Ukrainer in der Sowjetunion, in Polen und Rumänien kann hier nicht näher eingegangen werden. Was nun die Tschechen anlangt, so wendeten sie in der Karpatenukraine dieselben Methoden an wie in der Slowakei: es wurden im Lande Filialen tschechischer Parteien gegründet, die, mit ausreichender finanzieller Unterstützung Prags, Anhänger suchten und fanden. Diese Parteien wurden dann gegen die ukrainischen Nationalisten und im Notfall auch gegeneinander ausgespielt. Dieses Parteienunwesen hat nun sein Ende gefunden. Die karpatenukrainische Regierung hat am 28. Oktober einfach alle politischen Parteien aufgelöst, nachdem die Kommunistische Partei schon vorher verboten worden war. — Mit Erfolg bedienten sich die Tschechen auch der großrussischen Agitation, um dem Erstarken des ukrainischen Nationalgedankens entgegenzuwirken. Das erwies sich um so notwendiger, als der Kommunismus, der in den ersten Jahren der Republik die stärkste Partei im Lande war und von Moskau kräftig gefördert wurde, im Lauf der Zeit immer mehr an Zugkraft verlor.

Es war übrigens — nebenbei bemerkt — eine recht seltsame Form des Kommunismus, die sich da bei diesen primitiven Waldbauern und Hirten herausgebildet hatte. Wie glaubwürdige Zeugen berichten, kam es bei den kommunistischen Umzügen am 1. Mai vor, daß die roten Fahnen neben den Kirchenfahnen getragen wurden und die Bilder von Marx, Lenin und Stalin neben den Heiligenbildern hingen. Man erinnert sich dabei unwillkürlich der Ruthenen des Revolutionsjahres 1848, die als ihren Kandidaten für die Nationalversammlung den Kaiser Ferdinand aufstellten.

Es fanden sich ukrainische Politiker, die die Russifizierungsversuche der Tschechen unterstützten. — Wie von nationaler ukrainischer Seite behauptet wird, hat schon 1918 bei den verschiedenen Nationalräten, die sich schließlich alle für den Anschluß an die Tschechoslowakei aussprachen, Bestechung eine große Rolle gespielt. Es ist gewiß nicht ausgeschlossen, daß dieselbe Methode auch später angewendet wurde. — Nun hat es den Anschein, als wäre durch die Entwicklung der jüngsten Zeit, nämlich die Bildung einer selbständigen karpatenukrainischen Regierung, der nationale Gedanke zum Sieg gelangt und der tschechische Einfluß endgültig ausgeschaltet. Das ist aber nur zum Teil richtig. Gewiß, gleich in der ersten karpatenukrainischen Regierung waren altbewährte Vorkämpfer des nationalen Gedankens vertreten, wie z. B. der Fürsorgeminister Woloschyn oder der rührige Revay, dem das Verkehrswesen unterstellt wurde, daneben fand man aber auch Männer,

die bisher anderen Richtungen angehörten, die von den Nationalen beschuldigt wurden, Anhänger der ungarischen Orientierung zu sein oder die tschechischen Russifizierungstendenzen unterstützt zu haben. Und gerade diese Männer hatten die wichtigsten Ressorts inne, wie den Vorsitz der Regierung, das Innere (also die Gewalt über die Exekutive), die Wirtschaftsangelegenheiten und das Schulwesen. Einer der Minister erklärte, die Karpatenukainer hätten sich auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes entschlossen, im Staatsverband der Tschechoslowakei zu verbleiben. Man wird sich mit Recht fragen können, wie denn dieser Entschluß zustande kam. Das steht jedenfalls fest, daß das karpatenukrainische Volk seinen Willen bisher nicht äußerte, eine Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht also noch nicht berechtigt ist. Nach den Worten des jetzigen Ministerpräsidenten Woloschyn ist jegliches Plebiszit überflüssig und wird abgelehnt. Was übrigens eine eventuelle Volksabstimmung anlangt, so wird man einer solchen nur sehr skeptisch begegnen können. Selbst bei hochzivilisierten Völkern sind politisches Verständnis und Urteilskraft kaum so entwickelt, daß man wichtige außenpolitische Entscheidungen von dem Ausgang einer Volksabstimmung abhängig machen könnte. Um wieviel weniger trifft das erst bei einem Volk von so geringem kulturellem Niveau zu, wie es die Karpatenukainer sind! Einem Volk, das natürlich den plumpsten Propagandamanövern erliegen muß. Ohne internationale Kontrolle wäre eine Volksabstimmung in diesem Land ein bloßer Humbug. Bei dieser Frage stößt man übrigens auf eine seltsame Tatsache: die extremen ukrainischen Nationalisten sind genau so Gegner einer Volksabstimmung wie — die Tschechen, so daß sich unwillkürlich die Vermutung aufdrängt, beide wären des Ausgangs eines Plebiszits doch nicht ganz sicher.

Die erste karpatenukrainische Regierung bedeutete eine Kompromißlösung. Mit andern Worten: der Kampf ging innerhalb der Regierung weiter, und er nahm bald sehr scharfe Formen an. Die Ziele der beiden Gruppen sind auch zu verschieden, die Gegensätze scharf ausgeprägt. Der erste Ministerpräsident der karpatenukrainischen Regierung, Abg. Brody, der am 8. Oktober sein Amt angetreten hatte, wurde bereits am 26. Oktober enthoben und kurz darauf verhaftet. Brodys ungarnfreundliche Einstellung war bekannt; man beschuldigte ihn des Verrats — er hätte das Land an Ungarn ausliefern wollen. Bemerkenswert ist, daß Brody für eine Volksabstimmung eintrat. Sein Nachfolger wurde der bisherige Fürsorgeminister Msgre. Woloschyn, ein alter ukrainischer Nationalist. Woloschyn war in den letzten so bewegten Wochen von den Tschechen verhaftet worden und kam sozusagen direkt aus dem Gefängnis auf den Ministersessel. Er sprach sich entschieden für das Verbleiben der Karpatenukraine im Tschechenstaat aus.

Das Programm der Nationalen wurde in einer kürzlich erschienenen Broschüre des „Ukrainian Press Service“ (New York 1938) mit aller Deutlichkeit dargelegt. „Die Zukunft der Karpatenukraine liegt nur im Rahmen der Zukunft der ganzen Ukraine“, heißt es da. Und weiter über die Aufgabe der Karpatenukraine: „Sie übernimmt die große, historisch wichtige Sendung, ein Ausgangspunkt der ukrainischen Staatlichkeit zu werden. Hier soll die große nationale Aktion der Hilfe für die Ostukrainer in ihrem Kampf mit dem Bolschewismus ihren Stützpunkt finden.“ An Stelle der heutigen Tschechoslowakei sollen drei ganz selbständige Staaten entstehen: die Tschechei, die Slowakei und die Karpatenukraine. Dem Einwand, daß ein so kleines Staatswesen wie die Karpatenukraine nicht lebensfähig wäre, wird mit dem Hinweis

auf Luxemburg; Andorra und Liechtenstein begegnet. „Weshalb sollte sich ein karpatenukrainischer Staat — für einige Zeit, bis er sich mit einem freien Kiew vereinigen kann — nicht bewähren?“

Es ist klar, daß diese Auffassung bei allen Nachbarstaaten auf den stärksten Widerstand stoßen muß, d. h. bei all jenen, die Teile ukrainischen Volksbodens besetzt haben. Darüber hinaus aber kann diese Auffassung auch das Interesse der nicht unmittelbar betroffenen Staaten in Anspruch nehmen. Im Vorwort der oben zitierten Schrift stehen die Worte: „Als südwestliches Siedlungsgebiet des großen ukrainischen Volkes ragt es (das Land der Karpatenukraine, d. V.) über die Karpaten in den mitteleuropäischen Raum hinein und ist so berufen, eine wichtige Rolle als Völkerbrücke zu spielen.“ In einem andern, gleichfalls von nationaler ukrainischer Seite stammenden Aufsatz, der vor einigen Monaten veröffentlicht wurde, heißt es: „Die kommunistische Regierung in Moskau und die Komintern haben die militärpolitische und strategische Bedeutung der Karpatenukraine als einer Schlüsselstellung für die Eroberung Mitteleuropas voll begriffen.“ Das scheint aber schon die Friedenskonferenz von Versailles 1919 begriffen zu haben, denn Masaryk, ein in diesem Fall gewiß verlässlicher Zeuge, schreibt darüber: „Die Alliierten wünschten nicht, daß die Russen auf die Südseite der Karpaten kommen“ (Weltrevolution, p. 270). Das wünschte aber Masaryk, was seine eingangs zitierte Äußerung über die Karpatenukraine als russisches Pfand beweist.

Man wird nach diesen Ausführungen das schon immer offen ausgesprochene und kürzlich wieder energisch vorgebrachte Verlangen Polens und Ungarns nach einer gemeinsamen Grenze aus der Lage dieser Staaten heraus verstehen können. Eine solche Lösung ginge allerdings auf Kosten der staatlichen Selbständigkeit der Karpatenukraine. Aus rumänischer und tschechischer Quelle stammende Alarmanrichten suchten diesem polnischen und ungarischen Bestreben eine deutschfeindliche Deutung zu geben, als handle es sich dabei um ein gegen den deutschen „Drang nach Osten“ gerichtetes Bündnis. — Angesichts der großen Widerstände, die sich diesem Plan entgegensetzten, hat Ungarn die Forderung nach einer gemeinsamen Grenze mit Polen fallen gelassen.

*

Mit dem Schiedsspruch von Wien, der die Grenzen des Landes gegen Ungarn festsetzte, ist das Problem der Karpatenukraine nur zum Teil gelöst, denn es ist ja seinerseits wieder ein Teil des großukrainischen Problems. Angenommen, das radikale Programm der ukrainischen Nationalen würde verwirklicht und der vollkommen selbständige karpatenukrainische Staat gegründet. Dieses Staatswesen müßte mit der Gegnerschaft fast aller Nachbarstaaten (vielleicht mit einziger Ausnahme der Slowakei) rechnen und wäre außerdem auf Grund seiner schon erwähnten historischen Sendung (das Piemont der späteren Großukraine) ein Unruheherd ersten Ranges, Zufluchtsstätte aller politischen Flüchtlinge aus Polen, Sowjetrußland und Rumänien usw. Dazu kommt die wirtschaftliche Lebensfrage. Das Land litt schon unter der Tschechenherrschaft die größte Not, deren Hauptursache die gewaltsame Abschnürung von der Tiefebene, dem naturgegebenen Hinterland, war; wenn man es nun jetzt, nach Verlust der ungarischen Gebietsteile, noch seiner Verbindung mit der Slowakei beraubt und eine Staatsgrenze dazwischen legt, muß das Elend selbstver-

ständig noch größer werden. Der Nationalismus der Völker fragt aber oft nicht nach solchen Argumenten; im Überschwang der Begeisterung will man von Vernunftgründen, von geographischen und geopolitischen Erwägungen nichts wissen. Das war 1918 bei den Tschechen genau so, als vielen der neue Staat, trotz Angliederung so ausgedehnter fremdvölkischer Gebiete, noch zu klein schien. Es gab sonst ganz vernünftige Leute, die wollten auch die Grafschaft Glatz, die Lausitz, Teile von Niederösterreich, einen Korridor nach Jugoslawien und noch weitere 10 000 km² von Ungarn. Jetzt, nach kaum zwanzig Jahren, präsentierte die Geschichte die Rechnung, kam die große Ernüchterung. In der Karpatenukraine scheint man einen ähnlichen Fehler machen zu wollen. Kürzlich erst protestierte der karpatenukrainische Nationalrat in Ungvar gegen die „Verstümmelung“ der Karpatenukraine (womit die Abtretung der ungarischen Gebiete gemeint ist), forderte aber im selben Atemzug die Angliederung der ukrainischen Bezirke der Ostslowakei, die aber, wie ein Blick auf die Sprachenkarte zeigt, durchaus nicht rein ukrainisch besiedelt sind. Die Nachricht über die Möglichkeit einer Zollunion der Karpatenukraine mit Ungarn — vielleicht nur ein Versuchsballon? — scheint darauf hinzuweisen, daß man den geographischen und den damit innigst verbundenen wirtschaftlichen Gegebenheiten doch irgendwie gerecht werden will. Dann ist aber mit dem erbitterten Widerstand der Nationalen zu rechnen, die schon jetzt von einem Verrat der Karpatenukraine an Ungarn sprechen.

Polen erklärte, es wünsche eine dauerhafte Lösung im Donauraum. Das wünschen wohl alle — aber wird sie, kann sie — jetzt schon — gefunden werden? Auf den Donauraum wirken, neben vielen andern, auch Kräfte ein, deren Schwerpunkt weit im Osten liegt. Man wird sie in Rechnung stellen müssen.

HANS HUMMEL: Kurznachrichten

BELGIEN. — Am 13. Oktober machte der belgische Ministerpräsident Spaak davon Mitteilung, daß in Verfolg der belgischen Unabhängigkeitspolitik auch an der belgisch-französischen Grenze Befestigungen errichtet werden würden.

CHINA. — Am 12. Oktober begann in Südchina ein überraschender Landungsversuch der Japaner in der Bias-Bucht vor Kanton. Gleichzeitig teilte das Tokioter Außenamt mit, daß an der Küste Kwantungs militärische Operationen beginnen würden. Eine Einmischung fremder Mächte würde nicht geduldet werden. Bereits am 21. Oktober gelang den Japanern die Eroberung Kantons durch Handstreich, das von den chinesischen Truppen fast verlassen worden war. In den gleichen Tagen kam die Hankaufront in Bewegung. Der Nordflügel der Jangtsearmee stieß stark nach Westen vor, während der Südflügel weiterhin um Teian an der Kiukiang-Bahn kämpfte. Das Schwergewicht des japanischen Angriffs auf Hankau wurde auf die nördlich des Jangtse operierenden Armeeteile gelegt, erstens die am Nordufer vorstoßenden Truppen, zweitens die vom Tatiehmassiv auf Matscheng vordringenden und drittens die Nordgruppe, die von Sinyang

an der Hankaubahn nach Süden vorstößt. Der Einmarsch in die Stadt Hankau begann am 25. Oktober bei schwachem chinesischem Widerstand. Am 26. Oktober konnte der Südflügel der Jangtsearmee in Wutschan eindringen, so daß im Verlauf weniger Tage Kanton und die Doppelstadt Wuhan den Japanern in die Hände fielen. — Nach diesem wesentlichen Siege erneuerte Japan seine bekannten Forderungen auf Schaffung einer neuen chinesischen Regierung. Gleichzeitig begannen in Kanton Verhandlungen über die Bildung einer Südchinesischen Regierung unter japanischer Kontrolle, analog den Regierungen in Peking und Schanghai.

CYPERN. — Die cyprische Organisation in Athen hat an Ministerpräsident Chamberlain ein Schreiben gerichtet, in dem — mit Hinsicht auf die Münchener Beschlüsse — erneut die Vereinigung Cyperns mit Griechenland gefordert wird.

DÄNEMARK. — Staatsminister Stauning sprach am 17. Oktober in Kopenhagen über die Frage Nordschleswig und erklärte — mit Hinsicht auf die Münchener Beschlüsse —, daß die Zeit zeigen werde, ob noch mehr für Nordschleswig getan werden kann, als bisher getan wurde.

DEUTSCHES REICH. Der Umfang der an das Deutsche Reich von der Tschechoslowakei abgetretenen Gebiete beläuft sich (nach dem einstweiligen Grenzumsatz) auf insgesamt 28 230 qkm mit 3 655 000 Einwohnern (davon in Südmähren und Südböhmen 5711 qkm mit 414 000, in Nordwestböhmen von Ronsperg bis Tannwald 13 115 qkm mit 2 146 000, im Trautenu- Braunauer Land 1459 qkm mit 190 000 und in Nordmähren-Schlesien 7945 qkm mit 905 000 Einwohnern). Die Bevölkerungsdichte des gesamten Abtretungsgebietes beträgt 129 (Reich 135). Berufszugehörigkeit Landwirtschaft 27,3 (Großdeutsches Reich 29,0), Industrie 51,0 (40,7), Handel und Verkehr 13,4 (18,0), jeweils in Prozenten der Bevölkerung. — Reichskommissar Konrad Henlein erklärte am 7. Oktober in Jägerndorf, daß das Sudetenland Reichsgau wird. Reichsminister Frick gab am 18. Oktober bekannt, daß einzelne Gebiete im Böhmer Wald an den Regierungsbezirk Regensburg des Landes Bayern, die südböhmischen Bezirke an den Gau Oberdonau und die südmährischen an den Gau Niederdonau des Landes Österreich angegliedert werden würden. Der Rest würde ein einheitlicher Sudetengau mit dezentraler, in Regierungsbezirke eingeteilter Verwaltung. Am 8. Oktober wurde Reichenberg zur Hauptstadt des Sudetengaus erklärt, durch Eingemeindungen von Vororten wird seine Einwohnerzahl auf 80 000 erhöht. — In einer Unterredung erklärte Konrad Henlein am 14. Oktober, daß eine Reichsautobahn von einem Schnittpunkt an der Berlin—Breslauer Bahn über Reichenberg und Eger nach München geführt werden würde. — Reichsminister Funk sprach in Sofia zum Schluß seiner Südostreise über seine Eindrücke. Von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer bestehe ein natürlicher Wirtschaftsraum, in welchem viele nationale Wirtschaften Platz haben. Zwischen Deutschland und dem Balkan sei durch die Donau ein natürliches Verkehrsband gegeben. Wien werde zu einem ersten Warenumschlagplatz ausgebaut werden. Durch den Rhein-Main-Donau-Kanal werde eine natürliche Verkehrsstraße von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer geschaffen werden. — Durch Reichsgesetz vom 1. Oktober werden alle Teile des Gaues Wien in die Stadtgemeinde Wien einbezogen. Dadurch wird Wien mit 1218 qkm flächenmäßig die größte Stadt des Reiches, in der Einwohnerzahl mit 2 087 000 bleibt es die zweitgrößte, überschreitet aber die Zweimillionengrenze.

FINNLAND. — Im Zuge der Remilitarisierung der Ålandsinseln steht eine Verordnung des finnischen Staatspräsidenten, nach der die Einwohner der Inseln an der Verteidigung des Vaterlandes teilzunehmen haben.

GROSSBRITANNIEN. — Gegen die Kritik der parlamentarischen Opposition an dem Mün-

chener Abkommen, besonders gegen den ehemaligen Marineminister Duff Cooper, richtete sich eine Rede Verteidigungsminister Inskips, der am 12. Oktober u. a. erklärte, daß es einige Leute gebe, die Deutschland einkreisen, demütigen und mit einer Kombination von Staaten umgeben wollten, durch die es an seiner Entfaltung gehindert werde; dagegen würde Frieden zwischen Deutschland und England das größte Geschenk sein, das England als Nation einer erschütterten Welt geben könnte. Außenminister Lord Halifax rechnete am 25. Oktober ebenfalls mit der Opposition ab und erklärte, daß es nur eine Wahl zwischen Alternativen gegeben habe, entweder Krieg, und in jedem Falle dann Zerstörung der Tschechoslowakei, oder Annahme der bekannten Bedingungen Deutschlands. — Mit Hinsicht auf das Münchener Abkommen verlangte de Valera die endliche Bereinigung der Ulsterfrage. Am 17. Oktober erklärte er zu einem Vertreter des „Evening Standard“, daß er den Gedanken an eine Volksabstimmung aufgegeben habe, dadurch würde zwar Irland im Norden Gebiete hinzubekommen, aber die Trennung würde verewigt werden. Er verlangte ein allirisches Parlament mit einer Vollautonomie für Nordirland. Der nordirische Ministerpräsident Craigavon lehnte noch am gleichen Tage den Vorschlag mit der Erklärung ab, er wiederhole den alten Kampftruf: Keine Übergabe!

HONGKONG. — Anlässlich der japanischen Truppenlandungen in Süchina wurde Mitte Oktober in Hongkong der Belagerungszustand verhängt.

ITALIEN. — Die englisch-italienischen Verhandlungen über die Inkraftsetzung des Osterabkommens über das Mittelmeer sind durch die Zurückziehung eines Teiles der italienischen Freiwilligen aus Spanien und durch die Münchener Zusammenkunft erheblich gefördert worden, so daß man mit einem baldigen Abschluß rechnet. — Mussolini wies am 20. Oktober auf der Tagung des Autarkieausschusses auf die Notwendigkeit hin, die Waldbestände zu vermehren, vor allem durch Aufforstung des Apennin und Ausbreitung der Pappel und schnellwachsenden Eukalyptusbäume. — Am 28. Oktober, dem Tage des Marsches auf Rom, werden 1800 italienische Landarbeiterfamilien nach Libyen auswandern, die in die Gruppen Tripolis und Cirenaica eingeteilt sind. Der Große Rat des Faschismus hat am 25. Oktober nach Prüfung der Lage, über die von Marschall Balbo berichtet wurde, und im Zusammenhang mit der Auswanderung bestimmt, daß Libyen in Zukunft zum nationalen Gebiet, also zum Mutterland direkt, gehört und für die vier Provinzen ein neues Statut erlassen wird.

JAPAN. — Als Antwort auf den Sanktionsbeschuß der Genfer Liga mit Anwendung

des Art. 16 VB.-Satzung erklärte das japanische Auswärtige Amt, daß sofort Gegenmaßnahmen ergriffen würden, wenn ein Land gegen Japan Sanktionen verhängen würde. Japan wird jetzt auch die letzten Beziehungen zur Genfer Liga abbrechen, wo Tokio noch in einigen Kommissionen vertreten ist.

MEXIKO. — Ende Oktober verlautete aus Mexiko-City, daß Mexiko ein Abkommen mit Italien abgeschlossen habe, nach dem Mexiko gegen die Lieferung von Öl seinen gesamten Kunstseidenbedarf aus Italien beziehen werde. Mexiko hat die Zölle für Kunstseide für alle Länder außer Italien um 700% erhöht.

PALÄSTINA. — Die militärische Lage in Palästina hat sich im Oktober weiter verschärft, so daß es am 19. Oktober zu einer regelrechten Straßenschlacht in Jerusalem kam. Eine Anzahl von Städten und Stadtteilen waren in arabische Hände gekommen und konnten nur durch erhebliche englische Truppenverstärkungen, die den ganzen Monat über andauerten, wieder unter englische Kontrolle gebracht werden. — Immer mehr setzt sich die Ansicht durch, daß die Teilung nach dem Peel-Plan nicht durchzuführen ist. Während in der englischen Presse Meldungen kamen, daß der Teilungsplan endgültig fallengelassen worden sei, die dann von Zeit zu Zeit wieder dementiert wurden, tagte in Kairo der all-arabische Palästina-Kongreß mit 1500 Teilnehmern aus allen arabischen Staaten, und selbst Marokko, Indien und Jugoslawien, und nahm am 12. Oktober folgende Entschließung an: 1. Verzicht auf die Balfour-Deklaration; 2. Abstoppen der Judeinwanderung; 3. jede Teilung ist unzulässig, Palästina muß ungeteilter Araberstaat bleiben; 4. Bildung einer arabischen Regierung und Ausschreibung von Wahlen, Abschluß eines Vertrages mit England gemäß dem Irak-Vertrag; 5. Amnestie; 6. die Erfüllung dieser Forderungen ist die Voraussetzung für die Freundschaft zwischen England und den islamischen arabischen Staaten. In den gleichen Tagen forderte die englische Presse teils die Aufrechterhaltung des Peel-Plans, teils die Gründung eines völlig selbständigen Staates, teils die Rückgabe des Mandats an die Genfer Liga (Beaverbrook). Gegen das Verbot der Judeinwanderung wandte sich Präsident Roosevelt in scharfem Protest, im wesentlichen aus innerpolitischen Gründen.

PARAGUAY. — Am 11. Oktober wurde Paraguay und Bolivien der endgültige Schiedsspruch der Chaco-Konferenz von Buenos Aires bekanntgegeben. Ein großer Teil des nördlichen Chaco fällt danach an Paraguay, mehr, als bisher zugestanden wurde. Zwischen beiden Staaten wird eine neutrale Zone, Niemandland, eingerichtet, in der von keiner Partei Befestigungen angelegt werden dürfen.

POLEN. — Am 1. Oktober nahm die tschechische Regierung das polnische Ultimatum wegen des Olsagebietes an. Danach werden die Stadt Teschen bis zum 2. Oktober, die Kreise Teschen und Freistadt bis zum 10. Oktober geräumt. Polnische Truppen haben entsprechend den Bedingungen das Olsagebiet besetzt. Das an Polen gefallene Gebiet hat etwa 800 qkm Fläche und 240 000 Einwohner, dazu kommt noch eine Abstimmungszone von 460 qkm, deren Bevölkerung sich zwischen Polen und der Tschechoslowakei entscheiden soll. Die Abstimmungsbedingungen sind noch nicht festgelegt. Das bisher besetzte Gebiet umfaßt u. a. 15 Kohlengruben um den Industrieort Karwin, wodurch die polnische Kohlenförderung um 20% wächst; an Roheisenerzeugung gewinnt Polen 50—70%, an Rohstahl rund 50%.

SOWJETRUSSLAND. — Im Zusammenhang mit einer Personalbereinigung im Fernöstlichen Gau wurde eine Verwaltungsänderung vorgenommen. Der Fernöstliche Gau ist aufgelöst worden, der bisher das gesamte Sowjetgebiet westlich des Lena umfaßte. Das Gebiet wurde jetzt in die kleinere „Küstenprovinz“ mit der Hauptstadt Wladiwostok und dem wesentlich größeren „Chabarowsker Bezirk“ eingeteilt (Hauptstadt Chabarowsk).

SPANIEN. — Am 8. Oktober wurde bekanntgegeben, daß die über 18 Monate in Spanien befindlichen italienischen Legionäre zurückgeschickt werden würden. Sie trafen Ende Oktober in Italien wieder ein. General Franco forderte auf Grund dieser freiwilligen Handlung erneut die Anerkennung der Kriegführendenrechte.

TSCHECHOSLOWAKEI. — Die Annahme des Münchner Abkommens durch die Prager Regierung und die Räumung der sudetendeutschen Gebiete wurde von einer deutlichen Umstellung der tschechischen Politik begleitet, da die Machtstellung der Tschechoslowakei im französisch-sowjetischen Bündnisssystem gebrochen ist und die Prager Regierung sich eine Erhaltung des Staates nur durch Neutralisierung und Verschweigerung verspricht. Infolgedessen wurde bereits im 1. Oktober amtlich erklärt, daß die Übergabe der sudetendeutschen Gebiete das Verhältnis zu Deutschland auf eine neue, bessere Grundlage stellen könnte. „Expres“ schrieb am 4. Oktober: „Wir müssen aufhören, Weltpolitik zu betreiben; wir werden eine Politik machen, wie sie einem kleinen Staat angemessen ist.“ Die innerpolitische Entwicklung zielt immer stärker zum Ende Oktober auf eine autoritäre Lösung und die Einrichtung einer großen Nationalpartei. — Mitte Oktober wurden die Grundzüge der neuen Staatsverfassung lebhaft erörtert. Man sprach von einer Anlehnung an den Ausgleich von 1867 und die schwei-

zerische Verfassung mit einem aus drei Ländern, Böhmen-Mähren, der Slowakei und der Karpatoukraine, bestehenden Staat, mit drei Regierungen und Parlamenten, einem gemeinsamen Ministerrat und Präsidenten und einigen gemeinsamen Ministerien (Außen, Finanzen, Heer). „Narodny Listy“ veröffentlichte am 23. Oktober einen ersten dementsprechenden Entwurf, zu dem noch als neu hinzugekommen waren: Federführend für den gemeinsamen Ministerrat ist die böhmisch-mährische Regierung; ein Senat wird als zweite Instanz eingerichtet. Der zu lange Staatsname „Tschecho-slowakisch-karpatorussische Republik“ soll analog Südslawien in „Mittel-“ oder „Westslawien“ umgewandelt werden. — Der Wirtschaftsaufbau der neuen Tschechoslowakei trägt ganz andere Züge als bisher. Der Anteil der land- und forstwirtschaftlich tätigen Bevölkerung steigt von 40,0 auf 44,5%, der Anteil von Industrie und Bergbau sinkt von 37,7 auf 33,0%. Der im ganzen also agrarischer gewordene Staat plant einen Ausgleich für die verlorengegangenen Bergbau- und Industriegebiete durch eine starke Erschließung der Slowakei auf Eisen, Magnesit, Zink, Blei, Kohle, Naphtha, Quecksilber und Salz. — Mit Frist bis 4. Oktober hatten die Slowaken ein Ultimatum an Prag gestellt, in dem sie die sofortige Übergabe der Regierungsgewalt und eine umfangreiche Autonomie forderten. Prag nahm im großen und ganzen an, so daß die slowakische Regierungsbildung schnell vorstatten ging. Der neue slowakische Ministerpräsident Tiso versprach am 12. Oktober die Reinigung im Innern, Antikommunismus,

Freundschaft mit den autoritären Staaten und Einrichtung eines deutschen Staatssekretariats. Am 23. Oktober fand in Ungarisch-Hradisch eine Kundgebung der mährischen Slowaken statt, in der der sofortige Anschluß des geschlossenen slowakischen Siedlungsgebietes in Mähren an die Slowakei gefordert wurde. — Obgleich von polnischer Seite die Eigenstaatlichkeit der Karpatoukraine als unmöglich bezeichnet und deren Angliederung an Ungarn gefordert wurde, brachte die karpatoukrainische Vertretung am 6. Oktober in Prag ihre Wünsche nach einer der slowakischen gleichen Autonomie vor, die genehmigt wurden. Die karpatoukrainische Regierung bewilligte am 18. Oktober die Einrichtung eines deutschen Staatssekretariats, analog dem in der Slowakei. Der erste ukrainische Nationalrat stellte am 22. Oktober u. a. folgende Forderungen auf: Sicherung der bisherigen Grenzen gegen Ungarn und Polen, Angliederung der karpatoukrainischen Minderheitsgebiete der Ostslowakei, also der Bezirke Zemplin, Scharisch und Zips, Einführung des Ukrainischen als Staatssprache, Zusammenarbeit mit Deutschland.

Verweisungen: Alaska s. Vereinigte Staaten — Bolivien s. Paraguay — Deutsches Reich s. a. Großbritannien, Tschechoslowakei — Griechenland s. Cypern — Großbritannien s. a. Italien — Hawaii s. Vereinigte Staaten — Irland s. Großbritannien — Italien s. a. Libyen, Mexiko, Spanien — Japan s. a. China, Hongkong — Polen s. a. Tschechoslowakei — Portorico s. Vereinigte Staaten — Rumänien s. Tschechoslowakei — Tschechoslowakei s. a. Deutsches Reich, Polen — Ungarn s. Tschechoslowakei — Vereinigte Staaten s. a. Palästina.

(Abgeschlossen am 26. Oktober 1938.)

SPÄNE

der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

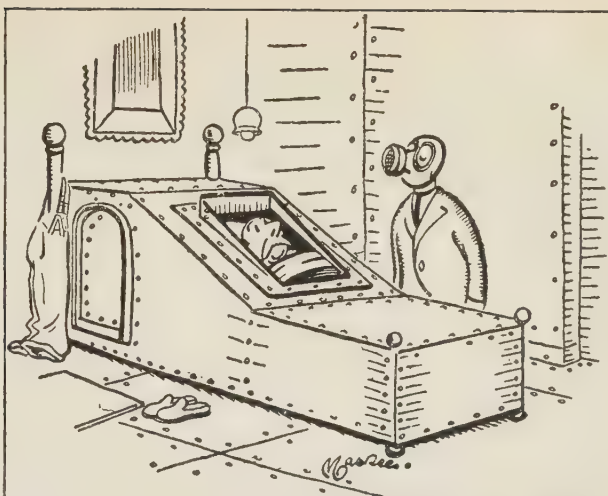
Zur Tagung der Reicharbeitsgemeinschaft für Raumforschung in Graz, 17.—20. 9. 1938.

Waren gegenüber der ersten Tagung der Reichsarbeitsgemeinschaft auf der Marienburg (vgl. den Bericht in Heft VIII, S. 665 des XIV. Jahrgangs 1937) von seiten der Geopolitik eine Reihe von Vorbehalten zu machen, so ist angesichts dieser Tage in Graz festzustellen, daß im abgelaufenen Jahr gute Arbeit geleistet worden ist. Sowohl die gedankliche Klärung des Begriffs: Raumforschung wie der aus den Einzelreferaten sichtbar werdende Arbeitseinsatz der Hochschularbeitsgemeinschaften ließen das gut erkennen. Ein Bericht wie dieser kann Einzelheiten nur streifen; ich verweise die interessierten Leser auf die Veröffentlichung der Referate, die in der Zeitschrift: Raumforschung und Raumordnung erfolgen wird.

Die Stellungnahme von Staatssekretär Muhs seitens der Reichsstelle für Raumordnung betonte naturgemäß die verwaltungsmäßige und politische Seite der Ordnung des deutschen Nebenraumes. Raumordnung ist nicht eine neue Behörde neben den bestehenden, sondern ein „Generalstab“, der den einzelnen Fachressorts zur Verfügung steht, ihre Arbeit berät, nach einheitlichen Gesichtspunkten ausrichten hilft und sie zur großzügigen Planung anregt. Vier Gesichtspunkte hat Reichsminister Kerrl für die Reichsraumplanung kürzlich festgelegt:

1. Stärkung der biologischen Volkskraft.
2. Arteigene Zuordnung von Volk und Landschaft.
3. Bestmögliche Nutzung des Bodens und seiner Kräfte.
4. Höchstmögliche Steigerung der Abwehrbereitschaft des deutschen Raumes.

VOR MÜNCHEN ...



Guten Morgen, Sir! Das Bad ist gerichtet und der Krieg bis heute morgen noch nicht ausgebrochen.

„Dublin Opinion“

MÜNCHEN ...



Kleine Konzessionen von allen vier ...

„Marianne“-Paris

NACH MÜNCHEN ...



„Le Canard Enchaîné“

„Mensch, die Zeitungen behaupten, Du schämtest Dich schrecklich ...“
„Und Du auch! ... Ha! Ha! Ha! Ha!“



„Marianne“

„Das ist Truttmann, der Kanonenkönig.“
„Aha, eines der Friedensopfer.“

Die Aufgabe der Wissenschaft ist die Vorbereitung dieser politischen Arbeit — die Klärung der Tatbestände also und die Herausarbeitung der aus ihnen sich ergebenden Notwendigkeiten.

Mit stärkstem Beifall wurden die Ausführungen des Leiters der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, Professor Konrad Meyer, von allen Anwesenden begleitet. Die Gesamtschau, von der er ausgeht, ist im besten Sinne geopolitisch: sie sieht die politische Entwicklung total, und sie sieht sie als Lebensvorgang. Daher der verschiedentliche Hinweis auf die Gefahren, die aus einer zu engen Bindung des Einzelnen in der Planung statt der Weckung eines freudigen Willens zum Mitgehen liegen. Daher aber auch jene Breite des Blickfeldes, jene staatsmännische Überschau über die Gesamtproblematik von Rasse, Raum und Lebensvorgang, die wir als in besonderer Weise geopolitisch empfinden.

Das Forschungsprogramm, das Professor Meyer aufzeigte, gliedert sich in zehn Punkte, von denen ein jeder unser Interesse beansprucht. Ich verweise insbesondere auf die Fragen, die dem Ausgleich von Stadt und Land, der Bekämpfung der Landflucht, dem Ausgleich wie dem durchdachten Einsatz der Verkehrsmittel gewidmet sind, aber auch auf die Absicht, das Problem der Ballung der Industrie wie überhaupt die Standortfrage anzugreifen. Bezeichnend für die Weite dieses Arbeitsvorhabens scheint mir besonders die Aufmerksamkeit, die es der richtigen Zuordnung von Betrieb und Wohnung widmet. Diese Fragestellung führt unmittelbar in den Bereich des täglichen Lebens jener Massen, die in ihrer Gesamtheit den Volkskörper darstellen. In welchem Rhythmus sich das Leben der Familie im Pendelgang zwischen Arbeit und Erholung bewegt, ist eine der entscheidenden Grundfragen des völkischen Lebens schlechthin. Nur wenn das „geopolitische Atom“, die Zelle der Familie, gesund lebt, lebt auch das Volk gesund. Diesen Fragen widmet sich insbesondere die Akademie für Städtebau, deren Anschluß an die R. f. R. als Arbeitsstelle Professor Meyer auf der Tagung verkünden konnte.

Die vielen Referate, die insbesondere über Einzelfragen der Ostmark den Teilnehmern geboten wurden, standen durchweg auf beachtlicher Höhe. Vor allem trat, etwa gegenüber den Vorträgen der letztjährigen Tagung, das verständnisvolle Eingehen des Wissenschaftlers auf die Fragestellung der Politik zutage. Wir können die Erziehungsarbeit zu einer neuen und nun wirklich nationalsozialistischen Form der Wissenschaft, die in den Arbeitsaufgaben und den Gemeinschaftsaufträgen der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung liegt, kaum überschätzen.

K. V.

Ein Sachbearbeiter für Geopolitik bei der Reichswaltung des NSLB.

Im Zuge der Zusammenarbeit zwischen dem NSLB. und der Arbeitsgemeinschaft zur Geopolitik liegt die Bestellung von Professor J. U. Folkers als Leiter des Reichsarbeitskreises für Geopolitik im NSLB. Professor Folkers ist Historiker, hat aber seit Jahren schon den Bereich seiner Arbeiten erweitert nach der biologischen wie nach der geographischen Seite hin. Das führte ihn schon früh zu unserer Arbeitsgemeinschaft; seine Teilnahme an der Führertagung in Bad Saarow trug viel zur Fruchtbarkeit der Besprechungen bei. Professor Folkers liest an der Hochschule für Lehrerbildung in Rostock. So ist er in besonderem Maße berufen, gerade die pädagogische Seite der Geopolitik zu fördern. Seine demnächst erscheinende kleine Schrift: „Geopolitik im Geschichtsunterricht“ (Schriften zur Geopolitik, Heft 15, Kurt Vowinkel Verlag, RM. —.90) wird in der vielfach noch so strittigen Frage der Verwendung der Geopolitik im Unterricht klare und maßgebende Richtlinien vermitteln. Wir wünschen der geistigen wie auch der organisatorischen Aufbauarbeit von Professor Folkers innerhalb des NSLB. nachhaltigen Erfolg.

K.

Neue Arbeitsstellen der AFG.

Ab 1. 10. ist das Institut für politische Erdkunde der Hauptstelle Schulung an der Ordensburg Krössinsee unserer Arbeitsgemeinschaft als korporatives Mitglied und als Arbeitsstelle beigetreten.

V.

RUPERT VON SCHUMACHER: Büchertafel

Biologie, Rassen- und Volkskunde und verwandte Gebiete

Gewissermaßen ein Hausbuch der Naturwissenschaften aus der Feder Fachgelehrter von Ruf ist das Werk von

Woldemar Klein: Buch der Natur. Eine allgemeinverständliche Einführung in die wichtigsten Tatsachen der Naturforschung. Unter Mitarbeit namhafter Gelehrter. 448 S., 198 Abb. Im Text u. 174 auf Tafeln. H. Pfahl, Leipzig 1935. RM. 6.80, das über den neuesten Stand der Astronomie, Erdforschung, Physik, Biologie und die Methoden und das Wesen der Naturforschung und -erkenntnis in populär-anschaulicher Form berichtet. Ein besonders

reizvolles und für die biologische Erforschung der menschlichen Gesellschaft form nicht zuletzt anregendes Buch liefert

Wilhelm Goetsch: Die Staaten der Ameisen. 166 S., 84 Abb. J. Springer, Berlin 1937. RM. 4.80, in dem Charakter und Ausdrucksformen des staatlichen Lebens der Ameisen auf Grund unserer bisherigen Forschungsergebnisse dargestellt werden. Es grenzt ans Wunderbare, was die Ameisen in ihren sozialen Organismen vollbringen, aber es wäre verfehlt, übertriebene Schlüsse daraus zu ziehen, denn es fehlt der Ameisenorganisation die Triebfeder der verstandesgemäßen Einsicht in das Verhältnis von Ursache und Wirkung, weshalb die häufig angestellten Vergleiche

mit dem menschlichen Staat hinken, soweit sie in biologischer Befangenheit diesen Unterschied zwischen Mensch und Tier nicht berücksichtigen.

Eine Rassenkunde des Menschen im kleinen ist das Textheft zur Karte der Verbreitung der Menschenrassen von

Otto Reche: Verbreitung der Menschenrassen. Gleichzeitige Textheft zur Wandkarte. 56 S. List & v. Bressendorf, Leipzig 1938. RM. 1.—, während eine bis in die Einzelheiten gehende Übersicht mit dem Wert eines Nachschlagbuches über die Verteilung der Rassen und Volkstümer in sämtlichen Staaten der Erde das Werk von

Johann von Leers: Rassen, Völker und Volkstümer. 421 S. J. Beltz, Langensalza 1938. RM. 9.—, gibt, was man sonst mühselig aus den verschiedensten statistischen und landeskundlichen Werken zusammensuchen muß, liegt hier durch Erklärungen in Form eines zusammenhängenden Textes als bearbeitetes Zahlenmaterial nach dem neuesten Stand vor, so daß man nach jedem beliebigen Gesichtspunkt Querschnittmaterial sammeln kann. Mit der volkskundlichen Beschreibung der Primitivrassen befaßt sich das umfangreiche Werk:

Kurt Breysig: Die Anfänge der Menschheit. Urassen, Nordasien, Australier, Südamerikaner. 456 S. M. & H. Marcus, Breslau 1936. RM. 25.—, das als spezialethnographisches Werk für den Geopolitiker an Bedeutung zurückbleibt hinter dem großangelegten systematischen Sammelwerk von

Konrad Theodor Preuß: Lehrbuch der Völkerkunde. 446 S., 13 Bildtafeln, 1 Karte, 8 Tafeln Notenbeispiele, mehrere Diagramme. F. Enke, Stuttgart 1937. RM. 27.—.

In diesem Lehrbuch ist für den Geopolitiker besonders wichtig der methodologische Teil von Dr. W. E. Mühlmann. Es erweist sich, daß Völkerkunde und Geopolitik methodisch sehr nah verwandte Forschungsgebiete sind und auch in ihrem Wesen wesentliche Gemeinsamkeiten besitzen. Steht die Vk. zwischen Biologie und Historie mit einer entsprechenden Reichweite und Artung ihrer Methoden, so steht die Geopolitik zwischen Biologie, Geographie und Geschichte in einem Dreieck, dessen einen Schenkel die Vk. bildet. Wir finden hier alle Fragen der Prognose — was wäre eine Völkerkunde ohne Voraussage! — der Theorie und Tatsachenwahl, der Relevanz, der vergleichenden Methode usw. vor. Das Funktions- und Strukturverhältnis von Mensch und Umwelt sehen Vk. und Geopolitik als ein lebendiges Auseinandersetzungsverhältnis, nicht als eine „Konfrontation starrer Größen“. Wie die Vk. betrachtet auch die Geopolitik im Gegensatz zu manchen deterministischen Fehrliehtrungen der Forschung das Verhältnis Mensch — Raum als eine von der rassischen, historischen usw. Disposition des Menschen bestimmte Struktur, und es erscheint bei solcher Übereinstimmung der erkenntnistheoretischen Voraussetzungen zwischen den beiden Disziplinen selbstverständlich, daß die Völkerkunde den Wert und die Bedeutung der geopolitischen Forschung für ihr Gebiet erkennt und an der problemlosen politischen Geographie ablehnende Kritik übt. Auf die verschiedenen methodologischen Einzelfragen werden wir demnächst in einer größeren Veröffentlichung zurückkommen. Auch in den übrigen Beiträgen des Lehrbuches finden sich wertvolle Anregungen für die Geopolitik, so besonders im Kapitel über die ethnologische Rechtsforschung von Adam und über das Gesellschaftsleben der Naturvölker von Thurnwald. Die Geschichte der Völkerkunde (Mühlmann) berührt ebenfalls in breiten Abschnitten die geopolitische Forschung.

Allen neuen oder jungen Disziplinen, besonders jenen, die sich mit den Fragen der menschlichen Gesamtheitsformen und ihren Äußerungen befassen, ist das Problem der Begriffsbildung besonders vordringlich. Auf volkskundlichem Gebiet widmet dieser Materie eine Untersuchung

Heinrich Harmjan: Volk, Mensch und Ding. Erkenntnistheoretische Untersuchungen zur volkskundlichen Begriffsbildung. 186 S. Ost-Europa-Vlg., Königsberg i. Pr. 1936. RM. 5.80,

worin der Standpunkt vertreten wird, daß die Völkerkunde nicht völkerkundliche Fragen und Arbeitsweisen zu behandeln hat, sondern das Wechselspiel zwischen

Mensch und Volksgemeinschaft historisch, psychologisch und philosophisch im Einklang erkennen und auswerten soll. Die innere zur Vertiefung führende Besinnung in sämtlichen „Gesamtheitswissenschaften“ beschäftigt sich nicht nur mit der begrifflichen Klärung, sondern dringt auch am Stoff selbst durch die Oberfläche der Erscheinungen immer tiefer in die Zusammenhänge der soziologischen Erscheinungen vor. Das Stadium der Beschreibung tritt allmählich hinter ein Stadium der Erklärung, der Ursachenerforschung zurück, die Beobachtung des Zufälligen und Auffälligen wird durch eine systematische Erfassung aller Erscheinungen des menschlichen Gemeinschaftslebens und der menschlichen Gruppenbildungen ersetzt. Es konnte in dieser Entwicklung nicht ausbleiben, daß auch die Rassenkunde immer tiefer in die Zusammenhänge zwischen Rasse und anderen Lebenserscheinungen eindringt, insbesondere den Verflechtungen von Rasse und Kultur das Augenmerk der Forschung zuwendet. Die Bedeutung des Rassencharakters und der Erblichkeit für Kulturbildungen ist heute bereits unbestritten. Gegenstand der Forschung bleibt jedoch noch in vollem Umfang, wie diese Zusammenhänge geartet sind. Einen grundlegenden Vorstoß in diese Materie unternimmt

Hans Keiter: Rasse und Kultur. Eine Kulturbilanz der Menschenrassen als Weg zur Rassenseelenkunde. 1. Bd.: **Allgemeine Kulturbilologie.** 298 S., 17 Abb. F. Enke, Stuttgart 1938. RM. 15.80,

ein Werk, das ebenso eingehende Beachtung durch die Geopolitik verdient wie das Lehrbuch von Preuß bzw. die in diesem enthaltenen Ausführungen von Mühlmann zur Methodologie der Völkerkunde. K. sieht in der Kulturbilologie eine lebensgerechte („biologische“) Kulturkunde, die alle kulturellen Erscheinungen als Lebenserscheinungen der beteiligten Menschen, somit als Ausfluß der biologischen Beschaffenheit des Menschen ansieht. Mit Recht wendet sich K. gegen die Trennung von Natur- und Geisteswissenschaften, die die Kultur den Geistes-, die Rasse den Naturwissenschaften zuteilen will. Solche Trennungen sind nicht wirklichkeitsgerecht, denn von Wirklichkeitsbestimmungen geht jede Wissenschaft aus, und die Abgrenzung des Stoffes ist nur nach sachlicher Zusammengehörigkeit möglich: Man kann nicht die Farbe eines Körpers der einen, die Gestalt einer anderen Wissenschaft überlassen, wenn man den Körper erforschen will. Wir bemerken dazu, daß das auch für die Erfassung der Struktur der menschlich-räumlichen Auseinandersetzung und Beziehungen gilt: Man kann nicht die Erforschung des Raumes und des Menschen im Hinblick auf die Zusammenhänge zwischen den beiden Faktoren getrennten Wissenschaften überlassen: Das Ergebnis wäre entweder ein unbrauchbarer Determinismus oder ein ebenso wertloser Psychologismus. Sehr bemerkenswert ist, was K. über die Ableitung deterministischer Auffassungen sagt. Sie entstehen aus einer Betrachtung von Ursache und Wirkungsverhältnissen, die man als „historizistische“ ansprechen könnte, nämlich aus einem Rückschluß von der Folge auf die Ursache. Die Denkritung: „das geschah, weil das und das vorausging“ täuscht eine absolute Gesetzmäßigkeit des Vorganges vor und veranlaßt den Trugschluß, daß immer das und das eintritt, wenn bestimmte Ereignisse vorausgingen. Zu einer ganz anderen Denkorientierung kommt man jedoch, wenn man in der Richtung des „voraussagenden Erfahrungsnutzens“ vorgeht. Es heißt dann: „wenn das und das geschieht, dann wird wahrscheinlich dies und jenes als Folge eintreten“. Dabei ist keine Rede, daß es eintreten muß, sondern nur die Erfahrung ausgedrückt, daß es in einer bestimmten Anzahl von Fällen eintreten pflegt und man daher mit dem Erfolg in einem gewissen Wahrscheinlichkeitsgrad rechnen muß. Man wird erkennen, daß diese erkenntnistheoretischen Klarstellungen auch für die Geopolitik von hohem Wert sind. Die Prognose, ohne die nach Mühlmann, Harmjan und Keiter u. a. die Völkerkunde, Kulturbilologie usw. nicht auskommen, weil es ganz allgemein Aufgabe der Wissenschaft ist, das Verhalten des Menschen zu „steuern“, hat man der Geopolitik immer besonders heftig angekreidet, ohne zu bedenken, daß überhaupt jedes Verhalten auf Grund von Erfahrungen, also auch in der Politik z. B. in der bekannten Form des „Lernens aus der Geschichte“ ein voraussagendes Verhalten ist, das einen

erfahrungsmäßig wahrscheinlich eintretenden Erfolg erwartet. Wir können auf die Fülle von Erkenntnissen in Keiters Werk nicht weiter eingehen, weil das die Abfassung eines neuen Buches bedeuten würde, wir verweisen aber darauf, daß die Geopolitik unentbehrliche Anregungen daraus entnehmen kann und daß es für unsere Disziplin sehr wertvolle Erkenntnisse über das Problem Mensch—Raum enthält, so z. B. über die örtlichen, besser gesagt räumlichen Bedingungen von kulturellen Adoptionen u. a. m. Zu dieser Frage wird es übrigens den Verf. interessieren, daß nach einer Mitteilung der „Flugreise“, Maiheft 1933 die neuesten Londoner Modeschöpfungen infolge des Flugverkehrs in den überseeischen Reichsteilen nur mehr wenige Tage nach ihrer Vorführung in London erscheinen, wodurch sich eine starke zeitliche Zusammendrängung der Herstellungsarbeiten in der Reichszentrale und wohl auch eine zentralisierende Wirkung auf das Modegewerbe ergibt. Das Modebeispiel des Verf. erfährt dadurch eine Bestätigung und zugleich eine interessante Erweiterung nach den zentralisierenden Wirkungen des modernen Verkehrs auf die Ausbreitungsvorgänge. Die Beziehungsetzung Tracht—Geschlecht scheint uns zu stark verallgemeinert. An der Lederhose hält die männliche Bevölkerung in süddeutschen Gegenden noch fest, nachdem längst die Frauenwelt zur Verwendung des Warenhauskleides übergegangen ist. Auch in der Uniform erweist sich eine starke männliche Kleidungskonservativität (z. B. eingewebter roter Faden im französischen Kaki). Den Zusammenhang Sprache—Mensch sieht K. zu sehr sozialumweltlich bedingt. Wohl kann durch das Kind auch die Sprache anderer Rassen vollständig angeeignet werden, aber wo nicht nur ein einzelnes, wahrscheinlich der Vermischung und mit seiner Erbmasse nach Generationen vielleicht der Ausmerze verfallendes Individuum, sondern eine völkische im Zusammenhang und in der Geschlechterfolge erhalten gebliebene stammliche oder völkische Gesamtheit eine rassenfremde Sprache sich aneignet, dort ist wohl der Wortschatz fremd, jedoch die Syntax durchaus rasseneigen, was bedeutet, daß sich die rassenbedingte Denkform durch die Annahme einer fremden Sprache nicht ändert, sondern der fremden Sprache aufgeprägt wird. So ist das Armenische dem Wortschatz nach indogermanisch, der Syntax nach vorderasiatisch (nach persönlicher Mitteilung von Georg Hüsing an den Rezensenten). Weigands eingehende Untersuchungen der Balkansprachen haben ergeben, daß Bulgarisch, Albanisch und Rumänisch eine völlig identische Syntax besitzen, die man vermutlich als illyrisch-dakische Rasseneigentümlichkeit ansehen kann, während der Wortschatz der drei Sprachen drei völlig verschiedenen Sprachgruppen angehört. Hüsing hat nachgewiesen, daß sich gewisse syntaktische Merkmale durch alle dinarisch beeinflussten Völker hindurchziehen. Eine weitere Erforschung dieses Gebietes erscheint dringend notwendig. In ein mit diesen Fragen zusammenhängendes Grenz-

problem zwischen Rassen-, Völker-, Volks- und Kulturkunde führt

Robert Beck: Schwebendes Volkstum im Gesinnungswandel. Eine sozialpsychologische Untersuchung. 76 S. W. Kohlhammer, Stuttgart 1938, in der auf Grund eines umfangreichen Beobachtungsmaterials am Individuum die Ursachen, Formen, Phasen und die Bedeutung von Gesinnungswandlungsvorgängen in labilen Mischvölkern bzw. im Grenzvolk im allgemeinen untersucht werden. Der erstmaligen und interessanten Untersuchung haftet insofern ein Mangel an, als sie keine vergleichende Untersuchung mehrerer Grenzländer, vor allem historischer Beispiele ist. Dadurch entgeht dem Verf. die eigentümliche Gemeinsamkeit, die selbst im harten Kampf miteinander stehende Grenzbevölkerungen verbindet und den Wechsel von einer Gemeinschaft in die andere oft gar nicht als Wechsel des Volkstums empfinden läßt. Das gemeinsame Handeln, zu dem sich miteinander ringende Grenzvölker oft gegen dritte Mächte vereinigen, läßt das nationale Moment selbst in unserem Zeitalter manchmal stark zurücktreten. Erinnert sei z. B. an das Überretten westukrainischer Truppen zu den Polen im Kampf gegen den Bolschewismus. Auch landschaftliche Gemeinsamkeiten sind oft stärker als die nationale Idee (Windische!), und die Abstumpfung ist oft nur seelische Panzerung gegen ein allzu wechselndes Schicksal, wobei ihr sogar die Bedeutung eines volkserhaltenden Faktors zukommen kann. So wertvoll die erstmalige Darlegung der sozialpsychologischen Grenzländzusammenhänge auf experimenteller Basis ist, so glauben wir doch, daß B. eine Reihe wichtiger Faktoren in diesem Seelenbild übersieht.

Je mehr die Erkenntnis der organismusähnlichen Struktur von Volk und Staat durch wissenschaftliche Beweise bestätigt wird, desto mehr wenden Staatslehre und Philosophie sich einer biologischen Staatslehre zu, um meist gleich in das Extrem zu verfallen, den Staat als biologisches Überindividuum anzusehen. Staat und Volkstum lassen sich aber von der Biologie her nicht restlos begreifen, denn selbst wenn man von den irrationalen Momenten absieht, bleiben noch immer Reste, die die Biologie nicht aufheben kann, so vor allem die Rolle des Geschichtlichen und Seelischen, die Bedeutung des urteilenden menschlichen Verstandes für die Bildung menschlicher Gesellschaftsformen. Wir glauben diese Bedenken auch der folgenden Arbeit entgegenzusetzen zu müssen, so fruchtbar ihre Erkenntnisse im einzelnen sein mögen; nämlich dem Buch von

Erich Mühle: Der menschliche Staat als Problem der vergleichenden Biologie. Beitrag zur organismischen Staatsauffassung im Anschluß an E. G. Kolbenheyer. 109 S. S. Hirzel, Leipzig 1937.

Schließlich befaßt sich programmatisch mit der vorbeugenden staatlichen Gesundheitsführung des deutschen Volkes:

Hans Hoske: Die menschliche Leistung als Grundlage des totalen Staates. 61 S. S. Hirzel, Leipzig 1936. RM. 2.—.

Neue Karten und Atlanten

Zusammengestellt und besprochen von Prof. Dr. E. Wunderlich

1. **Columbus Volksatlas; E. Debes Handatlas.** Zusammengest. v. Carl Wagner; neu bearb. v. Dr. K. H. Wagner & O. Winkel; Kartenblatt; Format: 50 × 42 cm. Ortsverzeichnis. Berlin: Columbus-Verlag — Paul Oestergaard — H. Wagner & E. Debes, 1938. RM. 19.50.

Nachschlagewerk für weitere Schichten. — Auswahl der wichtigsten Karten aus dem bekannten großen Handatlas von Debes mit besonderer Berücksichtigung politischer und wirtschaftlicher Darstellungen, ferner unter besonderer Betonung des Deutschen Reiches.

2. **Luth, R. zu der: Wehrwissenschaftlicher Atlas,** 5. Ausg. 108 S. m. Kt. Verlag: Vowinkel, Heidelberg, 1938. RM. 5.—.

Weitere Neuauflage des für Fach- aber auch weitere Kreise bestimmten Nachschlagetlasses. — Die Neu-

auflage zeigt relativ wenig grundsätzliche Änderungen, ist jedoch in verschiedenen Einzelangaben auf das Laufende gebracht. Neu eingeführt ist noch eine Karte über das Großdeutsche Reich (noch ohne Sudeten-deutschland) und das europäische Vertragsnetz sowie eine Tafel mit wehrgeographischen Daten über die verschiedenen europäischen Staaten.

3. **Die Verbreitung der Menschenrassen.** Bearb. v. Prof. O. Reche. Maßstab 1:20 Mill. a. Äquator; Mehrfarbendruck. Format 150 × 110 cm. Harms einheitliches Unterrichtswerk. Leipzig: List & von Bresensdorf, 1938. Auf Lw. m. Stb. RM. 22.—.

Für Unterrichts- und auch Schulungszwecke. — Gibt durch farbige Ortssignaturen ein Bild der hier zum Teil neu benannten und zusammengefaßten sechs

Hauptgruppen und der verschiedenen Sondergruppen. Gleichzeitig bietet die Wandkarte eine Übersicht der Verteilung der Menschheit nach der Dichte der Bevölkerung. Mit ausführlichem Textheft.

4. **Das Deutschtum der Erde.** Bearb. v. Prof. Haack u. Dr. Rüdiger unter Mitw. v. Prof. Frh. v. Eickstedt (3 Karten auf einem Blatt in versch. Maßstäben). Format: 210 × 187,5 cm. Farbendruck. Erläuterungsheft v. Dr. H. Rüdiger. Gotha: Perthes 1938. Auf Stoff mit Stäben RM. 45.—.

Wandkarte für Schul- und Schulungszwecke in 2. Auflage. — Zeigt die Verbreitung des Deutschtums auf der Erde, in Europa und Mitteleuropa je besonders, ersteres auf dem Hintergrund der Rassenverteilung, und zwar nunmehr nach der Eickstedtschen Gliederung. Eingetragen sind ferner die deutschen Auswanderungsströme, um die Bedeutung der deutschen Auswanderung, insbesondere nach Übersee, zu zeigen.

5. **Rohstoffwirtschaftskarte.** Bearb. v. Georg Adolph; ca. 1:25 Mill. Mehrfarbendruck. Format: 170 × 120 cm. Erläuterungsheft v. G. v. Viebahn. Halle: Buchhandlung des Waisenhauses, 1938. RM. 16.50.

Wandkarte für Unterrichts- und Schulungszwecke. — Zeigt durch farbige Orts- und Flächenfiguren die Verbreitung der wichtigsten Rohstoffe und die Ausfuhrwege einiger für den Weltmarkt besonders maßgebender Rohstoffe (Erdöl, Baumwolle, Kautschuk) an. Europa ist in einer Nebenkarte noch besonders dargestellt. Zwei weitere Nebenkarten zeigen die wirtschaftliche und politische Hauptgliederung der Erde.

6. **Die Kolonialmächte der Erde und ihre Rohstoffquellen.** 1:20 Mill., nebst Handreichungen zur Auswertung der Karte. 1 Karte 152,5 × 85 cm. 4 Bl. in Kt. Skizzen. 4°. Best.-Nr. 2933. Frankfurt a. M.: Diesterweg 1938. RM. 2.—.

Wandkarte, für Unterrichts- und Schulungszwecke. — Versuch, in einer einzigen Schwarz-Weiß-Darstellung nicht nur eine Übersicht des Kolonialbesitzes der verschiedenen Mächte, ihrer gegenseitigen Kräfteverhältnisse und Entwicklungstendenzen zu geben, sondern gleichzeitig auch die Rohstoff- und Produktionsverhältnisse der einzelnen Gebiete zu veranschaulichen. Beigefügt sind noch verschiedene statistische Tafeln und 1 Textheft (mit weiteren Kartenskizzen).

7. **Map of the World.** Showing Trade Routes and Shortest Sailing Distances between Canada, the British Empire and Foreign Ports. Format: 91 × 54 cm; hrsg. von Department of Mines and Resources, Canada, Ottawa. 1938.

Bürokarte für die praktische Orientierung weiterer Kreise. — Politische und verkehrsgeographische Übersicht, mit Flächenkolorit für die einzelnen Staaten und Angabe der Schiffsrouten und ihrer Entfernungen.

8. **Territoire du Togo Placé sous le mandat de la France.** 1:500000. Format: 44 × 123 cm. Mehrfarbendruck. Carte physique et politique; Carte démographique et sociale; Carte économique; Carte touristique. Paris: E. Girard, Géographe-Éditeur, 17, Rue de Buci. RM. 5.—.

Vier Bürokarten zur ersten Orientierung weiterer Kreise. — Zunächst eine physische und politisch-geographische Übersicht mit farbigen Höhenschichten, und Eintragung der Grenzen, weiter eine Darstellung der Verteilung der Bevölkerung nach der Dichte (mit Angabe von Schulen, Hospitälern usw.), eine wirtschafts-geographische Übersicht mit Eintragung der wichtigsten Produktionsgebiete sowie schließlich eine

Verkehrskarte mit Angabe der Hauptverkehrsmittel einschließlich des Flugverkehrs.

9. **Nigeria Air Route.** 1:1 Mill. Mehrfarbendruck. Format: ca. 75 × 30 cm. 4 Blätter: Fort Lamy—Kano Air Route; Kano—Lagos Air Route; Nlamey—Kano Air Route; Takoradi—Lagos Air Route. Hrsg. von Land and Survey Department. Lagos Nigeria, 1937. Pro Blatt S. 4/6.

Übersichtskarte für den praktischen Verkehrsgebrauch. — Auf dem Hintergrund einer farbigen Höhenschichtendarstellung sind die Grenzen, Bahnen, Straßen, Telegraphenlinien usw. sowie die Flugplätze jeweils durch besonders farbige Signaturen angegeben.

10. **Faik Sabri Duran Türkiye 1:2000000.** Mehrfarbendruck. Format: 79 × 41 cm. Hrsg. Bastrian: Kanaat Kitabevi Istanbul. Kommissionsverlag Ed. Hölzel, Wien 1937/38. RM. 2.50.

Handkarte zur ersten Orientierung. Farbige, hauptsächlich physisch-geographische Übersicht von Kleinasien mit Einschluß des europäischen Teils und der unmittelbar anschließenden vorderasiatischen Gebiete. Enthält zugleich die verschiedenen Grenzen und Bahnen jeweils mit Linienkolorit.

11. **Stanford's Map of the far East & Pacific Ocean to illustrate the International Situation.** Mehrfarbendruck. Format: 63 × 48 cm. London: Edward Stanford 1938. RM. 3.60.

Bürokarte zur ersten Orientierung weiterer Kreise. — Politisch-geographische Übersicht mit Flächen- bzw. Grenzkolorit für die einzelnen Staaten und ihre Kolonialbesitze, namentlich auch im Bereich des Pazifischen Ozeans.

12. **Kongeriget Danmark.** Oversigtskort. 1:520000 (Königreich Dänemark). Mehrfarbendruck. Format: 60 × 72 cm. Kopenhagen: Geodetisk Institut 1938. RM. 1.95.

Hand- und Bürokarte für den praktischen Verkehrsgebrauch. — Hauptsächlich verkehrsgeographische Übersicht von Dänemark (mit einer Nebenkarte von Bornholm), mit farbiger Hervorhebung der verschiedenen administrativen Grenzen und des Straßennetzes. Außerdem sind das Gewässernetz und der Wald farbig bezeichnet.

13. **Atlas Portatil de Espanha e Portugal.** 28 Karten; mehrfarbig. Kl.-8°. Spanische Beschriftung. 3. Aufl. Gotha: J. Perthes 1938. RM. 4.30.

Taschenatlas für den Gebrauch von Fach- und weiteren Kreisen. — 28 durchweg farbige Blätter mit physisch- bzw. politisch-geographischen und Wirtschafts-Übersichten der Iberischen Halbinsel bzw. der verschiedenen portugiesischen und spanischen Teilgebiete. Mit ergänzenden tabellarisch-statistischen Angaben und einem ausführlichem Ortsverzeichnis.

14. **Carta de Portugal.** 1:800000. Mehrfarbendruck. Format: 46 × 73 cm. Hrsg. v. Instituto Geográfico e Cadastral. Lissabon 1937. RM. 2.—.

Bürokarte für die erste Übersicht weiterer Kreise. — Politisch-geographische Darstellung mit Flächen- und Grenzkolorit für die einzelnen Untergebiete und mit besonderer Hervorhebung der Straßen.

15. **Mitteleuropa** (Völkerkarte mit besonderer Berücksichtigung der Tschecho-Slowakei). Ca. 1:9 Mill. Mehrfarbendruck. Format: 19 × 12 cm. Hrsg. v. Slowak. Rat. Genf 1938.

Propagandakärtchen für den Nationalitätenkampf in der Tschecho-Slowakei. — Farbige, sehr schematisierte Übersicht über die Verbreitung der verschiedenen Völkergruppen in der Tschecho-Slowakei und ihren Nachbarstaaten.

16. **Deutsches Reich.** 1:4 Mill. Mehrfarbendruck. Format: 44 × 28 cm. Ergänzungskarte zu Diercke:

Schulatlas; doppelseitig, 1 Nebenkarte. Braunschweig: G. Westermann 1938. RM. 0.23.

Handkarten für den Schulgebrauch. — Je eine physisch- und politisch-geographische Übersicht des Großdeutschen Reiches (jedoch noch ohne Sudetendeutschum) und seine Nachbargebiete. Eine Nebenkarte zeigt noch die administrative Gliederung des Reiches.

17. **Umrißkarte des Deutschen Reiches vom 13. März 1938** (Nr. 234a) nach einem Originalentwurf f. d. prakt. Schulmann. Maßstab ca. 1:2–3 Mill. Blau-Weiß-Druck. Format: 85×58 cm. Mit Erläuterungsheft. Stuttgart: Der praktische Schulmann. 5 Stck. = RM. 2.40.

Stumme Karte für Eintragungszwecke aller Art, hauptsächlich für den Unterricht. — Gibt außer den Grenzen des Reiches (noch ohne Sudetendeutschum) die Hauptströme an und bezeichnet die Lage der führenden Großstädte.

18. **Oberschlesien-Atlas** unter Mitarb. zahlreicher Fachgenossen v. Dr. W. Geisler. 40 S. 42 Kt. Doppelbl. 38,5×29 cm. Berlin: Volk u. Reich-Verlag 1938. Lw. RM. 20.—.

Für Studien- und Unterrichtszwecke. — Sammlung von 42 meist farbigen Kartenblättern, die zum Teil durch ausführlichen Text erläutert werden. Im ersten Teil eine Reihe von Darstellungen über Oberschlesien als Teillandschaft des gesamten schlesischen Raumes. Im Hauptteil eine Übersicht über Volk und Raum in Oberschlesien, die nach 3 Gruppen: Bevölkerung, Siedlungen und Wirtschaft gegliedert ist.

19. **Die Veränderung der Bevölkerungsdichte (Karte 1) und die Veränderung der Hausdichte (Karte 2) in den Ortsgemeinden Kärntens im Zeitraum von 1900–1934.** 1:500000. Mehrfarbendruck. Format: 44×36 cm. Entworfen von H. Paschinger. Kartenbeilage zu einem Artikel im „Deutschen Archiv für Landes- und Volksforschung; Jahrgang 2, Heft 2; 1938. Leipzig: S. Hirzel.

Wissenschaftliche Bearbeitung statistisch-geographischer Untersuchungen. — Für die einzelnen Ortsgemeinden sind jeweils durch Flächenkolorit die Veränderungen der Bevölkerungsdichte bzw. der Hausdichte in Prozentstufen dargestellt.

20. **Haack/Herzog: Großer historischer Wandatlas.** Der Donaauraum. Geopolitisch bearb. v. Prof. G. Schmidt. 1:750000. Mehrfarbendruck. Format: 223×161 cm. 2. Aufl. Gotha: Perthes 1938. Erl.H.; RM. 45.—.

Wandkarte für Unterrichts- und Schulungszwecke. — Politisch-geographische bzw. geopolitische Übersicht mit Flächenkolorit für die einzelnen Staaten des Donaugebietes (mit Einschluß der Ostmark in das Deutsche Reich). Ferner sind durch verschiedene farbige Signaturen die historisch-völkischen und wirtschaftsgeographischen Verhältnisse kurz charakterisiert.

21. **Die Siedlungsgebiete der Deutschen in der Tschecho-Slowakei auf Grund der Volkszählung von 1930.** 1:1125000. Zweifarbendruck. Format: 83×40 cm. Mit Text. Leipzig: S. Hirzel 1938. RM. 1.50.

Wissenschaftliche Bearbeitung der Volkszählungsmaterialien. Für Studien- und Schulungszwecke. — Für die einzelnen Gemeinden der gesamten Tschecho-Slowakei ist der Prozentanteil der deutschen Bevölkerung mit farbigen Stufen eingetragen. Ferner ist für die einzelnen Gerichts- bzw. Verwaltungsbezirke die Zahl der staatsangehörigen Deutschen bzw. Tschechen oder der anderen Volksgruppen zahlenmäßig angegeben.

22. **Die Nationalitäten in der Tschecho-Slowakei.** Übersichtsblatt der Berliner Morgenpost. 1:1,5 Mill. Mehrfarbendruck. Format: 68×36 cm. Berlin: Deutscher Verlag 1938. RM. 0.30.

Wand- und Propagandakarte für den Kampf um das Sudetendeutschum. — Schematische farbige Darstellung der Verteilung der verschiedenen Volksgruppen, insbesondere des Sudetendeutschums in der Tschecho-Slowakei.

23. **A. Breyer: Karte der Deutschen Siedlungen in Mittelpolen.** 1:500000. Mehrfarbendruck. Format: 68×60 cm. Kartenbeilage zur Zeitschrift Jomsburg, Jahrg. 2, Heft 1, 1938. Leipzig: S. Hirzel.

Studienmaterial. — Übersicht der Verbreitung der deutschen Siedlungen, allerdings nur bis zur westlichen Grenze Kongreßpolens, mittels farbiger Orts-signaturen, gegliedert nach Herkunft u. z. T. Konfession der Siedler. Außerdem ist die Verteilung der evangelischen Kirchen und die Verteilung deutscher Wüstungssiedlungen eingetragen.

24. **F. A. Doubek: 8 Karten über das polnische Volkstum im polnischen Staat und die Ostgrenze des polnischen Volkstumsmehrheit.** Entworfen nach polnischen Vorlagen. Mehrfarbendruck. Maßstab verschieden. Format: ca. 20×20 cm. Kartenbeilagen zur Zeitschrift Jomsburg, Jahrg. 1, Heft 4, Jan. 1938; Jahrg. 2, Heft 1, 1938. Leipzig: S. Hirzel.

Studienmaterial. — Kartenreihe, die mit Flächenkolorit eine Übersicht der Verbreitung des polnischen Volkstums im polnischen Staat, besonders seiner Ostgebiete, in Prozentstufen der Stärke gibt.

25. **Das Deutschtum in Litauen.** Ca. 1:1,4 Mill. Zweifarbendruck. Beitrag zur Kartenfolge: Deutsches Volkstum jenseits der Reichsgrenze; bearb. v. A. Hilten-Ziegfeld. Berlin: Verlag Grenze u. Ausland 1938. Beilage zu „Deutsche Arbeit“, Heft 2.

Teilblatt einer Kartenfolge über die Verbreitung des Deutschtums in Europa und Übersee. Für weitere Kreise. — Gibt mit farbigen Ortssignaturen eine Übersicht der Verbreitung des Deutschtums in Litauen und den unmittelbar angrenzenden Gebieten an.

Dieser Ausgabe liegen 7 Prospekte bei, die wir der freundlichen Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen: Brockhaus Verlag, Leipzig, für seine Brockhaus-Bücher; Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg, für ihre Neuerscheinungen Herbst 1938; S. Hirzel Verlag, Leipzig, für das Deutsche Archiv für Landes- und Volksforschung; Alexander Köhler, Dresden, für seinen Photavil-Apparat; Pharus-Verlag, Reinbek, Vogelschutzabteilung über spatzsichere Vogelschutzgeräte, Futter und Schriften; Rowohlt Verlag, Berlin, für seine neuen Rowohlt-Bücher 1938; Universitas Deutsche Verlags A.-G., Berlin, für ihre Josef Maria Frank-Werke.

Staatenwirtschaft

Beiträge zum Staatshandeln in den Außenwirtschaften

STÄNDIGE BEILAGE ZUR ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Schriftleitung: Dr. Arnold Seifert, Leipzig

1938

November

Nr. 6

KARL C. THALHEIM:

Volk und Staat in der Wirtschaftslenkung

Als „politische Wirtschaft der Staaten“ hat Arnold Seifert in seinem programmatischen Aufsatz in der ersten Nummer der „Staatenwirtschaft“ die heute neu sich bildende Form zwischenstaatlicher Wirtschaftsbeziehungen gekennzeichnet. Gewiß ist damit ein wesentlicher Grundzug des heutigen wirtschaftlichen Geschehens aufgedeckt worden, denn ohne Zweifel sind die Staaten in weitem Umfange die Träger der Wirtschaftslenkung sowohl im Inneren wie auch in bezug auf die zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen geworden. Aber was heißt denn Lenkung durch „den Staat“? „Der Staat“ ist zunächst einmal ein Sammelbegriff für äußerst unterschiedliche Herrschafts- und Ordnungsformen im menschlichen Zusammenleben. Zwischen dem kollektivistischen Zwangsstaat der Sowjetunion und dem nationalsozialistischen Führerstaat, zwischen dem britischen Empire und dem Zerrbild eines „demokratischen“ Staatswesens in einer Negerrepublik sind nicht allzu viele Berührungspunkte vorhanden. Der Begriff „Staat“ erhält erst dann seine Bedeutung, wenn wir seine konkrete Wirklichkeit betrachten.

Sobald man den Lebensbedingungen des konkreten Staates nachzugehen versucht, stößt man sofort auf die große Bedeutung des Verhältnisses von Staat und Volk. Es ist wichtig, das gerade an dieser Stelle zu sagen; denn eine mißverständliche Auslegung des Begriffes Staatenwirtschaft könnte leicht dazu führen, daß man darin eine Neuauflage des Verkehrs der Staaten im merkantilistischen Wirtschaftssystem sieht. Tatsächlich ist auch für das heute entstehende Wirtschaftssystem die Bezeichnung „Neumerkantilismus“ angewendet worden. Aber wenigstens vom Standpunkt des Nationalsozialismus erscheint eine solche Parallele als ein schwerwiegender Irrtum. Für den Merkantilismus stand wirklich der Staat im Mittelpunkt, dessen Raum in keiner Weise durch völkische Gesichtspunkte abgegrenzt war; er war Staatswirtschaft reinster Prägung. Für den Nationalsozialismus dagegen steht nicht der Staat, sondern das Volk im Mittelpunkt des Denkens; der Staat ist nicht Selbstzweck, sondern die Form der äußeren Organisation, die notwendig ist, damit ein Volk sich und seinen Lebensraum zu behaupten vermag. Der Staat lebt für das Volk und durch das Volk, so wie auch die Wirtschaft für das Volk und durch das Volk lebt. Und auch die totale Wirtschafts-

lenkung durch den Staat ist letztlich nicht um des Staates willen da, sondern dient der dauernden Lebenssicherung des Volkes.

Von diesem Gesichtspunkte aus aber ergibt sich bei Betrachtung der Wirklichkeit die hier für uns entscheidende Problematik: Das Volk im Sinne einer durch die Gemeinsamkeit des Blutes bedingten Gemeinschaft ist nämlich in aller Regel nicht identisch mit der Bevölkerung eines Staatsgebietes. Es ist notwendig, das ausdrücklich zu betonen, weil bei einer Betrachtung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft allzu leicht die Gefahr entsteht, das Ideal des Staates als verwirklicht vorauszusetzen. In unserem Falle würde das bedeuten, daß man dem Irrtum verfällt, als Träger der „Staatenwirtschaft“ Staaten zu sehen, die unseren Vorstellungen vom idealen Staate entsprechen, bei denen die „Bevölkerung“, ein Begriff zunächst rein quantitativer Natur, sich deckt mit dem Volke, einem Lebenstatbestand von höchster qualitativer Prägung. In Wirklichkeit gibt es aber nur sehr wenige Staaten, bei denen diese Voraussetzung erfüllt ist. Daher müssen offenbar je nach dem Grad von Übereinstimmung zwischen Staat und Volk die Voraussetzungen für die staatliche Wirtschaftslenkung sehr verschieden sein; man muß diese Voraussetzung kennen, um den Wirkungsgrad und die Erfolgsaussichten der staatlichen Wirtschaftslenkung im konkreten Einzelfall richtig beurteilen zu können.

Kennzeichnend ist in dieser Beziehung ein Vergleich zwischen den großen Erfolgen, die die Wirtschaftslenkung in den autoritären Staaten gehabt hat, und dem relativen Versagen der bisherigen Lenkungsversuche in den Vereinigten Staaten. Dieses Versagen ist gewiß nicht auf einen zu geringen Einsatz finanzieller Mittel durch die Regierung Roosevelt zurückzuführen. Aber alle Milliardensummen haben in USA. nicht ausgereicht, die staatliche „Ankurbelung“ zu einem wirklichen Erfolge zu machen, wie insbesondere der schwere Rückschlag des letzten Jahres gezeigt hat. Der *New Deal* und die ihm später folgenden Maßnahmen haben nicht verhindern können, daß die Nordamerikanische Union der weltwirtschaftliche „Störungskern“ geblieben ist. Die Einsicht in die Verschiedenartigkeit der strukturellen Voraussetzungen der Wirtschaftslenkung in beiden Fällen wird uns zeigen können, welche Bedingungen für eine wirklich erfolgreiche Wirtschaftslenkung erfüllt sein müssen. Es sind vor allem drei:

1. Die Wirtschaftslenkung muß total sein, der Staat muß die ganze Wirtschaft „im Griff haben“ (was, wie das Beispiel der autoritären Staaten zeigt, keineswegs mit kollektivistischer Ausschaltung der unternehmerischen Privatinitiative gleichbedeutend zu sein braucht). Es genügt nicht, Milliardensummen in eine Wirtschaft hineinzupumpen, die im übrigen noch ganz überwiegend von reinen Rentabilitätsgrundsätzen geleitet wird und „zyklomanisch“ in dem Auf und Ab der Konjunkturen ein Naturgesetz sieht. Der Staat muß, um nur das wichtigste zu nennen, die Preisbildung und die Geldschöpfung nach den allgemeinen volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten regeln können, er muß die Investitionen und den Kapitalmarkt kontrollieren, Verbrauch und Einkommen beeinflussen, es muß ein erheblicher Teil des Sozialprodukts auf dem Wege der Steuererhebung durch die Kassen des Staates laufen. Ebenso wenig ist ein Erfolg (wahrscheinlich, wenn man darauf verzichtet, die Außenwirtschaft in die Lenkung einzubeziehen. Jedoch genügt auch bei der Regelung der Außenwirtschaft nicht ein bloßer „Interventionis-

mus“, wie er uns z. B. in der Zollpolitik der Vergangenheit entgegentritt, sondern es ist eine umfassende Lenkung sowohl des Außenhandels wie auch der sonstigen Außenwirtschaftsbeziehungen (z. B. der Kapitalanlage im Auslande bzw. der Kapitaleinfuhr) notwendig, die von den gleichen Grundsätzen und Zielsetzungen getragen sein muß wie die Lenkung der Binnenwirtschaft. Diese Voraussetzungen sind nun wohl in den autoritären Staaten erfüllt, nicht aber in USA., wo, wie das Beispiel des *NIRA*-Gesetzes zeigt, nicht einmal die rechtliche, geschweige denn die tatsächliche Autorität der Regierung zu so weitgehenden Eingriffen ausreicht. Die letzten Jahre haben eben deutlich gezeigt, daß eine erfolgreiche Wirtschaftslenkung mit einer grundsätzlich noch liberalen Staatsform nicht vereinbar ist. Die Sicherung der Vollbeschäftigung, die Erreichung einer konjunkturlösen Wirtschaft erscheint heute auch vielen Menschen in den demokratischen Ländern als Ideal. Aber sie müssen sich darüber im klaren sein, daß der Staat allein dieses Ziel nicht gewährleisten kann, wenn im übrigen den wirtschaftenden Einzelnen eine noch fast schrankenlose Freiheit des Tuns und Lassens bleibt. Der Verzicht auf die persönliche Freiheit, an die der Liberalismus in erster Linie denkt, nämlich die „Freiheit vom Staat“, ist nun einmal Voraussetzung für die Erreichung sozialer Sicherung für die Gesamtheit.

2. Nicht weniger wichtig ist die Forderung, daß alle einzelnen Maßnahmen der Wirtschaftspolitik auf ein großes einheitliches Ziel ausgerichtet sind; die Wirtschaftslenkung muß dazu bestimmt sein, ein als richtig erkanntes Strukturideal der Volkswirtschaft zu verwirklichen, mindestens aber muß sie an einer einheitlichen großen Aufgabe orientiert sein. Totale Wirtschaftslenkung hat nichts mit jener „interventionistischen“ Wirtschaftspolitik zu tun, die bald hier, bald da einzelne „Notstände“ zu beseitigen sucht oder an Symptomen herumkuriert; sie ist geradeaus darauf gerichtet, den Aufbau der Volkswirtschaft im ganzen gesund zu gestalten. Das Strukturideal als solches kann niemals allein aus wirtschaftlichen Erwägungen gewonnen werden; es ist letztlich politisch und weltanschaulich determiniert (wie denn ja überhaupt auch die Wirtschaftslenkung nur einen Teil der totalen Lenkung des völkischen Daseins bildet, mit dessen übrigen Teilgebieten sie sinnvoll und organisch verbunden sein muß). In diese der Wirtschaftspolitik vor-schwebende Aufgabe muß selbstverständlich auch die Außenwirtschaft einbezogen sein. Wieder sehen wir, wie Deutschland oder Italien ihre Außenwirtschaftspolitik nach solchen grundsätzlichen Zielsetzungen einrichten; das befähigt sie, auch in dieser Hinsicht einen klaren und eindeutigen Weg zu gehen, der auf das deutlichste von den nervösen Zuckungen eines liberalen „Weltmarktes“ unterschieden ist. Damit sind heute die autoritären Staaten zum wichtigsten Faktor weltwirtschaftlicher Stabilität geworden, deren Ordnungskraft auf alle diejenigen Länder ausstrahlt, mit denen sie in engeren wirtschaftlichen Verbindungen stehen.

3. Die unter den ersten beiden Punkten genannten Voraussetzungen sind nur dann zu verwirklichen, wenn der Staat sich bei seiner Wirtschaftslenkung auf eine innerlich homogene Bevölkerung zu stützen vermag. Diese innere Homogenität muß vor allem erstens in sozialer, zweitens in völkischer Hinsicht gewährleistet sein.

Auf den ungeheuer wichtigen Problembereich der sozialen Homogenität kann an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden. Nur kurz sei darauf hin-

gewiesen, daß es wahrhaftig kein Zufall ist, wenn in den autoritären Staaten die wirtschaftliche Gesundung in engster Verbindung mit der sozialen Befriedung gestanden hat; denn die für den Liberalismus kennzeichnende, um das Gemeinwohl unbekümmerte klassenegoistische Politik macht eine erfolgreiche Wirtschaftslenkung unmöglich, wie zuletzt besonders das Beispiel Frankreichs gezeigt hat.

Aber nicht weniger wichtig ist die Homogenität in völkischer Hinsicht. Ihre Bedeutung wird klar, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß alle Wirtschaft sich durch Menschen vollzieht, und daß dementsprechend auch die staatliche Wirtschaftslenkung angewiesen ist auf die Menschen, von denen sie durchgeführt werden soll. Im Zeitalter des Merkantilismus waren die wirtschaftlichen Vorgänge auch in großen Ländern noch verhältnismäßig leicht übersehbar, und deshalb genügte in dieser Zeit im allgemeinen ein harter staatlicher Zwang für die Sicherung der Ziele, die der Staat sich in der Wirtschaft stellte. Nun bleibt gewiß auch heute noch der staatliche Zwang notwendig; aber er ist allein bestimmt nicht mehr ausreichend. Dazu ist die heutige Wirtschaft zu kompliziert, zu schwer übersehbar geworden. Die staatliche Wirtschaftslenkung kann nur dann wirklich erfolgreich sein, wenn es gelingt, das Handeln aller wirtschaftlich Tätigen auf eine einheitliche Linie zu bringen, und diese Gleichrichtung ist durch Gesetze und Paragraphen allein nicht zu erreichen. Gerade in der Wirtschaftsgestaltung kommt es letztlich und entscheidend auf die innere Gleichrichtung der Menschen an. Die richtige Wirtschaftsgesinnung ist besser als die besten wirtschaftspolitischen Gesetze; denn sie zeigt den handelnden Menschen auch ohne den äußeren Zwang den richtigen Weg, während Menschen mit schlechter oder unentwickelter Wirtschaftsgesinnung die Gesetze bestenfalls äußerlich erfüllen bzw. immer nach den Maschen suchen werden, durch die sie durch die Gesetze hindurchschlüpfen können. Die Erzielung einer solchen inneren Haltung ist aber nur in einer wirklichen Volksgemeinschaft möglich.

Allein daraus ergibt sich die Wichtigkeit völkischer Homogenität; denn Wirtschaftsgesinnung, wie alle Gesinnung, ist in den entscheidenden Dingen völkisch und damit auch rassisch gebunden. Je mehr die „Bevölkerung“ eines Landes sich aus Angehörigen eines einzigen, innerlich gleichartigen Volkes zusammensetzt, je mehr Volksraum und Staatsraum sich decken, desto leichter wird es sein, das wirtschaftliche Handeln der Menschen einheitlich auszurichten. Wir brauchen nur daran zu denken, in welchem Umfange die Wirtschaftslenkung in Deutschland mit dem Mittel der Propaganda arbeitet, z. B. in der Konsumlenkung oder der „Erzeugungsschlacht“ usw. Diese Propaganda richtet sich nicht nur an den wägenden und rechnenden Verstand, sondern in erster Linie an das Gefühl, sie ist ein Appell an die völkische Pflicht auch im Wirtschaftsleben; und dieser Appell wird nur dann erfolgreich sein können, wenn er bei den Menschen, an die er ergeht, auf gleiches Fühlen und Wollen trifft, wenn sie sich dem Ganzen gegenüber innerlich wirklich verpflichtet fühlen. Denken wir als Gegenbeispiel an die Verwendung einheimischer, vielleicht teurerer Werkstoffe in einem Lande, dessen Industrie größtenteils von ausländischen Kapitalisten beherrscht wird. Bei diesen würde nur die rationale Argumentation oder der Zwang verfangen; eine an das nationale Gefühl appellierende Werbung wie in Deutschland oder Italien wäre als Lenkungsmittel unmöglich.

Nicht weniger wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Frage des

„sozialwirtschaftlichen Vertrauens“. Gerade die deutschen Erfahrungen der letzten Jahre zeigen mit aller Klarheit, daß eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Wirtschaftslenkung das Vertrauen des ganzen Volkes zu den Lenkenden ist. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieses Vertrauen im tiefsten Grunde nur dann gesichert ist, wenn es sich um bluts- und artverwandte Führer handelt, denn nur dann kann jenseits aller äußeren Formen die instinktmäßige Verbundenheit zwischen Volk und Führung da sein. Das kennzeichnendste Gegenbeispiel bietet in dieser Beziehung Sowjetrußland. Der überwiegende Teil der das unglückliche Land heute beherrschenden Diktatorenschicht setzt sich aus bluts- und artfremden Menschen zusammen; das „sozialwirtschaftliche Vertrauen“ fehlt, und deshalb ist hier die Durchsetzung der Wirtschaftslenkung nur mit den Mitteln des härtesten staatlichen Zwanges denkbar.

Ein weiteres noch: **Lenkung fordert Zentralisation.** Bei der früheren Wirtschaftsweise im Liberalismus war es durchaus denkbar, daß in Nationalitätenstaaten einzelne Volksgruppen mit anderer Wirtschaftsgesinnung und anderem „Wirtschaftsstil“ ihr Wirtschaftsleben für sich führten, wie das z. B. in dem typischsten Nationalitätenstaat der Vorkriegszeit, der österreichisch-ungarischen Monarchie, ganz deutlich der Fall war. Das ist heute nicht mehr denkbar; erfolgreiche Wirtschaftslenkung setzt einen einheitlichen Wirtschaftsstil in der ganzen Volkswirtschaft voraus und macht lenkerische Rahmenanordnungen für das Gebiet der ganzen Volkswirtschaft unerläßlich. Die Gleichheit des Blutes im homogenen Volkskörper gibt dem Staate die Gewähr, daß alle auf solche Anordnungen annähernd gleich reagieren; der „Lenkende“ weiß auch, wie er anordnen muß, um im Lebens- und Wirtschaftsstil des Volkes an der richtigen Stelle anzupacken. Im Nationalitätenstaat dagegen sind diese Voraussetzungen nicht gegeben. Die Schwierigkeiten einheitlicher Wirtschaftslenkung infolge des Fehlens gleicher Wirtschaftsgesinnung und einheitlichen Wirtschaftsstils werden um so größer sein, je größer die völkisch-rassischen Differenzen sind.

Darin wurzelt die besondere Bedeutung des Judenproblems. Für den Juden als den in allen europäischen Kulturen und Volkswirtschaften „Fremden“ *kat' exochen* gilt das Gesagte in ungleich stärkerem Maße als für die arischen Volksgruppen, die innerhalb Europas in fremde Staaten eingeprengt sind. Die Wirtschaftsgesinnung des Juden ist infolge der starken rassischen Verschiedenheit eine von Grund auf andere als die der arischen Völker, innerhalb derer er lebt (soweit nicht deren Wirtschaftsgesinnung durch den starken jüdischen Einfluß im hochkapitalistischen Zeitalter selbst angekränkt worden ist). Bekanntlich hat Karl Marx 1844 die Wirtschaftsgesinnung des Juden in folgenden Sätzen gekennzeichnet: „Welches ist der weltliche Grund des Judentums? Das praktische Bedürfnis, der Eigennutz. Welches ist der weltliche Kultus des Juden? Der Schacher. Welches ist sein weltlicher Gott? Das Geld.“ Wie soll man Menschen, deren Wirtschaftsgesinnung von einem Rassegenossen in so eindeutiger Weise gekennzeichnet wird, die Bedeutung etwa des Satzes klarmachen, daß Gemeinnutz vor Eigennutz geht, wie sollte es möglich sein, sie zu veranlassen, aus innerer Einsicht nach einem solchen Prinzip zu handeln? Nicht zuletzt gilt dies auch von der Außenwirtschaft; denken wir nur etwa an die nationale Disziplin, die unsere heutige Devisenbewirtschaftung erforderlich macht. Es ist kein Zufall, daß gerade der Jude Ricardo in der Außenhandelstheorie die schärfste rein individualistisch-rentabilitätsorientierte Richtung vertrat. Das nationalwirtschaftlich gerichtete Emanzipationsstreben vieler Länder, z.B. in Lateinamerika, findet seine schärfsten Gegner in den großen finanzkapitalistischen Weltkonzernen, die zu einem erheblichen Teile jüdisch geführt sind. Die wirtschaftliche Machtfülle in den Händen des jüdischen Großkapitals ist deshalb eine schwerwiegende Gefahr für die Einheitlichkeit staatlicher Wirtschaftslenkung. Wir brauchen nur an den jüdischen Boykott

gegen Wirtschaftsbeziehungen mit „Nazi-Deutschland“ in USA. zu denken, der den wirklichen wirtschaftlichen Interessen des größten Teiles der Bevölkerung der Nordamerikanischen Union zuwiderläuft.

Aber in der gleichen Richtung gehen die Wirkungen auch in allen den Staaten, deren Bevölkerung völkisch nicht homogen, sondern aus Angehörigen verschiedener Völker gemischt ist, selbst wenn die völkischen Diskrepanzen wesentlich geringer sind als im Falle des Judentums. Zwei Haupttypen heben sich dabei heraus:

1. die europäischen Nationalitätenstaaten,
2. die überseeischen Einwanderungsländer.

Die europäischen Nationalitätenstaaten finden wir vor allem im Osten und Südosten Europas, im Gürtel des sogenannten „Zwischeneuropa“. Ihr Prototyp war vor dem Kriege die habsburgische Doppelmonarchie, in den letzten zwei Jahrzehnten bis vor wenigen Wochen der tschechoslowakische Vielvölkerstaat, der in dieser Beziehung ja der echteste Erbe der Donaumonarchie war. Entscheidend ist für die Staaten dieser Prägung das Nebeneinander verschiedener Volksgruppen, die nach ihrem völkischen Bewußtsein in der Regel scharf geschieden sind. Aus dieser Scheidung und aus der Herrschaft einer Volksgruppe entwickelt sich der Kampf um den völkischen Lebensraum auch in wirtschaftlicher Hinsicht innerhalb der Grenzen des gleichen Staates. Es wäre ein sinnloses Unterfangen, die wirtschaftlichen Verhältnisse solcher Gebiete mit den Mitteln der klassischen Nationalökonomie erklären zu wollen. Die Menschen, die in ihnen Wirtschaft treiben, sind keine *homines oeconomici*, sondern *homines politici*, die ihren politischen Kampf auch mit Hilfe ökonomischer Mittel kämpfen.¹⁾

Durch diesen Tatbestand mangelnder völkischer Homogenität wird die Einheitlichkeit der staatlichen Wirtschaftslenkung in doppelter Hinsicht gefährdet. Einmal: je mehr das Verhältnis zwischen dem staatsführenden Volke und den anderen Volksgruppen das des Kampfes ist, je mehr die Angehörigen dieser fremden Volksgruppen nur zwangsweise Bürger des Staates sind, dem sie angehören, desto mehr werden sie auch wirtschaftlich ihre eigenen Wege gehen. Innerhalb des Staatswesens bilden sich Gruppenwirtschaften mit betont völkischer Prägung. Ein besonders aufschlußreiches Beispiel bietet für die Zeit vor dem Weltkriege die Wirtschaft der polnischen Volksgruppe im Deutschen Reiche. In diesen Fällen fehlt also durchaus die Einheitlichkeit der Wirtschaftsgesinnung, der inneren Haltung und des Wirtschaftsstils; für einen Staat, den man nicht liebt, vielleicht sogar haßt, dem man sich jedenfalls innerlich im tiefsten nichtzugehörig fühlt, wird man nicht bereit sein, wirtschaftliche Opfer zu bringen, die über das gesetzlich verlangte Mindestmaß hinausgehen. Wir brauchen nur an die Bedeutung der Wehrwirtschaft zu denken, um die Folgen einer solchen inneren Haltung abmessen zu können; sie werden um so schwerwiegender sein, je größer der wirtschaftliche Einfluß ist, über den die fremden Volksgruppen verfügen. Wenn es sich um Volksgruppen handelt, die außerhalb der Grenzen des Staates, dem sie angehören, Staaten ihres eigenen Volkstums haben, so wird auf außenwirtschaftlichem Gebiete das Streben feststellbar sein, engere wirtschaftliche Beziehungen zum Mehrheitsvolk außerhalb der Grenzen anzuknüpfen. Wie stark

1) Vgl. dazu für die Verhältnisse des ost- und südosteuropäischen Raumes das wertvolle Buch von Herbert Kniesche: „Das Volk in der Wirtschaft“ (Jena 1937).

sich dieses dezentalisierende Streben eigener Wirtschaftsgestaltung der Volksgruppen durchzusetzen vermag, hängt natürlich nicht zuletzt auch von der Staatsform ab. Es kann aber kein Zweifel sein, daß die notwendige Zentralisation der Wirtschaftslenkung dadurch in Frage gestellt oder doch zum mindesten stark beeinträchtigt wird.

Andererseits: auch die betroffenen Staaten selbst werden durch die völkischen Gegensätze in der Klarheit und Zielsicherheit ihrer wirtschaftspolitischen Lenkung beeinträchtigt. Ein gutes Beispiel bietet uns die Außenhandelspolitik der ehemaligen Tschechoslowakei. Der Kampf gegen das Sudetendeutschtum ist ja nicht nur auf kulturellem und allgemein politischem, sondern ebenso auch auf wirtschaftspolitischem Gebiete geführt worden. Das hat die in erheblichem Umfange exportorientierte sudetendeutsche Industrie in schmerzlicher Weise zu verspüren bekommen. Denn in der tschechoslowakischen Außenhandelspolitik sind infolgedessen die Belange der sudetendeutschen Industrie oft bewußt zurückgesetzt worden. Wäre die Tschechoslowakei ein wirklicher volkswirtschaftlicher Organismus gewesen, so hätte sie auch in ihrer Außenhandelspolitik von den Belangen der ganzen Volkswirtschaft in allen ihren Teilen ausgehen müssen. Sie konnte es nicht sein, weil ihr das Substrat des homogenen Volkstums fehlte. Die Folgen waren für große Teile der sudetendeutschen Industrie endloser Absatzmangel, Verewigung der Krise und der Arbeitslosigkeit. Hier zeigt sich deutlich, wie der aus der völkischen Heterogenität entspringende Mangel einer Totalität der Wirtschaftslenkung die Erreichung der wirtschaftlichen Stabilität verhindert hat, die eines der Hauptziele einer solchen Lenkung sein muß.

Wir werden daraus das Ergebnis ziehen können, daß auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht die innere Schlagkraft eines Staates um so größer ist, je homogener sein Volkstum ist. Die zwangsweise Einbeziehung von Angehörigen eines fremden Volkes ist in Wirklichkeit auch wirtschaftlich für einen Staat kein Gewinn, sondern bedeutet innere Schwächung. Mochten im liberalen Zeitalter die Dinge vielleicht anders liegen: im Zeitalter totaler staatlicher Wirtschaftslenkung kommt es entscheidend nicht auf die äußere materielle Expansion, sondern auf die innere Geschlossenheit an. Wenn die Tschechoslowakei heute ihre fremden Volksgruppen verliert, so ist das in Wirklichkeit kein Verlust, sondern eine innere Stärkung. Auch das kann am Beispiel der bisherigen tschechoslowakischen Außenwirtschaftspolitik nachgewiesen werden. Nach ihrer geographischen Lage und ihrer Wirtschaftsstruktur wäre für die Tschechoslowakei von vornherein enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland geboten gewesen. Dieser Weg wurde ihr durch die politische Angst vor Deutschland versperrt, die wieder in ihrem schlechten Gewissen infolge der zwangsweisen Einbeziehung der sudetendeutschen Gebiete wurzelte. Für den neuen tschechoslowakischen Staat dagegen, dessen Grenzen nach klaren völkischen Gesichtspunkten gezogen sind, ist die Beschreitung dieses geradezu naturgegebenen Weges in der Außenwirtschaft durchaus möglich geworden.

Nicht immer allerdings ist es möglich, daß Staatsraum und Volksraum sich decken, wenigstens nicht im Osten und Südosten Europas. Was kann in diesen Fällen geschehen? Das Beispiel der Schweiz zeigt, daß das Nebeneinanderleben von Volksgruppen in den Grenzen des gleichen Staates auch in anderen Formen möglich ist als denen des Kampfes. Trotzdem in ihren Grenzen Angehörige von vier Völkern leben, ist hier eine homogene Staatsnation erwachsen; die schweizerische Wirtschaft ist eine echte Volkswirtschaft, was die Wirtschaft der Tschechoslowakei nicht war und nicht sein konnte. Die Gründe dafür liegen einmal in einer jahrhundertelangen gemeinsamen Geschichte und in der eigentümlichen geographischen

Gliederung der Volkstumsteile, dann vor allem aber darin, daß im schweizerischen Staate das völkische Lebensrecht auch der nichtdeutschen Volksgruppen nie angetastet worden ist, obwohl die deutsche Mehrheit in der Schweiz bei weitem größer ist, als die der Tschechen in der ehemaligen Tschechoslowakei es war. Wo in den Grenzen des gleichen Staates Angehörige verschiedenen Volkstums schicksalsmäßig zusammenleben müssen, kann eine echte Volkswirtschaft nur erstehen, wenn auch den fremden Volksgruppen der völkische Lebensraum gesichert ist. Allein dadurch wird die positive Haltung der fremden Volksgruppen möglich, die die Voraussetzungen für die schrankenlose Bejahung der Lenkung durch den Staat schafft. Ist aber diese Voraussetzung geschaffen, dann erscheinen auch die wirtschaftlichen Beziehungen fremder Volksgruppen zum Muttervolk und Mutterland in ganz anderem Lichte. Vorher konnte das Streben nach engerer Gestaltung dieser Beziehungen ein Störungsfaktor namentlich für die außenwirtschaftliche Lenkung sein; jetzt kann er zu einem Positivum werden: die Volksgruppen können die wirtschaftlichen Brückenpfeiler werden für das Verhältnis zwischen dem Staate, dem sie angehören, und dem, dessen Volkstum sie entstammen. Dies gilt heute besonders für die im ganzen ost- und südosteuropäischen Raume verstreuten deutschen Volksgruppen.

Ein wesentlich anderes Bild bietet sich uns, wenn wir unseren Blick auf die Verhältnisse in den überseeischen Einwanderungsländern richten, als deren Prototyp hier vor allen Dingen die Vereinigten Staaten von Nordamerika untersucht werden sollen. Im Gegensatz zu den Nationalitätenstaaten des europäischen Ostens und Südostens finden wir hier ein oft schwer durchschaubares Konglomerat von Angehörigen der verschiedensten Völker, die sehr häufig nicht in einem völkisch geschlossenen Raume leben, sondern durcheinandergewürfelt in Groß- und Riesenstädten, viel weniger deutlich unterschieden als in Europa, mit Übergängen und Assimilationserscheinungen der verschiedensten Art. Darin zeigt sich die Wirkung der Tatsache, daß Jahrzehnte, ja sogar Jahrhunderte hindurch die großen leeren Räume in Übersee durch die Einwanderung von Angehörigen der verschiedensten europäischen Völker gefüllt worden sind, wobei man zunächst überhaupt nicht danach fragte, woher die Menschen kamen, deren Hände man so nötig brauchte, um die ungehobenen Schätze der Neuländer zu heben.

Gestaltlose völkische Konglomerate dieser Art sind nicht geeignet, die Grundlage für einen echten volkswirtschaftlichen Organismus zu bilden. Vielleicht können wir darin auch eine — wenn auch unbewußte — Ursache für die hartnäckige Herrschaft liberalen Wirtschaftsdenkens in den USA. sehen. Denn für den Liberalismus ist die Volkswirtschaft ja nicht ein wirklicher Organismus, sondern die bloße Summierung isolierter Einzelindividuen; und in diesem Sinne kann der Volkswirtschaftsbegriff auch auf ein Land angewendet werden, dessen Bevölkerung aus Bruchteilen der verschiedensten Nationen, ja sogar verschiedener stark unterschiedlicher Rassen besteht (in USA. arische Weiße neben Juden, Indianern, Negern und Mongolen!).

In der Zeit der unbedingten Herrschaft der rationalen Fortschrittsidee konnte in den Vereinigten Staaten der Glaube an den „großen Schmelztiegel“ entstehen, in dem Angehörige zahlreicher Nationen schließlich zu einem neuen „amerikanischen Volke“ zusammengeschmolzen werden sollten. Die ursprüngliche Zusammensetzung der Einwanderung leistete solchen Vorstellungen Vorschub; denn bis zum Beginn der „neuen“ Einwanderung etwa um

1890 setzten sich die Einwanderer ganz überwiegend aus Nord-, West- und Mitteleuropäern zusammen, bei denen immerhin noch eine weitgehende völkische Verwandtschaft vorhanden war. Damals schien allenfalls noch die Möglichkeit denkbar, daß durch Assimilierung dieser verschiedenen Volkselemente (abgesehen natürlich von den Negern) allmählich eine einheitliche Nation erwuchs. Die Kosten dieses Vorganges hat bekanntlich zu einem sehr erheblichen Teile gerade das Amerika-Deutschtum getragen. Heute erscheint diese Möglichkeit schwerlich noch gegeben; es ist jedenfalls kaum vorstellbar, welch grauenvoller Völkermischmasch ein solches amerikanisches „Volk“ sein würde! Zwar hat die neue Einwanderungsgesetzgebung seit 1921 die weitere Zuwanderung der für das herrschende angelsächsische Volkstum am schwersten assimilierbaren Elemente unterbunden¹⁾; aber auf der anderen Seite zeigt sich heute bei den Eingewanderten nichtangelsächsischen Stammes, nicht zuletzt auch bei den Deutschen in USA., unter den Einwirkungen des wachsenden Nationalismus eine verstärkte Besinnung auf die völkische Eigenart. So verstärkt sich die nationale Sonderung, und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß durch diese Entwicklung sich ähnliche Schwierigkeiten für die staatliche Wirtschaftslenkung ergeben werden, wie wir sie bei den europäischen Nationalitätenstaaten kennengelernt haben. Während aber bei diesen durch eine geschichtliche Entwicklung von vielen Jahrhunderten die Voraussetzungen festliegen, ist in USA. alles im Fluß, und es scheint fast unmöglich, eine Prognose für die zukünftige Entwicklung geben zu wollen. Colin Ross, ein gewiß guter Kenner Nordamerikas, kommt in seinem Buche „Zwischen USA. und dem Pol“ zu der Schlußfolgerung, die Vereinigten Staaten könnten vielleicht einmal „im Sinne Chinas ein Volk werden, also ein Verband, der nicht so sehr durch die Gemeinsamkeit von Blut und Boden als durch die Gleichartigkeit von Kultur, Sprache, Weltbild und Moralgesetz zusammengehalten wird“. Schon die Gleichartigkeit der Sprache scheint aber für die Zukunft nicht mehr gewährleistet, wenn wir sehen, daß der wachsende Nationalismus ständig stärker werdende Schranken gegenüber der früher scheinbar unabänderlichen Assimilationstendenz aufgerichtet hat.

In Kanada, in Brasilien und anderen lateinamerikanischen Staaten liegen die Dinge insofern anders, als wesentlich deutlicher als in USA. sich völkisch geschlossene Siedlungsgebiete namentlich bei der eigentlichen Kolonistenbevölkerung herausgebildet haben. Es scheint so, als ob diese Staaten — das gilt heute besonders von Brasilien — den gleichen Fehler wiederholen wollen, den die europäischen Nationalitätenstaaten großenteils gemacht haben: durch harten staatlichen Zwang ihre Bürger fremden Volkstums national zu assimilieren. Die europäischen Erfahrungen vieler Jahrzehnte sollten zeigen, daß dieser Weg falsch ist. Nicht durch erzwungene Assimilation, sondern gerade durch Achtung vor dem fremden Volkstum und durch Sicherung ihres völkischen Lebensrechtes werden diese Länder die Einheitlichkeit im Fühlen und Handeln ihrer Bürger erreichen können, die eine unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen staatlicher Wirtschaftslenkung ist. Denn gerade durch diese Achtung kann erreicht werden, daß auch die Angehörigen eines fremden Volkstums bewußt den Staat bejahen, in dem sie leben. Und auch wirtschaftlich können sie ihrer neuen Heimat den größten Dienst nicht durch gleichmacherische Assimilation leisten, sondern durch die volle Entfaltung ihrer Eigenart, zu der ja auch eine ganz bestimmte wirtschaftliche Leistung gehört; dafür bietet die Wirtschaftsgeschichte des Deutschiums im Auslande unzählige Beispiele. Die besondere Aufgabe der staatlichen Wirtschaftslenkung wird es in diesen Fällen sein müssen, die eigengearteten wirtschaftlichen Fähigkeiten ihrer Bürger fremden Volkstums im Aufbau einer organisch gegliederten Volkswirtschaft an der richtigen Stelle zum Einsatz zu bringen.

1) Vgl. zu der völkisch-rassischen Ausrichtung der neuen Wanderungspolitik in der Gegenwart meinen Aufsatz „Wanderung in der Hand des Staates“ in Heft 1 des 1. Jahrganges der „Staatenwirtschaft“, Juli 1937.

KONRAD KUTSCHERA:

Die Formung der nationalspanischen Wirtschaft

Bei Beginn des Krieges sah sich Spanien in zwei Teile gespalten. Franco war im Besitz der „Kornkammer“ Spaniens, und der agrare Charakter Marokkos tat ein übriges, um ihm das Durchhalten zu ermöglichen, auf der anderen Seite aber besaßen die Roten im wesentlichen die Industriezentren. In der Zwischenzeit haben sich die Verhältnisse nun zugunsten Francos verschoben. Er beherrscht heute nicht nur die Agrarprovinzen, sondern auch einen großen Teil des Industriegebietes. Jetzt hat die Regierung Nationalspaniens den Zeitpunkt für gekommen erachtet, um mit dem grundlegenden Neuaufbau der spanischen Wirtschaft zu beginnen. Daß man sich dabei nicht allein auf die Wiederflottnachung der notleidenden Unternehmer und die Lösung der sozialen Frage beschränkt, sondern sich in erster Linie von wehrwirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten läßt, liegt nach der Lage der Dinge auf der Hand. Vorbilder, allerdings nur bedingte, lieferten bei den neuen Gesetzen zur Syndikalisierung der spanischen Wirtschaft der korporative Wirtschaftsaufbau Italiens sowie gewisse Wirtschaftsorganisationen Deutschlands. Mit dem verstärkten Einsatz militärischer Machtmittel und dem gesteigerten Kriegsbedarf der inzwischen zum Massenheere angewachsenen Armee Nationalspaniens ergaben sich zum Teil ganz andere Gesichtspunkte.

Das wichtigste Gesetz ist das im Juli 1938 erlassene Dekret über die „Schaffung von regulierenden Erzeugungsausschüssen“, welche die früher geschaffenen nationalen Dienste, die Syndikatsausschüsse, die staatliche Getreidebewirtschaftung und die nationale Arbeitspolitik ergänzen sollen. In den Erzeugungsausschüssen sollen die einzelnen Erzeugungszweige nach großen Wirtschaftsgruppen zusammengefaßt werden und durch Fachleute vertreten sein. Die Ausschüsse können auch Unterausschüsse einsetzen, die für die Bewirtschaftung eines Erzeugnisses oder einer Gruppe gleichgearteter Erzeugnisse zuständig sind. Diese Unterausschüsse setzen sich wiederum aus Gruppen und Abteilungen zusammen, die sich mit Fragen der Erzeugung, der Umgestaltung von Erzeugnissen oder dem Handel damit beschäftigen, des weiteren aus Fachzweigen, die innerhalb dieser Unterabteilungen sich mit einer bestimmten Art von Bearbeitung von Waren und deren Verwendung beschäftigen. Das Gesetz stellt den „regulierenden Erzeugungsausschüssen“ ein recht weites Aufgabengebiet:

a) Unterbreitung von Vorschlägen zur Einordnung und Unterordnung der Tätigkeit, Bedürfnisse und Interessen der von ihnen vertretenen Erzeugungsgruppen im Sinne der restlosen Anpassung an das höhere nationale Interesse.

b) Sammlung sämtlicher in- und ausländischer Daten, die für die Untersuchung und Führung der Wirtschaftspolitik erforderlich sind; Zusammenstellung — gemäß empfangener Weisungen — der Statistiken über Industrie, Verarbeitung, Verkauf und Verbrauch sowie über die Ein- und Ausfuhr der Industriegruppe, welche sie vertreten.

c) Feststellung und organische Gruppierung sämtlicher Firmen ihrer Gruppe unter zahlenmäßiger und qualitativer Angabe ihrer Tätigkeiten vor und nach dem Beginn der nationalen Bewegung bzw. Unterbreitung von Vorschlägen hierzu.

d) Unterbreitung geeigneter Vorschläge über die allmähliche Anpassung des industriellen Erzeugungsverhältnisses an die für den Krieg vorgesehenen Bedürfnisse, den Inlandsbedarf und die Ausfuhr bzw. Ausübung der Aufsicht über die inländische Verteilung der Erzeugung auf die verschiedenen in Frage kommenden Organe in der für die Nationalwirtschaft günstigsten Weise unter Ausschaltung jeglichen unlauteren Wettbewerbs sowie erforderlichenfalls weitgehendste Förderung der Erhöhung oder Einschränkung des Verbrauchs bestimmter Erzeugnisse.

e) Überwachung der gerechten und zweckmäßigen Verteilung der für die Industrie erforderlichen Rohstoffe oder Halbfabrikate und gegebenenfalls auch der genehmig-

ten, unumgänglich erforderlichen Einfuhr, sei es unmittelbar, sei es durch Vermittlung eingetragener oder in den Ausschüssen vertretener Importeure.

f) Überwachung, gemäß der im höheren nationalen Interesse ausdrücklich erhaltenen Weisungen, der genehmigten oder angeordneten Ausfuhr von Erzeugnissen.

g) Unterbreitung geeigneter Vorschläge über die Preispolitik der Industrie und des Handels auf den In- und Auslandsmärkten zwecks Verhütung unberechtigter Preisbewegungen unter möglichster Ausschaltung zweckloser oder entmutigender Eingriffe.

h) Förderung der ständigen Vervollkommnung und Verbilligung der Erzeugung.

i) Restlose Mitarbeit am Wiederaufbau des nationalen Reichtums und der nationalen Macht unter Aufbietung aller Kräfte und Ausnutzung der vollen Leistungsfähigkeit der jeweils vertretenen Industriegruppe.

Durch die Einsetzung der Erzeugungsausschüsse hat die Regierung die gesamte nationale Produktion bis in ihre kleinsten Abzweigungen hinein erfaßt; sie kann den nationalen Notwendigkeiten und den Erfordernissen des Krieges gemäß Steuern erheben, Einfuhren beschränken, Absatzgebiete erweitern, Produktionen rationalisieren und neue Industrien schaffen. Mit einem Wort: Franco hat die bisher nur sehr lose bestehende Organisation der Wirtschaft in eine feste und vollkommene Form gebracht, die seiner totalitären Staatsauffassung entspricht.

Die Regierung Franco hat schon von Anfang an die Wirtschaftskräfte Spaniens soweit wie irgend möglich ausgenutzt. In den von dem Kriege verheerten und entvölkerten Gebieten hat man sofort nach Beendigung der Kriegshandlungen Arbeitskräfte, Maschinen und Kredite bereitgestellt, um die Produktion wieder in Gang zu bringen. Die Kontrolle des Preisgefüges, die bisher zum Teil bei der Falange lag, wird jetzt von dem Korporationsministerium ausgeübt, und es ist gelungen, die Steigerung von Preisen auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Die ungefähre Stabilisierung der Preise wurde dadurch erleichtert, daß man im nationalen Gebiet in sehr vorsichtiger Weise den Notenumlauf um 300 Mill. auf 3 Mdn. Ptas. ausweitete — während er bei den Roten von 3,5 auf ca. 12 Mdn. Ptas. gebracht worden sein soll.

Alle seit Anfang des Krieges getroffenen Maßnahmen standen unter dem Gesichtspunkt kriegswirtschaftlicher Notwendigkeiten. Der Ernährungswirtschaft als einem der wichtigsten Zweige der Kriegswirtschaft boten sich wohl niemals besondere Widerstände, eben weil Marokko und die festländischen Provinzen, die der nationalen Sache anhängen, überwiegend agraren Charakter trugen. Erst mit der Besetzung bisher in rotem Besitz befindlicher Gebietsteile ergab sich auch für die nationale Regierung die Notwendigkeit einer beschleunigten Lösung der dringenden und schwerwiegenden Fragen der Landwirtschaft. Es wurden sehr bald nach den ersten militärischen Erfolgen gesetzliche Maßnahmen für den landwirtschaftlichen Wiederaufbau ergriffen. Den Kernpunkt des neuen Gesetzes bildet die Schaffung eines „Dienstes für den landwirtschaftlichen Wiederaufbau“, der der Leitung der „Nationalen und wirtschaftlichen Reform auf dem Lande“ untersteht. Die willkürlichen Enteignungen wurden rückgängig gemacht, und alle ehemaligen Besitzer, die durch Marxisten enteignet waren, erhielten ihre Güter wieder zurück, wenn sie instande waren, sie zu bearbeiten. Dieser Gesichtspunkt, die Fähigkeit und Bereitschaft zur Leistung, ist überall der entscheidende. Auf Grund der eingeleiteten Agrarreform werden z. B. seit etwa zwei Jahren Kredite für Saatgut ausgegeben, während Anbau und Bestellung der Felder zu einer nationalen Pflicht erklärt wurden, um eine vollständige Ausnutzung des Bodens zu gewährleisten. Aus dieser nationalen Pflicht heraus müssen schlecht genutzte Latifundien und unwirtschaftliche Großgüter aufgeteilt werden, wobei durch diese gerechtere Verteilung des

Bodens die Bildung eines gesunden Bauernstandes ermöglicht werden soll. Schon heute zeigen sich die ersten Erfolge dieser Agrarreform, deren Ausführung sorgfältig von dem nationalspanischen Landwirtschaftsministerium überwacht wird. Das eingeleitete landwirtschaftliche Programm stellt nicht nur die gesamte Ernährung Nationalspaniens sicher, sondern erlaubt darüber hinaus noch eine bedeutende Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte, was von außerordentlicher Bedeutung für die Stützung der Währung ist. Im Rahmen dieses Reformwerkes wurden noch eine Anzahl weiterer Gesetze erlassen (kurz noch registriert seien: Festhaltung der Futtermittel zugunsten der Militärbehörden; Vorschriften zur Förderung des einheimischen Tabakanbaues; Förderung des Maisanbaues und Überwachung des Maishandels; erhöhtes Ausmahlen des Getreides; Förderung des Baumwollanbaues u. a.).

Weniger leicht hatte es Franco mit der industriellen Versorgungsmöglichkeit aus eigener Kraft, denn im schwerindustriellen Norden befanden sich noch eine ganze Anzahl von Widerstandsnestern, und wenn man weiß, was das Industriezentrum Katalonien für die Versorgung Gesamtspaniens bedeutete, so wird man verstehen, daß die Bereitstellung der lebensnotwendigen Fertigwaren zunächst nur wenig befriedigen konnte. Im Verlauf des Krieges ist es — wie wir erlebt haben — Franco jedoch gelungen, wichtige Industrieprovinzen in die Hände zu bekommen, so daß der vorhandene Industriem apparatus heute auch für die Deckung des Bedarfs der nichtkämpfenden Bevölkerung besser eingesetzt werden kann. Aber nicht nur Industrieanlagen, sondern auch wichtige Rohstoffquellen, die ehemals den Roten gehörten, hat Franco heute zur Verfügung. Bekanntlich finden sich in Spanien wertvolle Vorkommen an Blei, Eisen, Kupfer, Zink und Quecksilber. Während vor der nationalspanischen Erhebung die Bergwerksbesitzer es niemals recht verstanden haben, die gegebenen Möglichkeiten zu nutzen, hat General Franco sofort alle Maßnahmen ergriffen, um den Bergbau wieder in Gang zu bringen und vor allem rationell in den gesamten Wirtschaftsaufbau einzugliedern. Am 7. Juni 1938 wurde ein Gesetz über den Bergbau erlassen. Danach ist der Besitz von Bergwerken von einer Genehmigung des zuständigen Bergamts abhängig, das den Besitz, die Mutungsrechte und die Ausbeutung auf Spanier beschränkt, d. h. es müssen sich mindestens 60% des Kapitals im Besitz von Nationalspaniern befinden. Außerdem überwacht das nationale Bergamt die rationelle und ungeteilte Ausnutzung der Mineralvorkommen. Ferner wird stets die Zweckmäßigkeit bzw. Möglichkeit der Weiterverarbeitung der Erze in Nationalspanien anstatt im Ausland geprüft, und eine Kontrolle sorgt dafür, daß Mineralien erst dann zur Ausfuhr gebracht werden, wenn der inländische Bedarf völlig befriedigt ist.

Die wichtigsten Stützen des Bergbaues in Nationalspanien sind die Eisen-, Blei- und Silbergruben in Andalusien, die Erzgruben von Granada und die Zinkgruben von Santander, Asturiens und der baskischen Provinzen. Die erste Fürsorge nationalspanischer Industriepolitik galt der Organisation dieser kriegswichtigen Erzproduktionen. Welche Erfolge sie gehabt hat, zeigt sich daran, daß im April 1938 in den Provinzen Vizcaya, Oviedo und Guipuzcoa die Eisenproduktion 170 000 t bei rund 5000 Arbeitern betrug, während im vergangenen Jahr mit 2500 Arbeitern nur 30 000 t produziert wurden. In den ersten 5 Monaten 1938 sind im Bergbauggebiet um Bilbao 779 000 t Eisenerz gefördert worden gegen 270 000 t zur gleichen Vorjahreszeit.

Aber auch die Ausfuhr hat sich — trotz des Krieges — gehoben. Im ersten Halbjahr 1938 betrug die Erzeausfuhr 630 000 t gegenüber 504 000 t im ersten Kriegsjahr, das bedeutet also, daß heute mehr an Erzen ausgeführt wird als 1935, obwohl der Krieg als solcher heute bedeutend höhere Anforderungen an die Produktion stellt. Dazu tritt die neue Initiative in Marokko. Zweifellos war die wichtigste Lei-

stung der Nationalregierung auf industriellem Gebiet und das beste Zeichen für den planvollen Wirtschaftsaufbau Nationalspaniens die Förderung des marokkanischen Eisenerzabbaues und daneben die Gewinnung von Mangan-, Kupfer-, Bleierzen und von Antimon. Vor Ausbruch des Bürgerkrieges war der Abbau dieser marokkanischen Minen infolge des nordspanischen Einflusses nicht gefördert worden. In dieser Hinsicht ist nun ein grundlegender Wandel eingetreten. Die nationalistische Industriewirtschaftslenkung hat natürlich im Ausland viel böses Blut erregt. Besonders von englischer Seite wurden die Bestimmungen angefeindet, daß Ausländer Konzessionen nicht oder nur dann erwerben können, wenn mindestens 60% der Anteile nicht an Ausländer übertragbar, wenigstens zwei Drittel der Aufsichtsratsmitglieder spanischer Nationalität und schließlich die gesamten technischen Apparaturen ausschließlich spanischen Ursprungs sind.

In diesem Zusammenhang gewinnt der Jahresbericht 1937 der Rio Tinto Comp., die die weltbekannten Kupfererz- und Schwefelkiesvorkommen in Huelva abbaut, Bedeutung. Er wurde in recht unfreundlichem Ton gegen Francospanien erstattet, und die englische Wirtschaftspresse urteilt entsprechend. Wenn man im Anfang liest, daß die Gesellschaft erheblich unter den „Schikanen“ der nationalen Regierung zu leiden hatte, so könnte man glauben, das zirka 6 Mill. Pfund betragende Kapital sei verlorengegangen. In Wirklichkeit aber wird nicht nur die übliche Dividende ausgewiesen, sondern ausdrücklich festgestellt, daß die absolute und soziale Befriedung im Francogegebiet der ganzen Produktion höchst förderlich gewesen sei. Kein Streik, keine von Betriebsfremden angezettelten revolutionären Umtriebe hätten, so heißt es in dem Bericht weiter, die Förderung gehemmt. Der Bericht beanstandet dann — und das spricht gerade für den Totalitätswillen der Francoregierung, die die nationalen Interessen über privatwirtschaftliche Kapitalisteninteressen stellt —, daß die Exportdevisen beschlagnahmt worden wären und daß durch die kriegsbedingten finanzpolitischen Maßnahmen erhebliche Beschränkungen in der Verfügungsgewalt eingetreten seien. Wir können darin nur eine gesunde nationalstaatliche Wirtschaftsfürsorge erblicken, denn Franco hat durch seine Maßnahmen in der Bergbaugesetzgebung versucht, seinem für nach dem Kriegsabschluß gesteckten wirtschaftspolitischen Ziel ein Stück näher zu kommen. Dieses Ziel aber lautet: alle Möglichkeiten der Einfuhrkontrolle und der Ausfuhrsteuerung in der Hand zu behalten, indem er das im Lande arbeitende Auslandskapital zur Reproduktion im Inland im Interesse der nationalspanischen Wirtschaft zwingt. Darüber hinaus will er, durch Blockierung der Ausländerguthaben, dem Kapitalmangel im Inlande behelfen und einen aussichtsreichen spanischen Erwerbszweig wieder auf die Beine stellen, den Fremdenverkehr. Im übrigen darf man daran erinnern, daß auch die vorepublikanische Industriepolitik derartige Gesetze kannte. Zur Zeit Primo de Riveras mußte jedes Industrieunternehmen in Spanien zu 75% in Kapitalzusammensetzung, Verwaltung und Personal spanisch sein. Alle großen deutschen Konzerne (z. B. AEG., Siemens, IG. Farben u. a.) verzichteten in Achtung der Landesgesetze auf das eigene Unternehmen und suchten Anschluß an spanisches Kapital.

Genau wie den Bergbau fördert die nationale Regierung auch die übrigen Industrien, begreiflicherweise besonders die Rüstungsindustrie und ihre Nebenproduktionen. In den letzten 1½ Jahren sind in den nördlichen Provinzen viele neue Industriebauten entstanden, vor allem, weil sich dort die großen Kohle-, Eisen-, Zink- und Kupfervorkommen befinden. In den Verbrauchsgüterindustrien hat man der Textilindustrie besondere Sorgfalt angedeihen lassen und in Marokko und den Provinzen des Baskenlandes durch Saatgut und Erntekredite den Baumwollanbau gefördert. Nebenher läuft die Pflege der Kunstfasererzeugung, die sich auf die großen Ginsterbestände des Landes stützt. — In Andalusien sind insgesamt 2000 neue Webstühle mit Regierungshilfe in Betrieb genommen worden. 9 Mill. m Gewebe und 1,8 Mill. kg Garn können bereits mit diesen neuen Anlagen produziert werden. Ferner hat man die kosmetische und chemische Industrie angekurbelt, und auch die Industrialisierung von Spanisch-Marokko schreitet gut fort. Dort sind seit Bürgerkriegsbeginn Tabak-, Zündholz- und Palmfaserfabriken entstanden, und zwar bereits in einem Ausmaße, daß die Versorgung Nationalspaniens ausschließlich aus diesen Neuanlagen gesichert erscheint.

Von der Erwägung ausgehend, daß die bisherige Freiheit der privaten Initiative auf industriellem Gebiet keine Gewähr für eine wirksame Wahrung nationaler Interessen verbürgt, sind neue Dekrete ergangen, die die bestehenden Lücken ausfüllen sollen. Der Leitgedanke ist: staatliche Überwachung der privaten industriellen Betätigung. Jede Neugründung, jede Umformung oder Erweiterung bestehender industrieller Einrichtungen bedürfen der Genehmigung. Davon werden sowohl die Kleinindustrie rein lokalen Charakters mit einer nur geringen Zahl von Arbeitern, als auch die Großindustrien und die Betriebe mittleren und größeren Umfanges ohne Rücksicht auf ihr Tätigkeitsgebiet betroffen. Aus den zu dem Gesetz erlassenen Ausführungsbestimmungen geht deutlich die Absicht des Gesetzgebers hervor, „die Privatinitiative in solche Bahnen zu lenken, die den nationalen Erfordernissen entsprechen“. Es sollen also — wozu die durch den Krieg geschaffenen Ausnahmestände leicht verleiten können — Fehlinvestitionen vermieden werden. Gleicherweise werden auch die Aus- und Einfuhr gesteuert und die Importeure und Exporteure korporativ erfaßt, u. a. auch um eine Übersetzung mit Handelsbetrieben zu verhindern.

Die Ergänzung all dieser wirtschaftlichen Initiativmaßnahmen bildet die nationalsyndikalistische Sozialpolitik. Kurze Zeit nach Bildung der nationalspanischen Regierung hat General Franco ein Arbeitsstatut verabschiedet, das, abgesehen von seinen allgemeinen wirtschaftspolitischen Programmpunkten den sozialen Willen des neuen Staates eindeutig bekundet. „*Fuero del Trabajo*“ nannte er dieses neue Statut, das die Arbeit zur Grundlage des nationalen Seins im neuen Spanien erhebt, während dem Kapital nur die „Rolle eines Hilfsmittels der Produktion“ zugewiesen wird. Traditionalistisch im Sinne der Falange, im Sinne der tiefen Gläubigkeit der Requetes und der Navarrabrigaden betont der neue Staat seine soziale Autorität und Totalität im Rahmen katholischer Glaubensgrundsätze. Der Staat ist ein totales Instrument der Integrität des Vaterlandes und syndikalistisch als Reaktion gegen den liberalen Kapitalismus und den marxistischen Materialismus. Das Recht auf Arbeit ist eine Folge der dem Menschen von Gott auferlegten Verpflichtung, für sich selbst und für das Gedeihen des Vaterlandes zu arbeiten. Der Kern der neuen Sozialverfassung sind die Bestimmungen über die Sozial- und Wirtschaftsbedingungen des platten Landes. Sie gipfeln in der These: Durch die Agrarpolitik sollen die Bodenerzeugnisse aufgewertet werden, die Produktionsmethoden vervollkommen und eine bessere und gerechtere Verteilung des Grund und Bodens erzielt werden. Die Einführung langjähriger Pachtverträge soll dabei die Garantie sein für eine Politik, durch die der Boden demjenigen gewährleistet werden soll, der ihn bearbeitet. Das Statut verspricht ferner die Einführung einer Alters-, Invaliden-, Tuberkulose- und Arbeitsversicherung. Die nationale Erzeugung, heißt es dann weiter, bildet eine Einheit im Dienste des Vaterlandes. Der Staat erkennt die Privatinitiative als Grundlage des Wirtschaftslebens der Nation an, aber er wird eingreifen bei Versagen der Privatinitiative oder bei vorliegenden höheren Interessen der Volksgemeinschaft. Alle Zweige der Wirtschaft und der Berufe werden in vertikalen Syndikaten zusammengefaßt, die unter Aufsicht des Staates stehen.

Mit dieser syndikalistischen Organisation zeichnet sich zugleich auch die Form ab, in der der Staat General Francos sich nach Kriegsende zu festigen gedenkt. Noch ist davon wenig verwirklicht, aber für den festen Willen, den Staat als politische und wirtschaftliche Wirklichkeit zu gestalten, zeugen nicht nur die in schwerster Zeit auf wirtschaftlichem Gebiet erzielten Erfolge, die skizziert wurden, sondern auch der kluge und für den Mann bezeichnende Ausspruch General Francos, daß „die Staatsreform über der Staatsform“ stehen müsse.

ARNOLD SEIFERT : Staatenwirtschaftliche Länderschau

Zehn Jahre autoritäres Portugal

In den am 30. Oktober beendeten Wahlen zur portugiesischen Nationalversammlung gaben von 743 930 Wahlberechtigten 622 313 Wähler Ja-Stimmen für die Liste der Nationalpartei ab. Damit hat das portugiesische Volk der nationalen Regierung mit 83,6% das Vertrauen ausgesprochen. Das ist ein großer Erfolg des autoritären Lenkers der portugiesischen Geschicke; wer allerdings den Enthusiasmus miterlebt hat, mit dem am 29. und 30. Mai die portugiesische Nation den 12. Jahrestag der nationalen Revolution von 1926 als den Ursprung des autoritären Staates Antonio de Oliveira Salazars gefeiert hat, den wird das Wahlergebnis nicht besonders überraschen. Die nationale und nationalwirtschaftliche Erneuerung Portugals, die Salazar vollbracht hat, gehört zu den erstaunlichsten Leistungen, die Europa in den letzten zehn Jahren erlebt hat. Salazar wurde im April 1928 Finanzminister und kurz darauf Ministerpräsident der portugiesischen Republik, und es ist wohl der vorwiegend finanzwirtschaftlichen Linie des früheren Universitätsprofessors für Nationalökonomie zuzuschreiben, daß man seine ganz außerordentlichen Erfolge wie sonst selten bei einem Staatsmann so eindeutig an einem Zahlenbild ablesen kann. An der nachstehenden Übersicht über die Salden des portugiesischen Staatshaushaltes wird der sofortige und vollständige Umbruch der Entwicklung mit dem Eintritt Salazars in die Regierung schlagend verdeutlicht (im Jahre 1910, dem ersten aufgeführten Jahr, wurde Portugal Republik):

Der portugiesische Staatshaushalt
(in engl. £)

Jahr	Defizit	Überschuß
1910/11	60.000	
1911/12	1.203.000	
1912/13		117.000
1913/14		1.257.000
1914/15	3.922.000	
1915/16	5.461.000	
1916/17	6.826.000	
1917/18	11.026.000	
1918/19	15.199.000	
1919/20	6.679.000	
1920/21	6.434.000	
1921/22	4.139.000	
1922/23	5.465.000	
1923/24	1.786.000	
1924/25	2.148.000	
1925/26	1.281.000	
1926/27	6.772.000	
1927/28	1.876.000	
<hr/>		
1928/29		2.784.000
1929/30		407.000
1930/31		1.512.000
1931/32		1.363.000
1932/33		763.000
1933/34		1.184.000
1934/35		2.888.000
1935/36		2.080.000
1936/37		1.910.000

Amtsantritt von Dr. Antonio de Oliveira Salazar

Amtsantritt von Dr. Antonio de Oliveira Salazar

Salazar ist es also bereits im Jahre seines Amtsantrittes gelungen, ein hohes Defizit in einen bereits beachtlichen Überschuß zu verwandeln. Man findet die Erklärung dafür nur darin, daß weder eine Arbeitslosigkeit im üblichen westeuropäischen Sinne noch irgendwelche andere soziale Konflikte die Ursache der staatlichen und wirtschaftlichen Schwäche Portugals gewesen waren, sondern lediglich die notorische Lässigkeit des vorrevolutionären Portugiesen, die Mißwirtschaft des Parteienstaates, der daraus resultierende chronische Kapitalmangel, der das Land schon seit 120 Jahren in finanzielle Abhängigkeit von England gebracht hat, und die damit gegebenen Kredit Schwierigkeiten. Alle diese Übelstände waren in dem an natürlichen Gaben, an Kolonialbesitz und an Volkskraft reichen Lande verhältnismäßig leicht zu überwindende Schwächen, zumal die Unentwickeltheit der Wirtschaftskräfte darauf deutete, daß die staatliche Lenkung nicht durch umfangreiche gewachsene Wirtschaftsformen und festgelegte Interessen gehemmt sein würde. Es mußte also allein durch den straffen Einsatz rein organisatorischer Mittel zu Erfolgen zu gelangen sein, wenn gleichzeitig das Problem von der wirtschaftspsychologischen Seite angepackt würde. Salazar hat beides verstanden. Sein „Neuer Staat“ hat einmal in das portugiesische Volk einen neuen Geist ziehen lassen, einen Geist, der die für den portugiesischen Nationalcharakter sprichwörtlich gewesene Lässigkeit und „Korruptionseigenschaft“ radikal abstreifte. Zum andern ließ sich Salazar diktatorische Vollmachten auf wirtschaftlichem und besonders auf finanzwirtschaftlichem Gebiet geben und führte mit ihnen ein drastisches Sparprogramm durch, das mit der früheren Methode der Aufblähung des Staatshaushaltes im Interesse der finanziellen Sicherung der parlamentarischen Mehrheit der Regierungspartei gründlich aufräumte. In ganz Portugal durfte keine einzige Staatsausgabe mehr erfolgen, die nicht seinen persönlichen Bewilligungsvermerk trug, und mit dieser Politik erzielte er, daß der portugiesische Staat heute — zehn Jahre nach dem Amtsantritt Salazars — über ungefähr 1200 Mill. Escudos (= ca. 10.665.000 £) Reserven verfügt, obgleich er von der Summe der Haushaltüberschüsse der Salazarzeit in Höhe von 1600 Mill. Escudos (= 14.400.000 £) bereits rund 405 Mill. Escudos für den praktischen Wirtschaftsaufbau verwandte, durch den das Land inzwischen völlig verwandelt, d. h. durch Staatsinitiative in Gestalt von Straßen- und Eisenbahnbauten, Bewässerungsanlagen, Hafenbauten und Industrialisierungsmaßnahmen erschlossen worden ist. (Wir verzichten an dieser Stelle auf eine ausführliche Darstellung dieser lenkungswirtschaftlichen Maßnahmen und Erfolge, und dies besonders, weil gerade in den letzten Monaten drei Arbeiten über den portugiesischen Aufstieg erschienen sind, die einen ausgezeichneten Überblick geben. Es ist dies einmal das Buch von *Gonzague de Reynold, Portugal Gestern-Heute, Salzburg-Leipzig 1938*. Reynold, ein Schweizer, hat für diese Arbeit den Nationalpreis [ca. 2500 RM.] erhalten, den die portugiesische Regierung jährlich für das beste wissenschaftliche oder schöngeistige Buch über Portugal in französischer, englischer, deutscher, spanischer oder italienischer Sprache ausschreibt. Dann *Neues Portugal* [Frankfurt a. Main 1938] von *Friedrich Sieburg*, und schließlich die kleine Arbeit von *Manfred Zapp. Portugal als autoritärer Staat, Berlin 1938*.) Salazar hat es fertiggebracht, die meisten dieser öffentlichen Arbeiten aus den laufenden Staatseinnahmen zu bestreiten, und innere Anleihen sind dafür nur zu einem Bruchteil aufgelegt worden, während er die Aufnahme von Auslandsanleihen vollständig unterbunden hat. Beim Regierungsantritt Salazars lag der Diskontsatz über 10%. Heute finden portugiesische Staatspapiere mit 3½% ihren Markt. Gleichzeitig gelang es dem Ministerpräsidenten, die portugiesische Zahlungsbilanz zu aktivieren, was daraus ersichtlich wird, daß die Bank von Portugal seit einiger

Zeit ihre Goldreserven laufend erhöht und die portugiesische Regierung in London beträchtliche Guthaben ansammelt.

Am wichtigsten für die Beurteilung der Erfolge Salazars ist jedoch die Tatsache, daß sich all dies zwischen 1928 und 1938 vollzogen hat, also gerade in dem Jahrzehnt, in dem die große Weltwirtschaftskrise anderswo überall tiefe Wunden schlug. Wenn man unter diesem Gesichtspunkt das zehnjährige Wirken Oliveira Salazars betrachtet, so kann man es nur als großen Vorsprung und das große Glück Portugals bezeichnen, bereits vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1931 den Mann gefunden zu haben, der das Heil des Landes in der Einführung einer totalen staatlichen Lenkung sah, der also bereits seine Hand am Steuer der Wirtschaft und entsprechende Sicherungen eingebaut hatte, als der Sturm losbrach. Damit ist Portugal fast das einzige der weltwirtschaftlichen „Sekundärländer“ gewesen, das nicht unvorbereitet in die große Krise taumelte.

Die Eigenversorgung mit kolonialer Baumwolle

Der Vorsprung, den sich Portugal auf diese Weise sicherte, und die daraus resultierenden größeren Aufgaben erlaubten und erforderten sehr bald auch eine größere kolonialpolitische Aktivität, die die Kolonien — das portugiesische ist das viertgrößte Kolonialreich der Welt! — auch wesentlich stärker als bisher zur Versorgung des Mutterlandes unter dem Gesichtspunkt einer Imperial-Autarkie heranzog. Einen sehr schönen Erfolg auf diesem Gebiet hat die Regierung Salazar in bezug auf die Produktionserhöhung und die Versorgung des Mutterlandes mit kolonialer Baumwolle erzielt, für die eigene Wirtschaftsgesetze am 30. Juli 1926 (Dekret Nr. 11994) und am 22. April 1932 (Dekret Nr. 21226) erlassen wurden. Wie aus der beigegebenen Tabelle ersichtlich, lie-

Die Verlagerung der portugiesischen Baumwolleneinfuhr

Jahr	Gesamteinfuhr t	Einfuhr aus den Kolonien			Anteil der Kolonialeinfuhr an der Gesamteinfuhr in %
		Kolonie	t	Anteil in %	
1928	16 714	Angola	354	68,0	3,1
		Mozambique	166	31,9	
1929	16 448	Angola	700	73,7	5,8
		Mozambique	250	26,2	
1930	19 795	Angola	642	77,1	4,2
		Mozambique	190	22,9	
1931	15 585	Angola	640	81,0	5,0
		Mozambique	150	19,0	
1932	22 404	Angola	709	39,5	8,0
		Mozambique	1 084	60,5	
1933	23 277	Angola	791	33,7	10,1
		Mozambique	1 557	66,3	
1934	22 601	Angola	720	27,3	11,7
		Mozambique	1 919	72,7	
1935	24 346	Angola	1 155	38,7	12,2
		Mozambique	1 829	61,3	
1936	21 243	Angola	2 916	47,3	29,0
		Mozambique	3 247	52,7	
1937	30 959	Angola	3 107	27,4	36,6
		Mozambique	8 226	72,6	

ferte das Kolonialreich im Jahre 1928 von einer Gesamteinfuhr von 16 448 t Baumwolle nur 519 t, also nur etwa 3,1%, während die Kolonien 1937 an der Gesamteinfuhr von 30 959 t mit 11 333 t = 36,6% beteiligt waren! (Als Lieferländer kommen dabei praktisch nur die Kolonien Mozambique und Angola in Betracht.) Das ist wirklich ein erstaunlicher Fortschritt, und insoweit er zur Zeit noch dadurch getrübt wird, daß die Qualität, die

Sortierung und die Lieferung der Kolonialbaumwolle zu wünschen übriglassen, ist gerade in letzter Zeit neue staatliche Vorsorge getroffen worden, auch darin Abhilfe zu schaffen. Die Regierung hat durch entsprechende Erlasse je einen Nationalrat für koloniale Baumwollausfuhr und für Regulierung des Baumwollhandels erlassen und gleichzeitig verfügt, daß sowohl die Einfuhr von Baumwolle aus den Kolonien als auch die von ausländischer mit einer Abgabe vom Wert belastet werden. Sie soll zur Besoldung von Beamten der beiden Nationalräte Verwendung finden, welche die Qualitätskontrolle der Baumwollproduktion und Baumwollausfuhr in den Kolonien und im Mutterlande durchführen werden.

Koloniale Planpolitik in Mozambique und Angola

Hatte schon aus Maßnahmen dieser Art, die ihre Krönung in der Balancierung der Haushalte aller Kolonien im Jahre 1936 fand, eine planvolle Staatsinitiative gegenüber den Kolonien gesprochen, so hat sich in jüngster Zeit diese Aktivität in eine ausgesprochene Politik des plangeregelten Ausbaues des portugiesischen Kolonialreiches mit dem Ziele der Verschmelzung des Mutterlandes mit den Kolonien zu einem ökonomischen Ganzen verwandelt. Diese Planregelung begann im Frühjahr 1937 mit dem Sechs-Jahres-Plan für Mozambique. Er sieht vor: die Fertigstellung der Mozambique-Bahn entlang dem Lurio-Fluß (wichtig sowohl als Mittel der Erschließung der landwirtschaftlich reichsten Gebiete der Kolonie als auch als „Tor“ zum Meer für Nyassaland und Zentralafrika), den Bau der Tete-Bahn (die den ergiebigen Erzabbaustätten der Provinz Tete dienen und im ganzen 630 km lang werden soll), Entwässerungspläne im Limpopo- und Umbeluzital (das den Bau einer Stichbahn einschließt, die bei Kilometer 128 der Xinavane-Bahn beginnen soll), den Ausbau und die Verbesserung des Straßensystems, die Planung des Hafens von Nacala (50 km nördlich von Lumbo) als Endpunkt der Mozambique-Bahn und die Errichtung von Mustergütern und Zuchtfarmen in den erschlossenen und ent- bzw. bewässerten Gebieten. Nunmehr, nämlich am 16. August dieses Jahres, ist (mit Dekret Nr. 28 924) neben diesen Sechs-Jahres-Plan der Angola-Plan getreten, dessen wesentlichen Inhalt wir im Abschnitt „Materialien“ wiedergeben und der gleich dem Mozambique-Plan zeitlich begrenzt ist, nämlich auf sieben Jahre. Hinter beiden Plänen aber steht der Wille des „Neuen Staates“, dessen Totalitätsstreben sich charakteristisch in der Einräumung eines Sonderkredites des Kolonialministeriums an die Generalagentur der Kolonien zum Zwecke einer staatlichen Kolonialpropaganda und in der Bestimmung äußert, daß andere Bau- und Erschließungsvorhaben innerhalb der Laufzeit der Pläne verboten sind. Dieser in 10 Jahren musterhafter, politischer Stetigkeit unter Beweis gestellte politische Wille ist auch die stärkste Garantie dafür, daß die Pläne wirklich zur Durchführung gelangen. Seit Salazar kann die Welt mit Portugal rechnen. Am 11. Juli hat sich der portugiesische Staatspräsident Carmona auf eine Afrikareise begeben, und diese Reise sei, so heißt es in einer von den Engländern, Franzosen und Südafrikanern stark beachteten Proklamation aus Anlaß seiner Abreise aus Lissabon, ein lebendiger Ausdruck für die große Sorgfalt, mit der die Regierung alle kolonialen Probleme anpacke. Vor Errichtung der neuen politischen Ordnung sei die Lage der Kolonien keineswegs befriedigend gewesen. Die Kolonialwirtschaft habe sich in einer Dauerkrise befunden, und im portugiesischen Mutterlande sei die defaitistische Überzeugung allgemein verbreitet gewesen, daß ein Abfall der Kolonien vom Mutterlande auf die Dauer unvermeidlich sei. Der „Neue Staat“ jedoch habe sich mutig den Problemen gestellt und vor allem alle gesunden Kräfte Portugals mobil gemacht, indem er die Idee des Imperiums zu neuem Leben brachte. Die „Koloniale Charte“, das

Kolonialgrundgesetz vom August 1935, proklamierte die unzerstörbare Einheit des portugiesischen Reiches, die sich auf die Gemeinsamkeit der Sprache, der Kultur und der Ideale gründe, und diese Proklamation sei „die lebendige Formel für den Geist, der für Jahrhunderte den kolonisatorischen Einsatz der Portugiesen geleitet“ habe. Politisch und wirtschaftlich sei das gesamte portugiesische Imperium ein umfassendes Ganze, und geistig entsprächen ihm die gemeinsamen Lebensziele aller Portugiesen diesseits und jenseits des Ozeans. Aus diesem Grunde aber sei die koloniale Aufgabe eines der obersten Ziele der politischen Erneuerung des portugiesischen Volkes.

Neuseeland bleibt bei sozialistischer Plankontrolle

In Neuseeland haben am 15. Oktober die im ganzen Britischen Weltreich wegen ihrer grundsätzlichen empirepolitischen Bedeutung mit Spannung erwarteten Neuwahlen für das Parlament stattgefunden. Entgegen den in London und anderswo gehegten Hoffnungen ist die Labour-Regierung Savage, deren totalitär gefärbte Staats- und Wirtschaftslenkung in den letzten drei Jahren dem Commonwealth-Gedanken beträchtlichen Abbruch getan hat, nicht geschlagen worden. Sie hat im Gegenteil noch rund 100000 Stimmen mehr als im November 1935 auf sich vereinen können und verfügt damit über 54 Sitze und die Zweidrittelmehrheit gegenüber 24 Sitzen der Opposition und zwei Unabhängigen. Seit wir im März-Heft der *Staatenwirtschaft* die „Staatliche Preissteuerung und Ausfuhr- lenkung in Neuseeland“ eingehend behandelt haben, wissen unsere Leser, daß wir der am 6. Dezember 1935 ans Ruder gekommenen und nunmehr im Amt bestätigten Labour-Regierung eine in einem spezifisch neuseeländischen Sinne nationale Wirtschaftspolitik nicht absprechen. Der neuseeländische Sozialismus kennt weder den Klassenkampfgedanken, noch ist er „international“. J. Savage ist seinen Weg zum Premierminister gegangen, ohne auch nur ein einziges Mal den Namen Marx zu erwähnen. Sein Programm ist vielmehr ganz ausgesprochen das eines totalen sozialen Ausgleichs auf der Grundlage des zur Zeit in Neuseeland gegebenen durchschnittlichen Lebensniveaus. Der Weg dahin soll über die Plankontrolle des autoritären sozialistischen Staates führen, der — soweit er einen sozialwirtschaftlichen Fortschritt und damit eine laufende Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards planmäßig betreibt — von nun an auch die gleichmäßige Verteilung der Segnungen eines solchen Fortschrittes übernimmt, weil er die Verantwortung für einen wirksamen „Isolationsschutz gegen die Schläge der Weltkrisen“ nur dann übernehmen zu können glaubt, wenn er im Besitz aller Faktoren zur Beeinflussung des Ablaufs der Entwicklung des sozialen Organismus ist. Auf diesen Grundüberzeugungen hat die Regierung Savage in den letzten drei Jahren die gesetzlichen Grundlagen für eine autoritäre Wirtschaftsführung geschaffen. Heute besitzt sie das uneingeschränkte Recht, mit Hilfe der dem Staate gehörenden Reservebank die Währungswirtschaft zu kontrollieren, den Binnenmarkt für Lebensmittel zu regeln, Industrie Gründungen zu gestatten oder zu verbieten, die Preise zu überwachen und Marktordnungen zu erlassen, einen staatlichen Wohnungsbau zu organisieren, das Verkehrswesen zu überwachen oder zu verstaatlichen, sehr ausgedehnte soziale Fürsorgemaßnahmen zu erlassen usw. Sie hat — wie wir sahen — inzwischen die gesamte Butter- und Käseausfuhr (Neuseeland ist neben Dänemark das größte Butterausfuhrland der Welt) einer staatlichen Plankontrolle unterworfen, um den Milchbauern einen sozial gerechten festen Preis zu garantieren, und sie ist kurz vor dem Wahlgang mit einem Gesetzesentwurf hervorgetreten, der die Einführung von Alterspensionen und freier ärztlicher Behandlung für alle Staatsangehörigen vorsieht.

Zweifelloos hat die Regierung bisher mit ihrer Politik außergewöhnliche Erfolge gehabt. Das Volkseinkommen ist in den letzten beiden Jahren bei einer Steigerung der Lebenshaltungskosten von nur 10% von 103 Mill. £ NZ. im März 1935 auf 150 Mill. £ NZ. im März 1937 gestiegen, und obgleich der Staatshaushalt regelmäßig ausgeglichen werden konnte, hat die Regierung in Form von sozialen und anderen Zuwendungen einschließlich des Aufbaues ganz neuer Industrien eine Ausgabenpolitik betrieben, die von der Opposition als unverantwortlich und verschwenderisch bezeichnet worden ist. Allerdings trifft es auch zu, daß, wie die hauptsächlich der besitzenden Schicht entstammende britisch-nationalistische Opposition einwendet, diese Erfolge zu einem beträchtlichen Teil nicht unmittelbar der Regierungspolitik, sondern der Besserung der Weltwirtschaft seit 1935 zuzuschreiben sind, denn der Wert der neuseeländischen Ausfuhr ist vom März 1935 bis März 1937 um rund 25 Mill. £ NZ. gestiegen, in der gleichen Zeit sind aber die Staatsausgaben nicht vermindert, sondern vermehrt worden, so daß keine Rücklagen bestehen für den Fall eines neuen Zusammenbruchs der Weltmärkte, wie er inzwischen zum Teil bereits tatsächlich eingetreten ist.

Insofern ist das mit so viel Schwung begonnene System der staatlichen Butter- und Käseausfuhr in diesem Sommer zu einem Musterbeispiel für das Gefährliche eines solchen Verfahrens geworden. Es hat seine Feuerprobe insoweit noch nicht bestanden, als es bisher noch nicht durch eine Periode fallender Weltmarktpreise gehen mußte. Das staatliche neuseeländische Marktregelungsamt konnte im Gegenteil durch die günstige Preisgestaltung auf dem Londoner Buttermarkt im Buttersauhrjahr 1937/38 einen Überschuß von 929 000 £ NZ. erzielen, nachdem es bereits unter dem Garantiepreis-System die Farmer ausgezahlt hatte. Das Kuriose an der Sache aber ist, daß die Regierung auf das Drängen der Farmer, denen die 929 000 £ NZ. in die Augen stachen, sich entschloß, 815 000 £ NZ. davon an sie als „einmalige Sonderzuwendung für gestiegene Produktionskosten“ auszuschütten! Sieht man von den offensichtlichen politischen Hintergründen dieser Sache ab, so ist wahrhaftig nicht ganz einzusehen, warum man erst in einem Gesetz den sozial gerechten Preis findet und ihn garantiert, um dann den darin verankerten Grundsatz das erstemal, wenn er funktioniert, zu durchbrechen. Bekanntlich leistet der Staat auch im Falle eines Mindererlöses auf den Weltmärkten den hohen garantierten Preis, wobei dann die Differenz aus Steuermitteln bestritten werden soll, wie es tatsächlich auch im ersten Planjahr 1936/37 schon einmal geschehen mußte.

Es liegt auf der Hand, daß man mit einem An-die-Wand-Malen dieser möglichen Gefahren der Zukunft die in den Genuß der sozialen Ausgleichsmaßnahmen gelangten Wählermassen nicht dazu bewegen konnte, der Savage-Partei ihre Stimmen zu versagen. Die Opposition hatte schließlich auch schon 1935 behauptet, die Labour-Regierung werde das Land in den Ruin führen, und sie hatte nicht recht behalten. Der Triumph der Labour-Leute vom 15. Oktober wird daher ohne weiteres verständlich, und erst mit dem Blick auf die Zukunft zeichnen sich die eigentlichen Schwierigkeiten ab. In dieser Hinsicht aber haben sich die Aussichten in den letzten Monaten erheblich verdüstert. Der neue weltwirtschaftliche Rückschlag beginnt allmählich auch Neuseeland sein unfreundliches Gesicht zu zeigen, und das Land steht vor dem Beginn der Periode fallender Ausfuhr und noch steigender Einfuhr, die für überseeische Rohstoffländer vom Schlage Neuseelands in jeder Krise charakteristisch ist.

Im Fiskaljahr 1937/38 hat sich der Wert der neuseeländischen Wollausfuhr um 41% verringert, und während die neuseeländische Ausfuhr in den am 31. März 1937 endenden 12 Monaten rund 60,2 Mill. £ NZ. einbrachte, die Einfuhr dagegen 47,6 Mill. £ NZ. erforderte, was einem Ausfuhrüberschuß von 12,6 Mill. £ NZ. gleichkam, hat die Ausfuhr in den am 31. März 1938 endenden 12 Monaten zwar 65 Mill. £ NZ. gebracht, aber auch die Einfuhr stieg auf 58,1 Mill. £ NZ., so daß der Ausfuhrüberschuß auf 6,9 Mill. £ NZ. zusammenschrumpfte. Wohl ist der Ausfuhrüberschuß bis Ende Juni auf 10,2 Mill. £ NZ. gestiegen, aber die Mehrzahl aller Ausfuhren erfolgt im neuseeländischen Sommer und Herbst, d. h. also von Januar bis Mai, während die Einfuhren in der zweiten Hälfte des Jahres wachsen, so daß eine Erhöhung des Überschusses unwahrscheinlich ist. Der Juli 1938 ergab bereits einen Einfuhrüberschuß von 828 000 £ NZ. Im übrigen steht schon heute fest, daß

die neuseeländische Butterproduktion um etwa 15—20 % unter derjenigen des Vorjahres liegen wird, und obendrein liegt der Weltbuttermarkt auf Grund ungewöhnlich hoher Londoner Vorräte und bevorstehender starker Produktion fast aller übrigen Butterausfuhrländer in der kommenden Saison (November bis Mai) voraussichtlich sehr schwach, was sich bereits in einem empfindlichen Nachgeben der Londoner Notierungen äußert. Hinzu kommt — und das hat die Opposition im Wahlgang besonders hervorgehoben —, daß die neuseeländische Regierung in den letzten Jahren zur Bestreitung ihrer Ausgabenpolitik im Inneren die Londoner Devisenguthaben Neuseelands stark angegriffen hat. Sie sind von 31,3 Mill. £ NZ. am 28. Februar 1937 auf 25,5 Mill. £ NZ. am 28. Februar d. J. zusammengeschrunpft.

Devisenbewirtschaftung als zwangsläufiger Weg zum Gesamtplan

Alles das — die sozialistischen Experimente, der Devisenschwund, die fallende Ausfuhr und die sinkenden Ausfuhrerlöse bei mindestens gleichbleibender Einfuhr und der Rückgriff auf die Londoner Guthaben — hat die Londoner City in große Sorge darüber gebracht, ob Neuseeland die Zinsen und Tilgungsquoten für seine Londoner Anleihen weiterhin aufbringen und nach London transferieren kann. Neuseeland hat im Ausland für etwa 157,89 Mill. £ NZ. Anleihen begeben, wovon etwa 8 Mill. £ NZ. jährlich an Zinsen und Tilgung nach London und etwa 2 Mill. £ NZ. nach anderen Plätzen (besonders nach Australien) zu leisten sind. Wenn also der Schuldendienst weiter erfüllt werden soll, so darf der Ausfuhrüberschuß nicht mehr wesentlich sinken, und auch die Londoner Guthaben dürfen nicht mehr in dem gleichen Tempo verringert werden wie von 1936 (41,2 Mill. £ NZ.) bis heute (25,5 Mill. £ NZ.). Jedenfalls hat die City schon seit einem halben Jahr auf diese Entwicklung böse reagiert. Seit April sind nicht unwesentliche Kurseinbrüche in den neuseeländischen Staatspapieren zu verzeichnen, und Premierminister Savage fühlte sich am 19. Oktober veranlaßt, eine ausdrückliche öffentliche Zusicherung zu geben, daß Neuseeland seinen auswärtigen Schuldendienst wie bisher durchführen werde. Daß die Guthaben abnehmen, liegt aber nun keineswegs nur daran, daß sie zur Zinsen- und Tilgungsleistung und zu anderen Regierungszwecken Verwendung finden, sondern auch an einer ziemlich beträchtlichen Kapitalflucht, die von den im Lager der Opposition befindlichen neuseeländischen Industrie- und Handelskreisen betrieben wird, weil „sie kein Vertrauen in die lenkungswirtschaftlichen Experimente der derzeitigen Regierung“ haben. Im Wahlfeldzug war diese Kapitalflucht sogar offenes Argument der Opposition, die die Methoden der Regierung dafür verantwortlich machte, daß die Neuseeländer vorzögen, ihr Geld außerhalb Neuseelands an sicheren Plätzen anzulegen (*to seek better security abroad*). Ist damit aber nicht die Regierung gedrängt, die Kapitalflucht abzustoppen, und zwar in anderer Form, als die Opposition es wünscht, nämlich nicht dadurch, daß sie durch Steuersenkungen zu einer dem sozialen Ausgleich entgegenwirkenden privaten Kapitalanlage in Neuseeland Anreize gibt, sondern durch die Erfassung aller ausländischen Kapitalien von Neuseeländern auf dem Wege der Einführung einer scharfen Devisenkontrolle, wozu sie die gesetzliche Handhabe bereits besitzt?

Daß solche Pläne regierungsseitig erörtert werden und — wie immer in solchen Fällen — zur Nervosität der Gläubiger noch beitragen, bestätigt der Korrespondent des Londoner *Chamber of Commerce Journal* in Wellington, der Anfang September schrieb, daß die Frage der Einführung einer totalen Devisenkontrolle tatsächlich in Neuseeland ernstlich zur Debatte stünde und daß die dortigen Industrie- und Handelskreise darüber außerordentlich beunruhigt seien. Jetzt — nach der politischen Entscheidung, die die Tendenz zur Kapitalflucht verstärkt — dürfte diese Neigung zum Übergang zur totalen Devisenkontrolle eher noch größer geworden sein; denn wenn angesichts der bedrohlichen

Absatzlage auf dem Weltmarkt der Anfall von Devisen — was im Falle Neuseelands mehr oder weniger ausschließlich Sterling heißt — stark zurückgeht, wenn weiter dieser Rückgang verschärft wird durch eine Kapitalflucht der Neuseeländer, die die Erlöse der Ausfuhr von Waren, welche noch nicht unter staatlicher Kontrolle stehen, nicht nach Neuseeland zurückgelangen lassen, sondern damit anderweit Guthaben bilden, wenn ferner der Staat zur Bestreitung seines Schuldendienstes in immer stärkerem Maße den laufenden Devisenanfall benutzen muß, so dürfte bei steigendem Einfuhrbedarf der Industrie und der Bevölkerung der Zeitpunkt sehr bald erreicht sein, an dem die Regierung sich gar nicht anders mehr helfen kann, als durch ein Einfuhrgenehmigungs- und Devisenbewirtschaftungsverfahren den drohenden Einbruch der Krise vom Lande nach Möglichkeit fernzuhalten. Wir haben bereits in der zitierten Arbeit im Märzheft gesagt, daß aus der staatlich gelenkten Butter- und Käseausfuhr ein sehr beträchtlicher Anteil des gesamten Devisenanfalles erwächst und daß diese Tatsache währungswirtschaftlich unbedingt weitere devisenwirtschaftliche Planungen nach sich ziehen müsse, denn wenn ein so großer Posten des ganzen Devisenaufkommens von vornherein der privaten Verfügungsgewalt entzogen sei, so müßten zwangsläufig auch Verschiebungen in der privaten Nachfrage nach Devisen eintreten, die den Schritt vom Teil- zum Gesamtplan erforderlich machten. Wir haben nicht geglaubt, daß sich unsere Vorhersage so rasch bestätigen würde. Die neuseeländische Regierung hat sich am 20. Oktober entschlossen, das neuseeländische Pfund um 10/— sh je 100 Londoner £ abzuwerten. Die neue Parität beträgt damit 125 £ NZ. je 100 £ London, anstatt wie bisher 124 £ NZ. zu 100 £ London. Diese Maßnahme bestätigt unsere Beurteilung der Lage, wenn wir sie auch nur für ein erstes Zeichen der langsam in Fluß kommenden Dinge halten.

Die Südhalbkugel in der Wirtschaftseinheit des Empire

In London sieht man diese Dinge aber auch noch von einer anderen als der rein finanziellen Seite an. Man verhehlt sich nicht, daß die neuseeländische Wirtschaftsentwicklung starke Parallelen zu der Lage der anderen beiden großen Rohstoffproduktionsländer des Britischen Reichs auf der südlichen Halbkugel aufweist. Auch in Südafrika und Australien hat sich seit dem Ausbruch der neuen Krise die Lage dahin verschlechtert, daß fallenden Ausfuhrwerten steigende Einfuhrwerte gegenüberstehen. In den ersten Monaten des Jahres 1938 führte die Union von Südafrika nur für 70 Mill. £ aus, während sie in der entsprechenden Zeit 1937 für 82,4 Mill. £ exportiert hatte. In den gleichen Zeitspannen ist dagegen die Einfuhr von 67,3 Mill. £ in 1937 auf 63,7 Mill. £ in 1938, also um rund 3,6 Mill. £, gesunken. Noch ausgeprägter war der Rückgang für den Monat August. Einer Totalausfuhr von 11 Mill. £ im August 1937 steht im August 1938 eine Ausfuhr von nur 5,5 Mill. £, also von weniger als 50%, gegenüber. In der Saison 1937/38 ist der Erlös aus den südafrikanischen Wollverkäufen gegenüber dem Vorjahre um 35% gesunken. Bei Australien liegt die Sache nicht viel anders. Dort sanken die Erlöse aus der Wolle in der gleichen Zeit um 30%, und die Ausfuhrlage wird in Australien am besten dadurch gekennzeichnet, daß der Juli 1937 einen Ausfuhrüberschuß von 745 000 £ brachte, während der Juli 1938 einen Einfuhrüberschuß von 614 000 £ aufweist. In allen drei Ländern sind zum Beispiel bei Wolle erhebliche Lagerbestands erhöhungen zu verzeichnen. Neuseeland ist aus den Verkäufen der Saison 1937/38 mit 44 800 (i. V. 15 200 Ballen), Südafrika mit 26 800 (i. V. 11 900 Ballen) und Australien mit 235 700 (i. V. 47 100) Ballen hervorgegangen. Im ganzen kann man also sagen,

daß Neuseeland eigentlich nur am weitesten vorn marschiert, die Tendenz aber im übrigen bei allen drei Ländern fast die gleiche ist. Sie wird bei Südafrika etwas verdeckt durch die Goldproduktion, deren Bedeutung für das Land — wie wir im letzten Heft der *Staatenwirtschaft* erörtert haben — weitgehend von der Goldpreispolitik der Vereinigten Staaten abhängt. Die australische Wirtschaftsstruktur andererseits ist nicht ganz so einseitig auf wenige Hauptausfuhrartikel abgestellt wie die neuseeländische. Aber auch in Australien kann man den sichtlichen Drang zu staatlicher Lenkung des inneren und äußeren Wirtschaftslebens zu einem guten Teil auf die Einseitigkeit des wirtschaftlichen Verhältnisses zur übrigen Welt zurückführen, das notwendigerweise in der heutigen Lage des Welthandels Lenkungsmaßnahmen totalitären Stils erforderlich macht.

Man fürchtet in London daher wohl nicht ganz zu Unrecht, daß das neuseeländische Beispiel in Australien und Südafrika Schule macht. Um so ungelegener kommt gerade im jetzigen Augenblick der Belastungsprobe der Empiriewirtschaft dieser Labour-Wahlsieg in Neuseeland, der als eine neue Bedrohung des seit Ottawa im Aufbau begriffenen wirtschaftlichen Gefüges des Empires betrachtet wird. Insofern geht der Wahlsieg über seine Bedeutung für das kleine Inselreich im Südpazifik weit hinaus und demonstriert der Welt, daß eines der britischsten aller Dominions währungswirtschaftlich seine eigenen Wege geht. Man macht sich in London keine Illusion darüber, daß ein großes Stück des Einheitsgefühls und des Einheitswillens im Britischen Weltreich auf der Tatsache beruht, daß innerhalb des Empires jeder an jeden jede beliebige Summe Geldes in jedem Augenblick ungehindert übertragen kann. Die verbindende Kraft des einheitlichen Empire-Zahlungsverkehrs ist gefährdet durch den politischen Gedanken der totalen Außenwirtschaftslenkung in einzelnen Teilen des Empires, der sich folgerichtig aus dem Gedanken der sozialen Sicherung entwickelt hat. Die besondere Form der sozialen Sicherung aber richtet sich überall auf Erden nach der Gemeinsamkeit des wirtschaftlichen Schicksals der innerhalb einer volkswirtschaftlichen Einheit zusammengefaßten Menschen. Wenn daher Neuseeland zu den in der Luft liegenden neuen Schritten der Lenkung greift, so geschieht dies aus eben diesem Entwicklungsgesetz heraus, welches sich stets dort kristallisiert, wo die wirkliche volkswirtschaftliche Einheit und damit die wirkliche wirtschaftliche Schicksalsgemeinschaft vorliegt. Das ist in Neuseeland der Fall, nicht aber im Empire, das alles andere ist als eine Einheit der gemeinsamen wirtschaftlichen Schicksale aller darin Lebenden.

Die Personenfrage in der deutschen Wirtschaftslenkung

Wird man unter dem Eindruck solcher Vorgänge von der unausweichlichen Notwendigkeit der staatlichen Lenkung zur Bewältigung der Probleme unserer Zeit überzeugt, so wird man unschwer alle jungen aufbauenden Kräfte dort am Werke befindlich erkennen, wo durch den Umbau der überkommenen liberalen Wirtschaft ein Höchstmaß an Elastizität und Schlagkräftigkeit des Lenkungsapparates erstrebt wird. Zwei Hauptforderungen beherrschen dieses Streben. Die eine lautet dahin, daß eine moderne Volkswirtschaft die Durchbrechung des Grundsatzes der Einheit des staatlichen Lenkungswillens unter keinen Umständen verträgt. Die zweite heißt, daß die „Technik“ der Lenkung von sekundärer Wichtigkeit ist, wenn die in ihr handelnden Menschen Schwung, Elastizität und Tatkraft entwickeln. In Deutschland ist die erste Forderung, die Einheit des staatlichen Lenkungswillens, unter Hermann Göring und Walter Funk zu

Anfang dieses Jahres organisatorisch und sachlich endgültig verwirklicht worden. Seit dieser Zeit rückt daher die zweite Forderung, die Personenfrage im staatlichen Wirtschaftslenkungsapparat, in den Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion. Ende Juni schrieb Erich Flottmann in einem vielbeachteten Aufsatz über „Staatliche Wirtschaftslenkung und innere Verwaltung“ (in: *Deutsche Verwaltung*, 15. Jahrg., Nr. 12), daß neben den richtigen organisatorischen Aufbau (als äußere Grundlage staatlicher Wirtschaftslenkung) die zweckentsprechende wirtschaftspolitische Ausbildung des hier zum Einsatz gelangenden Beamten treten müsse. Ähnlich hob im 1. Septemberheft der *Deutschen Volkswirtschaft* Heinrich Hunke unter dem Thema „Ziele und Grenzen der Wirtschaftspolitik“ hervor, daß von der Wirtschaftsführung die Wirtschaftsverwaltung streng zu unterscheiden sei: „Das ist ja die bange Sorge, daß jede Führung sich wie ein Fettfleck auf dem Papier ausbreitet und zu einer umfassenden Reglementierung ausartet. Ich werde an anderer Stelle nachweisen, daß diese Sorge grundsätzlich unbegründet ist, so selbstverständlich die Wirtschaftsführung andererseits zur Erledigung der sachlichen Aufgaben, d. h. der Wirtschaftssteuerung oder -lenkung, eine bestimmte Wirtschaftsverwaltung braucht. Sie ist Aufgabe des staatlichen Apparates. Die Wirtschaftsführung ist Sache des politischen Führers. Die zunehmende Wirtschaftsverwaltung in unseren Tagen ist keine Folge der Wirtschaftsführung, sondern der Lage, in der wir leben. Die Welt ist eng geworden, und wir, als das Volk ohne Raum, sind mehr als die anderen Völker gezwungen, den fehlenden Raum durch Ordnung zu ersetzen... Zu den Maßnahmen, die aus der Enge des deutschen Raumes resultieren, kommen dann noch die Eingriffe, die durch die Neuausrichtung der wirtschaftenden deutschen Menschen notwendig sind. Aber hier hat es die Wirtschaft selbst in der Hand, durch Instinkt und innerliches Mitgehen diese äußerlichen Fesseln durch innere Bindung an die völkische Leistungsgemeinschaft zu ersetzen und dadurch die äußerlichen Fesseln abzustreifen. Das gilt es festzuhalten, damit nicht die große Idee der Wirtschaftsführung im Dogma der Wirtschaftsverwaltung erstarrt.“

Aus solchen Äußerungen geht hervor, daß die Wirtschaftspolitik des neuen Staates weit davon entfernt ist, das deutsche Wirtschaftsleben einem Zustand entgegenzuführen, in dem die „selbständigen“ Kaufleute und Unternehmer den Festsetzungen und Anordnungen der Wirtschaftsverwaltungsorgane so einseitig unterworfen wären, daß sie sich in ihrer „Selbständigkeit“ kaum noch von der „Organ-Selbständigkeit“ der verschiedenen wirtschaftsbehördlichen Instanzen unterscheiden würden. Besonders die Auffassung Heinrich Hunkes macht deutlich, daß mit solchen Befürchtungen die ganze Fragestellung auf eine falsche Ebene gerückt wird. Es geht gar nicht so sehr darum, wo die Entscheidungen fallen, sondern darum, daß dort, wo sie fallen, die wirklich schöpferischen Persönlichkeiten stehen. Und zweifellos hat kein Stand, keine Gesellschaftsschicht, keine Berufsklasse und kein bestimmter Lebens- und Schaffensbezirk des Volkes das Privileg, die schöpferischen Persönlichkeiten an sich zu binden. Die Talente jedes Volkes haben sich zu allen Zeiten jeweils denjenigen Lebensbezirken zugewandt, in denen irgendein Entscheidendes zu leisten war.

Daraus ergibt sich auf wirtschaftlichem Gebiet eine zweifache Aufgabe: erstens, dem staatlichen Lenkungsapparat Elastizität zu verleihen, indem man den Zugang schöpferischer Intelligenzen dorthin möglichst fördert, und zweitens — und das wird heute leider häufig übersehen —, einen Abgang schöpferischer Intelligenzen aus dem Kaufmannsstand durch seine Beteiligung an den Entscheidungen möglichst zu hindern.

Davon, daß der Kaufmannsstand in Organisation und Haltung immer stärker verbürokratisiert, wird heute im allgemeinen weit weniger geredet als von der Verbürokratisierung der Wirtschaft durch den Einfluß des Wirtschaftsbeamten. Es handelt sich also um eine doppelte Gefahr, die infolgedessen auch von beiden Seiten bekämpft werden muß, und zwar wird es wichtig sein, daß einmal die schöpferischen Intelligenzen in den einzelnen Betrieben der Wirtschaft von den staatlichen Stellen an den konkreten Lenkungsaufgaben stärker als bisher beteiligt werden, und zum anderen, daß die schöpferischen Persönlichkeiten im staatlichen Lenkungsapparat in ihren sachlichen Arbeitsgebieten weit größere Selbstverantwortung und Beweglichkeit erhalten, als es herkömmlich ist. In einer Zeit, in der staatliche Stellen z. B. Außenhandelsgeschäfte fast im Stile von Im- und Exporthäusern treiben, gehört eine solche neue Elastizität zu den selbstverständlichen Werkzeugen der Lenkung, und es mag an dem Erfordernis ganz besonderer Gewandtheit liegen, daß diese Dinge bisher am stärksten auf dem Gebiete der Außenwirtschaft sichtbar wurden und hier auch bereits am weitesten gediehen sind. Z. B. hat sich in der Haltung der verantwortlichen Beamten in den Überwachungsstellen der Devisenbewirtschaftung in den letzten Jahren darin stillschweigend ein so außerordentlicher Wandel vollzogen, daß man fast sagen kann, dieser Wandel ist eine der größten Leistungen des deutschen Wirtschaftsbeamtentums seit der nationalsozialistischen Revolution und eine der wesentlichsten Voraussetzungen für das Gelingen des „Neuen Planes“ gewesen. Der Mann in der Einfuhrüberwachungsstelle wuchs an seinen Aufgaben, und seine besten Leistungen wurden allmählich die, die die Ausnahme von den bestehenden generellen Richtlinien und Erlassen zur Voraussetzung hatten. War er in den Anfängen des „Neuen Planes“ noch in erster Linie „Wächter“, der die Einhaltung der Erlasse der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung kontrollierte, so ist er inzwischen in die Funktionen eines höchst aktiven Kaufmanns hineingewachsen, der bei den Schwierigkeiten der Bewältigung von einzelnen Geschäften hilft, ja selbst Geschäfte anregt, fördert und manipuliert. Und gerade an dieser „Front“ der Begegnung des staatlichen mit dem privaten Wirtschaftsapparat hat sich bereits teilweise auch das andere verwirklicht: Der Verantwortliche in den Devisenstellen hat bei den einzelnen Geschäften und Beschaffungen ganz notwendigerweise diejenigen Firmen an sich heranziehen müssen, die ihm als die tüchtigsten, „vigilantesten“ erschienen, kurz: die schöpferische Persönlichkeit aus der Wirtschaft wurde zu den staatlichen Lenkungsaufgaben herangezogen. Umgekehrt sind aber auch die Fälle an der Tagesordnung, in denen der „Mann an der Schleuse der Einfuhr“ Vorschläge von privaten Firmen erhält, die irgendeine Möglichkeit zum Zustandebringen eines schwierigen Geschäftes „ausbaldowert“ haben. In solchen Fällen geht der Mann im staatlichen Lenkungsapparat bei der Wirtschaft in die Schule.

Das sind praktische Beispiele für den Weg, wie der Wirtschaft in dieser Beziehung eine größere, „neue“ Elastizität verliehen werden kann, eine Elastizität, die dem Prinzip der staatlichen Lenkung ebenso gerecht wird wie dem der schöpferischen Gestaltung des sich immer wieder erneuernden Wirtschaftslebens. Das gilt im kleinen wie im großen, bei uns ebenso wie anderswo. „Es ist nicht nur in Deutschland“, so erklärte Staatssekretär Rudolf Brinkmann auf der Reichsarbeitstagung des Fachamtes Banken und Versicherungen in der Deutschen Arbeitsfront am 21. Oktober, „wo für die Wirtschaft das Wort von der ‚Freiheit vom Staat‘ nicht mehr gilt und wo sie führenden, lenkenden und verwaltenden Eingriffen des Staates ausgesetzt ist. Es mögen andere Methoden sein, deren sich andere Länder bedienen, und gerade in den angelsächsischen Ländern

genügt zur Wirtschaftsführung oft ein Wort der leitenden Männer, wo bei uns noch Gesetz und Verordnung nötig sind.“ In England z. B. ist die Zusammenarbeit des politischen Führungsapparates in White Hall mit den Persönlichkeiten der City vorbildlich. Nimmt die Regierung irgendeine Aufgabe in Angriff, bei deren Durchführung die an großzügiges Disponieren gewöhnte Hand des Wirtschaftlers erwünscht ist, so erhält der Mann in der City von der Regierung Aufträge von einer so umfassenden wirtschaftlichen und politischen Tragweite, von denen wir uns in Deutschland schlechterdings nicht vorstellen können, daß man sie einem Mann aus der privaten Wirtschaft mit Regierungsvollmachten übertragen würde. Das gilt besonders für den Auslandskapitalverkehr und die auswärtige Finanz-, Versicherungs- und Handelskontrolle¹⁾.

Es wäre indessen unrecht, wollte man übersehen, daß wir in Deutschland auch in dieser Beziehung in den letzten Jahren der „Lehrzeit der Lenkung“ Fortschritte gemacht haben. Erinnert sei an das im September zum fünften Male erneuerte deutsch-südafrikanische Handelsabkommen. Dieses Abkommen wurde von dem Direktor einer der größten deutschen Wollkämmereien — die übrigens einer der ersten Musterbetriebe der Deutschen Arbeitsfront wurde — ins Leben gerufen, indem sich dieser kurzerhand im Flugzeug nach Südafrika begab, das Abkommen in Praetoria perfekt machte, dabei an die ganze deutsche Wollindustrie und nicht nur an sein Werk dachte, die nötigen deutschen Kompensationslieferungen im Prinzip festlegte und die Abmachung nachträglich von den deutschen Behörden gutheißend ließ. Verknüpfung der selbstverständlichen Sachkenntnis der im privaten Wirtschaftsleben stehenden schöpferischen Persönlichkeiten mit dem Wissen um die Willensrichtung der Wirtschaftsführung, wie es die Regierungsstellen besitzen, und Verbindung des größeren Überblicks der zentralen staatlichen Stellen mit der unbeschwerteren Dispositionsfreudigkeit des kaufmännischen Geistes — in dieser Richtung sehen wir die Lösung der Personenfrage des staatlichen Wirtschaftslenkungsapparates.

M A T E R I A L I E N

Der Angolaplan der portugiesischen Regierung

Die portugiesische Regierung hat am 16. August 1938 ein Gesetz (Nr. 28924) erlassen, das den seit langem erwarteten Arbeitsplan zur Erschließung der Kolonie Angola enthält. Die Durchführung des Planes soll bis zum Jahre 1945 abgeschlossen sein. Im folgenden geben wir die wesentlichsten Punkte in einem Auszug wieder, wie er sich in Nr. 37 vom 31. Juli 1938 von *Portugal-Bulletin de Renseignements Politiques, Economiques et Littéraires*, SS. 8—10 befindet:

Durch die Verordnung 28537 vom 25. Februar 1937 wurde ein Plan zur wirtschaftlichen Erschließung der Kolonie Mozambique genehmigt und zugleich der zu seiner Durchführung erforderliche Fonds errichtet. Augenblicklich ist man mit der Ausführung dieses Planes beschäftigt, und die Zeit ist nunmehr reif für einen Plan zur Erschließung Angolas und die Errichtung des zu seiner Durchführung nötigen Fonds.

Tatsächlich ist der Staatshaushalt Angolas seit 1931/32 als ausgeglichen zu betrachten, und die Rechnungsführung der Verwaltungsbehörden — die noch im Rechnungs-

1) Dabei kann nebenher einmal darauf aufmerksam gemacht werden, daß diese Zusammenarbeit paradoxerweise durch einen gewissen, in England ziemlich verbreiteten Mangel an Sachkenntnis begünstigt wird. Vielleicht ist „Mangel an Sachkenntnis“ nicht das richtige Wort. Es heißt wahrscheinlich besser „Verachtung der Gründlichkeit in der Aneignung fachlicher Details“, weil man der Meinung ist, daß Gründlichkeit bis zu einem Punkte geübt werden kann, an dem sie auf Kosten der Erhaltung des freien Blickes und damit der elastischen Disposition geht.

jahr 1930/31 einen Fehlbetrag von 42 862 000 Eskudos ergab — weist folgende Überschüsse (in Eskudos) aus: 1931/32: 358 000; 1932/33: 9 589 000; 1933/34: 7 504 000; 1934/35: 8 221 000; 1935/36: (18 Monate) 11 161 000; 1937 (voraussichtlich): 30 000 000. Um einen Begriff davon zu vermitteln, was dieses Ergebnis besagt, genügt der Hinweis, daß der Entwurf des Haushaltsplanes vom Jahre 1931/32 einen Fehlbetrag von über 100 000 000 Eskudos vorsah.

Die Wirtschaft Angolas ruht auf unbedingt sicheren Grundlagen. Es sei auf die Salden der Handelsbilanz und auf den Grad der Ausfuhrsteigerung besonders hingewiesen:

Jahr	Einfuhr		Ausfuhr	
	Mengen (t)	Werte (contos)	Mengen (t)	Werte (contos)
1932	81 526	191 489	123 133	199 877
1933	79 566	175 970	167 441	246 863
1934	68 751	167 022	162 849	242 024
1935	79 378	165 020	145 767	222 095
1936	75 302	147 866	245 747	307 905
1937	77 048	214 886	252 411	343 773

Wenn man den Preissturz und die schwere Krise in Betracht zieht, die übrigens noch nicht als völlig überwunden zu betrachten sind, so ist kein Lob übertrieben, das der Mühe, der Ausdauer, dem Mut und dem Unternehmungsgeist der Kolonisten gilt. Indessen ist es erst nach der Regelung der Verpflichtungen der Kolonie gegenüber dem Mutterland durch die Verordnung 28 199 vom 20. November 1937, nach der Regelung der interkolonialen Schulden durch die Verordnung 28 200 gleichen Datums und nach dem Zustandekommen eines neuen Vertrages mit der *Compagnie des Diamants d'Angola* vom 31. November 1937 möglich geworden, einen Plan zur wirtschaftlichen Erschließung Angolas zu entwerfen. Nunmehr aber lassen sich diejenigen Arbeiten, die innerhalb der nächsten Jahre durchgeführt werden sollen, und die damit verbundenen finanziellen Mittel festlegen. Sobald man festgestellt hat, was es zu tun gibt, und man weiß, daß die dazu erforderlichen Mittel bereitliegen, kann die Verwirklichung des Planes gleichlaufend mit den Arbeiten beginnen, die in Mozambique bereits im Gange sind. Zunächst werden die Hafenanlagen von Loanda gebaut. Die anderen Arbeiten sollen alsdann nach Maßgabe der Fertigstellung der Pläne durch die Fachleute folgen.

Die Finanzierung der Erschließung Angolas erfolgt zum Teil aus Überschüssen vor 1938, die sich auf 10 Millionen Eskudos belaufen; aus einer Anleihe von 250 Millionen Pfund, d. h. 27 500 000 Eskudos, die der Kolonie von der *Compagnie des Diamants d'Angola* gewährt wurde, und schließlich aus einer Anleihe von 80 000 000 Eskudos, die durch die in den Artikeln 98 und 101 der Verordnung 27 294 vom 30. November 1936 erwähnten zusätzlichen Abgaben, durch die im Artikel 93 der Verordnung 22 793 vom 30. Juni 1933 angeführten Hilfsquellen und durch einen Wertzoll von $1\frac{1}{2}\%$ auf die von der Kolonie eingeführten Waren garantiert wird. Die aus der von der *Compagnie des Diamants d'Angola* gewährten Anleihe von 27 500 000 Eskudos entstehenden Lasten geben zu keinerlei Besorgnis Anlaß, da der Vertrag mit der Gesellschaft eine Reihe weiterer finanzieller Vorteile vorsieht, die den Zinsendienst sicherstellen und noch Spielraum für weitere umfangreiche freie Mittel lassen. Im Haushaltsplan des Jahres 1937 wurden die durch die Artikel 98 und 101 der Verordnung 27 294 geschaffenen Einnahmen mit 800 000 bzw. 330 000 Eskudos eingesetzt. Auf Grund des in den Haupterzeugnissen der Kolonie eingetretenen Preissturzes kann man jedoch nur mit einer Einnahme von 3 Millionen Eskudos rechnen.

In dem 1936 von der Kolonie an die Zentralregierung gesandten Entwurf wurde eine 5%ige Erhöhung der Einfuhrzölle vorgeschlagen. Der Reichsrat hielt dies für zu hoch und setzte eine $1\frac{1}{2}\%$ ige Erhöhung fest. Dieser Satz ist in die jetzige Verordnung übernommen worden. Bei vorsichtiger Bezifferung der Einfuhr auf 150 Millionen Eskudos würde dies 2 250 000 Eskudos einbringen. Fügt man dazu die 3 Millionen, die sich aus der Verordnung 27 294 ergeben, und weiterhin die Mittel aus den durch den Artikel 93 der Verordnung 22 793 (30. Juni 1933) eröffneten Hilfsquellen, die mit 300 000 Eskudos angesetzt sind, so ergibt sich ein Ertrag von 5 500 000 Eskudos, der bei weitem genügt, eine Anleihe von 80 Millionen

Eskudos bei einem Zinssatz von $4\frac{1}{2}\%$ — zahlbar in 70 halbjährlichen Raten — zu garantieren. Als weitere Garantie ergeben sich außerdem die Einkünfte aus den fertiggestellten Objekten. Die gesamten jährlichen Lasten aus den Staatsschulden Angolas betragen zur Zeit 18 581 000 Eskudos und die Gesamtsumme der Einnahmen 213 770 000, wovon 196 370 000 Eskudos auf regelmäßige Einnahmen entfallen. Die Verzinsung der Schuld beansprucht also $8,69\%$ der Gesamt- und $9,43\%$ der regelmäßigen Einnahmen. Die Lasten aus der Staatsschuld wachsen nach § 3 des Artikels 2 der Verordnung 28 199 (20. November 1937) und § 4 des Artikels 8 des Vertrages mit der *Compagnie des Diamants d'Angola* ab 1943 an, doch ist dies kein Grund zur Beunruhigung. Die einzigen Gläubiger Angolas sind die Regierung des Mutterlandes, die Bank von Angola und die Diamantengesellschaft.

Bis zum Jahre 1945 sollen folgende Arbeiten ausgeführt werden:

- a) Planung, Bau und Ausrüstung des Hafens von Loanda als Endpunkt der Eisenbahn von Malange;
- b) weitere Erforschung der Erzlager in den Gebirgen von Bembe, Canda und Quibocolo;
- c) Erforschung der Steinkohlevorkommen von Quilungo und Calucala und Planung ihrer Ausbeutung;
- d) Bau und Reparatur des telephonischen, telegraphischen und radiotelegraphischen Netzes der Kolonie;
- e) Bau von Schulen, Dienst- und Wohngebäuden für die Verwaltung, Krankenhäusern und eines zentralen Laboratoriums für veterinärmedizinische Pathologie;
- f) Anschaffung der ärztlichen Einrichtung für die erwähnten Bauten;
- g) Bau von Straßen erster Ordnung und von solchen zweiter Ordnung, soweit sie nach Häfen oder Eisenbahnknotenpunkten führen, und Verstärkung der Decken dieser Straßen in Ortschaften mit starkem Verkehr;
- h) Bau der Wasserleitung nach der Tigerbai;
- i) Vollendung der Arbeiten an der Loanda-Bahn, Ausbau der Nebenlinie von Cassoalala nach Dondo, Erneuerung des stehenden Materials der Bahn von Mossamedes und Ausbau letzterer bis Chevinguiro;
- j) Anschaffung des rollenden Materials der Eisenbahn von Loanda und Mossamedes;
- k) Bau der Eisenbahn von Bembe nach den im Absatz b) angeführten Untersuchungen;
- l) Eingeborenenhilfswerk.

In erster Linie hat man all das berücksichtigt, was im Laufe der ersten sechs Jahre getan werden muß, und nicht gleich alles, was auszuführen ist. Dadurch will man erreichen, daß sich bis 1945 alles auch wirklich in die Tat umsetzen läßt. Darüber hinaus ist natürlich viel zu tun, was über den Rahmen des allgemeinen Haushaltsplanes der Kolonie hinausgeht; u. a. der Erwerb von Zuchttieren, die Erfassung des Pachtviehbestandes, die landwirtschaftlichen Forschungsarbeiten, die Auswahl und Lieferung der Sera, Saaten, Pflanzen usw. Ferner gibt es Arbeiten, die durch korporative Organisationen in Angriff genommen werden müssen. Diese befassen sich z. B. bereits mit dem Erwerb von Maschinen zur Maisveredelung, die im Hafen von Lobito aufgestellt werden sollen. Schließlich haben gewisse Arbeiten — darunter die Molenanlage von Novo Redondo — einen eigenen Fonds.

Die Verordnung sieht die Gründung einer Kreditbank nicht vor, was vielleicht einiges Erstaunen erregen könnte — um so mehr, als in dem im Jahre 1936 von der Kolonie unterbreiteten Entwurf die Rede davon war, eine Einrichtung dieser Art ins Leben zu rufen, und die Kolonie bereits Vorkehrungen traf, ihren Beitrag dazu zu leisten. Die Regierung erkannte zwar die Notwendigkeit, in Angola ein Institut zu beschaffen, dessen Bestimmung die Gewährung von Krediten auf lange Sicht ist, und das berechtigt ist, Geschäfte zu betreiben, deren Durchführung der Emissionsbank satzungsgemäß untersagt ist, weil sie sich nicht mit ihrem eigentlichen Auftrag in Einklang bringen läßt. Aber die Errichtung einer Kreditbank ist mit dem Bankenproblem der überseeischen Besitzungen verknüpft. Dieses Problem wird eine geeignete Lösung finden, die über den hier besprochenen Plan hinausgeht.

Anschriften der Mitarbeiter dieses Heftes: Prof. Dr. Karl C. Thalheim, Leipzig C 1, Sophienstr. 47; Hauptschriftleiter Konrad Kutschera, Berlin-Charlottenburg, Roscherstr. 6; Schriftleitung: Schriftleiter Dr. Arnold Seifert, Leipzig S 3, Dohnaweg 11.



Besucht

Saarbrücken

**Das wirtschaftliche und
kulturelle Kraftzentrum
im Westen des Reiches**

Säulenhalle des neuen Staatstheaters Saarbrücken



Die Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Saarbrücken

bieten durch ihre günstigen Tarife der
Bevölkerung große Vorteile

Strom-, Gas- und Wasserversorgung

Bäder

Kaiser-Friedrich-Bad, die Freibäder
Deutschmühlen- und Fischbachbad

Straßenbahn

niedrige Tarife, moderne
Wagen und Omnibusse

Städtische Werke u. Gesellschaft für Straßenbahnen im Saartal A.-G.
SAARBRÜCKEN

Besucht die historische

Wartburg

Saarbrücken

Hautwieserstr. 75

Angenehme

Restaurationsräume

Mittageffen

reichhaltige Tageskarte

Neufang-Biere und

Münchner Hatterbräu

Naturreine Ausschankweine



**nur
127,⁵⁰
RM.**

**und
doch**

Kappel

Außerdem :

Günstige Zahlungsbedingungen

Unverbindliches Preisangebot durch:

**Maschinenfabrik Kappel
Akt.-Ges., Chemnitz 16**

Soeben erschienen!

NATIONALE AUTONOMIE

RECHTSTHEORIE UND VERWIRKLICHUNGEN IM POSITIVEN RECHT

MIT EINEM ANHANG (MATERIALIEN)

VON

Dr. Theodor Veiter

Großoktav, 311 Seiten. Preis brosch. RM 9.50

Mit diesem Buch soll eine Lücke ausgefüllt werden. Es fehlte bisher an einer Darstellung der nationalen Autonomie als Rechtsproblem ebenso wie an einer, gerade für den Staatsrechtler wichtigen Übersicht über die bestehenden nationalen Autonomien und die bedeutendsten Autonomieentwürfe. In vorliegendem Werk finden die mit der völkischen Selbstverwaltung zusammenhängenden Fragen eingehende wissenschaftliche Behandlung, wobei die gesamte Literatur, und zwar fast ohne Ausnahme auch die fremdsprachige, wie die französische, englische, italienische, serbokroatische und spanische mit verarbeitet wurde.

Die Grundhaltung, von der der Verfasser ausgeht, ist neu. Die nationale Autonomie wird bewußt getrennt von den demokratischen Schlagworten einer vergangenen Epoche, sie wird ihrem innersten Wesen gemäß hineingestellt in die völkische Gemeinschaft und darum vom nationalsozialistischen Volksdenken her begründet und weitergeführt.

WILHELM BRAUMÜLLER VERLAG · WIEN — LEIPZIG

Bücher aus dem Societäts-Verlag / Frankfurt a. Main

Nikolas Benckiser
Das dritte Rom

Vom Kirchenstaat zum Kaiserreich
208 Seiten mit 32 Bildern und Karten. RM 5.40

Max Niehaus
Sardinien

Eine Reise
184 Seiten Text, 32 Bildseiten und 1 Karte. RM 5.40

Alfons Paquet
Amerika unter dem Regenbogen

Farben, Konturen, Perspektiven
344 Seiten. RM 5.40

Irene Seligo
Zwischen Traum und Tat

Englische Profile
480 Seiten Text, 12 Bildseiten. RM 7.50

A. Heinrich Kober
Wilson und der Weltkrieg

Das Rätsel einer Freundschaft
280 Textseiten, 32 ganzseitige Bilder. RM 5.40

Lily Abegg
Yamato

Der Sendungsglaube des japanischen Volkes
288 Seiten und 16 Bildseiten. Ganzleinen RM 5.40

Egon Vietta
Empfindsame Reisen. Lappland

280 Textseiten und 15 Zeichnungen von Hans Kuhn
Ganzleinen RM 5.40

Johannes Wöller
Von Jütland bis Java

Aus dem Reisetagebuch eines dänischen Arztes
272 Seiten u. 16 Textzeichnungen. Ganzleinen RM 5.40

Friedrich Sieburg
Afrikanischer Frühling

Eine Reise
400 Seiten, 48 Bildseiten und 1 Karte. RM 7.50

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

DOLLAR DIPLOMATIE

NEARING-FREEMAN

VERFASSER: Scott Nearing und Joseph Freeman.

TITEL: DOLLAR-DIPLOMATIE. Eine Studie über amerikanischen Imperialismus.

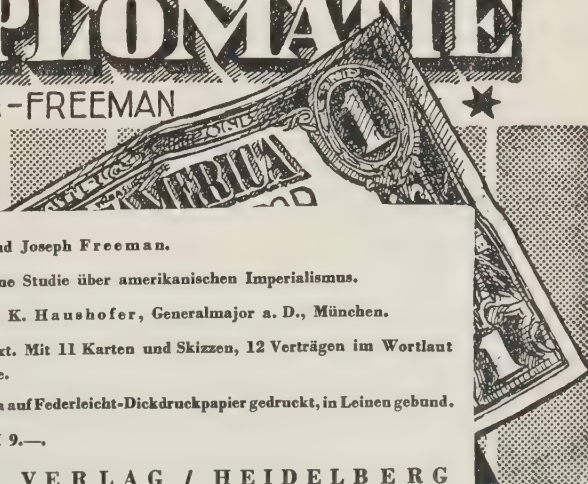
EINFÜHRUNG von Professor Dr. K. Haushofer, Generalmajor a. D., München.

UMFANG: XVI und 475 Seiten Text. Mit 11 Karten und Skizzen, 12 Verträgen im Wortlaut und einer ausführlichen Bibliographie.

AUSSTATTUNG: In Didot-Antiqua auf Federleicht-Dickdruckpapier gedruckt, in Leinen gebund.

PREIS: Früher RM 15.—, jetzt RM 9.—.

KURT VOWINCKEL VERLAG / HEIDELBERG



WICHTIGE WIRTSCHAFTSLITERATUR

IRVING FISHER

ehem. Professor der Volkswirtschaftslehre an der Yale-Universität

FESTE WÄHRUNG

Zur Entwicklungsgeschichte der Idee

MIT EINEM VORWORT VON PROF. DR. ERNST WAGEMANN

Dieses vielbesprochene Werk des bekannten Volkswirtschaftlers ist die Geschichte des Kampfes um einen festen Preisstand (Indexwährung) von den Zeiten Lykurgs bis zu den Währungswirren der Gegenwart. Klarer Stil, leicht verständlich. — 364 Seiten / 16 × 24 cm / kart. 9.80 RM / Leinen 12.50 RM.

VON DER ILLUSION DES GELDES ZUR WAHRHAFT FESTEN WÄHRUNG

Diese Schrift enthält vier Abschnitte aus „Feste Währung“, die ganz besonders gut geeignet sind, die Kerngedanken Irving Fishers zu klären. Mit einem Vorwort von Otto Lautenbach. — 32 Seiten / 16 × 24 cm / 1.— RM.

OTTO LAUTENBACH

DIE WELT AM KREUZWEG

Diese aktuelle Schrift kämpft gegen die internationalen Versuche, eine neue Goldene Internationale aufzubauen, zeigt, welche Erschütterungen eine solche Gestaltung mit sich bringen müßte und zeichnet die Grundlinie einer Währungs- und Wirtschaftsgestaltung in staatlicher und zwischenstaatlicher Beziehung. — 40 Seiten / 16 × 24 cm / 1.— RM.

HANS SCHUMANN

GELD UND ARBEIT

Eine Einführung mit vielen Bildern

Der Verfasser klärt auf knappem Raum in mustergültiger Form die Zusammenhänge zwischen Währung und Wirtschaft, Geld und Zins, Preis und Geldverwaltung, Währung und Wechselkurs und unterstreicht seine ebenso wissenschaftliche wie volkstümliche Darstellung mit vielen Zeichnungen, die das mit dem Wort schon deutlich Gesagte über das leichter zugängliche Auge dem Leser fest einprägen. — 40 Seiten / 16 × 24 cm / 1.— RM.

KARL WALKER

AKTIVE KONJUNKTURPOLITIK

Dieses Werk behandelt auf knappstem Raum, leicht verständlich und gründlich und mit zwingender Logik die Unhaltbarkeit der liberalen Konjunkturtheorien, die Bedeutung und die Grenzen staatlicher Konjunkturpolitik, die Rolle des Buchgeldes und zeigt mit eindringlicher Schlüssigkeit die Bedingungen auf, welche erfüllt werden müssen, um auf die Dauer eine national unabhängige, krisenfreie Wirtschaft aufzubauen, die sich reibungslos in eine geordnete Weltwirtschaft eingliedert. — 160 Seiten / 16 × 24 cm / kart. 4.80 RM / Leinen 5.80 RM.

OTTO LAUTENBACH VERLAG / WEIMAR / LEIPZIG

Kepler

Roman einer Zeitenwende
von Olaf Saille

376 Seiten . 1 Bildtafel
RM 4.- . Leinen RM 6.-

Es ist das Verdienst Olaf Sailles, daß er das Problem als ein schlechthin deutsches erkennt und sine ira et studio behandelt... Es ist ein Buch, das alle angeht, Protestanten und Katholiken, weil es über die Konfessionen hinaus zu einer deutschen Frömmigkeit strebt und eine Bestätigung des Goethewortes ist, wonach alle halbe Philosophie von Gott weg, die ganze aber zu ihm zurück führt. vgl. Beobachter, München

In Ihrer

Buchhandlung erhältlich!

Sleischhauer & Spohn
Verlag . Stuttgart

W. JASPERT

Irland

Das erste umfassende allgemeinverständliche Handbuch über den neuen irischen Freistaat Eire, das in dramatischer Darstellung seine Geschichte, Dichtung, Kultur, Politik, Wirtschaft, Landschaft und das Leben des Präsidenten de Valera behandelt, vor allem auch auf die vielfältigen deutsch-irischen Beziehungen eingeht und viel Unbekanntes über den irischen Freiheitskampf, Sir Roger Casement u. v. a. m. bringt.

Ganzleinenband
mit etwa 40 Bildern RM 6.—

VERLAG KARL SIEGISMUND
BERLIN W 62

Eine neuartige „geschichtliche Heimatkunde“,
ein unschätzbares Hand- und Nachschlagebuch!

ALBERT VON HOFMANN

Westfalenland

Eine geschichtliche Heimatkunde

Mit 10 Karten. 187 Seiten. In Leinen RM 3.80

Albert von Hofmann unternimmt es in dem vorliegenden Buche, seine grundlegend neue Art der Betrachtung der Geschichte aus den Besonderheiten der Landschaft auf ein einzelnes, geschlossenes Reichsgebiet, das westfälische Land, anzuwenden. Zu einer solchen Heimatkunde gehört vor allem die lückenlose Darstellung des ganzen Landes in bezug auf seine topographische Gestalt; darauf baut sich eine möglichst vollständige Übersicht über die Beziehungen auf, in welche dieses Land immer wieder zu seiner besondern Geschichte tritt. Durch die überall angeordnete Verbindung von Boden und Geschichte wird das große Bild einer geschlossenen historischen Landschaft anschaulich gemacht.

Früher erschien:

Das deutsche Land und die deutsche Geschichte

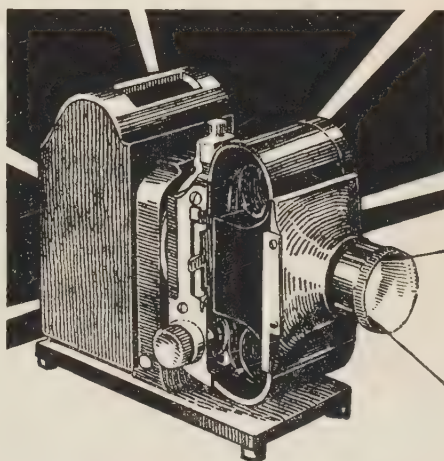
Neue kurzgefaßte Ausgabe. Mit 54 Karten. 250 Seiten
5. Tausend. In Leinen geb. RM 4.80

Große Ausgabe in 3 Bänden, 1200 Seiten, mit 180 Karten
In Leinen geb. RM 32.—, einzeln je RM 12.50

Hier ist lebendige Geschichte im besten und stärksten Sinne
des Wortes.

In allen Buchhandlungen erhältlich

Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart/Berlin



IHAGEE KLEINBILD-DIASKOP

für die Projektion von Farbaufnahmen und Schwarz-Weiß-Dias 18/24, 24/36 und 50/50 mm.

Äußerst einfach in der
Bedienung! Prospekt gratis!



Dresden-Striesen 359

Billige Bücher

	früher	jetzt
Roz, F.: Geschichte der Vereinigten Staaten. 1930.	14.—	8.—
Kulturen der Erde. Mexiko 3 — Tlinket und Haida — Neu Guinea —		
Der Sinn im Gegenstand gebunden je 10.— bis	16.—	1.30
Dix, A.: Weltkrise und Kolonialpolitik. Die Zukunft zweier Erd-		
teile Leinen	6.80	2.60
Kühn, Franz: Argentinien. Handbuch zur phys. Landeskunde.		
2 Bände Leinen	28.—	5.50
Wirth, A.: Männer, Völker und Zeiten. Eine Weltgeschichte in		
einem Bande Leinen	10.—	3.90
Lotze, H.: Mikrokosmos. Ideen zur Naturgeschichte und Geschichte		
der Menschheit. Versuch einer Anthropologie. 3 Bände Leinen	40.—	12.50
Delbrück, Hans: Weltgeschichte. Vorlesungen, gehalten an der Uni-		
versität Berlin 1896—1920. 5 Bände Leinen	58.50	30.—
Delbrück, Hans: Krieg und Politik. 1914—1918. 3 Bände. Brosch.	11.80	2.60
Heimburg, W. v.: „La Grande Nation“. 1930 Leinen	5.—	1.50
Frobenius, Leo: Das unbekannte Afrika. Aufhellung der Schicksale		
eines Erdteils Ganzleinen	40.—	15.—
Litten, W.: Persische Flitterwochen. 1925. Schilderung des deutschen		
Konsuls vom Ausbruch des Weltkrieges, Kriegsgefangenschaft usw.		
Leinen	13.—	2.85
Schmoller, G. v.: Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre.		
2 Bände Leinen	27.—	10.80
Gleich, G. v.: Vom Balkan nach Bagdad. Militärisch-politische		
Erinnerungen a. d. Orient. 1921. gebunden	3.—	1.—
Bertsch, K.: Der deutsche Wald im Wechsel der Zeiten. Wald		
und Klimageschichte Deutschlands von der Eiszeit bis zur Gegen-		
wart. 1935 Leinen	8.50	2.—

Ab 10 RM liefern wir portofrei

Alles aus Restauflagen, verlagsneu!

BUCHVERTRIEB GESELLSCHAFT MBH., BERLIN-GRUNEWALD

HOHENZOLLERN DAMM 66

POSTSCHECKKONTO: BERLIN 21133



NEUE BÜCHER

aus dem

KURT VOWINCKEL VERLAG

Heidelberg — Berlin — Magdeburg

Karl Haushofer

GRENZEN

In ihrer politischen und geographischen Bedeutung

Die gesamten Erscheinungsformen der Grenzen zwischen einzelnen Menschen, einzelnen Grundstücken bis zu den Staaten. Vom Verfasser bearb. Neuaufl. 1938

Etwa 320 Seiten, 89 Skizzen und Karten, Leinen RM 12.50

Gustav Amann

DER MARSCHALL IM BAUERNKRIEG

Chiang Kai Sheks Kampf gegen den Aufstand 1931—1935

Geschichte des Kernpunktes der chinesischen Wirren: die Bauernfrage

Etwa 200 Seiten, mit vielen Bildern und Karten, Leinen etwa RM 6.50

Fritz Markmann

DIE DEUTSCHEN WASSERSTRASSEN

Geschichte und Planung der Wasserstraßen Großdeutschlands mit Vorwort von Reichsverkehrsminister Dr. Dörpmüller

320 Seiten, mit 24 Abbildungen und Karten, Leinen RM 18.—

HANDBUCH DES DEUTSCHEN RUNDFUNKS

herausgegeben von Regierungsrat Weinbrenner

Das Rundfunkhandbuch für jeden Rundfunkhörer

Weinbrenner ist es ausgezeichnet gelungen, in dieser großzügigen Zusammenstellung einen umfassenden Überblick über das vielfältige Aufgabengebiet des deutschen Rundfunks, die Arbeit und das Leben im Bereich der Sender und Mikrophone zu geben.

Völkischer Beobachter — Nr. 277 — München, 4. 10. 1938

322 Seiten, 16 Seiten Bilder, Leinen nur RM 3.—

England=Bücher — auf Wunsch auch zur Ansicht

A. DEMANGEON

Das Britische Weltreich

Eine kolonialgeographische Studie, die das verzweigte, dem Außenstehenden so unübersichtliche Reich in seinem Entstehen, Aufbau und Problemen zeigt. Den Ausgangspunkt bildet die geographische Struktur, aus der im Geiste germanischen Seefahrertums der Staat entwickelt wird.

8°. 363 Seiten. 5 Karten. Leinen RM 6.—

AL. CARTHILL

Verlorene Herrschaft:

Wie England Indien aufgab

Carthill: der geistreichste Erbe der Richelieu und Talleyrand, ein Machiavell in moderner angelsächsischer Ausgabe, getragen von souveräner Intelligenz und vom Willen zu bessern.

Berlin, BZ am Mittag

Das Buch ist ein Lehrbuch der Staatsmannskunst und der großen Politik vom englischen Standpunkt aus. Der Autor ist zugleich Staatsmann, Historiker und Philosoph von reichem Wissen; und schon seinen oft stark ironischen Darlegungen zu folgen, ist ästhetischer Genuß.

Berlin, Deutsche Allgemeine Zeitung

8°. 314 Seiten. 1 Karte. Leinen RM 6.40

Die Erbschaft des Liberalismus

Eine Kampfschrift gegen den Liberalismus, die scharfe und geistvolle Kritik am liberalen Wesen von einem alten Tory. Carthill vereint außerordentlichen staatsmännischen Blick, umfassende Bildung und eine geistvoll-bissige Ironie mit der Erfahrung des alten Regierungsmannes.

8°. 200 Seiten. Leinen RM 4.80

KURT VOWINCKEL VERLAG · HEIDELBERG

Vom deutschen Volk im alten Österreich:

Erwin Mayer-Löwenschwerdt: **Schönerer der Vorkämpfer** Eine politische Biographie

VIII und 390 Seiten

Preis brosch. RM 5.80, Leinen geb. 7.50

Eine mitreißende Darstellung vom Leben und vom Wirken des einen Mannes, der Führer und Erzieher war dem deutschen Volk des alten Österreich, und dessen reiner, heißer Kampfwille, dessen Unentwegtheit und Kompromisslosigkeit Jahrzehnte über seinen Tod hinaus fortwirkten und den Widerstand der Ostmarkdeutschen gegen alles Undeutsche im Lande, gegen vorbrandendes Slawen- und Judentum, gegen politischen Katholizismus und feiges Schergensystem stärkten. — Eine weitgespannte Geschichte des deutschen Volkes in den letzten Jahrzehnten der Doppelmonarchie.

*- und etwas ganz anderes,
abseits der Politik:*

LOUIS ROKOS 20000 km **AMERIKANISCHES ALLERLEI** EINE AUTOREISE IN BILDERN UND WORTEN

272 Seiten mit einem Bilderteil und einer Karte

Prels brosch. RM 4.80, Leinen geb. 6.—

Ein entzückendes Buch, funkelnd von Witz, Geist und Originalität. Prachtvolle Lichtbilder, die in verbüffender Gegensätzlichkeit das „Amerikanische Allerlei“ veranschaulichen. Weltab aller Politik führt der geistvolle Verfasser den Leser mitten hinein ins erlebte Abenteuer, läßt ihn teilnehmen an dieser Autoreise zu zweit quer durch tausendfältiges amerikanisches Land.

WILHELM BRAUMÜLLER · WIEN · LEIPZIG

Frachtfreie Werbelieferung!

Werbe-Kiste

Der eiserne Bestand

enthält alles, was Sie zu jeder Gelegenheit brauchen.

Der Inhalt besteht aus besten, ausgesuchten und empfehlenswerten Marken.

- 10 Flaschen Mosel, verschiedene Sorten
- 5 Flaschen Rhein, verschiedene Sorten
- 1 Flasche guter, deutscher Rotwein
- 1 Flasche alkoholfreier, naturreiner Traubensaft
- 1 Flasche Sekt „Astor-Spezialfüllung“
a. d. Söhnlein Sektkellereien
- 1 Fl. feiner, alter Astor-Qualitätsw Weinbrand 38 %
- 1 Flasche Astor Kirsch mit Rum, Likör 30 %

Der Preis für diese Auswahlkiste mit 20 Flaschen beträgt einschl. Glas und Kiste und frachtfrei Ihrer Reichsbahnstation RM 33.80
bei spesenfreier Nachnahme, abzüglich
3 % Skonto..... RM 1.—

RM 32.80

Bei Nichtgefallen anstandslose Rücknahme!
Zahlung innerh. 3 Monat. Auf Wunsch kostenl. ausführl. Liste mit Zahlungs-Ziel u. Ratenzahlg. bis zu 5 Mon.

FRANZ ASTOR NACHF.
ASTORIA-WEINKELLEREI
BERNKASTEL-KUES AN DER MOSEL

Werde auch Du
Mitglied
der NSV.

„Epoque“
SPÜLTISCHE



VIELSEITIGE BAUFORMEN

Natürl. Nirosta-Becken
konkurrenzl. Befestigung

ERNST WAGNER APPARATEBAU-REUTLINGEN WÜRTE

Der verratene Sozialismus

Jehn Jahre als hoher Staatsbeamter in der Sowjetunion

Von

KARL I. ALBRECHT

ca. 650 Seiten Text mit 109 Abbildungen. 1.—10. Tausend

Preis: Broschiert RM 10.—, Leinen RM 12.50

K. I. Albrecht, ein deutscher Kommunist, ging 1924 als Fachmann in die Sowjetunion, um dem „Vaterland aller Werktätigen“ zu dienen. In 10 Jahren lernte er alle Teile des riesigen Landes, die Nordprovinzen, das Zentrum, den Süden, den Ural und den Fernen Osten, genau kennen, nicht als kleiner Arbeiter, Angestellter oder Ingenieur, sondern an der obersten Spitze der Sowjetverwaltung, zuletzt als Sonderbevollmächtigter Stalins und als stellvertretender Volkskommissar.

Über seine Erfahrungen und Erlebnisse mit den entscheidenden Männern und an den entscheidenden Positionen der Sowjetpolitik hat K. I. Albrecht einen Rechenschaftsbericht geschrieben, den er — auch heute überzeugter Sozialist — in erster Linie den Sozialisten in aller Welt gewidmet hat.

Die Tausende von Veröffentlichungen über den Bolschewismus — auch die vorzüglichsten —, die bisher in allen Weltsprachen sowohl von Ausländern, wie von geflüchteten Sowjetbürgern geschrieben worden sind, stammen ausnahmslos von Personen, die in mehr oder weniger untergeordneten Stellungen in der UdSSR. tätig gewesen sind.

Das Buch von K. I. Albrecht dagegen teilt zum erstenmal in absolut sachlicher Weise auch solche Tatsachen mit, die nur den Männern an der Spitze der Sowjetpolitik und der Sowjetverwaltung bekannt sind.

Über hundert unveröffentlichte, eigene Aufnahmen des Verfassers belegen seine Ausführungen. Wer dieses Buch kennt, weiß, was die Sowjetunion wirklich ist.

**NIBELUNGEN  VERLAG GMBH.
BERLIN LEIPZIG**